
BUHR A
a39015 01811008 3b


HARVARD
UNIVERSITY
LIBRARY



Der Krimkrieg

und

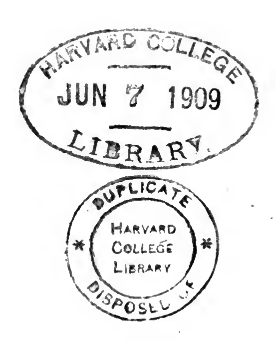
die österreichische Politik

Von

Heinrich Friedjung



Stuttgart und Berlin 1907
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger



Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart

Vorwort

Die vorliegende Arbeit war ursprünglich als Abschnitt eines Buches gedacht, das die Geschichte Österreichs von 1848 bis 1859 umfassen wird. Indessen schwoll das Kapitel über die österreichische Politik zur Zeit des Krimkrieges, da mannigfaches handschriftliches Material zufloß, allzu ansehnlich an, so daß es sich nicht mehr recht in das Hauptwerk einfügen ließ. Es empfahl sich deshalb, die Studie gesondert zu veröffentlichen. Das geschieht hiemit, während die zusammenhängende Darstellung der Zeit von 1848 bis 1859 etwa in einem Jahre zur Herausgabe reif sein dürfte.

Wien, im Oktober 1906

Der Verfasser

Inhalt

I

Ausbruch des Krieges

Bis zum Krimkriege schien die Macht Rußlands unwiderstehlich, und besonders Nikolaus I. konnte auf eine Reihe ununterbrochener Erfolge zurückblicken. Türken und Perser hatte er besiegt, den Aufstand der Polen 1831 in ihrem Blute erstickt, später an der Niederwerfung Ungarns mitgewirkt und in dem Streite zwischen Österreich und Preußen die Rolle des Schiedsrichters gespielt. Während seine Hand schwer auf den nach Freiheit und Einheit ringenden Völkern lastete, galt er den Anhängern des Alten als rettender Schirmherr. Man muß ihm das Zeugnis geben, daß er sich hiebei von Prinzipien leiten ließ und aus der Wiederherstellung der Staatsordnung der heiligen Allianz 1849 keinen unmittelbaren Gewinn zog, wenn er auch dadurch seine Herrschaft in Polen befestigte. Sein konservativer Sinn verließ ihn aber, sobald es sich um die Türkei handelte, und er gedachte sein Lebenswerk damit zu krönen, daß er sie zu einem Schutzstaate Rußlands herabdrückte und sich so der Herrschaft über Konstantinopel bemächtigte. Dabei glaubte er der beiden deutschen Großmächte, zumal Österreichs, sicher zu sein; und wenn er sich mit England verständigte, dann, so hoffte er, werde sich das von Revolutionen erschütterte Frankreich isolieren lassen. Er trat Napoleon III. in dem Streite wegen der Aufsicht über das Grab Christi aufs schroffste entgegen und drang in die Pforte, das ausschließliche Recht der orthodoxen Kirche anzuerkennen. Bevor er zur Tat schritt, enthüllte er dem englischen Gesandten Seymour im Februar 1853 mit erstaunlicher Offenheit seine Pläne: er bot den Engländern

Ägypten und Kreta an, verlangte aber für sich die Schutzherrschaft über die Donaufürstentümer, dann über Serbien und Bulgarien; Konstantinopel, so sagte er beschwichtigend, nehme er nicht als Eigentümer, sondern nur als Depositar Europas für sich in Anspruch.

Kurz darauf sandte er den Fürsten Mentschikow nach Konstantinopel, um seine Forderungen durchzusetzen. Er verlangte mit Hinweis auf eine vieldeutige Bestimmung des Vertrages von 1774 das Protektorat über alle orthodoxen Christen des Osmanenreiches, 16 bis 17 Millionen an der Zahl, davon etwa 12 Millionen in Europa, und er bot dem Sultan, angeblich um ihn vor der Einmischung der Westmächte sicherzustellen, ein Schutzbündnis an, das ihn zu einem Vasallen herabgedrückt hätte. Wie ernst der Anschlag war, geht daraus hervor, daß der Zar gleichzeitig alle Entwürfe ausarbeiten ließ, um 30 000 Mann überraschend am Bosporus landen zu lassen und sich Konstantinopels durch einen Handstreich zu bemächtigen. Das Unternehmen unterblieb bloß deshalb, weil die Pforte Kunde von dieser Absicht erhielt und Gegenanstalten traf [1]).

Durch das Ausgreifen Rußlands fühlte sich ganz Europa verletzt und bedroht. Denn damals war die Welt, da der Große Ozean noch fast ganz außerhalb des Gesichtskreises Europas lag, kleiner als jetzt, und Konstantinopel galt für den Brennpunkt der politischen und Handelsinteressen der Menschheit, während die große Republik jenseits des Wassers sich noch außerhalb der Weltpolitik hielt. Bei einem Siege Rußlands mußte England am meisten verlieren, da der Beherrscher des türkischen Reiches vom Euphrat her auch Indien bedrohen konnte, wie dies im Laufe der Zeiten mehrmals geschehen war. Indessen versuchten die europäischen Kabinette zunächst eine Vermittlung, und dafür war auch der englische Premierminister Lord Aberdeen tätig, der den Russen wie den Türken Frieden predigte; dagegen hauchten Lord Palmerston — damals freilich als Staatssekretär des Innern gewissermaßen kaltgestellt — und besonders der

[1]) So nach der aus den russischen Kriegsakten geschöpften halbamtlichen Darstellung des Generals A. N. Petrow: Der russische Donaufeldzug im Jahre 1853—54. (Deutsch von Hauptmann Regenauer, Berlin 1891.) S. 34—39.

englische Gesandte in Stambul, Lord Stratford Canning, den Ratgebern des Sultans die Hoffnung in die Seele, im äußersten Notfalle werde die englische Flotte Konstantinopel gegen Rußland schützen. So gab die Pforte nur bezüglich des Grabes Christi nach, fand jedoch den Mut, das zum 10. Mai 1853 gesetzte Ultimatum des Fürsten Mentschikow abzulehnen.

Österreich geriet durch das gewalttätige Auftreten des Zaren in nicht geringe Verlegenheit. Dem russischen Kaiser freilich kam es nicht einen Augenblick in den Sinn, der österreichische Hof könnte seinem Unternehmen feindselig entgegentreten. So sicher baute er auf seine Gefolgschaft, daß er auf die erstaunte Frage Seymours, was Österreich zu seinen Balkanplänen sagen werde, in gutem Glauben antwortete: „Wenn ich von Rußland spreche, spreche ich ebensogut von Österreich, unsere Interessen bezüglich der Türkei sind identisch." Dabei lag es nicht in seiner Absicht, das Haus Habsburg an die Wand zu drücken; den Grafen Franz Zichy beauftragte er am 23. Februar 1853 mit der Botschaft nach Wien, er rechne darauf, der Kaiser von Österreich, den er wie einen Sohn liebe, werde mit ihm gemeinschaftlich der schmutzigen Wirtschaft am Bosporus und der Bedrückung der armen Christen durch „die türkischen Hunde" ein Ende machen[1]). Was er dabei über seine Empfindung für den jungen Kaiser sagte, war ganz aufrichtig. Da er aber seine väterlichen Ratschläge nicht selten etwas gebieterisch vorbrachte, so verletzte er, selbst wenn man die großen von ihm geleisteten Dienste in Betracht zog, den Stolz des verbündeten Hofes, und daher das Wort, das man dem Fürsten Felix Schwarzenberg in den Mund gelegt hat: „Wir werden die Welt durch die Größe unserer Undankbarkeit in Erstaunen setzen."

Ob dieser Ausspruch wirklich von Schwarzenberg herrührt? Es war ihm wohl zuzutrauen, daß er so argen Dank für die russische Hilfe bei der Unterwerfung Ungarns 1849 hätte abstatten wollen. Denn nur widerwillig, erst nach den Niederlagen der kaiserlichen Truppen in Ungarn hatte er das russische Heer ins Land gerufen und diese Notwendigkeit als Demütigung

---

[1]) Vitzthum, St. Petersburg und London, S. 34.

empfunden. Doch haben seine Freunde und Verehrer, so der österreichische Gesandte in Paris, Hübner, bei Ausbruch des Krimkrieges in Abrede gestellt, er hätte je so gesprochen. Aber schon früher, noch bei Lebzeiten des Fürsten, verzeichnet General v. Gerlach den Ausspruch wie eine bekannte Tatsache, und es ist wohl möglich, daß er im Zorne über eine russische Anmaßung gefallen ist[1]).

Die Ausdehnung der russischen Macht über die Balkanhalbinsel war eine der schlimmen Folgen der Metternichschen Politik. Da für den Staatskanzler Italien und Deutschland die Hauptsache waren, sah er sich genötigt, den Russen im Orient freie Hand zu lassen. Nicht etwa, daß er die drohende Gefahr nicht erkannt hätte; er half sie aber durch seine schiefe Beurteilung der griechischen Frage noch vergrößern. Als er sich — Österreich mit den Türken gegen ganz Europa — der Befreiung der Hellenen widersetzte, verscherzte er sich den Beistand Englands und Frankreichs auch gegen die russischen Übergriffe. In Westeuropa drängte die Vorliebe für die griechische Sache jede andere Rücksicht zurück, und allen Mahnungen Metternichs zum Trotz leisteten die Westmächte im Kriege von 1827 dem Zaren diplomatischen Beistand gegen die Türkei. Der Friede von Adrianopel 1829 besiegelte die Niederlage der Pforte ebenso wie Österreichs; denn hier mußte die Türkei nicht bloß in die Freigebung der Griechen, sondern auch in eine Art Protektorat Rußlands über

---

[1]) Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold v. Gerlachs, S. 693, zum 14. November 1851. Der Zar hatte nach der Besiegung Ungarns eine Medaille prägen lassen, auf der der gekrönte russische Adler eine Schlange zertritt und das österreichische Wappen unter seine Flügel nimmt; doch wurde sie nur in wenigen Exemplaren verteilt. Daran knüpft Gerlach folgende Bemerkung: „Nun hat Schwarzenberg zwar gesagt, sie würden sofort die russische Wohltat mit der schreiendsten Undankbarkeit lohnen; hier ist aber doch die Lage der Dinge so, daß eine gewisse Dankbarkeit notwendig, oder wenn man will, erzwungen werden kann." Dagegen behauptet L. Thouvenel: Nicolas I. et Napoléon III. (Paris 1891), S. 311, Anm., von dem Ausspruche Schwarzenbergs: „Mais ce mot, comme beaucoup de mots historiques, n'a aucune caractère d'authenticité. Il résulte, en tout cas, de l'enquête, à laquelle nous nous sommes livré, que le mot n'a jamais été prononcé par le prince de Schwarzenberg." Thouvenel, der Sohn des französischen Ministers des Äußern (1860—62) hatte manches historische Material zur Verfügung, auch, wie es scheint, den Nachlaß des Ministers Drouyn de L'Huys.

die Walachei und Moldau, über Serbien und Montenegro willigen. Das war für das Wiener Kabinett ein drückendes und beschämendes Verhältnis; an seiner südlichen Grenze setzte der Zar in den Donaufürstentümern Hospodare ein und verbürgte die autonomen Rechte all der christlichen Völkerschaften. Aber auch weiterhin erwies sich Metternich unfähig, die Volkskräfte auf dem Balkan richtig zu beurteilen. Nachdem er durch Jahre die Kämpfe der Griechen in ihrer Bedeutung verkannt hatte, kam er hinterher zu einer Überschätzung der diesem Volke beschiedenen Zukunft. Im Jahre 1839 sagte er zu Prokesch, dem österreichischen Gesandten in Athen: „Mein Plan ist gefaßt, Konstantinopel darf nur griechisch werden ... alles, soweit die griechische Sprache die herrschende ist. Athen muß nach Konstantinopel übertragen werden“[1]). Nun blieben diese Irrtümer zunächst für Österreich wohl ohne gefährliche Folgen, weil Metternich den Zaren Nikolaus durch kluge Behandlung wie durch die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen die Völkerfreiheit wieder enge an Österreich knüpfte und in Münchengrätz 1833 zu dem Gelöbnisse bestimmte, er werde seine Hand schützend über den künftigen österreichischen Kaiser Ferdinand halten. Bei diesem Anlasse war es, daß Kaiser Nikolaus Metternich ausholen wollte, ob Österreich nicht etwa gemeinsam mit ihm gegen die Türken vorgehen wolle. „Fürst Metternich,“ sagte er ihm bei der Mahlzeit über den Tisch hinweg, „was halten Sie von dem Türken? Das ist ein kranker Mann, nicht wahr?“ Der Staatskanzler, seine Schwerhörigkeit als diplomatisches Hilfsmittel benützend, stellte sich taub, auch als die Bemerkung wiederholt wurde. Als der Zar sie aber zum dritten Male an ihn richtete, brachte Metternich ihn mit der feinen Gegenfrage zum Schweigen: „Stellen Euer Majestät diese Frage an den Arzt oder an den Erben?“

So blieben die Dinge bis 1853, wo der Zar seine Wünsche nicht mehr bloß andeutete, sondern vernehmlich aussprach. Jetzt vertiefte sich das Mißtrauen des Wiener Kabinetts, und Graf Buol-Schauenstein, der Nachfolger Schwarzenbergs, begegnete

---

[1]) Aus dem Nachlasse des Grafen Prokesch-Osten (Wien 1881), II, S. 182.

sich darin mit Metternich, wie aus ihrem Briefwechsel hervorgeht[1]).

In Wien wußte man damals noch nichts von dem Angebot, das der Zar durch Seymour gemacht hatte, und Nikolaus beruhigte die daselbst aufgetauchten Bedenken mit der Vorspiegelung, er habe nichts als den Schutz seiner bedrückten Glaubensgenossen, gewiß aber keine Gebietsveränderung auf dem Balkan ins Auge gefaßt. Deshalb nahm der österreichische Minister des Äußern an, man könne die Hitze des Zaren mäßigen, wenn man ihm zu billigen und unblutigen Erfolgen verhelfe. Österreich legte so großen Wert darauf, ihn bei guter Laune zu erhalten, daß es sich zur vielbedeutenden Anerkennung der russischen Schutzhoheit über die orthodoxen Christen der Türkei herbeiließ. Diesen Standpunkt vertrat das Wiener Kabinett in Konstantinopel wie vor ganz Europa und leistete dem Zaren dadurch einen erstaunlich großen Dienst. So hoffte es, sich der lästigen Dienstleistung zu entziehen, durch die Besetzung Serbiens und Bosniens einen Druck auf die Pforte auszuüben. Das verlangte Nikolaus durch den Mund seines Gesandten in Wien, Baron Meyendorf, und er war sehr ungehalten, als sein Wunsch nicht erfüllt wurde.

Diese schwächliche Haltung Österreichs bestärkte den Zaren in der Annahme, er werde von dieser Seite her freie Hand behalten, auch wenn es auf dem Balkan zum Schlagen komme. Er legte sich somit auch keinen Zwang auf, als ihm Ende Mai 1853 durch den Grafen Guylai ein Handschreiben Kaiser Franz Josephs überbracht wurde, in dem er dringend gebeten ward, die angedrohte Besetzung der Moldau und der Walachei zu vertagen. Da es in dem Briefe zugleich hieß, die Weltlage hindere Österreich, gemeinsam mit Rußland gegen die Pforte vorzugehen, so nahm Nikolaus die Mahnung ungnädig auf, und Gyulai bekam die unfreundliche Bemerkung zu hören, die Haltung des Wiener Kabinetts entspreche nicht den von Rußland geleisteten Diensten. Hochfahrend genug gab Nikolaus I. am Tage des Empfanges jenes Schreibens den Befehl zum Ein-

[1]) Im 8. Bande von Metternichs Nachgelassenen Papieren.

marsch in die Moldau, der am 2. Juli erfolgte. Die Besetzung der Donaufürstentümer sollte so lange dauern, bis die Türkei das russische Protektorat über die orthodoxen Christen anerkannt habe. Darauf erfolgte auf der anderen Seite der erste drohende Schritt der Seemächte gegen Rußland; englische und französische Kriegsschiffe ankerten im Ägäischen Meere, um, wenn herbeigerufen, Konstantinopel gegen einen Angriff zu schützen. Aber auch dann noch wirkte das Wiener Kabinett in Konstantinopel nachdrücklich im Sinne Rußlands. Niemals, so erklärte Kaiser Franz Joseph in diesen Tagen dem russischen Gesandten Meyendorf, werde sich Österreich mit den Westmächten gegen Rußland verbinden. Österreich empfahl der Pforte dringend die Annahme der sogenannten Wiener Note, in der die Ansprüche Rußlands wenigstens prinzipiell anerkannt waren[1]. Dieser Schritt wurde von den übrigen Mächten, formell auch von England, unterstützt. Der englische Gesandte Lord Stratford jedoch setzte sich über dieses Einvernehmen hinweg; er mahnte die Pforte zwar zum Einlenken, aber gleichzeitig erklärte er den fremden Diplomaten, er halte die zaghafte Politik seiner Regierung für fehlerhaft und hätte gute Lust, deshalb seine Entlassung zu nehmen. So schlug die Türkei den Rat Österreichs in den Wind und lehnte am 19. August die Annahme der Note ab. Schon war auch der Fanatismus der Muselmanen entfacht und in dem wehrhaften Volke die Überzeugung allgemein, es handle sich bei all den Wort- und Notengefechten um Religion und Herrschaft. Sultan Abdul Medschid mußte für seinen Thron fürchten, wenn er nicht das Schwert zog; der Befehlshaber der Garden Mehemed Ruschdi war der Mann, um seinen Kopf für das Gelingen einer Palastrevolution einzusetzen. Unter diesen Umständen wagte die Pforte am 4. Oktober 1853 die Kriegserklärung, obwohl

---

[1]) Ich übergehe die Einzelheiten der fruchtlosen österreichischen Vermittlung, die in dem Buche von Geffcken: Zur Geschichte des orientalischen Krieges 1853—1856, in Debidours Histoire diplomatique de l'Europe, II. Bd. (Paris 1891) und in Pierre de la Gorce, Histoire du second empire, I. Bd. (Paris 1894) und auch sonst dargestellt sind. Den von Buol berufenen „Wiener Konferenzen" der fremden Gesandten wurden zahllose Depeschen und Leitartikel gewidmet, was in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer praktischen Bedeutung stand.

die tätige Mithilfe der Westmächte noch nicht in sicherer Aussicht stand.

Von da ab änderte sich die Sprache des Wiener Kabinetts ein wenig, ohne daß bei seiner Unentschlossenheit die Wirkung auf den Zaren größer geworden wäre. Im September besuchte der Zar den Kaiser von Österreich in Olmütz, und im Monat darauf trafen sich die Herrscher von Österreich, Preußen und Rußland in Warschau. Hier wie dort erklärte Kaiser Franz Joseph, er sei von der Loyalität des Zaren überzeugt und glaube an dessen Zusicherung, er wolle die Türkei nicht zerstückeln; er seinerseits aber müsse ihn darauf aufmerksam machen, daß er an dem Bestande der Türkei nicht rütteln lasse, da eine Erhebung der Südslawen die Ruhe und Sicherheit Österreichs gefährden würde[1]). Über diese allgemeinen Sätze hinaus ging Österreich jedoch nicht; man machte dem Zaren nicht einmal darüber Vorstellungen, was am peinlichsten empfunden wurde: über die eigenmächtige Besetzung der Donaufürstentümer. Welche Scheu der Zar den Höfen von Wien und Berlin einflößte, zeigte sich zu Warschau bei einem Gespräche des Kaisers von Österreich mit dem Könige von Preußen. Der erstere stellte an den König das Ansinnen, er solle dem Zaren Vorstellungen wegen der Fürstentümer machen; Friedrich Wilhelm IV. nun antwortete dem Kaiser Franz Joseph, er werde ihm sekundieren, wenn er bei Kaiser Nikolaus damit anfange. „Kaiser Franz Joseph hat aber nie davon angefangen," berichtete der König von Preußen seiner Umgebung[2]). Übrigens wahrte der Zar auch weiterhin den Schein der Mäßigung und versicherte zu Warschau sowohl die Herrscher wie ihre Minister, er gedenke den ihm aufgedrungenen Krieg nur in Kleinasien mit Nachdruck zu führen; die Donau werde er nur überschreiten, wenn die Türken mit dem Angriffe vorangingen. Zu Manteuffel sagte er sogar, er hoffe dann die Türken mit Gottes Hilfe kräftig zurückzuschlagen, niemand aber, selbst nicht ihre Angriffe würden ihn zwingen, selbst über die Donau

---

[1]) Étude diplomatique sur la guerre de Crimée, I, S. 505. Aus dieser Stelle geht hervor, wie unbegründet die S. 404 aufgestellte Behauptung ist, Österreich habe das russische Kabinett getäuscht.

[2]) Gerlach, Denkwürdigkeiten II, S. 86.

zu gehen[1]). Angesichts solcher bündigen Zusagen gab Kaiser Franz Joseph dem russischen Kanzler Grafen Nesselrode den Handschlag darauf, daß Österreich fest und treu zu dem alten Bündnisse stehen werde[2]). So verbarg der Zar dem Bundesgenossen seine weitausgreifenden Pläne zur Unterwerfung der Türkei, und das Wiener Kabinett unterließ, was seine Pflicht gewesen wäre, die bestimmte und nachdrückliche Erklärung, es werde gegen Eroberungsabsichten Rußlands mit dem Schwerte vorgehen. In Wien mißverstand man die Lage so vollständig, daß nach der Kriegserklärung der Pforte die Absicht des Wiener Kabinetts auf Neutralität nach allen Seiten hin in aller Form ausgesprochen wurde[3]). Die österreichische Regierung ging noch einen Schritt weiter und verfügte im Oktober aus finanziellen Gründen eine namhafte Herabsetzung der Armeestärke; der Stand der Kompanien und Eskadronen war danach so schwach wie niemals seit dem März 1848.

Graf Buol gab sich einer Täuschung hin, wenn er glaubte, Österreich werde durch das politische Gewitter im Südosten unberührt bleiben. Das empfanden alle verständigen Beobachter, und auch Fürst Metternich fand die Neutralitätserklärung Österreichs recht unzeitgemäß. Kanonendonner und Kriegsgetümmel schreckten das vor einer Entscheidung zurückschreckende Wiener Kabinett bald aus seiner Ruhe. Vor allem zeigten die Türken, die man dem russischen Koloß gegenüber verloren gegeben hatte, unter Führung Omer Paschas vollen Kriegseifer, indem sie die Donau überschritten und in Einzelgefechten über die Russen Vorteile davontrugen. So hätte der Zar, da seine militärische Ehre verpfändet war, auch beim besten Willen die Waffen an der Donau nicht ruhen lassen können. Noch wichtiger war,

---

[1]) Poschinger, Preußens auswärtige Politik 1850—1858, 2. Bd., S. 151.

[2]) Der preußische Gesandte Rochow in Petersburg an Manteuffel, 14. Oktober 1853.

[3]) Metternich mißbilligte die Neutralitätserklärung (Bd. 8., S. 349), was er in seinem gewundenen Stile so ausdrückt: „Die Neutralität paßt nicht in unsere Lage. Sich nicht in einen Streit aktiv mischen, bedingt nicht den Begriff der Neutralität, aber den des Zuwartens auf freiem Standpunkte. Aus dieser expektativen Stellung kann niemand Österreich verdrängen . . .“

daß die Russen am 30. November die türkische Flotte bei Sinope angriffen und zerstörten. Das wieder ging den Engländern auf die Nerven; sie empfanden es, obwohl die Russen nach der türkischen Kriegserklärung keine Schonung zu üben hatten, als Beleidigung, daß fast unter den Augen der britischen Flotte bei Konstantinopel über die Herrschaft auf dem Schwarzen Meere entschieden wurde. Die öffentliche Meinung Englands, mit Ausnahme einer kleinen von Cobden und Bright geführten Minderheit, war schon damals zu einem Waffengange gegen Rußland bereit. Doch England besaß bloß Geld und Schiffe, und Rußland konnte nur durch eine Landmacht zurückgeworfen werden. Nun hatte das Inselreich bei seinen Kämpfen um die Seeherrschaft im 17. und 18. Jahrhundert stets eine Macht des Festlands gefunden, die sich dazu hergab, den Nebenbuhler auch auf dem Kontinent zu beschäftigen. Als es Frankreich in Ostindien und in Kanada niederringen wollte, zahlte es bald Österreich, bald Preußen Hilfsgelder zum gemeinsamen Kriege. Jetzt streckte der Zar seine Hand nach Konstantinopel und nach der Herrschaft über Asien aus, und es war für die Briten ein klug benützter Glücksfall, daß der Kaiser der Franzosen sich bereit zeigte, das europäische Gleichgewicht durch einen Krieg mit Rußland zu verteidigen. Frankreich besaß nur einen sehr entfernten Beweggrund, sich auf den orientalischen Handel einzulassen. Kaiser Napoleon III. jedoch war persönlich durch den Zaren beleidigt worden, da ihm dieser den Titel eines Bruders versagte und ihm nur den des Freundes gewährte. Das Kaiserreich sah sich nach dem Staatsstreiche in Europa vereinsamt und suchte eine Allianz mit einer der großen Mächte. Hiefür bot sich England, und Napoleon III. konnte so das Mißtrauen Europas entwaffnen, das von ihm die Aufnahme der Eroberungspolitik seines Oheims besorgte. Wenn er als Schützer der europäischen Zivilisation gegen die von Osten hereinbrechende Barbarei und Despotie auftrat, so schmeichelte dies seinem ehrgeizigen Volke, das sich nur allzuleicht zu Kriegen mit fortreißen ließ, aus denen seine Wohlfahrt keinen Nutzen zog. Es war nicht Sache der Franzosen, das Blut ihrer Söhne für fern abliegende Güter einzusetzen. Sie nahmen die Last des

Krieges eigentlich zum Nutzen anderer, Englands wie Österreichs, auf sich.

Noch hatten die Westmächte keinen Akt der Feindseligkeit gegen Rußland begangen, aber deutlich hoben sich bereits die beiden Heerlager des heraufziehenden Kampfes von einander ab. Damit änderte sich die Lage auch für Österreich. Konnte dieses Reich taten- und parteilos zusehen, während über die Zukunft der Türkei entschieden wurde? Wenn der Zar siegte, dann lag die Entscheidung bei ihm, wenigstens so weit sein Schwert reichte, und das entwaffnete Österreich war für ihn kein Hindernis. Stimmen erhoben sich, die mahnten, jetzt oder nie sei es an der Zeit, das drückende Übergewicht Rußlands zu brechen. So drängte in erster Linie der Gesandte in Paris, Hübner[1]); und wenn das Wiener Kabinett auch nicht so rasch umschwenkte, so rückte es doch deutlich von Rußland ab. Das europäische Gemeingefühl erklärte sich so bestimmt, daß auch der Berliner Hof nicht umhin konnte, Rußland zur Mäßigung zu mahnen. Unter diesen Umständen einigten sich die vier Mächte Österreich, Preußen, England und Frankreich am 5. Dezember zu einem Protokoll, in dem sie, wenn auch in verbindlicher Form, dem Zaren ganz bestimmte Grenzen zogen: sie vertrauten, so erklärten sie, seinen Zusagen und sprachen im Hinblick darauf die Überzeugung aus, daß nach Beendigung des Krieges weder die Souveränetät der Türkei angetastet werden, noch ihr Gebiet geschmälert werden dürfe. Der Zar mußte es sich nun überlegen, ob er trotzdem einen Krieg suchen wollte, dem der Siegespreis unter allen Umständen versagt war. Dringend riet ihm deshalb das Wiener Kabinett, seinen Streit mit der Türkei einer europäischen Konferenz zu unterbreiten und so einen friedlichen Ausweg zu suchen. Kaiser Franz Joseph bot seine Vermittlung an und sagte zum russischen Gesandten: „Indem ihr euere Interessen in unsere Hände legt, vertraut ihr sie einem erprobten Freunde an.“ Doch Kaiser Nikolaus wollte auf dem betretenen Wege nicht mehr einhalten, und seine fortgesetzten Rüstungen deuteten auf den Umfang seiner Eroberungspläne.

---

[1]) Hübner, Neun Jahre Erinnerungen, I, S. 99, 105, 124.

Österreich fühlte sich durch die Ablehnung seiner Vermittlung verletzt, und die Sprache seiner Vertreter in Paris und London nahm eine Rußland feindselige Färbung an. Dadurch gewannen die Westmächte die Sicherheit, daß Österreich und damit auch Preußen ihnen während des Kampfes nicht in den Rücken fallen würden; sie schritten zur energischen Abwehr und schlossen am 12. März 1854 mit der Türkei ein Offensiv- und Defensivbündnis. Das war so viel wie eine Kriegserklärung an Rußland.

II

Abkehr Österreichs von Rußland

Das Glück hatte für Österreich mehr getan als die zweifelhafte Staatskunst des Grafen Buol; denn während es die Besetzung der Donaufürstentümer durch Rußland unterwürfig hinnahm, rüsteten die Seemächte, um dieser Verletzung der Verträge mit bewaffneter Hand entgegenzutreten. Und doch besaß die untere Donau für Österreich ungleich höhere Wichtigkeit als für das übrige Europa.

Überhaupt lag die große Schwierigkeit für die Erhaltung der österreichisch-russischen Freundschaft in der Entscheidung über das Schicksal der Walachei und der Moldau. Es war für Österreich gefahrvoll, sie dem mächtigen Nachbar zu überlassen; die Russen aber waren nun einmal seit dem Frieden von Adrianopel (1829) Herren in diesen Ländern und würden in gutem auf den Landweg nach Konstantinopel nie verzichtet haben. Noch gab es kein unabhängiges Rumänien und die Gebiete an der unteren Donau waren der Zankapfel zwischen Rußland, der Türkei und Österreich, aus dem die Feindschaft zwischen den beiden bisher eng verbündeten Höfen emporwuchs.

Außerdem aber befürchtete man in Wien von einer durch Rußland angefachten Erhebung der Balkanslawen das Überspringen der Bewegung in das eigene Reich. Möglich, daß dann die Serben und Kroaten von Österreich die Rechte einforderten, die die Regierung ihnen 1848 in Aussicht gestellt und später schlankweg versagt hatte. Der Druck, der auf allen Nationalitäten Österreichs, sowohl auf den 1848 abgefallenen wie auf den treugebliebenen lag, war ein Hindernis für eine

mutige und tätige auswärtige Politik. Diese Sorge wollte der Zar bannen und gab deshalb im Herbst 1853 die Zusage, er werde das Fürstentum Serbien nicht zum Losschlagen auffordern; und weiter gehend übernahm er für sich wie für seinen Sohn die Verpflichtung, unter keinen Umständen die slawischen Untertanen Österreichs jemals in ihrer Treue wankend zu machen.

Diese letztere Zusage war ernst gemeint, während Nikolaus I. sich innerlich ohne weiteres von dem Versprechen entband, sich der Revolutionierung der christlichen Völkerschaften der Türkei zu enthalten; zur selben Zeit, da er Österreich gegenüber noch von Versicherungen überfloß, daß er den Krieg nicht in die Länder südlich von der Donau tragen wolle, entwarf er einen Kriegsplan, der auf der Erhebung der Balkanstämme aufgebaut war. Er unterschätzte die militärische Kraft der Türkei und gab sich der Täuschung hin, ihre Herrschaft in Europa werde durch den gleichzeitigen Aufstand der Serben, der Montenegriner, der Bulgaren und der Griechen von selbst zusammenbrechen. In dieser Täuschung befangen, wollte er anfangs nur zwei Armeekorps, die nach der russischen Heeresorganisation allerdings doppelt so stark waren wie in anderen Militärstaaten, zum Kriege mobil machen, und er ließ sich nur durch die Vorstellungen seiner Generale bestimmen, auch noch ein drittes Korps, wenigstens zum Teile, demselben Zwecke zu widmen; seine militärischen Ratgeber waren übrigens der wohlbegründeten Ansicht, daß auch diese Streitkraft, 130--140 000 Mann, nicht ausreichen würde, den Krieg über den Balkan zu tragen. In dem vom Zaren eigenhändig niedergeschriebenen Entwurf eines Feldzugsplans vom 15. November 1853 heißt es: „Wir dürfen nicht früher vorrücken, als bis der Volksaufstand für die Unabhängigkeit einen großen und allgemeinen Umfang angenommen hat. Es muß ein Kampf zwischen Christen und Türken werden, während wir selbst gleichsam in Reserve bleiben"[1]).

Ebenso hochmütig urteilte der vom Glück verwöhnte Herrscher über die Aussicht, Österreich werde sich zur Heeresfolge nötigen

---

[1]) Petrow, Der russische Donaufeldzug, S. 137.

lassen. Statt, wie die Klugheit gebot und sein Kanzler Nesselrode riet, das Wiener Kabinett durch entgegenkommende Behandlung zur Neutralität zu bestimmen, gab er ihm herrisch seine Unzufriedenheit zu erkennen; er erließ sogar am 5. Dezember den Befehl, die Truppen im Königreiche Polen auf den Kriegsfuß zu setzen, mit der deutlichen Absicht, einen Druck auf Österreich zu üben, vielleicht es zum Kriege gegen die Türkei mit fortzureißen[1]).

Wollte er seine Pläne auf der Balkanhalbinsel durchsetzen, so mußte er die Waffen allerdings aus jeder Rüstkammer nehmen und konnte auf die Mithilfe der christlichen Völkerschaften nicht verzichten. Amtlich ließ er durch Meyendorf in Wien die Einwirkung auf die Balkanslawen in Abrede stellen, insgeheim jedoch förderte seine Regierung ihre Erhebung. Tatsächlich flammte schon im Januar 1854 in Thessalien ein Aufstand der Griechen auf und es war verdächtig, daß der russische Oberst Kowalewsky in Montenegro, der Botschaftsrat Fonton in Serbien erschien, um unter Anrufung der Stammesverwandtschaft wie durch ansehnliche Geldsummen für Rußland zu werben. Es bedurfte nur eines Winks und die beiden Volksstämme griffen zu den Waffen, wie denn an der Grenze von Serbien und Albanien die Beute- und Rachefehde bereits in voller Blüte stand. Wohl erließ Österreich gebieterische Ratschläge zur Neutralität, die nach Belgrad durch General Mayerhofer (Herbst 1853) und nach Cettinje durch den Oberstleutnant Stratimirovich überbracht wurden; Geldgeschenke halfen nach, so daß die Häuptlinge in diesen Gebieten wie so oft den Vorteil genossen, gleichzeitig durch Rubel und durch Dukaten politische Belehrung zu erhalten. Der Serbenfürst Alexander Karageorgievich geriet zwischen der Kriegslust seines Volkes und den Mahnungen Österreichs in eine schwierige Lage, die sich geradezu beängstigend gestaltete, als Rußland dem vertriebenen Fürsten Milosch Obrenovich gestattete, in Bukarest eine serbische Hilfsschar zum Kriege gegen die Türkei zu werben; man konnte diese Mannschaft im Notfalle auch zu einem Schlage gegen die Dynastie Karageorgievich

---

[1]) Petrow, S. 274.

benützen. Österreich mußte schon zu Anfang des Winters für alle Fälle die Garnisonen in Südungarn verstärken.

Das in Wien gegen Rußland erwachende Mißtrauen hätte beschwichtigt werden können, wenn der Zar das österreichische Kabinett aufrichtig in seine Pläne eingeweiht und Halbpart geboten hätte; es gab in Wien eine starke russische Partei, die dies wünschte und erwartete. Hatten doch Österreich und Rußland in den Kriegen von 1737 und 1788 gemeinsam die Türken bekämpft, Joseph II. und Katharina II. die Teilung des osmanischen Reiches bei der Zusammenkunft zu Cherson besprochen. Nach dem Tode Josephs war sein Neffe Erzherzog Karl der Träger des Gedankens gewesen, Österreich durch Unterstützung der Slawen zur Vormacht auf dem Balkan zu erheben. In der Friedenspause nach dem unglücklichen Kriege von 1805 riet der Erzherzog, sich mit Napoleon I. zu vertragen und die Entschädigung für die erlittenen Verluste in Serbien und Bosnien zu suchen. Er drang jedoch nicht durch und Stadion wie Metternich wendeten ihr Augenmerk ausschließlich dem Westen zu. Weshalb nun griff Nikolaus I. nicht auf diese noch unvergessenen Pläne zurück? Er tat es nur halb, und nur so, daß Österreich kärglich abgefertigt werden sollte. So schon im Sommer 1853, als Meyendorf nach Wien den Vorschlag überbrachte, die Türkei gemeinsam zur Annahme der Forderungen Mentschikows zu zwingen, zu welchem Zwecke Rußland die Donaufürstentümer, Österreich Serbien und die Herzegowina zu besetzen hätte. Nun war es viel verlangt, daß Österreich zu den Waffen greifen solle, um das russische Protektorat über das Reich des Sultans zu begründen. Als Gegengabe bot der Zar ein Bündnis zur Abwehr jedes Angriffes auf Österreich, besonders auf seine italienischen Besitzungen, und er machte sich anheischig, auch Preußen hiefür zu gewinnen. Daraus ist zu ersehen, daß er Österreich doch nur als größeren Vasallenstaat ansah: er gewährte Schutz seines Landgebietes und verlangte dafür Waffenhilfe bei seinen Eroberungen. Für das Wiener Kabinett besaß die Besetzung der beiden türkischen Provinzen keinen Wert, wenn die daselbst wohnenden orthodoxen Christen dem Protektorat Rußlands unterworfen blieben. Diesen Aussichten zog das Wiener Kabinett

mit Recht die Herrschaft des Sultans vor, dem Satze Metternichs entsprechend: „Die Türkei ist für Österreich eine Grenze, sicherer als das Meer.“

All diesen Mißhelligkeiten mit Österreich wollte der Zar dadurch ein Ende machen, daß er seinen Vertrauten, den Grafen Orlow, nach Wien sendete; so wollte er sich, bevor sein Heer die Donau überschritt, der Neutralität Österreichs versichern. In Wien herrschte bereits schwüle Stimmung und Graf Buol setzte den russischen Gesandten Meyendorf, der seine Schwester zur Gemahlin hatte, durch seine schärfer werdende Sprache in Unruhe. Orlow wurde am Tage seiner Ankunft, am 31. Januar, vom Kaiser empfangen, doch gleich die erste Unterredung ergab, daß der Zar auch weiterhin neue Dienste forderte und den Preis dafür nicht zahlen wollte. Er verlangte diesmal die Versicherung unbedingter Neutralität seitens Österreichs, also freie Hand zur Ausdehnung seiner Herrschaft auf die Balkanhalbinsel; dafür wollte er dem Kaiser von Österreich alle seine Länder verbürgen und auch den Deutschen Bund wie Preußen zu einer gleichen Garantie bestimmen. Was nun sollte nach dem Kriege mit der europäischen Türkei geschehen?

Diesmal war der russische Hof schon deutlicher als früher, sprach nicht mehr von der Erhaltung des Osmanenreichs, sondern schlug die Begründung halbsouveräner Staaten vor; um Österreich zu gewinnen, sollte das Protektorat über sie von den beiden Kaiserhöfen gemeinsam geübt werden. Dieser Vorschlag setzte also die Unterstützung der Aufstände auf der Halbinsel durch Österreich voraus. Nun aber hielt man in Wien die Teilung des Protektorats für ein Linsengericht, und ganz sachgemäß erwiderte Kaiser Franz Joseph dem Grafen Orlow, daß eine solche Abmachung dem russischen Hofe infolge seiner Stammes- und Religionsverwandtschaft mit den Südslawen so viel wie die Herrschaft brächte. Orlow fühlte selbst, wie ungenügend das Angebot war, und er gestand dies zur Zeit des Pariser Kongresses Hübner gegenüber auch offen ein. Er ging also einen Schritt weiter und versprach namens seines Herrschers, dieser werde beim Friedensschlusse nichts festsetzen, ohne sich der Zustimmung des Kaisers von Österreich versichert zu haben. Auch das wurde

für ungenügend befunden, offenbar weil es bedenklich schien, ruhig zuzuwarten, bis die Russen vor Konstantinopel standen. Kaiser Franz Joseph erwiderte mit einem Gegenvorschlage, der an die früheren Versicherungen des Zaren anknüpfte. Die Russen sollten die Donau nicht überschreiten, sondern den Krieg ausschließlich in Asien führen; im Frieden wäre dann der Gebietsstand der Türkei unberührt zu lassen. Lehnte der Zar diese Bedingungen ab, so behielt sich Österreich freie Hand vor. Das aber waren vom russischen Standpunkte aus harte Forderungen, und ihre Gewährung war gleichbedeutend mit dem Fallenlassen der liebgewordenen Entwürfe. Orlow konnte die gewünschte Zusage nicht leisten und mußte seine Sendung somit für gescheitert ansehen. Nachdrücklicher noch als der Monarch hatte ihm Buol gesagt, daß Österreich die Ausbreitung der russischen Macht über die Balkanhalbinsel nicht dulden könne. Der Kaiser selbst schloß mit der Erklärung, daß er sein Verhalten fortan nur nach den Interessen und nach der Würde seines Reiches einrichten werde. Das ist, wie die Erfahrung lehrt, stets die höfliche Formel, mit welcher das Bundesverhältnis zweier Staaten gelöst wird[1].

Schon für diese ersten Regierungsjahre Kaiser Franz Josephs muß daran erinnert werden, daß die wichtigen Entscheidungen der äußeren Politik meistens von ihm persönlich ausgegangen sind; nur die Zeit der Verwaltung des Grafen Andrassy bildet, und auch mehr in den Mitteln als in den Zielen, darin eine Ausnahme. Daß der Monarch die Fäden selbst in der Hand hatte, zeigt das Gespräch, das er kurze Zeit darauf, am 21. Februar, auf einem vom Fürsten Schwarzenberg gegebenen Balle mit Meyendorf führte, dessen Verlauf nach dem Berichte des russischen Gesandten genau bekannt geworden ist[2].

Meyendorf wollte den Kaiser überzeugen, daß Aufstände der Südslawen nicht zur Zerstücklung und zum Fall des osmanischen Reichs führen müßten. Darauf gab ihm der Kaiser die be-

---

[1]) Vergl. u. a. Hübner, Neun Jahre Erinnerungen, zum 21. April 1856.

[2]) Die Berichte in der Étude diplomatique und bei Petrow ergänzen sich

deutungsvolle Antwort: „Ich dachte darüber wie Sie bis zur Ankunft des Grafen Orlow, dessen Sendung ich, wie Sie, mit großer Freude begrüßt habe. Allein aus seinen ersten Ausführungen sah ich deutlich, daß seine Vorschläge nicht mit dem übereinstimmen, was ich mit Kaiser Nikolaus in Olmütz und Warschau besprochen habe. Ich war hierüber erzürnt und mußte meine Maßnahmen treffen. Bis zu dieser Zeit hatte ich die feste Absicht, strenge Neutralität zu bewahren."

Die Gefahren des Vordringens Rußlands gegen den Balkan kamen in einer Ministerkonferenz zur Sprache, die in diesen Tagen zu Wien stattfand[1]). Man beschäftigte sich mit den wirksamen Gegenmitteln und faßte selbst die offene Gegnerschaft zu Rußland ins Auge. Doch wollte man keine Zwischenstufe bis zu diesem Äußersten überspringen und deshalb sollte die nächste Maßnahme der feste Zusammenschluß mit Preußen und dem Deutschen Bunde sein, um sich beim Zaren eher Gehör zu verschaffen. Sodann wollte man gemeinsam mit den Westmächten, zunächst auf diplomatischem Wege, dem Vormarsche der Russen ein Ziel setzen. Endlich nahm man, wenn kein anderes Mittel ausreichte, eine europäische Koalition gegen Rußland — vier gegen einen — in Aussicht.

Der Kaiser von Österreich eröffnete in der oben erwähnten Unterredung dem Baron Meyendorf, er habe sich genötigt gesehen, seine Maßregeln zu treffen. Damit ist der kaiserliche Befehl vom 2. Februar gemeint, durch den ein mobiles Armeekorps in Südungarn aufgestellt wurde, das den Namen des serbisch-banatischen führen sollte und zum Befehlshaber den Feldmarschalleutnant Grafen Coronini erhielt, den Landeschef des Banats. Sodann marschierte vom 2. März ab das 9. Armeekorps aus Niederösterreich gleichfalls an die türkische Grenze und bezog zwischen der Donau und der unteren Theiß Quartiere. Endlich wurde auch das unter Jellachich stehende kroatisch-dalmatinische Korps auf Kriegsstärke gesetzt, so daß eine genügende Macht bereit stand, um die südslawischen Freunde

[1]) Nach einer Aufzeichnung im Nachlasse des Ministers des Innern, Bach, im Januar 1854.

Rußlands vom Losschlagen abzuhalten. Die Drohung genügte — und damit war durch die Rechnung des Zaren ein Strich gemacht. Die Westhälfte des Balkans war für die Pforte gesichert und sie konnte nahezu ihre ganzen Streitkräfte den Russen gegenüber an der unteren Donau und in Kleinasien anhäufen. Rußland war, entgegen der früheren Annahme des Zaren, auf seine eigenen Kräfte angewiesen.

III

Freunde und Gegner Rußlands in Wien

Durch mehr als ein halbes Jahrhundert hatte sich das Wiener Kabinett mit den Rätseln der Orientpolitik nur in zweiter Linie beschäftigt: jetzt stand es ihnen Aug' in Auge gegenüber. Das von den Westmächten mit der Türkei am 12. März 1854 geschlossene Schutz- und Trutzbündnis ließ kriegerische Zusammenstöße in großem Stile voraussehen. Und wenn es noch einen Zweifel über die letzten Pläne Nikolaus I. gab, so war er durch die Bekanntgabe seiner ein Jahr vorher mit dem englischen Gesandten Seymour geführten Gespräche behoben; die englische Regierung hatte den Zaren nicht mehr zu schonen und drückte dem Wiener Hofe damit den Stachel in die Brust, er hätte vom Zaren ausgebeutet werden sollen, ohne als gleichberechtigte Macht angesehen zu werden.

Es gab aber trotzdem noch eine durch ihre Verbindungen mächtige russenfreundliche Partei in Wien. Sie wurzelte in dem hohen Adel, der sich immer vor Augen hielt, daß der Zar durch seine 1849 geleistete Hilfe die Demokratie endgültig niedergeworfen hatte. Wortführer dieser Gruppe war Fürst Windisch-Grätz, der jeden, auch den kleinsten Erfolg der russischen Waffen an der Donau mit Freuden begrüßte und dem russischen Gesandten versicherte, der Hof, selbst der Kaiser dächten nicht anders. In den Salons der Fürstinnen Liechtenstein und Schwarzenberg, so berichtet der Herzog von Koburg, wurde Rußland „als Hort der Gesetzlichkeit und Feudalherrschaft, auf welche es in diesen Kreisen vor allem ankam, gepriesen"; obwohl Frankreich und England einen Feldzug im gemeinsamen euro-

päischen Interesse vorhatten, herrschte Haß gegen sie, der sich insbesondere gegen England kehrte, das dem Fürsten Schwarzenberg gegenüber die Rechte der Völker vertreten hatte und deshalb des „Bündnisses mit der Revolution" geziehen wurde.

Bei den aus dem hohen Adel hervorgegangenen Generälen, so bei den Grafen Clam-Gallas, Schlick und Wimpffen, bestand außerdem dankbare Erinnerung an die Waffenbrüderschaft mit Rußland von 1849 her, sowie die Befürchtung, der italienische Besitz sei ohne den Rückhalt an der nordischen Macht nicht zu verteidigen. Diese Verhältnisse wurden vom Feldmarschall Radetzky in großem Sinne aufgefaßt und beurteilt. Die ersten Feldzüge, die er mitgemacht hatte, waren die Kämpfe von 1788 bis 1790 gewesen, in denen Österreich im Bunde mit den Russen gegen die Türkei stand. Diese Jugenderinnerungen waren in dem greisen Marschall offenbar wach, als er dem Kaiser eine Denkschrift vorlegte, in der ein Übereinkommen mit dem Zaren empfohlen wurde zur Befreiung der Südslawen und zur Teilung der europäischen Türkei. So sollten die Wege des Prinzen Eugen von Savoyen wieder beschritten, Bosnien und Serbien für die habsburgische Monarchie gewonnen werden[1]).

Überwogen auch diese Ansichten in der Generalität, so gab es doch hier auch eine abweichende Anschauung — es wird noch davon die Rede sein, daß der Generalstabschef der Armee, Heß, und Erzherzog Albrecht sich zu ihr bekannten. Für das Zusammengehen mit Rußland stimmten dagegen die Offiziere südslawischer Herkunft, die von dem Gedanken eingenommen waren, ihre Stammesgenossen von dem türkischen Joche zu befreien. Oberstleutnant Stratimirovich, der 1848 der Führer der österreichischen Serben im Volkskriege gegen die Ungarn gewesen war, schlug die Besetzung Bosniens, der Herzegowina und Albaniens bis zur Linie Skutari—Samokow vor; aus diesen Gebieten, wie aus dem der katholischen Albanesen, der Ghegen, wären kleine Vasallenstaaten Österreichs zu bilden[2]).

---

[1]) Adolf Beer: Die orientalische Politik Österreichs seit 1774, S. 517.

[2]) Denkschrift vom 5. März 1854 im Wiener Kriegsarchiv.

Die Frage lag nahe, welche Wege von dem Fürsten Schwarzenberg beschritten worden wären, wenn dieser überragende Staatsmann die Verwicklung noch erlebt hätte. Darauf geben zwei Männer, die mit ihm zusammen gearbeitet hatten, Hübner und der Handelsminister seines Kabinetts, Bruck, übereinstimmende Auskunft. Er würde, so nahmen sie an, den Zaren von vornherein an dem Einmarsch in die Donaufürstentümer gehindert haben; kraftvolles Auftreten lag in seiner Natur und so hätte der russische Kaiser, durch seine Warnungen beeinflußt, sein vergebliches, in den Konsequenzen nicht überdachtes Spiel zum eigenen Wohle unterlassen. Am 9. Februar 1854 schrieb Hübner in sein Tagebuch: „Hätten wir im Monat Mai (1853) etwas mehr Mut gezeigt, statt zu trachten, durch unser unwürdiges Bitten und Ansuchen den Kaiser weich zu stimmen, würden die russischen Truppen niemals den Pruth überschritten haben" [1]). Ähnlich tadelte Bruck von Konstantinopel aus in einem Briefe an General Heß vom 4. Oktober 1854 die schwachmütige österreichische Politik mit den Worten: „Bis in das laufende Jahr hinein glaubte man in Wien noch immer mit einer Phrase die Sache abtun zu können, was ich dagegen auch in meinen Berichten sagen mochte. Schon im Oktober vorigen Jahres machte ich auf die Gefahren einer Intervention mit Landtruppen aufmerksam und trug darauf an, ein Veto dagegen einzulegen, wie es Fürst Schwarzenberg gewiß getan haben würde. Statt dessen eine einseitige Neutralitätserklärung und eine noch unpassendere Armeereduktion, im falschen Wahne, den Finanzen damit zu helfen."

Wenn Bruck hier von der Verhinderung einer fremden Intervention auf dem Balkan spricht, so ist damit ebenso die russische wie die englisch-französische gemeint; denn seiner Überzeugung nach gebührte die Rolle des Schiedsrichters dem germanischen Mitteleuropa und er verzieh es dem Grafen Buol nicht, daß er sich für Österreich, die Vormacht des Deutschen Bundes, mit dem zweiten Platze begnügt hatte. Seine An-

---

[1]) Vergl. die verwandte Ansicht Metternichs in den Nachgelassenen Papieren, 8. Bd., S. 357.

sichten sind nicht durchgedrungen und das Wiener Kabinett ging ganz andere Wege; es ist aber der Mühe wert, die Auffassung des ideenreichsten Staatsmannes des damaligen Österreich kennen zu lernen.

* * *

Infolge der Mißhelligkeiten zwischen Wien und Konstantinopel, die sich aus Anlaß der gastfreundlichen Aufnahme der ungarischen Flüchtlinge in der Türkei ergaben, war Österreich eine zeitlang nicht durch einen Gesandten, sondern durch einen Geschäftsträger bei der Pforte vertreten; nach der Sendung Mentschikows jedoch mußte man das Amt des Internuntius durch eine berufene Persönlichkeit besetzen[1]). Von Prokesch-Osten wurde wegen der Einwendungen des Zaren Abstand genommen, und so fiel die Wahl auf Freiherrn v. Bruck, den Sohn zwar des protestantischen Rheinlands, der aber als Schöpfer und Direktor des Österreichischen Lloyd, dann als Handelsminister (1848—1851) und zuletzt bei der Vermittlung des preußisch-österreichischen Handelsvertrages den Beweis großer Fähigkeiten geliefert hatte. Er traf im Juni 1853 in Konstantinopel ein und es oblag ihm, wie wir wissen, zunächst die Aufgabe, den Wünschen Rußlands bei der Pforte Gehör zu verschaffen: so wollte Buol dem Ausbruche eines Krieges vorbeugen. Bruck stieß hierbei mit dem englischen Gesandten Lord Stratford Canning zusammen, der seine Bemühungen durchkreuzte und die Pforte zum Ausharren selbst auf die Gefahr eines Krieges hin ermutigte. Daraus entwickelte sich eine Nebenbuhlerschaft zwischen den beiden Männern, die um so schärfer wurde, als sie ohne Vergleich die beiden bedeutendsten fremden Diplomaten am Bosporus waren. Diese Gegnerschaft hatte übrigens tiefere Wurzeln. Denn Bruck war als Leiter des Lloyd emporgekommen, der großen Schiffahrtsunternehmung Österreichs in der Levante, und begegnete in dieser Eigenschaft auf allen Wegen der Handelseifersucht Englands. Nun aber

---

[1]) Bis zum Jahre 1871 führte der Vertreter Österreichs bei der Pforte den Titel Internuntius.

den Provinzen seinen Anordnungen oft mehr gehorchten als denen des Großveziers. Er stieß mit den französischen Vertretern Baraguay d'Hilliers, Benedetti und Thouvenel ebenso hart zusammen wie mit Bruck[1]), und da er oft den ihm aus London zukommenden Weisungen entgegenhandelte, da sich auch die Pforte bitter über ihn beklagte, so wurde er 1855 von seinem Posten abberufen. Nikolaus hat den Krimkrieg entzündet, aber Stratford war es, der unaufhörlich in die Flammen blies. Das war es, was Bruck ihm nicht verzieh; wäre es nach ihm gegangen, so hätte Österreich-Deutschland dem Spieler wie dem Gegenspieler die Partie verdorben.

So konnte Bruck die unklare Politik des Grafen Buol nicht billigen. Er ward nicht müde, ihm ein gutes Einvernehmen mit Preußen zu empfehlen, um gegen Ost wie gegen West Österreichs Unabhängigkeit zu wahren. Freundschaft und Vertrauen zwischen Wien und Berlin — das war seiner Ansicht nach die unumgängliche Voraussetzung einer guten Orientpolitik; so konnten Übergriffe Rußlands sowohl wie der Westmächte abgewehrt werden. Dadurch hätte man auch den Türken die Lust benommen, die Friedensvermittlung zu vereiteln. Die zaghafte Politik des Wiener Kabinetts, so meinte Bruck, trage vorwiegend Schuld am Ausbruche des Krieges. Gestützt auf Preußen und den Deutschen Bund konnte man Rußland die Bedingungen des Zusammenwirkens stellen: auf diese Weise hoffte Bruck auch die Lösung des Bündnisses mit Rußland zu vermeiden. Das war eher eine antienglische als eine antirussische Politik; vor allem aber war sie großdeutsch in kraftvollem Stile[2]). „Ich predige das Einverständnis mit Preußen und den deutschen Regierungen monatelang vergebens," so heißt es

[1]) Benedetti (1853—54 Geschäftsträger Frankreichs in Konstantinopel) schildert diese Zusammenstöße in seinen Essais diplomatiques (Paris 1897, Nouvelle série), und zwar in dem Aufsatze: Un ambassadeur anglais en Orient. Das ungünstige Urteil Baraguay d'Hilliers über Stratford bei Thouvenel: Nicolas I. et Napoléon III., S. 350—356, 366 ff.

[2]) Bei Geffcken: Zur Geschichte des orientalischen Krieges 1853—1856, S. 109, wird erzählt, Bruck habe bei einem diplomatischen Diner einen Trinkspruch ausgebracht des Inhalts: „Der Stolz Rußlands wird bezwungen werden". Das muß doch bezweifelt werden.

weiter in dem oben angeführten Briefe vom 4. Oktober 1854. „Mit Preußen und Deutschland hätte man in erster Linie von Rußland die Befriedigung der eigenen Interessen in den Donauländern fordern und nötigenfalls erzwingen müssen, im Gegensatze aber auch den Westmächten erklären sollen: Bis hieher und nicht weiter! Einer solchen Politik hätte sich Preußen und Deutschland nicht entziehen können und Rußland mußte darauf eingehen."

Liest man diese Zeilen, so wird man an die Richtpunkte mitteleuropäischer Politik erinnert, die vom Fürsten Bismarck für seine und die darauf folgende Generation ausgesteckt wurden. Es ist dies nicht das einzige Mal, daß die Ideen Brucks und Bismarcks sich trafen, ohne daß sie je mit einander in nähere Beziehung getreten wären. Bruck stand auch in Österreich nicht vereinsamt da, und es wird sich zeigen, daß er wenigstens in den praktischen Folgerungen mit dem Generalstabschef Heß zusammenarbeitete. Doch war die Atmosphäre in Österreich noch erfüllt von der politischen Erbschaft Schwarzenbergs, und die Magnetnadel wies deshalb nach mancher Abirrung immer doch zu eifersüchtigem Machtbewerb mit Preußen. Daran hat auch Bruck nichts zu ändern vermocht.

* * *

Es war nicht jedermann gegeben, die Welt mit dem scharfen Auge Brucks zu umspannen. Die Blicke der meisten österreichischen Diplomaten richteten sich ausschließlich nach der unteren Donau, wo die Russen sich häuslich einrichteten; für das Wiener Kabinett war der Gedanke beängstigend, daß sie die Moldau und die Walachei besetzt halten und Österreich für immer von den Donaumündungen abdrängen würden. Hier Wandel zu schaffen blieb in den nächsten Monaten das Hauptziel der Wiener Staatskanzlei.

So dachte auch der Nestor und Lehrer der österreichischen Diplomaten, Fürst Metternich. So lange Graf Buol sich mit dieser Aufgabe beschäftigte, fand er die Unterstützung des ehemaligen Staatskanzlers, der sich von ihm erst abwandte, als

der Minister des Äußern den Bund mit den Westmächten gegen Rußland betrieb. Die Verehrer Metternichs innerhalb der Aristokratie waren überrascht und erstaunt, mit welcher Schärfe er im Winter auf 1854 das Vorgehen Rußlands tadelte, mit welcher Bestimmtheit er dessen Rückzug aus den Donaufürstentümern forderte. Er war eben der Meinung, die Zeit sei gekommen, um das gut zu machen, was er zu Ungunsten Österreichs notgedrungen hatte geschehen lassen müssen. Meyendorf meldete nach Petersburg, Metternich habe den Ausspruch getan: „Man muß die Russen aus den Donaufürstentümern hinausmanövrieren.“ Als der russische Gesandte ihm sagte, seine Instruktionen schrieben ihm vor, Österreichs Bundeshilfe gegen die Türkei zu erwirken, erwiderte er mit überraschender Bestimmtheit: er seinerseits halte es für seine Pflicht, seinen Kaiser von dem Eingehen auf solche Vorschläge abzuhalten. „Der Kaiser wird Ihnen nicht auf diesem Wege folgen,“ fuhr er fort, „und glauben Sie mir, Ihr Herrscher wird sich zuletzt in Europa ganz isoliert sehen.“ In demselben Sinne sagte Metternich damals zum Herzog Ernst von Koburg, Kaiser Nikolaus habe an allen Höfen den Souffleur spielen wollen; damit habe er besonders die Deutschen gegen das Bündnis der Ostmächte aufgebracht und die konservative Sache schwer geschädigt.

Von den österreichischen Gesandten im Auslande haben während der Orientkrise zwei, Hübner in Paris und Prokesch in Frankfurt, eine scharf ausgeprägte Politik angeraten. Es sind dies die Männer bürgerlicher Herkunft, die sich gleich Bruck durch eigenes Verdienst in ihrem Berufe emporgearbeitet hatten[1]); von ihren aristokratischen Kollegen dagegen ist nicht zu viel zu berichten[2]). Von ihnen war Graf Franz Colloredo, Gesandter in London, noch die am meisten selbständige

[1]) Hübner wurde 1854 Freiherr, 1888 Graf; Bruck 1849 Freiherr; Prokesch-Osten 1845 Freiherr, 1871 Graf.

[2]) Graf Rechberg befand sich zu dieser Zeit nicht im diplomatischen Dienste, sondern war an der Seite Radetzkys Chef der Zivilverwaltung des lombardisch-venezianischen Königreichs. Erst 1855 übernahm er die Vertretung Österreichs in Frankfurt.

Persönlichkeit. Er gehörte zu denjenigen, die zunächst die Zurückweisung Rußlands befürworteten; dann, als die Moldau und die Walachei von ihnen geräumt waren, riet er zur Vorsicht und zur Vermeidung des Krieges mit jener Macht, er war also Gesinnungsgenosse Metternichs, mit dem er nahe befreundet war. Graf Friedrich Thun in Berlin galt für russenfreundlich, entsprechend seiner konservativen Gesinnung, und da er den Bund mit Petersburg zu erhalten bemüht war, so kam er mit den Neigungen des Grafen Buol für die Westmächte in Konflikt, weshalb er Ende 1854 abberufen und durch den Grafen Georg Esterhazy ersetzt wurde. In Petersburg, auf dem wichtigsten Posten, war zu Beginn des Konflikts Graf Alexander Mensdorff beglaubigt, der gegen seinen Willen und bloß auf Wunsch des Kaisers das schwierige Amt übernommen hatte. Er war mit Passion Reiteroffizier und sagte dem Zaren gleich bei der ersten Audienz, er wäre lieber Befehlshaber einer Kavalleriebrigade als Gesandter an seinem Hofe. Durch diese Offenheit wurde Nikolaus I. für ihn eingenommen, dem es schließlich auch angenehm sein konnte, daß der österreichische Gesandte den Schlichen seiner Diplomatie nicht mißtraute. Wie auf ihn, so machte der elegante österreichische Kavalier auch auf die Damen in Petersburg den besten Eindruck, so daß sie sich, wie Graf Vitzthum erzählt, in seine schwermütige Schönheit wie auf Kommando verliebten. Das waren ganz schöne Erfolge, aber sie reichten beim Beginn des Krieges doch nicht für seinen Posten aus, so daß Graf Valentin Esterhazy zu seinem Nachfolger ernannt wurde, ein geschulter Diplomat von der durchschnittlichen Begabung seiner Zunft. Der dritte der im diplomatischen Dienste stehenden Esterhazy war Graf Moritz, damals Gesandter in Rom, der im Jahre 1856 abberufen werden mußte, weil seine unüberwindliche Trägheit oder seine Nervosität — er schrieb monatelang keinen Bericht — sein Verbleiben unmöglich machte. Er ist der „heimliche Moritz", 1863 bis 1867 Minister ohne Portefeuille, der als solcher neben dem Grafen Mensdorff die zum Kriege von 1866 führende äußere Politik jener Jahre leitete. Diese geistige Verödung innerhalb der österreichischen Aristokratie hatte zur Folge, daß

1866 der Sachse Beust und 1871 der Ungar Andrassy zum Minister des Äußern berufen wurden[1]).

Unter den Diplomaten nicht bloß Österreichs war Freiherr von Prokesch-Osten infolge umfassender Studien wie durch seinen langen Aufenthalt im Osten in orientalischen Angelegenheiten eine Autorität; als Schriftsteller nimmt er einen hohen Rang ein und war der nicht unwürdige Schüler von Friedrich Gentz[2]). Er war 1835 bis 1848 Gesandter in Athen, zog sich aber, vielleicht durch die Bekämpfung russischer Intrigen, vielleicht durch seine Unzuverlässigkeit, das Mißfallen des Kaisers Nikolaus zu, so daß dieser Einspruch gegen die Ernennung Prokeschs zum Gesandten in Konstantinopel erhob, als dieses Amt 1849 frei wurde; und doch besaß niemand bessere Ansprüche auf diesen Posten als er. Prokesch ging darauf als Gesandter nach Berlin und dann nach Frankfurt, fühlte sich aber hier nicht behaglich. Die Orientkrise verfolgte er sorgfältig und er würde es am liebsten gesehen haben, wenn der Zar ein billiges Abkommen über das Schicksal des türkischen Reichs vorgeschlagen hätte; denn Prokesch besaß zu tiefen Einblick in dessen innere Fäulnis, um seine Erhaltung oder gar Neubelebung für möglich zu halten; liberale Reformen, wie die Engländer sie vorschlugen, würden, so meinte er, nur die Zersetzung beschleunigen[3]). Die Einigung mit Rußland erwies

---

[1]) Auch unter den Gesandten an den Höfen zweiten Ranges befand sich damals keine Persönlichkeit von mehr als Durchschnittsbegabung, abgesehen von Baron Hügel in Florenz, der aber nicht als Diplomat, sondern als Weltreisender, Geograph und Botaniker mit Auszeichnung zu nennen ist.

[2]) Sein Hauptwerk, die sechs Bände seiner „Geschichte des Abfalls der Griechen vom türkischen Reich", war 1851 abgeschlossen und zum Teil schon in Druck gelegt. Graf Buol nahm jedoch kleinlichen Sinnes die bereits von Schwarzenberg erteilte Erlaubnis zur Veröffentlichung im angeblichen Interesse des diplomatischen Dienstes zurück, und das Werk lag seitdem unter dem Siegel der Wiener Akademie der Wissenschaften. Erst 1867 durfte es ausgegeben werden. Vergl. das Schreiben Prokesch-Ostens an Metternich vom 10. Februar 1853 in dem 1881 veröffentlichten Briefwechsel Prokeschs mit Gentz und Metternich (II, S. 405). Der Staatskanzler schrieb ihm damals: „Lassen Sie Ihre vortreffliche Arbeit ruhen und legen Sie sich durch deren zu frühe Bekanntmachung keine Hemmnisse in die Laufbahn, welche Sie verfolgen."

[3]) Prokesch an den Grafen Ficquelmont am 26. März 1854: „Wenn man dem Kaiser von Rußland ein Verbrechen daraus machen will, daß er zur fried-

sich als unmöglich, und Prokeschs Wünsche nahmen deshalb eine andere Richtung. „Als an einem wohlgefälligen Traum hänge ich an der Idee eines Krieges zwischen Rußland und England allein, wo beide sich abnagen und abschwächen," schrieb er im Winter an Buol. „Aber dieser Traum, um zur Wirklichkeit zu werden, setzt unsrerseits ein Verhältnis zu Frankreich voraus, das nicht zu bestehen scheint." Als es dann zum Schlagen kam, stand es für ihn fest, daß die Westmächte auch die Sache Österreichs führten. Deshalb empfahl er gleich Hübner dem Grafen Buol ein Bündnis mit ihnen. Zwar sträubte sich sein Gefühl gegen eine Verbindung mit dem „gewissenlosen" England Lord Palmerstons; aber das trete zurück gegen den Vorteil, daß man Rußland die Erfolge des Friedens von Adrianopel entreißen könne. Als Ziel bezeichnete er für Österreich die Gewinnung des Protektorats über die Donaufürstentümer, über Serbien und Montenegro. Das Wiener Kabinett solle den Augenblick benützen und den Westmächten seine Waffenhilfe teuer verkaufen; sie müßten Bürgschaften für den österreichischen Besitz in Italien, sowie gegen das feindselige Getriebe in Piemont und in der Schweiz geben. Die Verbindung mit Frankreich hätte den weiteren Vorteil, daß man Preußen niederhalten, vielleicht selbst verkleinern könnte. Prokesch-Osten erhoffte sich nicht wenig von dem Bunde mit den Westmächten: Eroberungen auf der Balkanhalbinsel, die Sicherung der italienischen Provinzen, endlich die Herrschaft in Deutschland. Und da er nun einmal beim Aufstellen eines Wunschzettels war, so trug ihn seine Phantasie noch weiter: man könne auf diesem Wege auch dazu gelangen, die Unterstützung der Westmächte auf den Geldmärkten von Paris und London zur Flottmachung der österreichischen Finanzen zu erhalten[1]).

lichen und freundlichen Beratung über die Eventualität des Absterbens des türkischen Reiches aufforderte, so ist dies ein Armutszeugnis für sich selbst. Nicht diese Intention verdient einen Vorwurf — höchstens der Mangel an Klugheit, der sich im Vertrauen vergriff . . ." Mit den letzten Worten sind die Eröffnungen an Sir Hamilton Seymour gemeint — der Zar hätte sich an Österreich wenden sollen.

[1]) Bismarck berichtete nach Berlin am 11. Juli 1854: „Prokeschs Privatansicht geht auf die Stiftung eines byzantinischen Reiches; damit würden zwei

Man begegnet also hier einer Politik, die alles vollständig umkehren wollte, was von 1815 bis 1848 in Österreich als Axiom galt. Das Erbstück des Fürsten Schwarzenberg war eine gewaltige Überschätzung der Macht Österreichs, die dazu führte, daß Prokesch und die Russenfeinde der Ansicht waren, Österreich könne gleichzeitig Ungarn niederhalten, Deutschland und Italien beherrschen, dabei aber auch dem Zaren die Spitze bieten und ihm die Schutzhoheit über die christlichen Völker auf dem Balkan entreißen. Aber offenbar ließen sich die Schüler Schwarzenbergs von ihrer Einbildungskraft weiter fortreißen, als ihr Meister es sich gestattet hätte.

Der Hauptvertreter dieser Richtung war nicht Prokesch, sondern Hübner, der sich als Gesandter in Paris alle Mühe gab, ein Bündnis Österreichs mit den Westmächten gegen Rußland zu stande zu bringen. Man ist der großen Begabung Hübners erst gerecht geworden, seitdem er, 1869 aus dem diplomatischen Dienste scheidend, in einer Reihe historischer und selbstbiographischer Bücher wie in der Beschreibung seiner Reise um die Welt die Feinheit und Anmut seines Geistes entfaltete. Er war 1811 geboren und trat 1833 in die Staatskanzlei, war 1844 bis 1848 Generalkonsul in Leipzig, bis ihn Schwarzenberg 1848 als vertrauten Sekretär in seine Nähe zog und ein Jahr darauf als Vertreter Österreichs nach Paris schickte. Hübner hat dem Fürsten in seinem Buche „Ein Jahr meines Lebens 1848 bis 1849" ein Denkmal gesetzt, und gleiche Verehrung zollte er ihm in seinen Tagebüchern, von denen der Abschnitt von 1851 bis 1859 von ihm selbst zu einem Buche verarbeitet und nach seinem Tode herausgegeben wurde.

Hübner glaubte der Verwalter der Ideen des Fürsten

griechische Kirchen geschaffen und Rußlands Ascendant über seine Glaubensgenossen beseitigt." Daß Prokesch dem preußischen Gesandten nicht seine letzten Gedanken mitteilte, liegt in der Natur der Sache — es war harmloser, wenn er für ein byzantinisches Reich schwärmte. — Man glaubte früher (so Geffcken, Bamberg, Beer u. a.), daß die in der „Allgemeinen Zeitung" (2. und 3. Februar 1853) veröffentlichte Denkschrift von Prokesch herrühre. Das ist aber nach dessen Angabe ein Irrtum (Aus den Papieren des Grafen Prokesch-Osten, S. 429); Verfasser ist General Jochmus, der Philhellene, 1849 Reichsminister in Frankfurt.

Schwarzenberg zu sein, wie er auch die Eifersucht und Abneigung gegen Preußen von ihm übernommen hatte; er zog den Bund mit den Westmächten weit dem mit dem Berliner Hofe vor, den man dadurch einschüchtern und mit fortreißen könne. Trotz des Gegensatzes zwischen Napoleon III. und Österreich fand er ihre Interessen doch darin übereinstimmend, daß sie beide von demokratischen und revolutionären Elementen bedroht wären; es sei für sie ratsam zusammenzustehen, um diesen Gegner an die Kette zu legen. Hübners Gesichtskreis war aber enger als der Napoleons, der zwischen den nationalen Erhebungen und dem revolutionären Treiben der Radikalen eine scharfe Grenzlinie zog und immer geneigt war, durch Förderung nationaler Wünsche den Glanz seines Thrones zu erhöhen und neue staatliche Gebilde zu schaffen. Hübner schmeichelte sich, Napoleon könne für die alte, von Österreich gehütete Ordnung der Dinge gewonnen werden, wenn man ihn in ein enges Bündnis ziehe und ihm den Eintritt in die Gemeinschaft der alten Höfe erleichtere. Napoleon war klug genug, ihn in dieser Annahme zu bestärken, wenigstens so lange, als er Österreichs zur Beendigung des Krieges mit Rußland bedurfte. Das Tagebuch Hübners aus Paris ist voll von den mehr oder weniger feinen Schmeicheleien, mit denen das Kaiserpaar den österreichischen Gesandten umgab, der die Pläne Frankreichs im Krimkrieg aus innerster Überzeugung förderte; und Hübner war nicht unzugänglich für die Liebenswürdigkeit der schönen Kaiserin, die sich bei den Diners von ihm zu Tische führen ließ, beim Hofball die Quadrille mit ihm tanzte und ihn in den intimsten Familien- und Freundeskreis zog; sie lächelte ihm zu, wenn das Wiener Kabinett die Aktion Frankreichs unterstützte, und schmollte mit ihm, wenn man in Wien den Wünschen ihres Gemahls nicht Rechnung trug. Wenn sie hinwarf, die Vertreibung der Königin Isabella von Spanien stehe bevor und dann sei der Bruder des Kaisers von Österreich, Erzherzog Ferdinand Max, für Spanien der geeignetste König, so nahm das Hübner mit Recht mit gutem Humor auf; wichtig aber schien es ihm, daß der Kaiser öfters äußerte, die Donaufürstentümer sollten am besten zu Österreich geschlagen

werden[1]). Wohl sah Hübner ein, wie zweifelhaft diese Versicherungen waren, und schrieb am 25. Mai 1854 in sein Tagebuch: „Das ist so weit vortrefflich; wie kann man aber ruhig schlafen, wenn man es mit einem Manne zu tun hat, der alle Augenblicke die Karte von Europa umgestalten will und der, wenn er schlechter Laune ist, einem mit der Revolution droht." Aber trotz dieser Selbstwarnung glitt er doch ganz in die Bahn der westmächtlichen Politik hinüber; er war unglücklich, wenn das Wiener Kabinett sich Preußen näherte und seine Neutralität bewahren wollte, und verzeichnete dagegen jede Annäherung an Frankreich selbstzufrieden als einen durch seine Depeschen herbeigeführten Erfolg. Die Herrschaft Napoleons hielt er, falls der Kaiser nicht eine Torheit begehe, mindestens während seiner Lebenszeit für festbegründet[2]), und er heiterte die Kaiserin auf, wenn sie, von trüben Ahnungen gequält, ihm gegenüber die Befürchtung aussprach, sie werde endigen wie Marie Antoinette. Dagegen teilte er das Vorurteil, daß England unrettbar der Zersetzung durch die Demokratie anheimgefallen sei und dem Niedergange zueile. Hübner erscheint in seinem Tagebuch mehr aufgeweckt, gewandt und weltläufig, als weitblickend oder gründlich. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß Napoleon sich auf die Dauer für das 1815 nach der Besiegung seines Oheims aufgerichtete politische System hätte gewinnen lassen. Seine Neigungen und vor allem sein Vorteil zogen ihn bis 1866 zu den aufstrebenden nationalen Kräften, und wenn er sich Österreich näherte, so geschah dies stets nur unter dem Antrieb einer vorübergehenden Notwendigkeit. Italien und Polen lagen ihm immer im Sinn, wenn er an der Karte Europas ändern und bessern wollte.

Der Optimismus Hübners zeigte sich auch in seinen Hoffnungen auf Vergrößerung Österreichs auf der Balkanhalbinsel. Der Herrschaft der Türken, dies war seine Ansicht, sei ein Ende zu machen und ihnen bloß Konstantinopel und das Land südlich vom Balkan zu lassen; überall sonst seien die christlichen Völkerschaften unabhängig von der Pforte

[1]) Hübner, S. 120. Dasselbe sagte Thiers zu Hübner im Mai 1854 (S. 145).
[2]) Hübner, S. 116.

zu stellen und eine Art Teilung zwischen Österreich auf der einen, Frankreich und England auf der anderen Seite vorzunehmen. Diese Mächte sollten über die zu befreienden Christen das Protektorat übernehmen; auf diese Weise könnte sich Österreich die Gebiete zwischen dem Schwarzen und dem Adriatischen Meere, die Moldau, Walachei, Serbien, Bulgarien, Bosnien und Nordalbanien unterwerfen, während sich die gemeinsame Schutzhoheit der Seemächte auf Mazedonien, Epirus und das südliche Albanien zu erstrecken hätte. Das Donaudelta sei den Russen abzunehmen und durch alle diese Änderungen zu bewirken, daß das Schwarze Meer nicht mehr ein russischer See sei. Diese überschwänglichen Ideen entwickelte Hübner in seiner Depesche nach Wien vom 14. Juni 1854 und er bemerkt hiezu in seinem Tagebuche: „Je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr finde ich sie gerecht und praktisch."

Der Grundton in den Ratschlägen Prokeschs und Hübners war die Feindseligkeit gegen Preußen, dem man durch den Bund mit Frankreich Widerpart halten müsse. Der erstere ging dabei besonders weit und er schrieb in diesem Sinne am 22. März 1854 an Buol: „Ich habe nie ein redliches Spiel von preußischer Seite erwartet und frage mich oft, ob man eine Konstellation nicht herbeiwünschen, und wenn sie da ist, benützen soll, um Preußen mit Hilfe der Seemächte auf eine unschädliche Größe zu reduzieren. Wir werden den Rivalen nie los, so lange er bei Kräften bleibt, und noch weniger, wenn er sie vermehrt. Die Politik Kaunitz' war gegen die Anmaßungen Friedrichs gerichtet, und das jetzige Preußen ist nicht anders als Friedrich." Das war der Punkt, wo Prokesch und Hübner am schärfsten von den Ansichten des österreichischen Internuntius in Konstantinopel abwichen. Bruck war frei von den Vorurteilen der in Wien maßgebenden Schule, und Hübner beargwohnte deshalb sein deutsches Gefühl wie seine freien Auffassungen über innere Politik; eingesponnen in reaktionäre Enge, nennt er ihn geradezu einen Demokraten[1]).

* * *

[1]) Diese ultrakonservative Auffassung bestimmte Hübner, als er in den Ruhestand getreten war, zu einem merkwürdigen Frontwechsel. In den inter-

So stießen die aus Mailand, Paris, Berlin und Konstantinopel kommenden Ratschläge in Wien widerspruchsvoll zusammen. Hier war, wie wir wissen, das Mißtrauen gegen Rußland vorherrschend geworden und wurde durch die unkluge und hochmütige Politik des Zaren von Tag zu Tag stärker. Von dem Charakter und den Motiven des Grafen Buol soll später ausführlich die Rede sein; nur das sei festgestellt, daß er persönlich als Gesandter in Petersburg von Nikolaus I. unfreundlich behandelt worden war, was er bei seinem Stolz und seinem aufbrausenden Charakter nicht verwinden konnte. Doch wird bei ihm das sachliche Motiv überwogen haben: es sei unter keinen Umständen zu dulden, daß sich die Russen dauernd in der Moldau und der Walachei festsetzten.

Darin stimmte er mit dem Minister des Innern, Freiherrn Alexander v. Bach, vollständig überein, dem einflußreichsten unter den damaligen Ratgebern Kaiser Franz Josephs. Nach ihm ist das System der Zentralisation und Germanisation benannt worden, zugleich ein System der Unterdrückung aller freien Regungen unter den Deutschen wie unter den Magyaren und Slawen Österreichs; in ihm verkörperte sich zugleich der große Gedanke, alle Völker des Reiches in eine unlösliche Einheit zu verschmelzen, auf daß die Monarchie um so tauglicher zur Führerschaft in Deutschland werde. Auf die äußere Politik übte er keinen unmittelbaren Einfluß; da er aber den Minister des Äußern bei seinen ersten unsicheren Schritten im Amte gestützt hatte und stets gute Kameradschaft mit ihm hielt, so vereinigten sich jetzt ihre Machtmittel und gemeinsam drängten sie Österreich in die Bahn der Gegnerschaft wider Rußland. Bach war 1848 liberal und antirussisch gewesen und nach der Revolution wurde er dem Kaiser Nikolaus nicht freundlicher gesinnt, da dieser den „Barrikaden-

essanten Reden, die er 1880 und 1881 in der österreichischen Delegation hielt, prophezeite er den Sieg der Monarchie in Frankreich und riet zu einem Bündnisse mit Rußland. Ebenso war er noch 1892 der Ansicht, Italiens Einheit sei unhaltbar und es werde wieder in Kleinstaaten zerfallen. Deshalb war ihm auch die Politik Andrassys: Bund mit Deutschland und Einvernehmen mit Italien, nicht sympathisch — die konservativen Mächte Österreich, Deutschland und Rußland gehörten nach seiner Meinung zusammen.

minister" mit unverhohlener Abneigung und Geringschätzung behandelte; als der Zar nach 1848 das erste Mal den Boden Österreichs betrat, ließ er ihn nicht vor, später gab er ihm verletzende Ratschläge. Es muß nicht einmal angenommen werden, daß sich Bach und Buol unmittelbar von persönlichen Antipathien leiten ließen; es regte sich in ihnen der österreichische Stolz, als sie sahen, daß der Zar mit den Ministern Kaiser Franz Josephs wie mit seinen Bedienten umging und über dessen Heer und äußere Politik wie über die eines Mündels verfügen wollte. Nähere Nachrichten über die Haltung der Erzherzogin Sophie, der Mutter des Kaisers, liegen für diesen Zeitpunkt nicht vor; doch entnimmt man den Stimmen an den deutschen Höfen, daß hier der Eindruck vorherrschte, sie dächte in diesen Dingen ähnlich wie Bach, auf dessen Klugheit und Geschäftserfahrung sie große Stücke hielt.

Daß die antirussische Gesinnung in der kaiserlichen Familie feste Wurzeln hatte, beweist auch das Votum des Erzherzogs Albrecht, damals Militär- und Zivilgouverneur Ungarns und Befehlshaber der daselbst garnisonierenden „dritten Armee". Er übersandte dem Freiherrn v. Heß, zur Kenntnisnahme auch für den Kaiser, eine vom 14. Mai 1854 datierte Denkschrift seines Generalstabschefs Ramming, der er also zugestimmt haben muß[1]). Sie zeichnet sich wie alle Arbeiten Rammings durch Sachkenntnis und Klarheit aus und gipfelt in folgenden Sätzen:

„Unter allen Staaten Europas, welches jetzt vereint gegen Rußland aufsteht, ist es Österreich, welches durch die entscheidende Willenskraft seines Monarchen, durch sein kampfgeübtes und trefflich ausgebildetes Heer, sowie durch seine geographische Lage und gelenkt durch die hochwichtigen Interessen seiner Völker, Rußland am meisten und am wirksamsten in seinen Vergrößerungsplänen hindern kann. Von nun an und vielleicht auf lange Zeit scheint Österreich von der Vorsehung be-

[1]) Wiener Kriegsarchiv. Sie führt den Titel: „Strategische Lage Österreichs zu dem Kriegsschauplatze in der Türkei."

stimmt zu sein, Rußlands politischer Gegner zu werden. Die Staatsmänner Rußlands können dies unmöglich verkennen. Die Schwächung Österreichs, wenn dies ihnen gelänge, würde ihre Pläne unmittelbar der Reife zuführen. — Aus diesem Grunde wird Rußland, wenn es mit Österreich in den Kampf tritt, niemals Schonung üben und gewiß alles aufbieten, um es seinen Interessen und Absichten dienstbar zu machen."

Doch rät Ramming nicht zu einem Angriffskriege gegen Rußland, sondern nur dazu, es aus den Donaufürstentümern hinauszuwerfen; am Pruth solle halt gemacht werden, da Rußlands Kraft bei der Verteidigung seines Bodens wachse und es in seinem Innern schwer zu besiegen wäre.

Für die Beurteilung der politischen Lage kam noch ein wichtiger Punkt, die Herrschaft Österreichs in Italien, in Betracht. Seit der Thronbesteigung Napoleons III. war dieser Besitz gefährdeter denn je, da seine Sympathien für Italien und seine Verbindungen mit einigen der Führer der nationalen Bewegung allgemein bekannt waren; 1831 hatte er sich als junger Mann an einer Erhebung gegen die weltliche Herrschaft des Papstes beteiligt. Erklärte sich nun der Wiener Hof gegen Napoleon, so mußte er darauf gefaßt sein, daß dessen Angriff in erster Linie auf Italien fiel. Um Österreich vom Bunde mit Rußland abzuziehen, spielte Kaiser Napoleon mit dem Schreckmittel, er werde die Italiener, die Ungarn und die Polen zu den Waffen rufen. Nach dem damaligen Sprachgebrauche der Konservativen hieß das die Revolution gegen Österreich entfesseln; dafür waren auch unter den Rumänen und den Südslawen Anhänger zu finden, da Österreich überall verwundbare Stellen besaß. Hübners Argumente für ein Bündnis mit den Westmächten waren hauptsächlich dieser Gedankenreihe entnommen. Es war freilich mehr als fraglich, ob man gut daran tat, für den in diesem Betracht zuverlässigen russischen Alliierten einen so unsicheren Genossen wie Napoleon III. einzutauschen.

Die Verbindung mit Frankreich widerstrebte insbesondere dem Kaiser Franz Joseph, der, wie strenge festzuhalten ist, immer wieder, wenn auch mitunter schwankend, die Richtung der Politik seines Kabinetts bestimmte. Er war, wie wir wissen,

von der Absicht durchdrungen, die Ausbreitung der russischen Macht auf der Balkanhalbinsel sei zu verhindern, aber er konnte sich jetzt so wenig wie später entschließen, zu einem Angriffe auf seinen bisherigen Bundesgenossen vorzugehen. Am 24. April 1854 feierte er seine Vermählung mit der Prinzessin Elisabeth von Bayern, und zu diesem Feste wurden alle hervorragenden Generale und Diplomaten Österreichs geladen. Die ersteren waren zumeist für Rußland eingenommen und sprachen laut ihre Unzufriedenheit über die Abkehr Österreichs vom Zaren aus; Radetzky ging ihnen hiebei voran und verkehrte offensichtlich aufs freundschaftlichste mit dem russischen Gesandten. Hübner dagegen versuchte für seine entgegengesetzte Ansicht unter den Generalen Stimmung zu machen, doch bekennt er selbst: „Bisher habe ich niemanden bekehrt." Bei dem Kaiser erzielte er keinen größeren Erfolg, wiewohl der Herrscher auch zum Vorgehen gegen Rußland entschlossen war. Er hatte, wie Hübner nach einer Unterredung berichtet, die großen ihm vom Zaren geleisteten Dienste nicht vergessen und bedauerte die Spannung mit Rußland; doch, so fährt der Gesandte fort, „übertriebene Gewissensbisse werden ihn nicht hindern, seinen Völkern gegenüber seine Pflicht zu tun". Der Kaiser war bereit, mit den alten Traditionen zu brechen, aber er mißtraute Napoleon III. und ließ sich nicht überzeugen, daß dieser seine weitreichenden Pläne fallen lassen werde, bloß um die österreichische Allianz zu gewinnen. Deshalb wollte er auch die äußerste Konsequenz nicht ziehen und nicht zu dem Kriege mit Rußland schreiten, zu dem ihn Hübner drängen wollte. Doch darüber sprach sich der Kaiser nicht aus und „niemand konnte erraten, was in seinem Innern vorgeht. Ist er zum Kriege mit Rußland entschlossen, ist er überhaupt im stande, einen solchen Entschluß zu fassen? Diesbezüglich waren die Meinungen verschieden"[1]). Heute nun können wir nach genauerer Kenntnis der Sachlage feststellen, daß Kaiser Franz Joseph, so nahe er unter dem Einflusse Buols, Bachs und Hübners mitunter dem Angriffskriege gegen Rußland war, im entscheidenden Augenblicke doch stets in die Friedenspolitik einbog.

[1]) Das Tagebuch Hübners ist an dieser Stelle wohl von ihm zum Zwecke der Veröffentlichung umgearbeitet, wie mancher Widerspruch vermuten läßt.

Kaiser Franz Joseph hat im Laufe seiner langen Regierung mit Vorliebe die Resultierende aus den in seinem Reiche waltenden Kräften gezogen, und diese Neigung spricht sich bei ihm bereits in seiner Jugend aus. Während der Orientkrisis war es wesentlich sein Generalstabschef Freiherr v. Heß, der ihn unter manchen Schwankungen des Wiener Kabinetts bei der Mittellinie festhielt. Dieser treffliche Mann hatte, wie wir heute wissen, den größten Anteil an den strategischen Entwürfen, durch welche das Heer Radetzkys 1848 zum Siege geführt wurde. In den darauf folgenden Friedensjahren konnte Heß in Fragen der Armeeorganisation mit seinem einsichtigen Rate oft nicht durchdringen, da der Generaladjutant des Kaisers, Graf Grünne, das Ohr des Monarchen besaß. Bei der jetzigen großen Verwicklung jedoch machte sich die Stimme des sachkundigen, strategisch gründlich geschulten, politisch erfahrenen Generalstabschefs nachdrücklich geltend. Das war um so mehr der Fall, als es seit 1853 keinen Kriegsminister gab; Grünne hatte eine Organisation durchgesetzt, bei der, nach Aufhebung des Kriegsministeriums, das „allerhöchste Oberkommando" unmittelbar zur Entscheidung angerufen wurde; so gingen alle Geschäfte, besonders aber alle Beförderungen durch die Hand des mächtigen Generaladjutanten. Grünnes Hinneigung zu Rußland konnte sich jedoch gegenüber Buol und Bach, gegenüber Heß und Bruck nicht zur Geltung bringen. Während aber die beiden Minister scharfe Töne gegen Rußland anstimmten, kam Heß immer wieder darauf zurück, daß Österreich auf der Balkanhalbinsel Ordnung machen und dabei doch den offenen Bruch mit Rußland vermeiden könne. Nur im äußersten Notfalle, nur wenn der Zar die Donaufürstentümer nicht räumen oder gar den Westen der Balkanhalbinsel in Brand stecken sollte, müsse zum Schwerte gegriffen werden. Dabei schwebte Heß wie den beiden Ministern wohl schon damals vor, daß man die Moldau und die Walachei in einer wenn auch loseren Form der Monarchie angliedern und sie dadurch in ihren Machtkreis ziehen könne[1]).

[1]) Daraus geht hervor, daß Hübners Angabe (S. 140), Heß sei russophil gewesen, doch einer strengen Überprüfung bedarf; er war es so wenig, wie Bruck ein deutscher Demokrat.

Heß stimmte vielfach mit Bruck überein, besonders aber in dem einen Punkte, daß die so gesteckten Ziele nur durch festen Zusammenschluß mit Preußen und dem Deutschen Bunde zu erreichen wären[1]). Dieser Gedankengang war so zwingend, daß die sonstigen Antipathien gegen Berlin am Wiener Hofe schweigen mußten. Was für Heß und Bruck Ergebnis von Lebens- und Staatserfahrungen war, galt dem Grafen Buol allerdings bloß als ein Auskunftsmittel. Doch gleichviel: es kam zu einer Einigung der beim Kaiser einflußreichsten Männer, und in der Ministerkonferenz vom 22. März, der auch Heß wie Kübeck, der Präsident des Staatsrates (damals Reichsrat genannt), beiwohnten, wurden nach einem Vortrage des Ministers des Äußern die Linien der Orientpolitik fest und bestimmt gezogen. Die Sitzung fand an dem Tage statt, an dem das russische Heer die Donau überschritt; indem der Zar sich so über seine dem Kaiser von Österreich gegebene Zusage hinwegsetzte, fühlte sich das Wiener Kabinett auch seinerseits der Rücksicht auf Rußland entbunden.

Gerade in diesen Tagen war von Berlin der höchst willkommene Antrag eingetroffen, Österreich und Preußen sollten sich unter dem Kriegsgewitter enger zusammenschließen. Mit dem Hinweise darauf sprach sich Graf Buol sehr bestimmt gegen Rußland aus. Wenn sich Österreich überhaupt an dem Kriege beteiligen wollte, so könnte dies nur gegen Rußland geschehen. Ob aber der Zeitpunkt zum Einschreiten schon gekommen sei? Das hänge davon ab, ob man hoffen könne, damit die Beendigung des europäischen Krieges herbeizuführen. Für Österreich sei es vor allem notwendig, den Zaren zur Räumung der Donaufürstentümer zu nötigen; doch laufe es dabei Gefahr, sich mit Rußland vollständig zu zerschlagen, und gegen einen Angriff von Osten her könnten die Westmächte die Monarchie nicht schützen. Größere Gewähr biete der Bund mit Preußen, und da von dieser Seite ein Antrag vorliege, so rät Buol darauf

[1]) Herzog Ernst von Koburg, Denkwürdigkeiten II, S. 164. Buol sprach sich damals scharf antirussisch aus, wobei er wohl auch dem Schwager der Königin von England zu Gehör sprach.

einzugehen [1]). Und dies war auch, wie die Folge zeigt, das Ergebnis der Beratung: Freiherr v. Heß erhielt den Auftrag, nach Berlin zu gehen und Preußen zu einer gemeinsamen, wenn es nötig sei, auch kriegerischen Aktion zur Räumung der Moldau und der Walachei zu bestimmen.

Danach ergingen auch die Weisungen für die von der Regierung abhängige Presse. Darin fanden sich folgende Sätze: „Österreich mißbilligt vom politischen und moralischen Standpunkte aus das Vorgehen Rußlands der Pforte gegenüber." „Die Besetzung der Donaufürstentümer ist eine patente Verletzung des Völkerrechts und der Traktate" . . . und endlich: „Bei dem demnächst ausbrechenden Kriege steht Österreich moralisch auf Seite der Westmächte" [2]). Die Sprache der Presse — die liberalen Blätter benützten die Lockerung der Zügel mit Freuden zu scharfen Artikeln gegen Rußland — war so heftig, daß die aristokratischen Kreise ganz entsetzt waren und daß auch Kaiser Franz Joseph sich unangenehm berührt fühlte. Als Meyendorf sich bei ihm beschwerte, erwiderte er: „Ich weiß, Sie sprechen von dem Artikel des „Lloyd". Ich habe bereits befohlen, dem Redakteur die zweite Verwarnung zu erteilen. Nach der dritten wird das Journal verboten, was ich sehr wünsche." Da man allgemein annahm, daß der Redakteur des Blattes, Warrens, so blies, wie der Minister des Innern pfiff, so schloß Meyendorf aus den Äußerungen des Kaisers, daß er die Gesinnung seiner Minister nicht teile.

Den Worten des Kaisers entsprach nicht ganz die von seinem Minister des Äußern getriebene Politik. Dieser faßte den Krieg mit Rußland bestimmt ins Auge, der Herrscher dagegen wies diesen Gedanken, falls die Donaufürstentümer geräumt würden, damals wenigstens weit von sich. Der russische Gesandte befand sich darob in einer unangenehmen Lage, wobei noch

[1]) Das Votum Buols und das sich ihm anschließende Kübecks entnehme ich dem Nachlasse des letzteren.

[2]) Wiener Kriegsarchiv, 1854, 13, 157. Hübner schrieb am 23. März befriedigt in sein Tagebuch: „Die gewöhnlich so zweideutige Sprache der ‚Österreichischen Korrespondenz' wird klarer, ja sogar etwas energischer, und man gebraucht endlich die Schlagworte, die ich dem Grafen Buol für die offiziöse Presse angeraten habe."

ins Gewicht fiel, daß es sein eigener Schwager Graf Buol war, der ihm so scharf entgegenwirkte. Meyendorfs Urteil wurde aber durch den Umstand getrübt, daß er in der aristokratischen Gesellschaft fast durchweg auf Mißbilligung des Vorgehens Buols stieß; seine Berichte nach Petersburg waren mit Klagen gegen den Minister angefüllt, aber er sah die Dinge doch optimistisch an und schrieb noch am 11. Mai nach Petersburg: „Ich bin glücklich, weil ich sehe, daß die Gefühle des jugendlichen Kaisers nicht mit denen des Ministers des Äußern übereinstimmen." Seine Meldungen waren schwankend und widerspruchsvoll, im ganzen aber hielt er es für unwahrscheinlich, daß Kaiser Franz Joseph bei seinen persönlichen Beziehungen zum Zaren zu den Waffen greifen werde. Österreich werde sich auf Demonstrationen beschränken, die den russischen Generälen Zweifel und Unruhe verursachen würden, ohne die militärische Lage entscheidend zu beeinflussen. Edwin v. Manteuffel, der sich zur selben Zeit in einer besonderen Sendung zu Wien befand, meldete nach Berlin, Buol wirke für den Bund mit den Westmächten, der Kaiser aber ziehe, dem Rate seiner Generale und der Aristokratie folgend, die Verbindung mit Preußen vor; doch berichtigt er sich bald darauf und meint, der Kaiser und seine Minister seien in der Hauptsache einig[1]). Die Harmonie war indessen nicht vollständig und daraus sollte sich noch manch schriller Mißklang ergeben.

Die Aufbietung einer Kriegsmacht gegen Rußland, die unmittelbar nach der Konferenz vom 22. März in Wien verfügt wurde, erregte, zusammengehalten mit der früheren Politik Österreichs, wachsendes Erstaunen in Europa. Der Zar wollte noch immer nicht an den Ernst dieser Rüstungen glauben; er bedachte nicht, daß er den Kaiser von Österreich in Olmütz und Warschau über seine Pläne im unklaren gelassen hatte, und er verlangte seinerseits trotzdem, Österreich solle ihm entweder Hilfe leisten oder strenge Neutralität beobachten. Zieht man aber auch die um Neujahr eingetretene Änderung der Lage Europas in Betracht, so ergibt sich doch das Gesamturteil, daß

[1]) Gerlach, Denkwürdigkeiten II, S. 128, 135.

die österreichische Politik sich auffallender Inkonsequenz schuldig machte. Denn Graf Buol hatte die Besetzung der Donaufürstentümer ohne Einspruch geschehen lassen, kein Wort der Warnung gesprochen, ja unmittelbar darauf noch den Anwalt des russischen Protektorats über die orthodoxen Christen gespielt. Der Umschwung war vollständig und konnte nur dadurch gerechtfertigt werden, daß das Wiener Kabinett gestand, es habe sich im Sommer und im Herbst 1853 über die Mittel und Ziele der Politik des Zaren einem schweren Irrtum hingegeben. Es verriet aber geringen Scharfsinn, daß man sich so lange von Rußland ins Schlepptau nehmen ließ.

Danach erhob nun die russische Regierung die Anklage, sie sei durch die Zusage der Neutralität seitens des Wiener Kabinetts getäuscht worden. Als sich die Annahmen Meyendorfs als trügerisch erwiesen und Österreich gegen Rußland rüstete, wurde er in Ungnade abberufen. Da aber auch sein Nachfolger, Fürst Gortschakow, nichts an der Haltung Österreichs ändern konnte, so schied er, zum Minister des Äußern emporsteigend, in bitterem Grolle von Wien. Er ließ zu Anfang der Sechzigerjahre durch den russischen Staatsrat Baron Jomini eine umfassende Anklage gegen die österreichische Politik ausarbeiten, sie darin der Doppelzüngigkeit und Undankbarkeit zeihend. In erster Linie wendet sich das Buch gegen den Grafen Buol, der als arger Macchiavellist hingestellt wird; Kaiser Franz Joseph wird in der Form rücksichtsvoller behandelt, doch nicht ganz geschont. Man unterließ aber zunächst die Veröffentlichung; erst als Österreich 1878 wieder wie 1854 Rußland bei seinem Angriffe gegen Konstantinopel in den Arm fiel, glaubte sich das Kabinett von St. Petersburg jeder Schonung entbunden, und zu dieser Zeit erschien das Werk, das die Unzuverlässigkeit undBöswilligkeit der österreichischen Politik in klares Licht setzen sollte[1]. Die Übertreibung liegt auf der Hand, und

[1]) Es ist dies die Étude diplomatique sur la guerre de la Crimée (2 Bände, Petersburg 1878). Aus Band II, S. 204, geht hervor, daß das Werk unmittelbar vor dem Berliner Kongreß erschien, als Gortschakow noch auf die Unterstützung Bismarcks rechnete. Der Zeitpunkt der Abfassung des Buches erhellt aus II, S. 421 ff.

eine genaue Prüfung zeigt, daß die österreichische Politik 1853 nicht durch Unaufrichtigkeit, sondern durch Schwäche fehlte, daß man den Zaren nicht täuschen wollte, sondern dessen Zorn fürchtete und ihm die notwendigen Folgen seines Handelns nicht mit männlicher Offenheit vorstellte. Graf Buol verfiel 1854, als er den Zaren in den Kampf mit den Westmächten verbissen sah, auf die entgegengesetzte Methode, so zwar, daß er gegen Rußland einen barschen Ton anschlug und es rauh behandelte. Ein Staatsmann sieht sich oft zur Inkonsequenz bemüssigt; es ist aber ein schwerer Fehler, diesen Vorwurf offenkundig zu verdienen, ein größerer Fehler jedenfalls als selbst berechnete und wohlvorbereitete Untreue.

IV

Bündnis zwischen Österreich und Preußen vom 20. April 1854

Selten lagen die europäischen Verhältnisse so günstig für Österreich, wie in diesem Augenblick. Die Westmächte rüsteten kräftig gegen Rußland, das gegen die Türken nur langsame Fortschritte machte; und Preußen war bereit, mit dem Wiener Kabinett zum Schutze der unteren Donau zusammenzustehen. Brucks Lieblingsgedanke, der große mitteleuropäische Kriegs- und Friedensbund, schien sich von selbst zu verwirklichen. Die Frage war nur, ob König Friedrich Wilhelm IV. bereit war, sich auf eine solche großzügige Politik einzulassen, deren Erfolge doch wesentlich Österreich in den Schoß fallen mußten. Bruck antwortete darauf bejahend mit der Begründung, er habe während der Handelsvertrags-Verhandlungen im Winter auf 1853 in Berlin eine freundliche Stimmung vorgefunden. Die Hinneigung des Königs zu Österreich war eine feststehende Tatsache, doch mußte immer mit seiner sprunghaften Art gerechnet werden. War Friedrich Wilhelm IV. um diese Zeit geistig noch ganz gesund oder waren seine krausen Gedankengänge bereits die Vorzeichen der späteren schweren Krankheit? Im Gespräche überraschte er nach wie vor durch übersprudelnden Wissens- und Ideenreichtum; aber sein Wille war schon krank und seine Politik während des Krimkrieges fieberähnlich wechselnd[1]). Als gläu-

[1]) Die Darstellung der Politik Friedrich Wilhelms IV. in Sybels zweitem Bande dringt nicht in den Kern, da Sybel aus mannigfachen Rücksichten über das Krankhafte im Wesen des Königs vorsichtig hinweggleitet.

biger Christ wünschte er, es möge seinem Schwager Nikolaus gelingen, auf die Hagia Sophia an Stelle des Halbmondes das Kreuz zu setzen, und als Protestant wieder hätte er im Gegensatze hiezu am liebsten ein Bündnis mit dem „evangelischen" England schließen mögen — unpolitische Gesinnungen, mehr die eines Pastors als eines Königs. Dabei aber wollte er seine Hand nicht dazu bieten, durch Unterstützung der russischen Pläne Österreich zu schädigen; am wohlsten fühlte er sich in neutraler Stellung, die er schon deshalb nicht verlassen wollte, weil er einen Krieg gegen Rußland mit Recht für einen schweren Mißgriff hielt.

Der König war somit für einen preußisch-österreichischen Zentralbund nur insoweit zu gewinnen, als er nicht Gefahr lief, dadurch zu einer Rüstung gegen Rußland verpflichtet zu werden. Darin bestärkten ihn die Häupter der reaktionären Partei, die mit beiden Füßen im russischen Lager standen, sein Generaladjutant Gerlach und der von dem König hochgeschätzte alte, energische Feldmarschall Graf Dohna; ferner die Generale Wrangel und Gröben, dann Rochow und Münster, die Preußen nacheinander am Petersburger Hofe vertraten. Für sie alle war der Umstand maßgebend, daß der Zar die Hauptstütze der konservativen Sache in Europa und damit auch der Adelsherrschaft in Preußen war. Napoleon III. dagegen galt ihnen wie dem König als Verkörperung alles politischen Übels und im Vereine mit der Revolution stets zum „Tigersprunge" auf Deutschland bereit. Man weiß, daß Bismarck auf das Bündnis mit Rußland denselben Wert legte wie sein Freund Gerlach; nur überwog in ihm schon damals der vorschauende Gedanke, daß Preußen für die künftige Abrechnung mit Österreich eines sicheren Rückhaltes an der östlichen Macht bedürfe.

Anders dachte der dem Throne zunächststehende Prinz von Preußen. Er mißbilligte die Übertreibungen der konservativen Partei in der inneren Regierung des Landes und stand in enger Fühlung mit der Gruppe gemäßigter Politiker, die ihr Organ in dem „Preußischen Wochenblatt" besaß, mit Pourtalès, Goltz und Usedom. Diese nun vertraten die Ansicht, ganz Europa solle sich vereinigen, um dem Zaren Einhalt zu gebieten; das ent-

schiedene Auftreten der vier Großmächte werde ausreichen, um Rußland von seiner Eroberungspolitik abzubringen, die zuletzt doch zum Unheil für dieses Reich ausschlagen würde. Der Zar müsse zu seinem eigenen Besten zum Frieden gezwungen werden. Zwei Jahre nach dem Kriege sagte der Prinz von Preußen, bereits Regent geworden, zu dem russischen Gesandten in Paris, er hätte sich, wenn er schon damals die Geschäfte geführt hätte, offen und klar gegen den Zaren erklärt und ihm damit seiner Überzeugung nach einen Dienst erwiesen; denn Rußland hätte leichter vor dem einmütigen friedlichen Willen Europas zurückweichen können als vor den Drohungen der Seemächte[1]). Man sieht, daß sich die Auffassung des Prinzen mit der in Wien maßgebenden vielfach deckte. Diese Gegensätze am Berliner Hofe sind von Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" mit unübertrefflicher Anschaulichkeit geschildert worden; durch diese Blätter wogt förmlich das Getümmel des lange vorher ausgefochtenen Kampfes; aber eben deshalb ist Bismarck bei allem feinen Humor seiner Darstellung den Gesichtspunkten seines späteren Herrschers nicht ganz gerecht geworden. Den im „Wochenblatt" hie und da auftauchenden Phantastereien wird von ihm zu viel Bedeutung beigemessen, wogegen der Prinz wie seine nächsten Gesinnungsgenossen an eine Teilung Rußlands gewiß nicht dachten. Die letzteren haben in der Orientfrage den europäischen Standpunkt vertreten, Bismarck den preußischen; indem der große Staatsmann seiner Ansicht zum Siege verhalf, hat er die Größe seines Vaterlandes begründet.

Zwischen den beiden Parteien stand der Ministerpräsident Otto v. Manteuffel, schwankend und unzuverlässig, wenn auch nicht ganz durch seine Schuld, da er es für seine Aufgabe hielt, in die Weisungen seines aufgeregten Königs eine gewisse Ordnung zu bringen[2]). Er war ebenso kühl und nüchtern, wie der König

---

[1]) Étude diplomatique II. S. 211. Denkwürdigkeiten des Herzogs von Koburg II. S. 161.

[2]) Darüber die beiden Sammelwerke Poschingers: „Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten Otto Freiherrn v. Manteuffel" und „Preußens Auswärtige Politik 1850 bis 1858", beide auf den Papieren Manteuffels aufgebaut.

phantastisch; aber auch durch seine Natur und Politik ging ein Zwiespalt. Denn auf der einen Seite hielt er den Bund Preußens mit Österreich für eine europäische Notwendigkeit; daneben jedoch konnte er die Demütigung nicht verwinden, die ihm zu Olmütz durch das Wiener Kabinett widerfahren war. In der Orientfrage stimmte er im ganzen mit dem Thronfolger überein, so daß er zu dessen Befriedigung den Grafen Albert Pourtalès als Hilfsarbeiter ins Auswärtige Amt berief. So wirkte er von Anfang an den Anschlägen des Kaisers von Rußland entgegen und daraus erklärt sich — trotz der persönlichen Hinneigung des Königs zum Zaren — auch der Beitritt Preußens zum Protokoll vom 5. Dezember 1853. Im Herbst und Winter dieses Jahres tadelte Manteuffel sogar die österreichische Politik wegen ihrer schwächlichen Nachgiebigkeit gegen Rußland, und er beauftragte (in amtlichen und privaten Schreiben vom 1. und 8. Dezember) den preußischen Gesandten in Wien, Grafen Arnim, mit Vorstellungen in diesem Sinne. Preußen, so hieß es darin, wünsche den Frieden; käme es nun zu diplomatischen Zwangsmaßregeln der Westmächte gegen Rußland, so würde Preußen sich ihnen anschließen; das sei noch das kleinere Übel, da, wenn es zum Kriege käme, die Neutralität der deutschen Mächte undenkbar und die schlechteste Politik wäre. Das war ganz im Sinne des Prinzen Wilhelm geschrieben.

Unglücklicherweise war Manteuffel von einem unheilbaren Hange zu politischen Intrigen beseelt. Die angesehensten Männer des Hofes bekamen dies zu fühlen, zumal als er es durch unreinliche Mittel dahin brachte, sich in den Besitz der Abschrift der Korrespondenz des Königs mit Gerlach und seinen Freunden zu setzen; selbst der Thronfolger glaubte sich durch seine Polizei überwacht. Ähnliche Mittel wandte er dem Wiener Kabinett gegenüber an. Noch war die Tinte nicht trocken, mit der Manteuffel nach Wien die Einladung zu energischen Maßnahmen gegen Rußland entworfen hatte, als er eine Denkschrift ausarbeitete, die, an den Gesandten in Petersburg gesendet, für den Zaren berechnet war. Darin wurde über die Unzuverlässigkeit des Wiener Kabinetts Klage geführt und der Zar vor ihm gewarnt, da dessen Abfall von der Allianz der

drei Ostmächte bevorstehe. In Petersburg jedoch, wo man daran gewöhnt war, daß sich das Berliner und das Wiener Kabinett gegenseitig des Intrigenspiels anklagten, wurde diese Anbiederung kühl aufgenommen[1]).

In der Sache selbst blieb der preußische Minister — der sich durch seine Denkschrift in Petersburg offenbar nur den Rücken hatte decken wollen — mit Österreich auf einer Linie; als Orlow nach seinem vergeblichen Versuche in Wien auch in Berlin erschien, um hier ein Neutralitäts- und Defensivbündnis zu erwirken, bestimmte Manteuffel den schwankenden König zur Ablehnung[2]). Er stellte seinen Rücktritt in Aussicht, wenn Preußen an die Seite Rußlands träte, und ließ sich auch durch die Drohung des Zaren, er werde seinen Gesandten von Berlin abberufen, nicht irre machen. Im März vollzog sich in Wien tatsächlich die Abkehr von Rußland, und es traf in Berlin der Antrag ein, Ernst zu machen und die vier Mächte zu einer Art Bündnis — wenn auch mehr diplomatischer als politischer Natur — zu vereinigen[3]). Manteuffel war nicht abgeneigt, darauf einzugehen, begegnete hier jedoch der entschiedenen Weigerung des Königs, sich mit den Gegnern seines Schwagers zu verbünden. Die Russenfreunde an seinem Hofe behielten diesmal die Oberhand; der König war über den Grafen Pour-

---

[1]) Rochow gab von der Denkschrift dem Zaren Kenntnis und meldete am 2. Januar 1854 nach Berlin: „Seine kaiserliche Majestät hält nicht viel von dem Mute des kaiserlich österreichischen Kabinetts und erkennt vollkommen die großen Schwierigkeiten seiner Lage, die allerdings weit ernster als die jedes anderen Staates sind. Der Kaiser zweifelt aber, daß das Wiener Kabinett so weit geht, wie Hochdieselben es voraussetzen."

[2]) Vergl. darüber die interessante Arbeit von Helmuth v. Lucius: Rôle politique de la Prusse pendant la guerre de Crimée (Paris 1903, als Manuskript gedruckt; der Verfasser ist deutscher Legationsrat in Paris). Als Rochow dem Zaren die Ablehnung des Bündnisantrages meldete, erhielt er den Auftrag, dies auch der Zarin zu berichten. Er fand sie in Tränen aufgelöst über die Haltung ihres Bruders, „das Herz der Kaiserin war erstarrt". Die Mitteilungen in dem Buche von Lucius zeigen, wie zweckmäßig er die Auswahl aus dem ihm zu Gebote stehenden umfangreichen Material im preußischen Staatsarchiv zu treffen verstand.

[3]) Hübner (S. 125, 128) betrieb dieses Bündnis mit Eifer und war über Preußen sehr ungehalten, als es ablehnte und auch Österreich wieder bedenklich machte.

talès, der sich ebenso wie der Prinz von Preußen lebhaft für den Vierbund einsetzte, so unwillig, daß er dessen Entlassung verfügte [1]); selbst Manteuffels Stellung galt einen Augenblick lang für erschüttert. Da Preußen jedoch auf diese Weise Gefahr lief, sich beiden Heerlagern in Europa zu entfremden, so kam der König mit seinen Ratgebern aus beiden Gruppen überein, der beste Ausweg bestehe in einem zentralen Bündnisse zwischen Preußen, Österreich und dem Deutschen Bunde, der nach Ost und West Neutralität und Selbständigkeit zu bewahren hätte. Der König wollte dadurch auch das Wiener Kabinett davon abhalten, sich in die Arme des verabscheuten Bonaparte zu werfen. Diese Gedanken entwickelte Friedrich Wilhelm IV. in einem am 11. März an Kaiser Franz Joseph gerichteten Briefe, in dem er für die Dauer des bevorstehenden Krieges ein Bündnis anbot im Sinne vollkommener Ellbogenfreiheit gegen Ost und West.

Nicht leicht konnte dem Wiener Kabinett etwas Willkommeneres widerfahren als dieses Angebot. Denn da es sich Rußland entgegenstellen wollte, so mußte es zunächst auf Sicherung seiner Grenzen gegen Deutschland zu bedacht sein; solche Rückendeckung wird zu allen Zeiten die Voraussetzung einer erfolgreichen österreichischen Orientpolitik sein müssen. Freudig stimmte Kaiser Franz Joseph in seiner Antwort dem Vorschlage des Königs zu, aber er sprach zugleich Wünsche aus, die über die Absichten Friedrich Wilhelms IV. beträchtlich hinausgingen. Der Kaiser wies nämlich darauf hin, daß das Wohl Österreichs den Rückzug der Russen aus den Donaufürstentümern erheische, nötigenfalls selbst deren Besetzung durch österreichische Truppen. Er habe nicht die Absicht, dem Zaren den Krieg zu erklären,

---

[1]) In dem Buche des Prinzen Kraft von Hohenlohe: Aus meinem Leben, S. 303, wird erzählt, der König habe ihm — später — mitgeteilt, er habe den Grafen A P. (Albert Pourtalès) entfernen müssen, weil er mit englischem Gelde Abgeordnete der preußischen Kammer bestochen habe. Daß sich der König durch seine geheime Polizei solche Dinge zutragen ließ und glaubte, wird wohl richtig sein; daß aber Prinz Hohenlohe solche Märchen verbreiten half, ist für sein Buch bezeichnend. — Übrigens glaubte auf der anderen Seite der Prinz von Preußen, daß russisches Gold „bis in die Vorkammer des Königs rolle" und daß „Preußen ins russische Lager verkauft sei". (Der Prinz an Manteuffel, 8. März 1853 in Poschinger: Unter König Friedrich Wilhelm IV, II, Seite 422.)

und gedenke, sobald er jene Absicht erreicht habe, jedenfalls am Pruth, der Grenze der Donaufürstentümer gegen Rußland, Halt zu machen. Für die durch diese Politik erwachsenden Gefahren erhoffe er sich den Beistand Preußens, und deshalb wolle er den Freiherrn v. Heß nach Berlin senden, um über die Bedingungen des Bündnisses zu unterhandeln[1]).

Nun wollte sich der König eigentlich mit Österreich nicht so tief einlassen, und ungern hörte er hier zum ersten Male von berufener Stelle die Kunde, das Wiener Kabinett habe sein Augenmerk auf die Besetzung der Moldau und der Walachei gerichtet. Heß jedoch verstand es nach seinem Eintreffen in Berlin, diese Bedenken zu zerstreuen. Er war für seine Aufgabe schon deshalb geeignet, weil er von dem Werte des Zusammenwirkens Österreichs und Preußens innerlich und herzlich überzeugt war; er meinte es aufrichtig, als er dem König vorstellte, bei der Gewinnung der unteren Donau handle es sich nicht bloß um das Interesse Österreichs, sondern auch Deutschlands. Auch gewann er den König dadurch, daß er versicherte, er verwerfe gleich ihm unbedingt den Gedanken eines Angriffskrieges gegen Rußland. Sein Auftreten war ebenso umsichtig wie energisch; dem Generaladjutanten des Königs, Gerlach, machte er, weil er an der Spitze der russischen Partei stand, durch mehrere Tage keinen Gegenbesuch; ja, als Gerlach nebst dem Grafen von der Gröben zugleich mit Manteuffel zur Führung der Unterhandlungen bestimmt wurde, erklärte Heß: darauf könne er nicht eingehen, ebensogut sei ihm zuzumuten, mit dem russischen Feldmarschall Paschkiewitsch den Vertrag abzuschließen. Sein Widerspruch übte die gewünschte Wirkung; tatsächlich wurde Manteuffel allein mit der politischen Verhandlung betraut, während die Generale Gerlach und Gröben bloß das Militärische mit ihm abmachen sollten. Als nun Heß mit dem Vorschlage hervortrat, man solle sich über die Hinauswerfung der russischen Truppen aus den Fürstentümern einigen, erhob Gerlach im Rate des Königs Widerspruch, und der Zar schickte den Herzog Georg von

---

[1]) Die genauesten Nachrichten über die folgenden Unterhandlungen in Gerlachs Denkwürdigkeiten II, S. 129 ff.

Mecklenburg nach Berlin, um den Abschluß des Vertrags zu verhindern. Da kam das Glück dem österreichischen Unterhändler dadurch zu Hilfe, daß Gerlach durch die schwere Erkrankung seiner Frau vom Dienste beim König abgehalten wurde. So gelang es Heß, der offenbar gewandter war als Manteuffel und Gröben, das preußische Kabinett erstaunlich weit mit fortzuziehen. Als man doch zögerte, drohte er mit dem Abbruche der Verhandlungen, und gleichzeitig spielte er den letzten und stärksten Trumpf damit aus, daß er vorstellte, sein Herrscher werde zum Waffenbündnis mit den Westmächten genötigt sein, wenn Preußen ihm den Beistand bei der Verteidigung der Donaumündungen versage.

So wurde das preußische Kabinett überrannt und am 20. April ein für Österreich sehr günstiger Vertrag geschlossen. Es war ein Offensiv- und Defensivbündnis, durch das sich Preußen und Österreich für die Dauer des Krieges volle Sicherheit und die Grenzen ihrer Staaten verbürgten. Für die nächste Entwicklung der Dinge war besonders die Abmachung wichtig, daß Österreich an Rußland die Aufforderung zur Räumung der Donaufürstentümer richten und daß Preußen sie unterstützen werde. Sollte die Antwort nicht volle Beruhigung gewähren, so würden die von Österreich zu ergreifenden Maßregeln unter den Schutz des Bündnisses fallen. Der Vertrag ging aber noch weiter und bestimmte, daß ein Krieg gegen Rußland zwar nicht geplant sei, doch solle er ins Auge gefaßt werden, falls diese Macht zur Einverleibung der Fürstentümer schreite oder auch wenn ihr Heer über den Balkan ginge. — Im Anschluß an den Vertrag wurde dann noch eine Militärkonvention vereinbart, nach welcher — jedoch nur für die bezeichneten Ernstfälle — Österreich sich zur Aufstellung einer Armee von 350000 Mann, Preußen von 200000 Mann verpflichtete.

Damit war die Friedenspolitik des Königs so gut wie über den Haufen geworfen. Er war aber während der Verhandlungen durch herrische Mahnungen seines Schwagers, des Zars, so gereizt worden, daß er darüber Ziel und Richtung aus den Augen verlor und selbst den Antrag stellen ließ, die Kriegsklausel in

den Vertrag aufzunehmen[1]). Allerdings wurde das Einverständnis der beiden Alliierten über jeden weiteren in der orientalischen Angelegenheit zu unternehmenden Schritt vorausgesetzt, wenn auch nicht ausdrücklich in den Vertrag aufgenommen, und Preußen glaubte sich besonders dadurch zu sichern, daß sich die beiden Regierungen verpflichteten, kein Bündnis mit einer dritten Macht zu schließen, „das nicht in vollständiger Übereinstimmung mit den im gegenwärtigen Vertrage aufgestellten Grundlagen wäre“.

Darauf legte, wie wir wissen, der König den größten Wert.

Bismarck wie seine konservativen Freunde mißbilligten den Abschluß, und Gerlach nannte den Vertrag geradezu eine verlorene Schlacht. Wohl war Bismarck damals noch weit entfernt, zum Bruche mit Österreich zu raten, er fand jedoch mit gutem Grunde, daß der Vertrag seinem Staate keinen Nutzen bringe und nur Lasten auferlege und ihn am letzten Ende in einen Krieg mit Rußland verwickeln könne. Er hielt es für verkehrt, den Schild über Österreich zu halten und sich seinetwegen mit Rußland zu verfeinden.

Während der Verhandlungen schrieb er an Gerlach, Preußen könne allerdings abschließen, aber nur unter der Bedingung, daß es sich auch seinerseits Vorteile ausbedinge, und als solche bezeichnete er für Preußen eine bessere Stellung am Bundestage wie eine Vergrößerung — wie es scheint, auf Kosten der kleineren deutschen Staaten. Nichts ist bezeichnender für die feste Stellung Österreichs in Deutschland, als daß selbst Bismarck sich damals noch mit geringen Zugeständnissen begnügt hätte; nicht einmal die Teilung des Vorsitzes am Bunde, geschweige denn der Ausschluß Österreichs aus Deutschland wurde

[1]) Im Gespräche mit Heß machte Gerlach die Einwendung, der Zar sei eigentlich friedlich gesinnt und wolle nicht über den Balkan gehen, nur Silistria erobern, aber, so fügte er hinzu, „das alles glaubt Österreich nicht, und wenn man solche Dinge vorhält, gibt Heß einem zu verstehen, man sei lächerlich leichtgläubig oder an Rußland verkauft“. — Der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Friedrich Thun, gestand Gerlach später, Heß habe ursprünglich nur die Absicht gehabt, ein Defensivbündnis abzuschließen, ihm sei jedoch das Offensivbündnis förmlich aufgedrungen worden. Heß ging natürlich mit Vergnügen darauf ein.

von ihm ins Auge gefaßt. Und doch dröhnt es in seinem Briefe an Gerlach wie Erz: „Wir übernehmen keine leichte Aufgabe, wenn wir Hand in Hand mit Österreich unser Jahrhundert in die Schranken fordern. Auch ich würde nie dazu raten, Gefahren zu scheuen, wenn sie nur etwas einbringen; nur keine sentimentalen Bündnisse, bei denen das Bewußtsein der guten Tat den Lohn edler Aufopferung zu bilden hat."

Als nun der Vertrag ganz gegen Bismarcks Wunsch ausfiel, machte er seiner Mißstimmung über die Räte des Königs in einem Briefe an Gerlach vom 28. April mit einer Art Galgenhumor Luft: „Majestät müssen durchaus darauf halten, daß Allerhöchstihre Minister mehr Sekt trinken; ohne eine halbe Flasche im Leibe dürfte mir keiner der Herren in das Conseil kommen. Dann würde unsere Politik bald eine respektablere Farbe annehmen." Zu dieser Zeit riet er dem König einmal, 200 000 Mann an der östlichen Grenze aufzustellen, den Russen wie den Österreichern zur Drohung, und dann seine Bedingungen zu stellen. Vielleicht schlug Bismarck hiebei einen ähnlichen Ton an wie in jenem Briefe an Gerlach, denn Friedrich Wilhelm IV. erwiderte lächelnd im Berliner Dialekt: „Liebeken, das is sehr schöne, aber es is mich zu teuer. Solche Gewaltstreiche kann ein Mann von der Sorte Napoleon wohl machen, ich aber nicht." Noch ungünstiger war der Eindruck, den der Prinz von Preußen von den Entwürfen seines künftigen Kanzlers erhielt, denn er schrieb am 4. März an Manteuffel, die Ansichten Bismarcks, mit dem er kürzlich gesprochen, „glichen denen eines Gymnasiasten". So wenig waren um diese Zeit die beiden hohenzollernschen Brüder bereit, dem Gedankenfluge des Schöpfers des Deutschen Reiches zu folgen.

Aus anderen Gründen als Bismarck waren die deutschen Mittelstaaten durch das Bündnis unangenehm berührt. Ihr Selbstgefühl war verletzt, weil die Großmächte ohne sie abgeschlossen hatten und sie erst nachträglich zum Beitritt aufforderten; auch wollten sie es sich nicht ohne Not mit dem Zaren, dem Schutzherrn der Fürstengewalt, verderben. Der Ehrgeiz Beusts, Pfordtens und anderer Minister tat das übrige, so daß die Mittelstaaten zu Bamberg am 25. Mai einen wenig freund-

lichen Beschluß faßten und erst nach endlosen Notenschreibereien am 24. Juli dem Aprilvertrage beitraten. Bismarck hatte sich nicht Mühe gegeben, die Opposition in Frankfurt für den Standpunkt seiner Regierung zu gewinnen, und am Tage der Abstimmung schrieb Prokesch an Buol über den preußischen Gesandten: „Seine ganze Haltung war eine persönliche Protestation gegen seine offizielle Pflicht, der er übrigens getreu, wenn auch auf das Minimum reduziert, nachkam. Der Mund versagte ihm während der zwei Monate jedes helfende Wort, und heute sprach er seine Zustimmung nur mit einem Seufzer aus."

V

Abzug der Russen aus den Donaufürstentümern

Während des Winters waren immer neue russische Truppen in die Walachei eingerückt. Der türkische Oberbefehlshaber südlich von der Donau, Omer Pascha, ließ sich jedoch dadurch nicht einschüchtern und führte den kleinen Krieg mit Glück fort; am 7. Januar trug er wieder einen Vorteil über russische Vortruppen davon. Omer Pascha war Kroate und in der österreichischen Militärgrenze als Christ geboren; sein Name war Michael Lattas und er diente eine zeitlang als Kadett in dem Likkaner Grenzregiment, bis er 1829, um der Strafe für kleine Unterschleife zu entgehen, desertierte. Nach manchen Schicksalswendungen und nachdem er zum Islam übergetreten war, wurde er, dank seiner schönen Handschrift, Schreiblehrer bei dem Sohne des Sultans Abdul Medschid; von dessen Thronbesteigung an, 1839, datiert sein Emporsteigen, das seinen guten Grund in seiner großen militärischen Begabung hatte, die sich in den Kämpfen in Syrien, Albanien und Kurdistan bewährte; dann unterdrückte er 1850 einen Aufstand in Bosnien und war im Februar 1853 nahe daran, der Unabhängigkeit Montenegros ein Ende zu machen, als Österreich sich des Bergvolkes annahm und seine Ausrottung verhinderte. Jetzt erprobte sich Omer Pascha im Kampfe gegen den gefährlichsten Feind des Sultans.

Ihm gegenüber befehligte der russische Feldmarschall Fürst Paschkiewitsch, Sieger im polnischen Kriege 1831 und Feldherr bei der Unterwerfung Ungarns 1849. Nur ungern übernahm der alte Feldmarschall das Kommando an der Donau, wohl erkennend, daß die 130—140 000 von ihm befehligten Russen

nicht ausreichten, um die Türken an der Donau zu schlagen, den Balkan zu übersetzen und Konstantinopel zu bedrohen; er gab sich nicht wie der Zar der Täuschung hin, daß der Aufstand der Christen des Balkans die beste Vorarbeit für das Gelingen sein werde; er hielt das Unternehmen, zumal da Österreichs Neutralität von Tag zu Tag unsicherer wurde, für ein gefährliches Abenteuer. Der Zar aber, der einen starken Truppenkörper bei Petersburg zusammenzog, um einer Landung der Engländer und der Franzosen die Spitze zu bieten, der die Küsten des Schwarzen Meeres in gleicher Weise deckte und endlich ein Heer in Polen bildete, um einen Aufstand zu verhindern und um Österreich einzuschüchtern, zersplitterte seine Kriegsmacht, so daß an der Donau ein entscheidender Schlag schwer möglich war. Ähnlich ging es an der kleinasiatischen Grenze, wo der Krieg gleichfalls entbrannt war.

Indessen war die Donauarmee auch so den Türken im offenen Felde überlegen, weil auch die letzteren sich durch Beobachtungskorps — gegen Serbien, Griechenland und Montenegro — schwächen mußten. Omer Pascha hielt sich deshalb im verschanzten Lager zu Schumla in vorsichtiger Deckung; er mußte warten, bis die zur Hilfe bestimmten 60 000 Franzosen und 25 000 Engländer zur Stelle waren, die bei den Mängeln ihres Heer- und Verpflegswesens erst Mitte Juli bei Varna vereinigt sein konnten. Die Russen unter Paschkiewitsch jedoch benützten ihre Übermacht nicht zu einem kräftigen Schlage gegen das türkische Heer, sondern schritten am 14. April zur Belagerung Silistrias. So wenig Vertrauen setzte der russische Feldherr in die Überlegenheit seiner Waffen. Er legte auch, als er eine leichte Kontusion erlitt, den Oberbefehl nieder, den Fürst Michael Gortschakow, ein Vetter des späteren Reichskanzlers, übernahm.

Durch den Vertrag mit Preußen fühlte sich das Wiener Kabinett gesichert und schritt alsbald zur Tat. Wie erzählt wurde, waren im Laufe des Winters drei Armeekorps in Südungarn aufgestellt worden. Am 28. März befahl der Kaiser sodann, daß sich auch alle anderen in Ungarn stehenden Truppen kriegsfertig zu machen hätten. Sie bildeten nach der damaligen

Gliederung des österreichischen Heeres die III. Armee mit dem Erzherzog Albrecht als Oberbefehlshaber und Ramming als Chef der Operationskanzlei. Darauf wurde man in Rußland unruhig und sandte größere Streitkräfte aus dem Innern nach Polen und Wolhynien. Mit Hinweis darauf erließ Kaiser Franz Joseph am 15. Mai ein Handschreiben, in welchem die Aufstellung eines Heeres auch in Galizien befohlen wurde, bestehend aus drei Armeekorps und einem zu bildenden Kavalleriekorps; diese Truppenmacht bildete die IV. Armee unter dem Befehl des in Galizien kommandierenden Grafen Schlick. Am selben Tage wurde eine zweite außerordentliche Aushebung von 95000 Mann angeordnet. Das waren genügende Streitkräfte, um den Russen in den Donaufürstentümern gefährlich zu werden.

Größere Sorge als das Zusammenziehen dieser Truppen verursachte der österreichischen Regierung die Herbeischaffung der notwendigen Geldmittel, da der Staatshaushalt auch unter gewöhnlichen Verhältnissen an einem gewaltigen Fehlbetrage litt. Man hatte im Vorjahre das für 1854 zu erwartende Defizit auf nahezu 96 Millionen Gulden angeschlagen und daher die Aufnahme neuer Anlehen ins Auge gefaßt. Anfangs 1854 wurde ein Lotterieanlehen im Inlande aufgelegt und gleichzeitig in Paris und Frankfurt am Main über die Unterbringung von Metallobligationen verhandelt. Hiebei mußte man sich zu ungünstigen Kursen bequemen, da infolge des Kriegsausbruchs die österreichischen Metalliques um 10 Prozent im Werte sanken. Noch schlimmer war, daß das Disagio des Papiergeldes rasch von 108 auf 134 stieg, wodurch Handel und Wandel tief geschädigt wurden. In dem Friedensbudget waren die Heeresauslagen auf etwas über 112 Millionen Gulden angesetzt, aber infolge der Rüstungen waren schon in den ersten drei Monaten von 1854 nicht weniger als 115 Millionen für diesen Zweck tatsächlich ausgegeben worden. Ende Mai berechnete der Finanzminister, daß er in den nächsten Monaten um 60 Millionen Gulden mehr benötigen werde, als die zu erwartenden Einnahmen (eingerechnet die Anlehensgelder) zu bringen versprachen. So mußte man zu einem außergewöhnlichen Mittel, zur An-

wendung einer „Radikalkur“ schreiten — es kam der schon lange erwogene Entschluß zu stande, im Inlande ein Zwangsanlehen auszuschreiben. Da man schon einmal im Zuge war, so sollten damit gleichzeitig die Mittel gewonnen werden, um auch die Währung zu ordnen, und deshalb setzte man die zu erhebende Summe erstaunlich hoch an; durch das kaiserliche Patent vom 26. Juni 1854 wurde die Aufnahme eines Anlehens im Betrage von 350 bis 500 Millionen angeordnet. Jeder Steuerzahler, jeder Besitzer eines kleinen oder großen Vermögens wurde durch sanften oder vollen Zwang genötigt, eine seinen Mitteln entsprechende Summe zu zeichnen — es war das Äußerste, was der Absolutismus bisher gewagt hatte.

In Berlin waren unterdessen merkwürdige Dinge vorgegangen. Nach der Abreise des Freiherrn v. Heß drangen nämlich die Häupter der russischen Partei aufs neue in den König ein und stellten ihm die Schwächen des Vertrages vom 20. April so nachdrücklich vor Augen, daß er den Abschluß bereute[1]). Die Führung übernahm diesmal der alte Graf Dohna, Bismarck wurde zur Hilfeleistung aus Frankfurt herbeigerufen, Gerlach, Alvensleben und die anderen wirkten mit. Preußen, so schrieb Gerlach in sein Tagebuch, werde sich vor dem Übergang in das Lager der Westmächte „nur durch einen wenigstens scheinbaren Vertragsbruch retten“. Das stimmt schlecht zu dem Christentum des strenggläubigen Mannes; es handelte sich aber nicht bloß um Erhaltung der Freundschaft Rußlands, sondern auch um die Wiedergewinnung der Herrschaft über den König, der sich zu Gerlachs Mißvergnügen im Winter den Männern

[1]) Bismarck an Gerlach, 20. April 1854, über die Hilfsbedürftigkeit Österreichs: „Prokesch ist so zutunlich und schwarzweiß wie mein Stallkater Wir sollten diesen Moment benützen, uns mit Österreich auf Bedingungen zu arrangieren; man muß in Wien einsehen, daß wir nur dann, dann aber auch gewiß, ein zuverlässiger und williger Bundesgenosse sind, wenn der gegenseitigen Rivalität dadurch in Deutschland ein Ende gemacht wird, daß wir durch ein bündiges, immerhin geheimes Arrangement festere Abgrenzungen für die Wirkungskreise jeder der beiden Mächte dadurch zu gewinnen suchen, teils geographische, teils sachliche Grenzen, und am Bunde wenigstens ein gegenseitiges Veto und vertragsmäßige Sicherung der gegenseitigen Substitution, Verbesserung der Geschäftsordnung und dergleichen Lappalien.“

des „Preußischen Wochenblattes“ genähert hatte. Es gelang der „kleinen, aber mächtigen Partei“, einen vollständigen Sieg zu erringen, und sie benützte ihn vor allem zur Säuberung der Staatsämter von ihren Gegnern, die zugleich die Freunde des Prinzen von Preußen waren. Pourtalès hatte schon früher weichen müssen; nach ihm kam der Gesandte in London, Bunsen, an die Reihe, der allerdings seine Instruktionen überschritten hatte. Der König zögerte, gab aber doch nach. Dann nahm Dohna mit eiserner Konsequenz, wie Gerlach triumphierend berichtet, den Kriegsminister Bonin aufs Korn und benützte hiebei als Waffe eine von ihm im Kammerausschusse gemachte, Rußland verletzende Äußerung. Zwar schützte der König ihn schon wärmer, gab ihn aber doch zuletzt preis; als Bonin sich von ihm verabschiedete, sagte er ihm mit Tränen in den Augen, er wisse seine Dienste zu schätzen, aber bei der Verschiedenheit ihrer politischen Ansichten sei eine Trennung unabweislich. Nun kam selbst Manteuffel ins Gedränge, da sich die Stimmung bei Hofe gegen seine Politik, insbesondere aber gegen sein Werk, den Vertrag vom 20. April, kehrte. Was sollte er tun? Er hatte zwar dem Thronfolger in die Hand versprochen, lieber sein Amt aufzugeben, als einen Systemwechsel mitzumachen. Zuletzt war ihm sein Amt aber doch lieber und er schlug sich zu der siegreichen Partei, mit der er in aller Form Frieden schloß. Der Prinz von Preußen war tief erbittert, bezeichnete den ganzen Vorgang als eine gegen ihn und seine politischen Freunde gerichtete Intrige und trat von seinen militärischen Ämtern zurück[1]). Der König aber regte sich so sehr über den ihm geleisteten Widerstand auf, daß er seinen Bruder mit Festungshaft bedrohte. Es war traurig, wie der König sich gegen seinen Willen schieben und leiten ließ.

Der Sieg der Führer der Kreuzzeitungspartei bedeutete übrigens keine Feindseligkeit gegen Österreich. Denn sie waren alle mit Ausnahme Bismarcks, der sich innerlich bereits von ihnen zu trennen begann, Anhänger der Allianz der drei konser-

[1]) Poschinger: Unter Friedrich Wilhelm IV., II. Bd., S. 419 ff. und 441 ff., bringt die Briefe des Prinzen und andere Aktenstücke, die Manteuffel in ungünstigem Lichte erscheinen lassen.

vativen Ostmächte und wollten nur verhindern, daß Österreich dem Zaren feindselig in den Weg träte. Zu diesem Zwecke wurde dem schwachen und bequemen Gesandten in Wien, Grafen Arnim, eine kräftige Stütze in der Person des Grafen Alvensleben an die Seite gesetzt und diesem ein vom 7. Mai datierter Brief des Königs mitgegeben, durch den Preußen seine Zusagen zum guten Teile zurücknahm. Der König bat Kaiser Franz Joseph dringend, nicht zu scharf gegen Rußland vorzugehen und wegen der Donaufürstentümer lieber ein friedliches Einvernehmen mit dieser Macht zu pflegen. „Was noch vor wenigen Wochen," hieß es in dem Schreiben, „als keine Unbesonnenheit erscheinen konnte, und was ich dem Feldzeugmeister Baron Heß auch bis zu einem gewissen Grade zugab, erscheint seitdem unter einem ganz anderen Lichte." Jetzt sei als Folge einer Aufforderung an Rußland, die Donaufürstentümer zu räumen, ein Krieg zu befürchten, den man unbedingt vermeiden müsse.

In Wien war man über diese Unzuverlässigkeit sehr ungehalten, jedoch nicht willens, auf dem betretenen Wege stehen zu bleiben. Als der Herzog von Koburg Ende Mai die österreichische Hauptstadt besuchte, fand er den Kaiser mit dem Grafen Buol in der Wahl der äußersten Mittel einig. Der Kaiser war über die Gegenzüge der Russenfreunde an den deutschen Höfen verstimmt und sagte mit Bezug auf die Vorgänge in Berlin: es existierten auch in Wien zahlreiche Kreise dieser Art, aber hier wüßten dieselben schon, wie wenig „das Räsonnieren" Einfluß auf ihn nehmen werde.

In diesem Sinne wurde Ende Mai General Mayerhofer an den König von Preußen mit der Einladung geschickt, auch seinerseits Truppen an der russischen Grenze aufzustellen; zugleich aber entwarf man die Depeschen, in denen Rußland zur Räumung der Fürstentümer aufgefordert wurde. Diese Schriftstücke wurden dem Grafen Alvensleben vorgelegt, der über sie nach Berlin berichtete. Man wartete in Wien jedoch nicht auf die Wohlmeinung der preußischen Regierung; als ein neues abmahnendes Schreiben des Königs eintraf, war, am 3. Juni, die Sommation bereits nach Petersburg abgesendet. Das ver-

stimmte den König, doch ließ er sich bei der Zusammenkunft mit dem Kaiser von Österreich zu Tetschen am 7. Juni leicht begütigen. Das Wiener Kabinett kümmerte sich auch weiterhin nicht um seinen Einspruch. Ohne den Verbündeten vorher einer Mitteilung zu würdigen, trat man in eine wichtige Unterhandlung mit der Türkei ein. Die Pforte wurde durch Bruck bestimmt, in die Besetzung der Moldau und Walachei durch österreichische Truppen zu willigen, wogegen das Wiener Kabinett die Zusage gab, in diesen Gebieten die Rechte der Türkei zu achten und seine Truppen nach dem Frieden wieder herauszuziehen. Der Internuntius setzte aber in Konstantinopel noch ein anderes Zugeständnis durch: er erwirkte nämlich für den Fall von in der Herzegowina und in Albanien ausbrechenden Unruhen für Österreich die Befugnis, auch in diese Provinzen mit seinen Truppen einzurücken. Das war ein neuer diplomatischer Erfolg Österreichs, verletzend für Rußland, mißlich auch für das in Unkenntnis gehaltene Berliner Kabinett.

Die nach Petersburg gerichtete drohende Aufforderung vom 3. Juni war ein vernichtender Schlag für die Eroberungspläne der Russen auf dem Balkan, und deshalb wurde eine anscheinend milde Form dafür gewählt. Man setzte Rußland nicht eine Frist, erbat sich jedoch eine Mitteilung über „den genauen, hoffentlich nicht fernen Zeitpunkt" der Räumung der Fürstentümer. Deutlicher war die vom Grafen Buol dem russischen Gesandten gemachte Erklärung: Österreich habe nicht die Absicht, den Frieden zu brechen, schrecke aber auch vor Waffengewalt nicht zurück.

Unbeschreiblich war der Groll und die Erbitterung des Zaren über das undankbare Österreich. Sein Selbstbewußtsein war aufs tiefste durch die Zumutung verletzt, seine Donauarmee solle den Feinden noch vor der ersten Schlacht ruhmlos den Rücken kehren. Der erste Gedanke des in seinem Stolze gekränkten Herrschers ging auf Rüstungen und Rache an Österreich, ein Unternehmen, das er wochenlang mit sich wie mit seinen Ministern und Generalen erwog. Damals fiel zum ersten Male das Wort: der Weg der Russen nach Konstantinopel führe

über Wien; man schreibt es dem Fürsten Paschkiewitsch zu. General Sumarakow überreichte dem Zaren in diesem Sinne einen Feldzugsplan, der zunächst die Niederwerfung Österreichs forderte. Besonnener urteilte der alte Jomini, ein Schweizer, der schon unter Napoleons Fahnen General geworden war, seit 1813 in russischen Diensten stand und auf Grund seiner zahlreichen kriegsgeschichtlichen Werke für eine der ersten militärischen Autoritäten Europas galt. Er setzte die strategische Lage auseinander und zeigte, wie zersplittert die russischen Streitkräfte standen. Ihr strategischer Aufmarsch rechnete mit sechs Kriegsschauplätzen: bei Petersburg, in Polen, in der Walachei, zum Schutze der Krim, im Kaukasus und an der Grenze Kleinasiens, wo überall eine Armee aufgeboten worden war. Die ausgedehnte Linie war durch zwei Meere unterbrochen, den Finnischen Busen und das Schwarze Meer, die von den Feinden beherrscht wurden. Jomini kam zu dem Schlusse, daß das in die Walachei vorgeschobene Heer zurückgerufen werden müsse, um die strategische Lage zu verbessern. Dann habe Rußland die doppelte Möglichkeit: entweder strenge Defensive unter besonderer Bewachung der Krim — oder aber einen Angriffskrieg mit überlegenen Kräften gegen den Feind im Zentrum, gegen Österreich.

Besaß aber Rußland wirklich die Wahl zwischen diesen zwei Kriegsplänen? Konnte der Zar es darauf ankommen lassen, daß sich auch Preußen und der Deutsche Bund zum Schutze des angegriffenen Österreich bewaffneten? Dazu war König Friedrich Wilhelm dem Aprilvertrage gemäß bereit und entschlossen, wie er wiederholt erklären ließ; denn einen Angriff auf Österreich wollte er als deutscher Fürst unter keinen Umständen dulden. Wieder trat Nesselrode warnend vor Kaiser Nikolaus und stellte ihm in einer Denkschrift vor: wohl sei Rußland durch das Verfahren Österreichs tief verletzt, es wäre aber verkehrt, sich um der Wahrung der Ehre willen in den Abgrund eines Krieges mit ganz Europa zu stürzen.

Aus den wechselnden Befehlen, die von Petersburg aus an die Donauarmee ergingen, ersieht man, welche Seelenkämpfe den Zaren durchschütterten. Zunächst erhielt Fürst Michael

Gortschakow gerade an dem Tage vor dem bereits befohlenen nächtlichen Sturme die Weisung, die Belagerung Silistrias aufzuheben und sich über die Donau zurückzuziehen. Dementsprechend setzte sich das russische Heer in der letzten Juniwoche mit seinem großen Trosse langsam gegen die Heimat zu in Bewegung. Unerwartet rasch jedoch waren die Türken zur Stelle — der schneidige alte Kel Hassan Pascha ging sogar westlich von Silistria, bei Giurgewo, zum Angriff über. Er setzte über die Donau, nahm am 7. Juli die Strominsel Ramadan weg, wobei die Russen empfindliche Verluste an Menschen und Geschützen erlitten, und machte selbst Miene, sie bis in die Walachei hinein zu verfolgen. Dem russischen Feldherrn fiel es schwer aufs Herz, vor dem früher verachteten Feinde das Feld zu räumen, und er befahl seinen Marschkolonnen die Umkehr. Da der Zar, von derselben Empfindung beseelt, seine Weisung widerrief und dem Fürsten Gortschakow am 14. Juli auftrug, nicht zu weichen, so nahm dieser mit seiner Hauptmacht wieder unweit der Donau bei Frateschti Stellung, und man erwartete während des Monats Juli von Tag zu Tag einen Offensivschlag der Russen. Die Türken dagegen fühlten sich, so lange die Franzosen und Engländer sich erst bei Varna, entfernt vom Kriegsschauplatze, sammelten, zum Angriffe zu schwach.

Bei dem Gemütszustande des Zaren war sein endgültiger Entschluß zweifelhaft. In Wien wurde man unruhig, da Österreich nicht mehr zurückweichen konnte und sich doch scheute, mit bewaffneter Hand über die Russen herzufallen. Wenn man aber nicht zugriff, so lief man Gefahr, daß sich die nachdrängenden Türken, Franzosen und Engländer in den Besitz der Donaufürstentümer setzten, ohne sich um Österreich zu kümmern. Wohl war es unterdessen Nesselrode gelungen, den Zaren zu bestimmen, am 29. Juni eine halb einlenkende, halb hinhaltende Antwort nach Wien ergehen zu lassen. Rußland erklärte sich darin wohl grundsätzlich zur Räumung der Fürstentümer bereit, verlangte jedoch von Österreich Bürgschaft dafür, daß die Verbündeten die abziehenden russischen Truppen nicht verfolgten und dann, daß sie ihre verfügbaren Streitkräfte auch nicht an einem anderen Punkte gegen Rußland verwenden

sollten[1]). Darauf erwiderte Graf Buol kühl, er sei zu einem derartigen Schritte bei den Alliierten bereit, aber ihre Kriegführung hänge nicht von Österreich ab. Es blieb also ungewiß, ob die Räumung durch diplomatische Mittel allein erzwungen werden könne. Man war dessen früher so sicher gewesen, daß Heß, der am 21. Juni zum Oberbefehlshaber der III. und IV. Armee ernannt wurde, sich an die untere Donau begab und am 8. Juli den friedlichen Einmarsch in die Walachei anordnen wollte — als er durch einen Brief des Generaladjutanten des Kaisers verständigt wurde, diese Absicht sei nicht ausführbar.

Nun aber waren die österreichischen Streitkräfte im Osten so verteilt, daß sie nur einer Demonstration dienen konnten, ohne zum Vormarsche gegen Rußland konzentriert zu sein. In Galizien lagen bloß zwei Korps, das 2. bei Krakau, das 4. bei Lemberg. Das serbisch-banatische Armeekorps befand sich an der unteren Donau, wo es zur Besetzung der Fürstentümer bestimmt war. Die Hauptmasse endlich der aufgebotenen Truppen (das 9., 10., 11. und 12. Armeekorps) stand in Siebenbürgen oder befand sich auf dem Marsche dahin. Die Streitkräfte waren also auf weite Räume zerstreut, und dazu kam noch, daß Siebenbürgen, das zur Zentralstellung erkoren war, sich wohl als Basis der Verteidigung, nicht aber des Angriffes gegen Rußland eignet. Das Land beherrscht wohl die walachische Tiefebene und schnitt damit die russische Donauarmee von der Heimat ab; aber ein Vordringen von hier empfahl sich für die Österreicher nicht, weil nur wenige und von einander ziemlich weit entfernte Paßstraßen aus Siebenbürgen in die Walachei und in die Moldau führten, so daß die aus dem Gebirge tretenden österreichischen Kolonnen von dem in der Ebene vereinigten Feinde einzeln angegriffen und geschlagen werden konnten. Will Österreich je gegen Rußland offensiv vorgehen, so wird es

[1]) Die Étude behauptet (II, S. 35), das Wiener Kabinett habe im Laufe der Verhandlungen nach Petersburg eine vertrauliche Depesche geschickt, des Inhalts, daß, wenn Rußland seine Truppen aus den Fürstentümern zurückziehe, es dagegen das Recht erhalten solle, zu verlangen, daß seine verbündeten Gegner hinter der Donau halt machten. Diese Depesche sei später abgeleugnet worden. Eine solche Behauptung müßte aber doch bewiesen werden, um glaubhaft zu sein.

mit Vorteil immer Galizien und die Bukowina als Operationsbasis benützen müssen. Das ist schon in der Richtung der Flußläufe in diesen Gebieten begründet. Sie alle, der Sereth, der Pruth und der Dniester, entspringen auf österreichischem Boden, so daß ein in die Moldau und in Bessarabien vordringendes Heer einfach ihrem Bette folgen kann und keine Hindernisse vor sich sieht. Anders wenn das österreichische Heer durch die siebenbürgischen Karpathenpässe in die Moldau eintritt. Dann stößt es der Reihe nach auf jene drei Flußläufe, hinter denen die Russen in guten Stellungen Widerstand leisten können[1]). Es war also nicht zweckentsprechend gewesen, daß man die Hauptmasse der aufgebotenen Truppen nach Siebenbürgen vorgeschoben hatte.

Um den Widerstand Rußlands zu brechen, war ein Doppeltes notwendig: auf der einen Seite die Anordnung eines strategisch richtigen Aufmarsches und dann Verabredungen mit Frankreich, England und der Türkei, um gemeinsam mit ihren auf der Balkanhalbinsel stehenden Truppen gegen das russische Heer vorzugehen. Doch dachte man sich in Wien beides nur als eine Drohung, die man nicht zur Tat machen wollte.

Es erfüllte Hübner mit Befriedigung, als ihm am 24. Juni von Buol der Auftrag zukam, vertraulich in Paris anzufragen, ob die Westmächte zum Abschlusse eines Bündnisses bereit seien; doch wollte sich das Wiener Kabinett noch nicht binden, und deshalb sollte Hübner vorbringen, die Anregung hiezu gehe nur vom Minister des Äußern und nicht vom Kaiser von Österreich selbst aus. In Paris und London schlug man gerne ein, und Hübner vereinbarte sowohl den Entwurf eines Bündnisses wie eine Art Programm über die auf dem Balkan anzustrebenden Ziele — auf welches noch näher zurückzukommen ist. Der österreichische Gesandte war von den besten Hoffnungen beseelt und sah im Geiste, wie infolge dessen der ganze Norden der Balkanhalbinsel Österreich zufiel; es stand ihm fest, daß dies nur durch Teilnahme Österreichs am Orientkriege zu erreichen

---

[1]) Diese Verhältnisse sind in einem damals von Kuhn aus Pest nach Wien gesendeten Gutachten dargelegt (Wiener Kriegsarchiv).

sei. Ein rechter Kummer war es ihm, als man in Wien mit der Unterzeichnung zögerte, und er hielt den französischen und den englischen Minister, Drouyn de l'Huys und Clarendon, die zum Abschlusse drängten, nur durch kunstvolle Ausreden hin. Die beiden Kabinette schöpften nicht ohne Grund Verdacht, Österreich wolle sie bloß als Schreckgespenster gegen Rußland benützen, um sie dann sitzen zu lassen.

Gleichzeitig ging die Versetzung der österreichischen Armee nach Galizien und der Bukowina vor sich. Befehle ergingen, laut denen von den unter Heß stehenden Truppenkörpern die III. Armee am rechten Ufer des Dniester, die IV. Armee am linken Ufer aufmarschieren sollte. Von der IV. Armee stand bereits, wie erwähnt, das 4. Korps bei Lemberg, und das 2. sollte ihm aus Krakau nachrücken, sobald das in Böhmen liegende 1. Korps ausgerüstet und bereit wäre, Krakau zu besetzen. Außerdem wurde dem Grafen Schlick auch das 10. Korps zugewiesen, das in Siebenbürgen stand. Ebenso sollten die anderen in Siebenbürgen liegenden drei Korps (das 9., 11. und 12.), die die III. Armee unter Erzherzog Albrecht bildeten, aufbrechen und ihre Garnisonen rechts vom Dniester beziehen. Ihnen hatte sich das in Ungarn liegende 1. Kavalleriekorps anzuschließen. Um nichts zu versäumen und alle Streitkräfte zu einem großen Schlage zu vereinigen, wurde auch das serbisch-banatische Korps aus Südungarn nach Norden gezogen und als rechter Flügel der Gesamtarmee zum Teile nach der Bukowina, zum Teile nach Siebenbürgen bestimmt[1]). Sonach wurden nicht weniger als 7 Armeekorps und 1 Korps Kavallerie in einem engen Raume zusammengezogen, und der Angriff gegen Rußland konnte, wenn diese Bewegungen Ende August vollzogen waren, seinen Anfang nehmen[2]).

---

[1]) Das serbisch-banatische Korps war durch die Division Machio des kroatischen Korps verstärkt worden und zählte 6 Brigaden; davon sollte die eine Hälfte in die Bukowina, die andere nach Siebenbürgen marschieren. Das 1. Kavalleriekorps stand unter Erzherzog Albrecht, ein zweites wurde erst gebildet und dem Grafen Schlick zugewiesen.

[2]) Nach einem Berichte des Erzherzogs Albrecht, zur Zeit der Marschbefehle abgesendet, war von ihm angeordnet, daß das 12. Korps am 17. und 18. August bei Sniatyn in Galizien angelangt sein solle; das 9. Korps am

Gleichzeitig wurden mit großer Energie Befestigungsbauten in Galizien in Angriff genommen. Drei verschanzte Lager wurden angelegt: bei Krakau im Westen, bei Przemysl in der Mitte und bei Zaleszczyki im Osten des Landes. Ebenso wurde zu Gura-Humora in der Bukowina ein durch sieben Feldschanzen befestigtes Lager als Stützpunkt geschaffen. Wohltätige Folgen hatte der Entschluß, sofort mit dem Bau der Eisenbahn von Lemberg nach Krakau zu beginnen. Heß ließ die von dem hervorragenden Ingenieur Ghega, dem Erbauer der Semmeringbahn, entworfenen Pläne vom September ab durch seine Soldaten ausführen[1]). Über alle diese Anstalten erhält man einen Überblick aus dem Berichte des Feldzeugmeisters an den Kaiser vom 22. August. Er berechnet, daß 205 000 Mann zum Kampfe vereinigt seien, während 21 000 Mann zur Besetzung der neuen Befestigungen verwendet werden müßten und bis zum Ausbruche der Feindseligkeiten 24 000 Soldaten bei den Bahnbauten zu beschäftigen wären. Der Verpflegsstand der unter Heß stehenden Truppen betrug im September 330 000 Mann.

Das Aufgebot Österreichs war der Zahl nach ausreichend, aber in der Ausrüstung und Verpflegung zeigten sich wie 1859 große Mängel, über die sich Erzherzog Albrecht am 6. August in einem Briefe an General Bamberg, den Chef der Militäradministration, in ernsten Worten beklagte. Schon bei der ersten Aufstellung in Siebenbürgen fehlte es an Getreide, da in diesem

---

21. August bei Suczawa in der Bukowina; die Geschützreserve am 23. und 24. bei Sniatyn; das zum Teil aus Ungarn kommende Kavalleriekorps am 25. August bei Kolomea. Als Rußland später nachgab, erhielt ein Teil der marschierenden Truppen den Befehl, halt zu machen, so daß das 9. Korps in Siebenbürgen blieb, ebenso das serbisch-banatische Korps. Erzherzog Albrecht verlegte während der Rüstungen sein Hauptquartier von Ofen nach Hermannstadt und dann nach Bistritz im nördlichen Siebenbürgen. Heß wieder bereiste von Orsowa aus Siebenbürgen, dann über Czernowitz und Lemberg den Aufmarschraum und traf am 1. August zu weiteren Bereisungen in Wien ein. Am 11. August ging er wieder zur Armee nach Galizien und Siebenbürgen ab und blieb mit seinem Hauptquartier eine zeitlang in Hermannstadt.

[1]) Die Soldaten erhielten zu ihrer Löhnung von 5 kr. täglich eine Zulage in demselben Betrage; die Aufseher bekamen 12 kr., die Handwerker unter den Soldaten 10 kr., bei Nachtarbeiten wurde die Zulage verdoppelt.

Lande drei Viertel des Volkes sich von Mais nährten; schlimmer gestalteten sich die Dinge, als sich die Massen nach Galizien in Bewegung setzten. Die auf ungarischem Boden aufgehäuften Vorräte reichten nicht ganz aus; drückend aber wurde der Mangel, als die Truppen in Galizien anlangten, wo General Schlick nur unzureichend Vorsorge getroffen hatte. Mit Mühe schaffte man aus Südungarn die Vorräte herbei. Auch die Ausrüstung zeigte selbst Ende August noch große Lücken; ein Drittel der Kavallerie und Artillerie war noch nicht schlagfertig, und dem Fußvolk fehlte es nach den langen und mühsamen Märschen an Schuhwerk. Zudem stellte sich die Zahl der geschulten Generalstabsoffiziere als ungenügend heraus. So konnte die Armee erst Ende September vollständig operationsfähig sein.

Von diesen Rüstungen war man in Petersburg ausreichend unterrichtet, da der russische Militärbevollmächtigte in Wien, Graf Stackelberg, im Juni meldete, gegen den 1. Juli würden in Siebenbürgen 67 000 Mann unter Erzherzog Albrecht, dann in Galizien 79 000 Mann und 16 000 Pferde versammelt sein. Zwischen diesen beiden Armeen werde das 10. Korps als Reserve aufgestellt sein, so daß Österreich nach diesem Berichte an seiner Ostgrenze über 182 000 Mann, 36 000 Pferde und 376 Geschütze verfügen werde[1]). Dieser Macht gegenüber hätten sich die russischen Truppen in Kongreßpolen damals nicht im offenen Felde behaupten können.

Der Gram und Zorn des Zaren über diese Wendung kam in der Audienz zum Ausdruck, die er dem österreichischen Gesandten, Grafen Valentin Esterhazy, am 6. Juli gewährte. In herbem Tone sagte er, er sei durch die von Kaiser Franz Joseph angenommene Haltung tief verletzt. Der Kaiser scheine vollkommen vergessen zu haben, was er für ihn getan hatte. Die in Österreich getroffenen militärischen Vorbereitungen seien für ihn eine Beleidigung; „sollte darüber ein Krieg ausbrechen," damit schloß er seine Anklage, „so wird Gott Richter sein zwischen

---

[1]) Étude diplomatique II, S. 32. Auch der Herzog von Koburg war schon Ende Mai von diesem Stande der Dinge unterrichtet (Aus meinem Leben, II, S. 175). Ebenso der Bericht Gortschakows aus Wien am 14. Juli (Petrow, S. 281).

dem Kaiser von Österreich und mir"[1]). Während der ganzen Unterredung ließ er dem Gesandten kaum Zeit für einige begütigende Worte und wies sie gereizten Tones zurück, indem er sagte: „Das Vertrauen, das zwischen den beiden Herrschern zum Wohle ihrer Reiche bestanden, sei zerstört und werde niemals wieder hergestellt werden können." Graf Esterhazy berichtete weiters, der Zar hege nur geringe Hoffnung auf Frieden mit Österreich; besonders peinlich sei ihm der Gedanke, Kaiser Franz Joseph werde selbst an die Spitze der gegen Rußland zusammengezogenen Truppen treten, eine Annahme, die sich aufgedrängt hatte, als Heß, der Generalquartiermeister des Kaisers, zur Armee gesendet wurde[2]).

In Wien wollte man es indessen nicht zum Äußersten treiben. Bevor Heß zur Armee ging, suchte er den russischen Gesandten Meyendorf auf und versicherte ihm, seine Regierung wünsche nichts als die Räumung der Fürstentümer, worauf von Feindseligkeiten Österreichs nicht mehr die Rede sein werde. Er könne sein Ehrenwort geben, daß zwischen dem Wiener Kabinett und den Westmächten kein Abkommen zu gemeinsamem Angriffe bestehe. Und ähnlich lauteten die Versicherungen, die Kaiser Franz Joseph dem russischen Gesandten persönlich gab. Indessen wich der Argwohn des Zaren nicht und er verargte es auch dem Könige von Preußen, daß er ihn durch den Obersten Manteuffel dringend bitten ließ, das Verlangen Österreichs zu erfüllen, um Mitteleuropa einen Krieg zu ersparen.

Die Kriegsgefahr wurde geringer, als der Zar, den Vorstellungen seiner Umgebung nachgebend, der Donauarmee am

[1]) Am schärfsten äußerte sich der Zar über Kaiser Franz Joseph in einem an Friedrich Wilhelm IV. gerichteten Briefe. (Gerlach: Denkwürdigkeiten, II, S. 176.)

[2]) Den Eindruck, daß Kaiser Franz Joseph geneigt sei, den Oberbefehl seines Heeres zu übernehmen, erhielt auch der Herzog von Koburg (Aus meinem Leben, II, S. 176). Von ihm wurde die Nachricht nach Berlin gebracht (Gerlach: Denkwürdigkeiten, II, S. 157) und fand wahrscheinlich dadurch den Weg nach Petersburg. — Der Herzog von Koburg setzte, nicht im Interesse Deutschlands, sondern mehr als Schwager der Königin Viktoria, alle Hebel in Bewegung, um Österreich und Preußen zum Kriege gegen Rußland zu bestimmen. Von hier datiert wohl zuerst das Mißtrauen, das Bismarck und seine Freunde gegen ihn hegten.

24. Juli den Befehl zum Rückzug aus der Walachei zukommen ließ. Dem Wiener Kabinett aber verweigerte er auch dann noch eine Antwort auf die Sommation vom 3. Juni und ließ es im unklaren darüber, ob das russische Heer nicht etwa auf dem Rückzuge halt machen und sich hier zum Kampfe stellen werde. Tatsächlich dachte Kaiser Nikolaus einen Augenblick daran, seine Truppen bloß aus der Walachei herauszuziehen, wo sie gewissermaßen in der Mausefalle standen, und sie in der Moldau hinter dem Sereth zu vereinigen. Dadurch wäre die strategische Lage für sein Heer günstiger geworden, da es hier die Österreicher vor der Front und nicht mehr im Rücken gehabt hätte. So dauerte die Spannung fort, und am 3. August erhielt der österreichische Oberstleutnant Kalik, der sich im Hauptquartier Omer Paschas befand, den Befehl, mit den Alliierten in Verhandlungen zu treten, um die Russen nötigenfalls gemeinsam aus der Moldau hinauszuwerfen [1]).

Wenige Tage darauf schwand endlich die Sorge des Wiener Kabinetts. Der Überbringer friedlicher Meldungen war nicht mehr Meyendorf, der gerade damals abberufen wurde, weil man ihm Schuld gab, er habe sich zu lange in Sicherheit wiegen lassen. Sein Nachfolger Fürst Alexander Gortschakow galt als der fähigste unter den russischen Diplomaten, dem es auch beschieden war, von 1856 bis 1880 die äußere Politik seines Vaterlandes zu leiten [2]). Als er sich vom Zaren im Juni verabschiedete, sagte ihm dieser noch: „Ich lege in Ihre Hände mein und Rußlands Glück. Ich vertraue Ihnen, aber ich erhoffe mir nichts von Ihren Bemühungen und erwarte Ihre Rückkehr noch vor Ablauf eines Monats mit der Nachricht unseres Bruches mit Österreich." Später hellte sich der politische Horizont ein wenig auf, und am

[1]) Die Darstellung in Petrow: Der russische Donaufeldzug, geht von der irrigen Annahme aus, Österreich habe nie die ernste Absicht gehabt, sich dem Vordringen der Russen mit den Waffen zu widersetzen. Das russische Heer, dies sein Schluß, hätte es also wagen können, den Balkan zu überschreiten (S. 278, 296). Die österreichischen Feldakten beweisen das Gegenteil.

[2]) Von der Ankunft Gortschakows in Wien an wird die Étude diplomatique sur la guerre de Crimée noch wertvoller, da sie die Eindrücke dieses Staatsmannes verzeichnet und dadurch einigermaßen seine sonst ungeschriebenen Denkwürdigkeiten ersetzt.

8. August konnte Gortschakow dem Grafen Buol die Meldung bringen, sein Herrscher habe die vollständige Räumung auch der Moldau befohlen. Dem war jedoch der vieldeutige Beisatz zugefügt, das geschehe nur „aus strategischen Gründen", und jede Erklärung wurde verweigert, ob die Russen nicht etwa aus denselben Gründen wieder über den Pruth zurückkehren würden. Ebenso wurde ein Abkommen zwischen den Oberbefehlshabern der beiden Armeen abgelehnt, so daß man in Wien im ungewissen über den Zeitpunkt blieb, wann die eigenen Truppen sich an die Stelle der Russen schieben könnten. Noch bis Ende August mußte Heß gegen ihre Rückkehr gerüstet sein, und er behielt durch Kalik Fühlung mit dem Hauptquartier der Verbündeten, bis die Russen endlich am 7. September die Räumung der Moldau vollständig beendet hatten. Der Zar aber machte sich nach seinen bisherigen bitteren Erfahrungen für das Frühjahr 1855 auf einen Krieg gegen den westlichen Nachbar gefaßt. Österreich, so sagte er zum preußischen Gesandten Münster, werde ihm, wenn er am Boden liegen werde, den Eselsfußtritt geben[1]).

[1]) Im Obigen ist die Darstellung des Prinzen Kraft von Hohenlohe (Aus meinem Leben, Berlin 1897) ganz beiseite gelassen, weil diese nachgelassene Selbstbiographie ganz unzuverlässig ist. Bei der Darstellung der Verhältnisse zur Zeit des Krimkrieges überrascht der Verfasser (S. 227) durch die Mitteilung, Kaiser Napoleon habe ihn mit einer kriegerischen Neujahrsrede eröffnet (Verwechslung mit 1859), und wir erfahren, Omer Pascha habe sich schlagen lassen (!), wo er sich sehen ließ. Am 8. Juli 1854 kam Prinz Hohenlohe, damals Premierleutnant, als preußischer Militärbevollmächtigter nach Wien und damals soll ihm Graf Alvensleben gesagt haben, Militärisches sei gar nichts los (?!). In der diplomatischen Welt habe man, so berichtet das Buch weiter, nichts von Rüstungen Österreichs gewußt (?), bis er, Hohenlohe, durch pfiffige Kombinationen herausgebracht habe, es seien sechs österreichische Armeekorps und eine zahlreiche Kavallerie gegen Osten in Bewegung. Alle anderen Diplomaten hätten das erst von ihm erfahren (!), und auch in Berlin habe man ihn, als er darüber am 1. August berichtete, ausgelacht (??). In dieser selbstgefälligen, alle Tatsachen auf den Kopf stellenden Weise geht es weiter. — Es sei daran erinnert, daß Kaiser Wilhelm, bei aller Anerkennung der früheren, nicht geringen Verdienste Hohenlohes, ihn 1879 bei der Besetzung der Stelle eines Generalinspekteurs der Artillerie überging, weshalb Hohenlohe aus dem aktiven Dienste trat. Kaiser Wilhelm hat sich, wie die Gedächtnisschwäche und die schiefen Urteile der 1881 begonnenen Selbstbiographie Hohenlohes beweisen, auch diesmal als Kenner seiner Leute bewährt.

Nun erst konnte Österreich von dem Rechte Gebrauch machen, das ihm die Pforte durch den Vertrag vom 14. Juni eingeräumt hatte. Es konnte nach den getroffenen Abmachungen seine Truppen auch in die Herzegowina und in Albanien einrücken lassen; aber das Wiener Kabinett hatte es nicht auf die Gebirgsgegenden im Westen des Balkans, sondern auf die fetten Niederungen an der unteren Donau abgesehen, und so erhielt das unter dem Befehle des Grafen Coronini stehende serbisch-banatische Armeekorps die Weisung zum Einmarsch in die Walachei[1]). Nun aber waren die Truppen Coroninis, wie oben erzählt wurde, auf dem Marsche gegen die Bukowina begriffen und mußten daher jetzt, um ihre neue Bestimmung zu erreichen, südwärts schwenken. Infolge dessen vergingen zwischen dem Abzuge der Russen aus der Walachei und dem Einmarsche der Österreicher mehrere Wochen. So geschah es, daß die Türken, die nur zwei Tagemärsche von Bukarest an der Donau standen, dem Korps Coronini zuvorkamen. Sie besetzten die walachische Hauptstadt schon am 7. August, während die Österreicher die Grenzen des Landes erst am 22. August überschritten. Das war den türkischen Truppen durch den Vertrag vom 14. Juni nicht verwehrt, vielmehr war festgestellt, daß Österreich und die Pforte als Verbündete zusammenzuwirken hätten. Omer Pascha nützte die Verhältnisse mit seiner gewöhnlichen Energie aus, wahrte eifersüchtig die Rechte der Türkei und zog in den nächsten Wochen gegen 80 000 Mann ins Land. Dadurch kam es zu Reibungen zwischen Österreichern und Türken, die noch dadurch vermehrt wurden, daß im türkischen Heere zahlreiche Emigranten, besonders Polen und Ungarn, Dienste genommen hatten, die Österreich spinnefeind waren. Der Pfortenkommissär für die Walachei, Derwisch Pascha, das Prachtexemplar eines verschlagenen und räuberischen türkischen Beamten, trug noch zur Verschärfung des unangenehmen Verhältnisses bei. Als nun die Österreicher sich gleichfalls im Lande ausbreiteten, langte auch Heß Ende September von Hermannstadt her in Bukarest an und bestand energisch auf Beschränkung der türkischen Okkupa-

---

[1]) Vergl. oben S. 69 Anmerkung 2.

tion, besonders aber darauf, daß die Truppen Omer Paschas sich von den Grenzgebieten gegen Rußland fernhalten und diese den Österreichern ganz überlassen sollten. Sonst konnte es zu einem Zusammenstoße zwischen Russen und Türken kommen und Österreich wider seinen Willen hineingezogen werden. Das aber lag nicht in der Absicht des Wiener Kabinetts, am allerwenigsten in den Plänen Heß', der sich bei Meyendorf für das Gegenteil verbürgt hatte.

Darüber verhandelten Heß und Omer Pascha zu Bukarest persönlich — ein interessantes Zusammentreffen, da letzterer, wie erzählt wurde, seinerzeit aus einem österreichischen Regiment desertiert war[1]). Anfangs wollte Heß die Türken von der Donaumündung ganz fernhalten; Graf Buol aber, der mehr zu den Westmächten neigte, willigte ein, daß ihnen Braila eingeräumt werde. Heß sorgte indessen dafür, daß sich österreichische Truppen zwischen die Russen und die Türken legten. Als Omer Pascha, um doch an die Russen heranzukommen, Schwierigkeiten machte, wurden die Verhandlungen in Konstantinopel fortgesetzt, und hier drang Bruck auch durch, wenngleich erst nach der zum Großvezier ausgesprochenen Drohung, er werde die persönlichen Beziehungen zu ihm abbrechen und die Gründe hiefür dem Sultan selbst auseinandersetzen. Das wirkte — und so wurde zwar Bukarest von Österreichern und Türken gemeinsam besetzt, die Moldau aber blieb den ersteren fast ganz überlassen. Ein Zusammenstoß zwischen Russen und Türken war also unmöglich. Als Heß mit seinen Truppen am 2. Oktober Jassy

---

[1]) Prinz Hohenlohe erzählt S. 279: „Als ich im Herbst den Feldzeugmeister Heß wiedersah, fragte ich ihn, wie ihm denn zu Mute gewesen sei, als er in Bukarest den früheren Unteroffizier Lattas seines Regiments, dessen Namen er als Oberst im Jahre 1828 an den Galgen habe schlagen lassen müssen, nun als Muschir und Omer Pascha mit dem Prädikat ‚Hoheit' anzureden genötigt war. Der alte Herr meinte, es sei unbedingt in hohem Grade interessant gewesen." Nun war Heß, als Michael Lattas als Kadet im Likkaner Grenzregiment 1829 desertierte, Oberstleutnant im Regimente Nr. 33 und stand mit diesem in Italien; im selben Jahre wurde er als Oberst zum Infanterieregiment Nr. 2 versetzt. In dem Berichte Hohenlohes über sein Gespräch mit Heß scheint also ein Irrtum enthalten zu sein, da nicht einzusehen ist, was letzterer mit dem Urteile über Michael Lattas zu tun hatte. Auch wurde der Name Lattas nie an den Galgen geschlagen.

besetzte, war an der unteren Donau vollständige Waffenruhe eingetreten.

So errang Österreich den kurzatmigen Erfolg der Besetzung der Moldau und der Walachei. Aus den triumphierenden Artikeln der von Bach und Buol abhängigen Zeitungen war leicht herauszulesen, daß die Absicht des Wiener Kabinetts dahin ging, sich in jenen Gebieten dauernd einzurichten. Das offizielle Österreich deckte über diesen Plan noch einen Schleier, doch nur um ihn mit gutem Bedacht an der Ecke zu lüften: Europa sollte sich an Österreich als den Herrn der unteren Donau gewöhnen. Wenige Jahre erst waren verflossen, daß österreichische Truppen, wie jetzt im Südosten, hoch im Norden erschienen, um die Machtsprüche des Kaisers zu vollziehen; es galt 1851 in Schleswig-Holstein im Verein mit Preußen eine Volksbewegung niederzuwerfen, die der monarchischen Gewalt unbequem war. Diese militärischen Aufgebote waren die größte Machtentfaltung Österreichs im 19. Jahrhundert: an der Nordsee und bald darauf am Schwarzen Meere flatterten die kaiserlichen Fahnen.

Doch durchblickten schon damals einsichtige Beurteiler den Scheinerfolg, der allzu teuer durch den Verlust der Freundschaft Rußlands und durch die gewaltigen Summen erkauft war, die für die Armee im Osten aufgewendet werden mußten. Konnte man die Donaufürstentümer am Ende nicht festhalten, so war für eine Seifenblase die Frucht der diplomatischen Arbeit Metternichs und Schwarzenbergs dahingegeben.

Dies war schon damals die Ansicht der konservativen Kreise in Österreich, der Aristokratie sowohl wie vieler namhafter Generale; der erste Generaladjutant des Kaisers, Graf Grünne, sorgte dafür, daß der Herrscher davon unterrichtet blieb und sich der Buolschen Politik nicht ganz hingab. Wieder erhob Radetzky seine Mahnung, über dem Ausgreifen im Osten nicht das stets bedrohte Italien zu vergessen. Da die Verteidigung der österreichischen Herrschaft in Italien seine Lebensaufgabe war, mußte ihm das militärische Aufgebot gegen Rußland als Fehler und als Schwächung der Monarchie an ihrer verwundbarsten Stelle gelten. Er gab der preußischen Politik den Vorzug vor

der österreichischen, weil sie bisher die Finanzen des Staates geschont und die Freundschaft Rußlands gepflegt habe. Die Lage Italiens setzte er dem Kaiser in einer aus Verona vom 5. August datierten Denkschrift auseinander[1]). Man habe von den fünf organisationsgemäß zur Festhaltung der Halbinsel bestimmten Korps bereits zwei gegen Rußland bestimmt, von denen eines aus Steiermark, eines sogar aus Italien selbst herausgezogen werden müßte[2]). Von den drei Korps, die ihm dann blieben, diente eines zur Besetzung Mittelitaliens und stand bei einer Kriegserklärung Sardiniens nicht zur Verfügung. Für diesen Fall hätte er dann nur über zwei Korps verfügt, also so viel wie im März 1848 beim Ausbruche der Revolution. Damals mußte er die Lombardei räumen und seine Truppen bei Verona zusammenziehen — es würde ihm im gleichen Falle auch nichts anderes übrig bleiben. Dann aber müßte Italien wie 1849 erst wieder zurückerobert werden. — Diese Vorstellungen hatten wenigstens die Wirkung, daß der Kaiser verfügte, das 6. Korps habe unter Radetzkys Befehl zu bleiben. Da die Südgrenze des Reiches aber doch nur schwach verwahrt blieb, so nahm der Feldmarschall an, die Italiener würden dies zu einer Erhebung benützen, und er schrieb am 26. August an seine Tochter, die Gräfin Wenkheim: „Ich besorge, daß der Winter neue Tänze unter Donnermusik bringen wird." Dies schreckte den 86jährigen Feldherrn jedoch nicht, denn am 15. Dezember berichtete er seiner Tochter: „In Piemont präpariert sich ein Revolutionsausbruch — mir auch recht — ich stehe zu Diensten."

Zu den Männern, die mit dem Vorgehen Buols unzufrieden waren, gehörte auch der General, der schon früher und dann wieder Mitte Juli zu einer Sendung nach Berlin verwendet wurde. General Mayerhofer sollte nach der Absicht des Grafen Buol auch diesmal Preußen zu Rüstungen gegen Rußland zu

[1]) Wiener Kriegsarchiv.

[2]) Die II. Armee, die unter dem Oberbefehle Radetzkys stand, bestand im Frühjahr 1854 aus dem 3. Armeekorps (Hauptquartier Mailand), dem 6. in Treviso, dem 7. in Verona und dem 8. in Bologna. Das 3. Korps in Graz wurde als Reserve der italienischen Armee angesehen. — Nun hatte man das letztgenannte bereits für den Norden bestimmt, und auch das 6. in Treviso hatte Befehl, sich zum Abmarsch bereit zu halten.

bestimmen suchen; da er aber der Zustimmung Grünnes sicher war, sprach er in Berlin unverhohlen seinen Tadel über die Führung der Geschäfte durch Buol aus und erklärte, kein angesehener Mann in Wien teile dessen Ansichten. Er vertraute dem Generaladjutanten des Königs, Gerlach, an, er wolle in antiwestlichem Sinne an Grünne schreiben, weil er nur dann sicher sei, daß der Kaiser den Brief zu Gesicht bekomme. So stand also in Wien die Militärkanzlei des Kaisers gegen seinen auswärtigen Minister — ein Gegensatz, der sich in der Krise des Spätherbstes aufs äußerste verschärfte. Das wußten auch die fremden Gesandten in Wien, und Alvensleben sagte im Hinblick darauf am 8. Juni zu Gerlach: in Österreich sei alles noch konfuser, vereinzelter und sich widersprechender als in Berlin. Ein schlechter Trost, fügt Gerlach dieser Aufzeichnung seines Tagebuches seufzend hinzu.

Bis zum Frühjahr 1854 war Metternich von Buol zu Rate gezogen worden und war im ganzen, wenn auch unter Einwendungen, mit seinem Vorgehen einverstanden. Dann aber wandte sich der alte Staatskanzler von ihm ab, die Verantwortung für seine Politik ablehnend. Ihm schien die Sommation vom 3. Juni überflüssig, zu herausfordernd, der beabsichtigte Zweck auch durch mildere Mittel erreichbar. Damals warf er eine prinzipielle Frage von großer Wichtigkeit auf: ob es nämlich nicht klüger wäre, den Kampf der Russen und der Türken an der unteren Donau ruhig gewähren zu lassen; *statt zu Anfang des Krieges hätte man sich erst gegen dessen Ende* wider Rußland wenden sollen. Ähnlich hatte er 1813 gehandelt, indem er zuvörderst Napoleon heiße Schlachten gegen Russen und Preußen schlagen ließ und dann erst Österreichs Macht zu Gunsten der Verbündeten in die Wagschale warf[1]). Dieses Verfahren empfahl sich 1854 auch deshalb, weil es möglich war, daß die Alliierten allein mit Rußland fertig würden; in diesem Falle hätte sich das Zerreißen der alten Bande zwischen den Höfen von Wien und St. Petersburg ersparen lassen. In

[1]) Metternichs Briefe an Buol und Heß in seinen Nachgelassenen Papieren, S. 358 und 369.

diesem Zusammenhange muß wohl auch auf die Ansichten der führenden Männer der darauffolgenden Generation hingewiesen werden. Graf Andrassy handelte, als sich während des russisch-türkischen Krieges von 1877 eine ähnliche Lage wie 1854 ergab, im Sinne Metternichs und nicht Buols — ohne Frage zum Vorteile für das Reich der Habsburger. Und endlich hat Fürst Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" Österreich den Rat gegeben, den Russen den Weg nach Konstantinopel überhaupt nicht zu verlegen, sondern dann, wenn sie den Vorstoß gemacht hätten, mit ihnen über die Teilung der Balkanhalbinsel zu verhandeln. Die wichtige Stelle in dem Testament Bismarcks ist eine treffende Kritik der Vergangenheit wie ein bedeutungsvoller Wink für die Zukunft, von der gesagt wird: „Die Beteiligung Österreichs an der türkischen Erbschaft wird doch nur im Einverständnisse mit Rußland geregelt werden, und der österreichische Anteil um so größer ausfallen, je mehr man in Wien zu warten und die russische Politik zu ermutigen weiß, eine weit vorgeschobene Stellung einzunehmen." Dies ist im Sommer 1854 nicht geschehen, und so stimmen gewichtige Gründe mit Autoritäten wie Metternich, Radetzky, Andrassy und Bismarck zusammen, um die Politik des Wiener Kabinetts als übereilt erscheinen zu lassen. Zuerst hatte der Zar Österreich den Anteil an der Beute verweigert und dann wollte wieder Österreich das Ganze für sich in Anspruch nehmen; die eine Politik sollte ebenso scheitern wie die andere.

VI

Die vier Punkte. Steigende Kriegsgefahr

Zu spät hatte der Zar dem Wiener Kabinett mitteilen lassen, daß er die Moldau und die Walachei zu räumen gedenke (8. August), allzu zögernd war der Abzug seines Heeres vor sich gegangen. Eine klare Aussprache hätte die Annäherung Österreichs an die Westmächte überflüssig gemacht, während die Bitterkeit im Verhältnisse zwischen Wien und Petersburg dem Grafen Buol neuen Anlaß zu Feindseligkeiten gegen Rußland gab. Hübner unterhandelte, wie wir wissen, im Juli im Auftrage seines Ministers über ein Bündnis mit Frankreich und England; als aber der Entwurf anfangs August fertiggestellt war, verweigerte Kaiser Franz Joseph die Unterschrift; er werde erst unterzeichnen, wenn Rußland die österreichische Forderung, die Fürstentümer zu räumen, endgültig abgelehnt habe. Vergebens waren die eifrigen Ratschläge Hübners, der, wie wir aus seinem Tagebuch ersehen, hiebei von Buol unterstützt wurde; der Kaiser ließ sich von der Linie, die er sich vorgezeichnet hatte, so weit nicht abdrängen[1]).

Kein Wunder, daß man in Paris und London Klage darüber führte, mit Österreich sei nie zu einem Schlusse zu kommen. Doch gab Kaiser Franz Joseph seine Zustimmung zu einer an sich weniger gewichtigen Vereinbarung, durch die das Wiener Kabinett doch wieder ein gutes Stück den Westmächten näher rückte. Es war wie ein Verhängnis im Verhältnisse Österreichs

[1]) Hübner zum 5. August 1854. Der österreichische Gesandte in London, Graf Colloredo, wirkte durch mäßigende Ratschläge für die Ansicht des Kaisers.

zu Rußland, daß diese Abmachung am selben Tage getroffen wurde (8. August), an dem Gortschakow endlich melden konnte, die Donaufürstentümer würden geräumt werden. Wäre die Kunde nur wenige Tage früher nach Wien gelangt, so wäre Kaiser Franz Joseph wohl auch nicht zu der Abmachung zu bestimmen gewesen, die unter dem Namen der vier Punkte durch die Welt ging.

In der betreffenden Note, die von Österreich, Frankreich und England unterzeichnet wurde, verlangten die drei Mächte von Rußland den Verzicht auf das alleinige Protektorat über die Donaufürstentümer, sowie den Rücktritt von der Forderung einer Schutzhoheit über die Christen des Orients; sodann wurde der Grundsatz der Freiheit der Donauschiffahrt aufgestellt, die seitens Rußlands durch absichtliche Vernachlässigung der Strommündungen in Frage gestellt worden war. Endlich gab es einen wichtigen Satz — der dritte Punkt in der Reihenfolge — der, allgemein und vieldeutig gefaßt, die Absicht einer Änderung des Dardanellenvertrages von 1841 aussprach. In diese anscheinend anspruchslose Form kleidete man das Endziel, die Herrschaft Rußlands auf dem Schwarzen Meere zu brechen und ihm dadurch den Seeweg nach Konstantinopel zu verlegen. Die Westmächte sprachen sich nicht deutlich aus, weil sie die Absicht hegten, ihre Ansprüche je nach dem Fortgange des Krieges höher zu spannen; die Note vom 8. August sollte nur das Mindestmaß ihrer Forderungen bezeichnen. Sie betrachteten es schon als Gewinn, Österreich in den Streit um das Schwarze Meer hineingezogen zu haben.

Als man in Petersburg die Note vom 8. August erhielt, erklärte man sich abermals für hintergangen. Ununterbrochen war von Wien aus versichert worden, man interessiere sich nur für die Donaufürstentümer und für nichts mehr; Österreich werde befriedigt sein, sobald Rußland nur in diesem Punkte nachgebe. Nun sei dies geschehen, und doch geselle sich das Wiener Kabinett wieder den Gegnern Rußlands zu. Das Mißtrauen des Zaren erhielt neue Nahrung, obwohl Gortschakow von Wien aus die Ansicht vertrat, die vier Punkte ent-

hielten nichts Neues und nicht viel Gefährliches. Er urteilte richtig, daß Rußland nach dem Verlaufe des Krieges ohnedies keine Aussicht mehr besaß, das Protektorat über die Christen des türkischen Reiches, oder den Besitz der Fürstentümer oder die Verfügung über die Donaumündungen festzuhalten. Es blieb also nur die nebelhafte Bestimmung bezüglich des Schwarzen Meeres. Darüber aber gab ihm Buol beruhigende Erklärungen — der Minister mußte sich eben der friedliebenden Auffassung seines Herrschers anbequemen, den er nicht hatte mit sich fortreißen können. Buol versicherte nämlich, auch er halte die von Frankreich kommende Anregung, die Zahl der russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meere solle vertragsmäßig beschränkt werden, für allzu hart. Mochte diese Beteuerung auch nicht aufrichtig sein, so weit sein persönlicher Geschmack in Frage kam, so sprach er jedenfalls die maßgebende Ansicht des Kaisers aus[1]). Dieser war sehr erfreut, als die Russen endlich Ernst machten und auch die Moldau den österreichischen Truppen überließen. Er sprach dem russischen Gesandten gegenüber seine Befriedigung darüber aus und fügte hinzu, nun hege er die Hoffnung, die frühere innige Verbindung zwischen den beiden Höfen werde sich wieder herstellen lassen. Gleichzeitig verfügte der Kaiser die Einstellung der Rüstungen, und die im Osten zusammengezogenen Truppenmassen wurden, schon zur Erleichterung der Verpflegung, auf weite Räume verteilt, zum Teile selbst nach Ungarn zurückverlegt[2]).

Dabei blieb es auch, obwohl der Zar die vier Punkte höchst übellaunig aufnahm und, den beschwichtigenden Berichten Gortschakows entgegen, am 26. August die Erklärung abgeben ließ, er verwerfe sie alle ausnahmslos und unbedingt. Das konnte nur so gedeutet werden, daß er alle zu Beginn des Krieges erhobenen Forderungen ihrem ganzen Umfange nach

---

[1]) Vergl. auch die friedlichen Versicherungen Buols in dem Briefe an Herzog Ernst von Koburg, 11. August, in dessen Denkwürdigkeiten.

[2]) Die III. und die IV. Armee blieben jedoch auf dem Kriegsfuße. Dagegen ließ man das 1. Korps, das schon nach Krakau bestimmt war, in seinen böhmischen Quartieren; das 6. Korps wurde, dem Wunsche Radetzkys entsprechend, nicht aus Italien herausgezogen. Die eine Hälfte des kroatischen Korps stand in der Walachei, die andere wurde auf Friedensfuß gesetzt.

aufrecht erhalte. Schon das war unangenehm, aber es ergab sich weiter daraus, daß das Wiener Kabinett mit England und Frankreich in schwierige Erörterungen geriet. Denn die Seemächte verlangten jetzt von Österreich, es solle mit dem Beitritte zu den vier Punkten Ernst machen und ein Kriegsbündnis mit ihnen abschließen. Das hielten Hübner und auch Prokesch für die richtige Konsequenz, sie überzeugten sich aber bald, daß ihre Regierung auswich und so nach Ost wie nach West hin tiefe Unzufriedenheit erregte. Prokesch schrieb am 14. August an seine Frau: „Es herrschen in Wien friedlichere Ansichten vor. Das Ganze wird auf große Misère hinauslaufen. Zeiten wie die unsern sind jeder gründlicheren Lösung einer Frage unfähig." Hübner geriet der französischen Regierung gegenüber in eine üble Lage: „Alle meine Bemühungen," so schreibt er in sein Tagebuch, „scheiterten an den Unschlüssigkeiten und dem Schaukelspiel, das damals in Wien an der Tagesordnung war." Und bald darauf: „Man beschuldigte uns (in Paris) der Untreue und der Feigheit, und ich hatte böse Momente zu durchleben." Die Schlauheit, mit der Buol sich der Hilfe der Westmächte zur Gewinnung der Fürstentümer zu bedienen versuchte, reichte nicht aus, um ihm Verlegenheiten zu ersparen.

* * *

Fast eben so tief war die Verstimmung in Berlin, weil die vier Punkte ohne vorherige Verständigung Preußens vereinbart worden waren. Das war eine neue Rücksichtslosigkeit des Wiener Kabinetts, das, ohne sich um das Bündnis vom 20. April zu kümmern, bereits mit der Sommation an Rußland wie mit dem Vertrag mit der Pforte vom 14. Juni auf eigene Rechnung und Gefahr vorgegangen war. Es war vom preußischen Kabinett viel verlangt, es solle sich trotz alledem bereit halten, Österreich gegen die Folgen dieser seiner selbständig unternommenen Schritte zu decken. Man trug sich in Berlin ohnedies schon im Mai mit dem Gedanken, den mit Abschlusse des Vertrags vom 20. April gemachten Fehler dadurch gut zu machen, daß man sich seinen Verpflichtungen möglichst entziehe. Als nun Rußland am 29. Juni

den Rückzug aus der Walachei in allgemeinen Wendungen in Aussicht stellte, erklärte die preußische Regierung, diese Antwort sei befriedigend, Rüstungen wären überflüssig, ruhige Unterhandlungen würden ausreichen. Davon wollte man, wie wir wissen, in Wien nichts hören, und Buol stellte im Gespräche mit Alvensleben die gewagte Behauptung auf, es stehe ausschließlich bei Österreich, festzustellen, wann der im Vertrage vom 20. April vorgesehene Kriegsfall eintrete. Darüber lebhafter Unwille am Berliner Hof — und als man hier noch dazu durch die vier Punkte überrascht wurde, lehnte man die Einladung zum Beitritt ab, erklärte sich weiterer Verpflichtungen für ledig und nahm nicht mehr an den Konferenzen teil, zu denen sich die Vertreter der vier Mächte in Wien bisher von Zeit zu Zeit versammelt hatten. Es ist schwer zu entscheiden, welche von den beiden Regierungen größere Schuld an diesen Verstimmungen trug; dort klagte man über den Hochmut, hier über die Unzuverlässigkeit des Bundesgenossen. Als Graf Arnim einmal dem österreichischen Minister vorhielt, er lasse es an der wünschenswerten Offenheit fehlen, erwiderte dieser mit dem Vorwurfe, man müsse im Verkehr mit Berlin Zurückhaltung üben, weil von dort jedes Geheimnis sofort nach Petersburg getragen werde. Wie berechtigt diese schwere Beschuldigung war, geht aus den Begleitworten hervor, die Arnim seinem Berichte an Manteuffel beifügt: „Daß dies wahr ist, weiß ich leider, ebenso daß es nicht möglich ist, dem vorzubeugen"[1]). Es war bekannt, daß, was der König nicht selbst seine Schwester, die Zarin, wissen ließ, durch andere Kanäle nach Petersburg gelangte.

General v. Gerlach rühmt sich in seinem Tagebuch, es sei vornehmlich sein Werk gewesen, daß die preußische Politik seit dem Mai 1854 einen guten, das heißt russenfreundlichen Gang eingeschlagen habe[2]). Manteuffel sah sich unter diesen

---

[1]) Arnim an Manteuffel, 12. Dezember 1854.

[2]) Über die politische Richtung Gerlachs kann man verschiedener Ansicht sein, dagegen wird kaum zu bestreiten sein, daß sein Urteil schwankend, seine Motive (so sein Haß gegen „Bonaparte") oft kindlich waren. Bald ist er überzeugt, Buol entfache den Krieg gegen Rußland, so daß er die Frage aufwirft, ob dieser Minister nicht geradezu Verräter an seinem Herrscher sei — bald steht er unter anderen, günstigeren Eindrücken.

Umständen zurückgedrängt, und es blieb ihm, wenn er sich im Amte halten wollte, nichts übrig, als die Politik Gerlachs, Dohnas und des Kabinettsrates Niebuhr nach außen zu vertreten. Er für seine Person war dem Umsichgreifen der russischen Macht abhold und daher der Meinung, Österreichs Einrücken in die Walachei wie sein Traktat mit der Pforte widersprächen dem Aprilbündnisse nicht; selbst gegen die vier Punkte hatte er nichts einzuwenden; er verwarf nur das in Wien vorgeschlagene Verfahren und nannte es eine Treulosigkeit, Preußen in den Krieg hineinziehen zu wollen [1]). Dem geraden Sinne des preußischen Thronfolgers widerstrebten die Ränke des einen wie des anderen Kabinetts, doch überwiegt in seinen Briefen der Tadel gegen die Berliner Regierung, weil sie das Aprilbündnis nicht ehrlich eingehalten habe.

Vielleicht noch auffallender als diese Vorgänge ist der Mangel an Würde im Verkehr des preußischen Hofes mit den beiden Kaisermächten. Das hing mit dem vergeblichen Bemühen des Königs zusammen, Rußland und Österreich zu versöhnen und so die konservative Allianz gegen die Revolution, also jetzt gegen Napoleon III., wieder herzustellen. Als noch zu befürchten stand, der Zar werde den Einmarsch der Österreicher in die Walachei mit den Waffen verwehren, schrieb der König an seine Schwester, er „möchte Nix (Nikolaus) auf den Knieen anflehen, dieses Verbot nicht zu erlassen“. Und eine Woche später wandte er sich an den Kaiser von Österreich, den er — weil seine Jugend und frühe Reife ihn an den Neffen Julius Cäsars erinnerten — halb demütig, halb scherzhaft Cäsar Augustus nannte, mit der Bitte um Mäßigung: „Gottes Hilfe ist mit uns, denn der Abschluß, der ganz Deutschland unter unser Schutz- und Trutzbündnis stellt, ist gesichert. Eure Majestät stehen an der Spitze von 72 Millionen Menschen und Preußen hat einen bescheidenen Teil an dieser erhabenen Stellung“. Wirklich war die europäische Stellung des Berliner Kabinetts damals recht gedrückt; weder in Wien noch in Petersburg wollte man der zweiten deutschen Macht das Recht einer selbständigen Politik zugestehen

---

[1]) Gerlach II, S. 173, 213.

und verlangte einfach Heeresfolge. Graf Buol hätte jedoch besser getan, den leicht zu bestimmenden König durch offene Aussprache zu gewinnen, da Österreich während der orientalischen Krisis des preußischen Kabinetts mehr bedurfte als umgekehrt. Er aber legte größeren Wert auf die gute Meinung der Westmächte und führte in Paris und London Klage darüber, daß die Unzuverlässigkeit Preußens ihn hindere, gegen Rußland so kräftig Front zu machen, wie er wünschte[1]).

Während der Monate August und September beharrte Österreich im ganzen und großen in seiner neutralen Stellung, wobei dahingestellt bleiben mag, ob Graf Buol damit bloß den Wünschen seines Herrschers willfahrte oder aber selbst der Ansicht war, es sei klüger, die entscheidende Wendung des Krieges abzuwarten. Wahrscheinlich ist das letztere — denn kaum gelang den Verbündeten der nächste Schlag gegen Rußland, als der Minister wieder seinen ganzen Einfluß daran setzte, Österreich vollständig in das westliche Lager hinüberzuführen.

Da der Krieg an der unteren Donau infolge des Dazwischentretens Österreichs niedergebrannt war und nur im Delta weiter glomm, so benützten Frankreich und England ihre Überlegenheit zur See zur Landung in der Krim. Sie wollten nach ihren umfassenden Rüstungen zu Land und zur See nicht taten- und ruhmlos aus der Balkanhalbinsel zurückkehren. Vom 14. September ab wurden unversehens 50- bis 60 000 Franzosen und Engländer bei Eupatoria, nördlich von Sebastopol, gelandet und traten sofort den Marsch gegen diese Festung an. Nun zeigte es sich, welcher Schade dem Zarenreiche dadurch zugefügt war, daß Österreich es auch vom Westen her durch eine große Armee bedrohte; man hatte infolge dessen die russische Hauptmacht auf dieser Seite vereinigen müssen. Da zudem Petersburg durch ein englisch-französisches Landungsheer bedroht war und deshalb gleichfalls durch eine Streitmacht geschützt sein mußte, so standen in der Krim bloß 51 000 Mann,

---

[1]) So auch im Briefe Kaiser Franz Josephs an Königin Viktoria, bei Geffcken, S. 117.

und auch sie waren über die Halbinsel zerstreut, da man über den Punkt des feindlichen Angriffs nicht sicher sein konnte.

Davon vereinigte Fürst Mentschikow rasch ungefähr 35 000 Mann, mit denen er sich den Verbündeten am 20. September an der Alma in den Weg warf. Er wurde geschlagen, mußte sich in das Innere der Halbinsel zurückziehen, und der Angriff auf Sebastopol konnte beginnen.

Alsbald vergrößerte das Gerücht die Erfolge der Verbündeten, und am 28. September gelangte nach Wien die Nachricht, Sebastopol sei durch einen Handstreich genommen worden. Ein reitender Tartar, so hieß es, habe die Kunde aus Konstantinopel gebracht[1]). Das nächste waren gewaltige Börsenspekulationen der Glücklichen, die zuerst zu den angeblich Eingeweihten gehörten, und weiter schlug jetzt in den leitenden Kreisen Wiens die russenfeindliche Stimmung mit Macht durch. Nun sehe man, so äußerte sich Bach, wie verfault das russische Reich sei; und Buol, sich den Siegern zuwendend, schickte durch den Telegraphen einen warmen Glückwunsch an Kaiser Napoleon. Nach wenigen Tagen zerflatterte das Gerücht, aber Tatsache blieb, daß die Russen in der Krim das offene Feld meiden mußten. Nach einem kurzen, heftigen Kampfe im Kabinett des Kaisers von Österreich, über den noch im einzelnen zu berichten ist, blieb der Minister des Äußern Sieger und er erhielt die Erlaubnis, Rußland schärfer zwischen die Zange zu nehmen.

Es ist nicht ohne Grund behauptet worden, an dieser Wendung habe der Einfluß des französischen Gesandten in Wien, Baron Bourqueney, einen wesentlichen Anteil gehabt. Tatsächlich war Bourqueney, der aus der Journalistik zur Diplomatie empor-

[1]) Es wurde damals vielfach erzählt, das Ganze sei ein von Warrens ins Werk gesetzter Börsenschwindel gewesen. Tatsächlich strich er damals durch fixe Ausnützung der „Tartarennachricht" einen mächtigen Börsengewinn ein. Indessen kann er nicht der Urheber des Gerüchtes gewesen sein, da er bei seinen Beziehungen zur Regierung es vermieden hätte, auch den Minister des Äußern zu täuschen, der die Nachricht doch für richtig hielt. Zum 4. Oktober heißt es in Hübners Tagebuch: „Abends meldet Bourqueney telegraphisch, daß der Tartar, der diese Nachricht zuerst nach Bukarest brachte, einfach gelogen habe. Das Merkwürdige bei der Sache ist, daß die österreichische, französische und englische Regierung, ohne hierüber eine Bestätigung erhalten zu haben, daran glaubten."

gestiegen war, eine feine und kluge Persönlichkeit und wußte den österreichischen Minister geschickt zu behandeln. Stärker waren indessen die Buol bestimmenden sachlichen Antriebe. Je bitterer nämlich der Zar dem Wiener Hofe grollte, desto näher zog die Gefahr herauf, es könne sich nach dem Kriege auf Kosten Österreichs eine Verbindung zwischen Rußland und Frankreich anbahnen, und dann war es um die österreichische Herrschaft in Italien geschehen. In seiner üblen Laune über die Neutralität des österreichischen Kabinetts ließ Napoleon Äußerungen fallen, die in Wien selbst Besorgnisse erregten. Buol und Hübner waren immer der Ansicht, man könne ihn von diesen schlimmen Gedanken abbringen, wenn man ihm bei seinem Kriege gegen Rußland ernste Dienste leiste. In diesem Ideengange wurde Österreich durch Bourqueney wie durch den französischen Minister des Äußern, Drouyn de l'Huys, bestärkt, die ihrerseits die Hoffnung hegten, das Wiener Kabinett sei nicht bloß zu diplomatischer Unterstützung, sondern zur Waffenhilfe zu gewinnen. Übrigens meinten es die beiden französischen Diplomaten in ihrer Art ehrlich mit Österreich. Sie waren beide konservativ gesinnt, wünschten keine Änderung der Karte Europas und sahen nicht ohne Sorge, daß Napoleon III. sich mit dem Gedanken trug, die Italiener, die Polen und die Ungarn in ihren revolutionären Bestrebungen zu unterstützen. Frankreich stürzte sich dadurch in Abenteuer, während die meisten französischen Diplomaten das Vermächtnis Richelieus in Ehren hielten und annahmen, für die Größe Frankreichs sei nichts zuträglicher als die Zersplitterung Deutschlands und Italiens. Bourqueney stellte dem Grafen Buol vor, Drouyn de l'Huys und er seien über die Pläne Napoleons in Sorge; es gäbe aber kein besseres Mittel, ihn bei den Verträgen von 1815 festzuhalten, als wenn Österreich mit ihm ein Bündnis schließe. Tatsächlich empfahl der französische Minister im geheimen Rate seines Kaisers das Bündnis mit Österreich, das er dem mit England weit vorzog.

Buol wäre mit seinen Ratschlägen in Wien wohl nicht durchgedrungen, wenn Heß nicht an der Spitze der Armee ferne im Osten der Monarchie und in der Walachei geweilt hätte. Dem Minister kam auch zu Hilfe, daß sein diplomatischer Sommer-

feldzug gegen Rußland zu einem ansehnlichen Erfolg geführt und die Donaufürstentümer in den Machtkreis Österreichs gezogen hatte; seine Voraussage, dies alles sei ohne Krieg zu erreichen, war eingetroffen, und er schöpfte daraus den Mut, dem Kaiser zu versichern, man könne Rußland ebenso zur Annahme der vier Punkte nötigen, ohne daß ein Schuß werde fallen müssen. So blieb er, unterstützt von Bach und der Erzherzogin Sophie, in den nächsten Wochen Herr der Lage. Die Mutter des Kaisers hatte mit ihrem Gatten dem Glanze der Krone freiwillig entsagt, für ihren Sohn aber war sie von höchstem Ehrgeiz erfüllt und wünschte die Machtentfaltung Österreichs im Orient. Ihre überragende Stellung bei Hofe erfuhr durch die Ehe des Kaisers keine Einbuße und auch dessen junge Gemahlin mußte sich, mit der Zeit freilich widerstrebend, die Leitung durch die energische Fürstin gefallen lassen. Die zwei Schwestern der Erzherzogin, die Königin von Preußen und die Witwe des Kaisers Franz von Österreich, standen im Gegensatz zu ihr mit ihren Sympathien auf seiten Rußlands und klagten im vertrauten Kreise über den Einfluß, den sie auf die äußere Politik übe; die Erzherzogin übersehe dabei, daß Rußland damit Österreich ganz entfremdet werde[1]). Die Ansichten der Erzherzogin waren in der Diplomatie bekannt und Bismarck verzeichnete sogar die in Frankfurt bestehende Auffassung, sie sei „vom Standpunkte des Katholizismus“ für den Krieg gestimmt[2]). Daran war immerhin so viel richtig, daß auch klerikaler Einfluß für den Bund der katholischen Höfe von Wien und Paris tätig war. Der Führer der französischen Katholiken, Graf Montalembert, sprach sich im gesetzgebenden Körper am 2. Juli

[1]) Gerlach schrieb am 5. Oktober 1854 in sein Tagebuch: „Heut nach dem Kaffee sagte mir die Königin (von Preußen), der Kaiser von Österreich spräche über die Politik nur mit Buol, und so wisse man in der kaiserlichen Burg durchaus nicht, was außerhalb derselben vorgehe. Die verwitwete Kaiserin sähe das alles ein, sie sei aber ganz ununterrichtet, die Erzherzogin Sophie völlig verblendet. Sie bilde sich unter anderem noch ein, der Kaiser von Rußland liebe den Kaiser Franz Joseph nach wie vor.“ Das unfreundliche Urteil der Königin über ihre Schwester zeigt, wie tief der Zwiespalt war. Doch ist ihre letzte Bemerkung schwerlich richtig, da die Erzherzogin ihrer Schwester geistig überlegen und doch zu klug war, sich einer solchen Täuschung hinzugeben.

[2]) Bismarck an Manteuffel, 7. Januar 1855.

1855 in einer vielbemerkten Rede für eine solche Politik aus. Der Bund mit Österreich wäre für Frankreich wertvoller als selbst ein kriegerischer Erfolg; er hätte schon das eine Gute, daß die französische Regierung dadurch von gefährlichen Bahnen und von einer Verbindung mit der Revolution abgehalten würde. Es war klar, worauf Montalembert zielte: er besorgte die Förderung der italienischen Einheitsbestrebungen durch Kaiser Napoleon, wodurch die weltliche Herrschaft des Papstes ins Wanken geraten mußte.

Im Spätsommer 1854 weilte der Kaiser mit seiner Gemahlin in Ischl, um sein junges Eheglück dort zu genießen, wo ein Jahr vorher die Liebe in sein Herz eingezogen war. Während nun Bourqueney auch hier durch Buol alles Notwendige bei ihm vorbringen lassen konnte, beklagten sich die Gesandten Rußlands und Preußens, daß der Minister die Entfernung des Hofes von Wien dazu benütze, um ihn von allem diplomatischen Verkehr zu isolieren. Alvensleben berichtete nach Berlin, wie schwer es sei, beim Monarchen Zutritt zu erlangen; man sei in Wien — offenbar meint er hiemit die aristokratische Gesellschaft — sehr unzufrieden, daß der Kaiser über die auswärtigen Angelegenheiten nur mit dem Minister des Äußern spreche, und Fürst Windisch-Grätz habe sogar geäußert, der Kaiser befinde sich in den Händen der Liberalen, womit der Fürst, wie wir ihn kennen, offenbar Bach gemeint hat. Und einige Zeit später schrieb Gortschakow nach Petersburg: „Das schwierigste ist, die Wahrheit bis zum Kaiser Franz Joseph gelangen zu lassen. Seine Majestät ist vollständig verbarrikadiert. Seit sechs Monaten hatte ich nur vier Audienzen. Das führt zu Zuständen, deren Zeuge man gewesen sein muß, um an sie zu glauben."

Diese Umstände wurden von Buol benützt, um nach den ersten Erfolgen der Verbündeten in der Krim auf der ganzen Linie eine rege Tätigkeit in russenfeindlichem Sinne zu entfalten. In den ersten Tagen des Oktober drängte sich eine Reihe der wichtigsten Maßnahmen in diesem Sinne zusammen.

* * *

Zunächst wurde der Hebel in Berlin und in Frankfurt angesetzt. Wollte sich Österreich nach seinen bisherigen Schwankungen endlich doch gegen Rußland wenden, so mußte es sich zuvor die Rückendeckung durch Preußen und Deutschland sichern. Nun war König Friedrich Wilhelm, seinen Neigungen wie dem Bündnisse entsprechend, nach wie vor bereit, Österreich gegen jeden Angriff zu verteidigen; dafür verlangte er jedoch die Zusage des Wiener Kabinetts, gegen Rußland nicht mit den Waffen vorgehen zu wollen. In Wien aber wollte man diese bindende Verpflichtung nicht eingehen, weil der Zar dann, wie man sagte, sich den gerechten Wünschen Europas noch weniger fügen würde als bisher[1]). In diesem Sinne wandte sich Österreich am 1. Oktober an die Bundesversammlung in Frankfurt mit dem vielsagenden Vorschlage, die Mobilisierung der Bundeskorps zu verfügen, und zur selben Zeit verlangte es von Preußen und den deutschen Höfen die Erklärung, daß auch die österreichischen Truppen in den Donaufürstentümern unter dem Schutze des Bündnisses vom 20. April stünden. Schritt für Schritt sollte auf diese Weise der an der unteren Donau gewonnene Besitz gesichert und die Wiederkehr der russischen Herrschaft unmöglich gemacht werden. Preußen lehnte anfangs mit der Erklärung ab, es habe sich nur für die Integrität der österreichischen Monarchie verbürgt und zu mehr sei es nicht verpflichtet; es wollte sich durch die russisch-türkischen Händel an der Donaumündung nicht in einen Krieg hineinziehen lassen. Unbekümmert um diesen Einspruch betrieb Buol bei den deutschen Höfen seine Forderung und gedachte mit ihrer Hilfe Preußen am Bundestage zu überstimmen. Da Frankreich diese Schritte natürlich unterstützte, so gerieten die Mittelstaaten in eine üble Lage; von Österreich und Frankreich waren sie zwischen zwei Feuer genommen und auf das Berliner Kabinett war kein Verlaß. Die offiziösen Blätter der Wiener

---

[1]) „Weshalb eine solche Beschränkung meines freien Willens?" heißt es in der Antwort des Kaisers von Österreich an den König. „Nur eine Frontveränderung (zu Ungunsten der Westmächte) würde durch eine solche Zusage herbeigeführt werden, und hiezu scheint mir in diesem besonderen Falle die Berechtigung zu fehlen."

Regierung warfen ihnen die Preisgebung der deutschen Interessen an der Donaumündung vor, und Warrens drohte den deutschen Höfen, ihre Völker würden sich gegen sie auflehnen, wenn sie nicht mit Österreich gegen Rußland zusammenhielten [1]). Den Fürsten wurde schwül zu Mute, König Max von Bayern reiste nach Berlin und schickte seinen Minister Pfordten nach Wien, um den Zwist beizulegen. Von Bayern ging zur Vermittlung der bemerkenswerte Vorschlag aus, Deutschland könne das Verlangen Österreichs erfüllen, wenn das Protektorat über die Donaufürstentümer dem Deutschen Bunde übertragen werde. Unterdessen eröffnete Buol am 13. Oktober, einlenkend, direkte Unterhandlungen mit Berlin, weil es sich doch besser empfahl, der preußischen Regierung die verlangte Bürgschaft abzuschmeicheln oder abzutrotzen, als sich auf die doch nicht sicher arbeitende Abstimmungsmaschine in Frankfurt zu verlassen. Er schlug die Widerstandskraft Preußens, wenn es dem vereinten Willen Österreichs und der Seemächte gegenüberstand, niedrig an; „man wird sich drehen und wenden," schrieb er am 24. Oktober an Prokesch, „um es nach keiner Seite zum Bruche kommen zu lassen, am Ende aber, wenn es zur Entscheidung kommt, doch vom Strome mit fortgerissen werden." Dieses eine Mal sollte er noch Recht behalten und seine Absicht durchsetzen. Bismarck seufzte und meinte, er wünsche sich im Jenseits so viel Nachsicht für seine Sünden, als sein König sie für die Österreichs hege; tatsächlich erklärte sich Preußen am 9. November zu der vom Wiener Kabinett verlangten Ausdehnung des Bündnisses auf die untere Donau bereit. Damit war Österreich gegen einen Rückstoß von seiten Rußlands auch auf dieser Seite gesichert, während Preußen und bald darauf auch der Deutsche Bund die Verpflichtung zum Schutze seiner moldau-walachischen Okkupation übernahmen.

Gleichzeitig betrieb Graf Buol eifriger denn früher den Abschluß eines Bündnisses mit den Westmächten, diesmal mit Zu-

---

[1]) Bismarck schrieb am 15. August an Gerlach: „Wir ängstigen uns, allein zu sein, und halten uns an dem Rockschoß mit Österreich fest, das uns durch Buols ‚Lloyd' die Rute geben läßt, überzeugt, daß wir ihm nachlaufen wie herrenlose Pudel."

stimmung des Kaisers. Am 3. Oktober erhielt Hübner den Auftrag, den Faden dort wieder aufzunehmen, wo er im Juli auf Verlangen Österreichs angeknüpft und dann von ihm wieder fallen gelassen worden war; „es war offenbar," liest man im Tagebuche Hübners, „daß wir den Mantel nach dem Winde drehten." Drouyn de l'Huys war mit dieser Wendung innerlich wohl zufrieden, aber er stellte sich anfangs kalt und taub, um die Österreicher ihre Unzuverlässigkeit fühlen zu lassen; bald jedoch mäßigte er den Ton und die Unterhandlungen kamen in Gang. Harthöriger war England, vornehmlich weil Palmerston die Verhältnisse in Wien scharfsinnig durchblickte und von vornherein das Urteil fällte, Kaiser Franz Joseph werde sich zum Kriege gegen Rußland doch nicht entschließen.

Tatsächlich bot Buol auch diesmal wieder nur einen Vertrag an, der bloß eine Drohung zu enthalten hätte: man solle sich gegen Rußland verbinden, um es zur Annahme gewisser Friedensbedingungen zu bestimmen; sträube es sich, dann erst wollte Österreich auf den Plan treten. Nach diesem Vorschlage sollten also dem Kriege neue förmliche Verhandlungen mit Rußland vorhergehen. Die englische Regierung aber, besonders Palmerston, hielt alle Friedenskonferenzen vor dem Falle Sebastopols mit gutem Rechte für Wort- und Tintenvergeudung. Sie verlangte, wenn sie schon in diesem Punkte nachgab, wenigstens die Festsetzung einer Frist, bis zu der die Unterhandlungen mit Rußland sich hinziehen dürften, worauf dann Österreich verpflichtet wäre, loszuschlagen. Von beiden Seiten war man zähe — Mitte November war endlich, wie wir sehen werden, eine Formel gefunden, die den Wünschen beider Teile entsprach. Also eine Art Pandorabüchse, die noch verschlossen war, deren Öffnung jedoch den Krieg entfesseln mußte. Palmerston zweifelte aber nach wie vor, daß Kaiser Franz Joseph im entscheidenden Augenblick hiezu seine Zustimmung geben werde.

Um die Unterhandlungen in Paris in Schwung zu bringen, leistete Österreich den Verbündeten an der unteren Donau einen erheblichen Dienst. Es war seit Wochen ihre ständige Klage, daß die österreichischen Truppen der Armee Omer Paschas den

Durchzug durch die Moldau verwehrten; dadurch waren die Russen in Bessarabien vor einem Angriffe gesichert und konnten zur Verstärkung ihres Heeres in der Krim Zuzug absenden. Der österreichische Minister des Äußern wünschte nun, um den Westmächten gefällig zu sein, ein Abgehen von diesem Grundsatze; Heß aber blieb fest, berief sich auf die vom Kaiser erhaltenen Weisungen und behielt auch anfangs die Oberhand, wie der ihm am 2. Oktober durch den Generaladjutanten des Kaisers, Grünne, übersendete Befehl beweist, der ihm auftrug, die Ausbreitung der Türken in der Moldau zu verhindern. Die Befriedigung, die der Oberbefehlshaber darüber empfand, wich bald tiefem Mißmute. Denn es gelang Buol, die militärischen Gegenwirkungen zu überwinden und den sonst gewichtigen Einfluß Grünnes aus dem Felde zu schlagen; der Kaiser ließ sich umstimmen, und Heß erhielt neue Instruktionen, die diesmal nicht in der Militärkanzlei, sondern im Ministerium des Äußern ausgefertigt waren. Er wurde beauftragt, den Türken nichts in den Weg zu legen, wenn sie über den Pruth hinaus zum Angriffe gegen Bessarabien vorgehen wollten. Die Art, wie der Minister dem Feldzeugmeister Heß gegenüber diesen Frontwechsel begründete, ist sehr bezeichnend. Rußland habe sich bis zuletzt geweigert, die Fürstentümer Österreich zu übergeben, so daß man ihm gegenüber jeder Verpflichtung ledig sei. Dagegen stehe Österreich mit der Türkei seit dem 14. Juni in einem Vertragsverhältnisse und sei der Bundesgenosse des Sultans; den militärischen Operationen Omer Paschas könne also nichts in den Weg gelegt werden. Daneben stand ein überfeiner, auf das Verhältnis zu den Westmächten bezüglicher Satz: „Wir sind die politischen Gegner Rußlands, ohne mit dieser Macht Krieg zu führen, und einigen uns mit den Seemächten auf demselben Boden der Prinzipien, ohne uns ihre Alliierten nennen zu wollen.“

Heß war von dieser politischen Scholastik nicht sehr erbaut, besonders da er sich damit Omer Pascha gegenüber bloßgestellt sah; was er selbst zähe verweigert hatte, wurde den Türken nun von Wien aus doch eingeräumt. Er mußte aber gehorchen und die Rolle eines unparteiischen Schiedsrichters mit der des

Sekundanten des türkischen Feldherrn vertauschen[1]). Ebenso unzufrieden war Bruck, der, wie erzählt wurde, die Türkei zur Einstellung ihres Vormarsches bestimmt hatte und nun zusehen mußte, wie der englische und der französische Einfluß über den seinigen obsiegte. Seine Klage war wohlberechtigt; war doch erst ein Jahr verflossen, seit Bruck im Auftrage seiner Regierung auf die Pforte hatte drücken müssen, damit sie das Protektorat Rußlands über die orthodoxen Christen ihres Reiches grundsätzlich anerkenne. Der Internuntius war nicht biegsam genug, um alle diese Wendungen mitzumachen[2]).

Buol kümmerte sich aber nicht um diesen Widerspruch und stellte im Vereine mit Bach dem Kaiser die Notwendigkeit vor, Rußland durch verstärkte Kriegsrüstungen und durch Drohungen zur Annahme der vier Punkte und vor allem zum vollständigen Verzicht auf die Moldau und die Walachei zu zwingen. Tatsächlich setzte er seine Absicht durch, und der Kaiser unterschrieb am 22. Oktober ein Aktenstück von großer Tragweite, von größerer jedenfalls als das diplomatische Fingerziehen in Paris, Berlin und Frankfurt. Darin war der Befehl ausgesprochen, die gesamte Armee, so weit dies noch nicht geschehen war, auf den Kriegsfuß zu setzen; ausdrücklich war gesagt, daß alle Linien- und Grenzregimenter wie auch die Jägerbataillone in die Rüstung eingeschlossen seien, ebenso sämtliche Kavallerieregimenter. Die Infanteriebataillone sollten ihre Grenadierkompagnien ausscheiden, um, wie dies in Kriegsfällen Brauch war, ganze Grenadierbataillone zu bilden; die zu Ende des Jahres übliche Entlassung der ausgedienten Soldaten hatte zu unterbleiben. Die Urlauber der Regimenter sollten in die Ergänzungsstationen einrücken, um vor Ende Januar an ihre Truppenkörper abgegeben zu werden. Da die Regimenter fast durchwegs ferne von ihrer Heimat lagen, so waren allerdings

[1]) Obwohl die Darstellung des Grafen Wimpffen halbamtlich ist, gibt er doch (S. 152) seiner Verstimmung über die schwankenden, aus Wien kommenden Weisungen deutlichen Ausdruck.

[2]) Das Urteil der westmächtlichen Diplomaten über den Krieg Buols mit Bruck und Heß mag man bei Benedetti, damals französischem Geschäftsträger in Konstantinopel, nachlesen. (Essais diplomatiques. Nouvelle série. S. 258.)

dann noch einige Wochen bis zu ihrer Vervollständigung notwendig. Die Rüstungen wären somit zu Beginn des Frühjahrs beendigt worden und die Armee zu diesem Zeitpunkte für den Krieg vollständig verfügbar gewesen.

So viel man urteilen kann, wurde diese militärische Maßregel ohne Anhörung der Vertreter der Armee beschlossen. Nach der damaligen Organisation gab es keinen Kriegsminister und der Chef des Generalstabs, der als Oberbefehlshaber im fernen Osten weilte, wurde nach Wien bloß berufen, um die Weisungen des Herrschers in Vollzug zu setzen. Der erste Generaladjutant des Kaisers endlich befand sich, wie der preußische Gesandte am 12. Dezember nach Berlin berichtete, in halber Ungnade, weil er dem Kaiser Vorstellungen gegen den Gang der auswärtigen Politik gemacht hatte; „Graf Grünne," schrieb Arnim, „ist zwar noch Generaladjutant und versieht den Oberststallmeisterposten, aber er ist nicht mehr wie sonst alle Tage zu Tische beim Kaiser, sondern wird dann und wann eingeladen". Heß sah sich bei seinem Eintreffen in Wien vor einen anscheinend fertigen Entschluß gestellt und erhielt den mündlichen Befehl, die Kriegsgliederung für die gesamte Armee zu entwerfen. Indem er sich vorbehielt, die Gründe gegen einen Angriffskrieg geltend zu machen, entsprach er diesem Auftrage, und der Generalstab entfaltete in den nächsten Wochen eine fieberhafte Tätigkeit. Mobilisierungs- und Marschpläne wurden entworfen und gleichzeitig ein Operationsentwurf für den Angriff vorbereitet.

Zur Beurteilung des ganzen Ernstes der Lage ist es notwendig, auf die militärischen Einzelheiten einzugehen. Nach der von Heß am 1. November dem Kaiser vorgelegten Kriegsgliederung sollte außer den beiden bereits im Osten aufgestellten Heeren noch eine Reservearmee, aus drei Korps bestehend, aufgeboten und nach Galizien nachgeschickt werden. Das war nur dadurch möglich, daß man über Radetzkys Einspruch jetzt doch hinwegschritt und ein Korps aus Italien und ebenso das ihm unterstehende aus Innerösterreich nach Norden zog. Auf diese Weise sollten neun Armeekorps und zwei Korps Kavallerie gegen Rußland verwendet werden, zu denen noch das serbisch-banatische, in den Donau-

fürstentümern befindliche Korps zu zählen war. Somit blieben zur Bewachung Italiens nur mehr drei Korps, was Radetzky, wie wir wissen, für ungenügend erklärte; für Ungarn hielt man das kroatische Korps unter Jellachich, sowie die Festungs- und Depottruppen genügend. Nach einem Ausweise vom Februar 1855 zählten die drei gegen Rußland bestimmten Armeen 327 380 Mann und 1096 Geschütze. Das wäre eine gewaltige Anspannung aller Kräfte gewesen, da jene Ziffer bloß die streitbare Mannschaft enthält, zu denen noch 80—100 000 Nichtkombattanten zu zählen sind [1]).

Man gab sich in Rußland keiner Täuschung über die drohende Gefahr hin, und der Zar hatte deshalb sogar schon seine Garde nach Russisch-Polen gesendet. In einer eigenhändig niedergeschriebenen Denkschrift entwarf Nikolaus I. kurz darauf den Verteidigungsplan für sein Reich. Es ist nun bezeichnend, daß darin gegen den in die Krim eingedrungenen Feind nur verhältnismäßig schwache Streitkräfte bestimmt waren, nicht mehr als 137 Bataillone, mit einer Reserve von 43 Bataillonen bei Kiew. Dagegen wurde gegen Österreich die Hauptmacht aufgeboten in zwei Heeren, das eine, 191 Bataillone, mit der Front gegen Galizien, das andere mit 130 Bataillonen gegen Siebenbürgen und die Moldau; auch die Reserve bei Kiew konnte nötigenfalls gegen Westen verwendet werden. Endlich sollten 215½ Bataillone Petersburg gegen einen Landungsversuch der Seemächte schützen [2]). Diese Verteilung der Streitkräfte erwies sich jedoch bald als unheilvoll, da die Entscheidung nicht an der Westgrenze, sondern in der Krim fallen sollte.

---

[1]) Die Einteilung des ganzen Heeres war folgendermaßen gedacht: Die bereits aufgestellte III. Armee unter Erzherzog Albrecht (9., 11. und 12. Armeekorps und das 1. Kavalleriekorps) wie die IV. Armee unter Graf Schlick (2., 4. und 10. Armeekorps, ferner das 2. Kavalleriekorps) drangen in Rußland vor; die I. Armee (1. Korps, bisher in Böhmen, 3. Korps aus Innerösterreich, 6. Korps aus dem Venezianischen) rückte ihnen als Reserve nach. Das serbisch-banatische Korps blieb in den Donaufürstentümern, das kroatische Korps in Südungarn. Radetzky behielt also das 5., 7. und 8. Korps, von denen das letztgenannte in Mittelitalien stand; sie bildeten die II. Armee. — Die Kriegsstärke der gesamten österreichischen Streitkräfte betrug damals 450 000 Mann — zu denen noch 100- bis 150 000 Nichtstreitbare zu zählen sind.

[2]) Petrow: Der russische Donaufeldzug, S. 251.

Es galt in Petersburg schon als Wagnis, daß man die 8. Division von der Moldaugrenze abziehen ließ und der Armee in der Krim zu Hilfe schickte. Nach ihrer Ankunft unternahmen die Russen einen Versuch zum Entsatze von Sebastopol; aber obwohl sie am 5. November bei Inkerman in der Überzahl waren, erlitten sie eine Niederlage und wagten es im Laufe des Winters nicht mehr, die Arbeiten zur Belagerung der tapfer verteidigten Festung zu stören.

Noch muß ein Blick auf den Feldzugsplan geworfen werden, der im österreichischen Generalstab zum Angriffe gegen Rußland ausgearbeitet wurde. Kam er auch nicht zur Ausführung, so ist er doch seinem Geiste nach bemerkenswert. Der Entwurf rührt vom Generalmajor Nagy her, dem Stellvertreter Heß' im Generalquartiermeisterstabe; wichtig sind die, wenn auch nur knappen Randbemerkungen von des letzteren Hand [1]).

Ein Krieg zwischen Österreich und Rußland würde wohl immer auf zwei getrennten Kriegsschauplätzen auszufechten sein, in Kongreßpolen und in Podolien, zwischen denen sich die Sümpfe Wolhyniens ausdehnen. Für Podolien nun bestimmte der Feldzugsplan eine kleinere Armee; die österreichische Hauptmacht dagegen hatte zwischen Weichsel und Bug vorzudringen, in ihren Flanken durch je ein Korps gedeckt. Nun wäre Nagy, der der alten methodischen Schule angehörte, geneigt gewesen, sich mit der Belagerung von Brückenköpfen und Festungen aufzuhalten; Heß jedoch schob solche Absichten bestimmt beiseite, was besonders für die Hauptarmee galt. Nagy wollte sie zur Bewältigung der starken russischen Festungsgruppe an der Weichsel verwenden, während der Oberbefehlshaber die Beobachtung der Festungen der Reservearmee zuweist, indessen er mit der Hauptmacht gegen Bialystok und in das Herz des Reiches vordringen will. Das hält Nagy für bedenk-

[1]) Operationsverhältnisse Österreichs und Rußlands im Laufe und zu Ende des Sommers 1854. (Wiener Kriegsarchiv.) Prinz Hohenlohe, scharfsinnig wie immer, hatte herausgebracht (S. 294), der österreichische Kriegsplan sei dahin gegangen, sich in Galizien defensiv zu verhalten, dagegen durch die Moldau nach Südrußland einzubrechen. Just das Umgekehrte war der Fall. In Petersburg war man besser unterrichtet und konzentrierte in Kongreßpolen mehr Truppen als in Podolien und Bessarabien.

lich, weil die Russen sich in den Festungen Polens sammeln und die Verbindungen des kühnen Angreifers bedrohen könnten. Dagegen bemerkt Heß kurz und kräftig: „Wird schwerlich geschehen, wenn wir sie entschlossen in Flanke und Rücken nehmen“ [1]).

So weit waren die militärischen Vorbereitungen Österreichs gediehen — ob es aber wirklich in den Krieg eintrat, hing noch davon ab, ob Kaiser Franz Joseph dem Rate seiner angriffslustigen Minister oder der vom Kriege abmahnenden Generale folgen werde.

---

[1]) Aus dieser aus den Akten geschöpften Darstellung geht hervor, daß Prinz Hohenlohe als preußischer Militärattaché nicht gut unterrichtet war. Daß der österreichische Generalstab fieberhaft arbeitete, blieb ihm, wie allen, die es interessierte, nicht unbekannt. Dagegen ist seine Annahme, Österreich habe damals, durch Aufstellung von Truppen in Böhmen, Preußen bedrohen und mit fortreißen wollen, ganz unhaltbar — in den Akten des österreichischen Kriegsministeriums findet sich dafür nicht der geringste Beleg. Hohenlohe behauptet nun, König Friedrich Wilhelm habe seinen Berichten Vertrauen geschenkt (?); doch ist es sicher, daß Gerlach und Alvensleben Zweifel in ihre Stichhaltigkeit gesetzt haben (Gerlach, S. 231 und 233). Darin haben sie recht getan. Die Angabe Hohenlohes (S. 298) beruht darauf, daß ihm ein österreichischer Generalstabsoffizier in der Weinlaune verraten haben soll: Hohenlohe brauche über die Rüstungen in Böhmen, die demonstrativ gegen Preußen gerichtet seien, nicht erschreckt zu sein, da man Preußen nur einschüchtern wolle. Das meldete Hohenlohe flugs nach Berlin und riet dem König, die Gelegenheit zu benützen und über Österreich herzufallen. — Wie nun, wenn der lustige österreichische Zechbruder den preußischen Militärbevollmächtigten durch die Ankündigung: „Jetzt geht's gegen euch Preußen“ nur zum besten halten wollte?

VII

Parteienkampf am Wiener Hofe. Fallenlassen der Kriegspläne

Es ist wohl der Mühe wert, sich den Mann zu besehen, der als österreichischer Minister Preußens Freundschaft in den Wind schlug und Rußland aus einem bewährten Bundesgenossen zum erbitterten Gegner umschuf.

Es wäre bedenklich, wollte man der Schilderung glauben, die die beiden russischen Gesandten in Wien, Meyendorf und Gortschakow, von dem Grafen Buol-Schauenstein entworfen haben. Darnach war er ein Mann ohne Treu und Glauben, und der eigentliche Grund, weshalb er sich von Rußland ab- und dem Westen zuwandte, sei die blasse Furcht vor den Drohungen Frankreichs und Englands gewesen. Sein Schwager Meyendorf, der sich bitter über ihn beklagte[1]), hatte indessen keinen Grund, sich von ihm für getäuscht zu erklären, da Buol ihn durch die Heftigkeit seiner Sprache schon seit dem Februar 1854 erschreckte; nur hatte er nicht glauben wollen, daß der Kaiser sich durch seinen Minister zu feindseligen Maßregeln werde bestimmen lassen. Die „Furcht Buols vor Frankreich" spielt auch in dem Buche, das Gortschakow über den Krimkrieg

[1]) Gerlach berichtet, daß Meyendorf sich geäußert habe: „Mein Schwager Buol ist der größte politische Hundsfott, der mir je vorgekommen ist und den es überhaupt geben kann; er gesteht seine Furcht vor Frankreich ein, er wird, wenn er einen Krieg machen muß, lieber ihn mit Rußland als mit Frankreich machen." (Briefwechsel zwischen Bismarck und Gerlach, 17. Oktober und 15. November 1854.) Weshalb ein österreichischer Minister, der sich lieber mit Frankreich als mit Rußland verbindet, ein Hundsfott sei, läßt sich von einem anderen als vom russischen Standpunkt nicht begreifen.

schreiben ließ, eine auffallend große Rolle[1]). In der feindseligen Charakteristik Buols, die uns hier entgegentritt, liegt die Vergeltung für all die Enttäuschungen und Feindseligkeiten, die der russische Staatsmann in Wien hatte durchkosten müssen.

Im Gegensatze hiezu haben die preußischen Gesandten in Wien, die Buol auch nicht gerade grün waren, nicht ungünstig über seinen Charakter geurteilt. Arnim nahm ihn gegen das übertriebene, gegen ihn in Berlin herrschende Mißtrauen in Schutz; Alvensleben, der zur Überwachung Arnims nach Wien geschickt wurde, erklärte Buol zwar nicht für geschickt, aber für relativ wahr; und Edwin v. Manteuffel, der Vetter des Ministers, berichtet von einer seiner Sendungen nach Wien mit Befriedigung über die offene und unumwundene Sprache Buols[2]). Daß die Franzosen und Engländer mit dem Minister zufrieden waren, liegt auf der Hand, und der Herzog von Koburg, der Partisan der englischen Politik, nennt ihn gar „einen charaktervollen, verläßlichen Mann von sehr konservativer, nüchterner Gesinnung". Das Wahre an der Sache ist, daß die Minister jener Tage, so Manteuffel, Palmerston und Cavour, was Treue und Glauben im diplomatischen Verkehr betrifft, gleichfalls keine Tugendspiegel waren und daß Buol die durchschnittliche Ehrlichkeit der politischen Männer seiner Zeit, aber freilich auch nicht mehr besaß. Die Zuverlässigkeit im Unterhandeln und Abschließen, durch die sich Metternich oder Bismarck auszeichneten, wurde bei ihm unangenehm vermißt.

„Graf Buol," so schildert ihn der Franzose Rothan in seinen diplomatischen Erinnerungen, „besaß einen hohen Wuchs und

[1]) Gortschakow hat seine Absicht erreicht: die Étude diplomatique hat auf die Darsteller der Geschichte dieses Zeitraums, besonders in Deutschland, so auf Sybel, Geffcken und Bamberg (Geschichte der orientalischen Angelegenheiten in Onckens Sammlung), einen unberechtigt großen Einfluß geübt. — Übrigens wird an einer wichtigen Stelle der Étude diplomatique (II, S. 294) zugegeben, daß Buol von Anfang an einen bestimmten, wenn auch Rußland feindseligen Plan verfolgt habe; hier ist von seiner „Feigheit" nicht die Rede.

[2]) Arnim an Manteuffel, 24. Dezember 1853. — Manteuffel an Bismarck, 2. April 1855. — Gerlach: Denkwürdigkeiten, II, S. 249. — Edwin v. Manteuffel an den Minister Manteuffel, Oktober 1854.

schöne Gesichtszüge; seine Erfolge in der Welt und seine rasche Laufbahn hatten ihn aus dem Gleichgewicht gebracht; er war zum Stolze geneigt, um nicht zu sagen zur Geckerei[1]"). Auf dem Kongresse von Paris bot er, demselben Beobachter zufolge, neben Walewski und Clarendon das vollkommenste Bild des großen Herrn von der Diplomatie. Er war hochfahrend und aufbrausend, in Augenblicken des Zornes nur schwer fähig sich zu bemeistern; er hielt mit Urteilen bitteren Spottes nicht zurück, durchwegs Eigenschaften, die nicht zu seinem von den Russen entworfenen Bilde stimmen[2]). Nachhaltige Energie fehlte ihm jedoch, so daß Beust ihn, im Anschlusse an ein Wort Metternichs, mit einem Messer vergleicht, dem die Schneide gefehlt habe. Der äußere Schein von Energie jedoch, so nimmt Beust an, habe Schwarzenberg für ihn eingenommen und den Fürsten bestimmt, Buol zu seinem Nachfolger vorzuschlagen. Sein hochfahrendes Wesen war nicht Ausfluß von Kraft; kehrte es sich doch nur gegen diejenigen, die er für schwach hielt. Frankreich und England gegenüber war er geschmeidig; wen er dagegen nicht fürchtete, behandelte er geringschätzig. So verfuhr er mit dem Berliner Hofe und mit den deutschen Mittelstaaten, als sie die für Österreich in Anspruch genommene Diktatur im Osten nicht anerkennen wollten. Beust und Pfordten klagten über die verletzende Sprache des Wiener Kabinetts und hegten gegen Buol gründliche Abneigung, die der österreichische Minister offenkundig erwiderte. Das alles war um so mißlicher, als sich die Politik des Hauses Habsburg den deutschen Höfen gegenüber sonst immer in guten und gemessenen Formen bewegt hatte. Wie anders wußte Fürst Schwarzenberg die deutschen Minister zu behandeln! Mit Vergnügen erzählt Beust in seinen Denkwürdigkeiten, der Fürst habe ihn seinen besten Leutnant in Deutschland genannt; Buol dagegen glaubte es sich schuldig zu

---

[1]) Rothan, La Prusse et son roi pendant la guerre de Crimée, S. 151.

[2]) Deshalb klagt auch Hübner (19. Dezember 1856) bei einem Zusammenstoße mit Frankreich: „Graf Coudenhoven überbringt mir Depeschen aus Wien, die ganz sinnlos sind. Die vergeblichen Zornesausbrüche, dieses übertriebene Mißtrauen dienen nur dazu, böses Blut zu machen. ‚Spitzig, aber weder breit noch tief,‘ wie Fürst Metternich sehr richtig von Buol sagte."

sein, so kraftvoll einherzuschreiten wie sein Vorgänger, die Nachahmung jedoch mißglückte ihm[1]).

Die Schroffheiten Buols sind auch deshalb auffallend, weil er die Wichtigkeit des diplomatischen Handwerks stark überschätzte. Er entfaltete darin eine überflüssige Geschäftigkeit, so daß das Wiener Kabinett während des Jahres 1854 mehr Bündnisse und Verträge schloß, mehr Protokolle, Sommationen und Noten unterzeichnete, als sonst in einem noch so bewegten Jahrzehnt. Innerhalb seiner Zunft galt Buol als gewandtes, erfahrenes Mitglied, wie er überhaupt vielfach typisch für die von Cavour und Bismarck überwundene ältere politische Schule gewesen ist. Er liebte es, durch halbe Wahrheiten und teilweise Verschweigungen Annahmen zu erwecken, die er später als grundlos bezeichnen konnte. Als ihn Meyendorf im April 1854 fragte, ob Österreich auf dem Abzuge der Russen aus den Fürstentümern vor oder nach dem Kriege bestehen werde, wich er aus, statt durch gerades Fordern dem Zaren den Donaufeldzug zu ersparen. Er redete den beiden russischen Gesandten immer zu, sie sollten doch nur noch einen Schritt weiter zurückweichen, dann könne Rußland sich darauf verlassen, Österreich werde ihm zu einem ehrenvollen Frieden verhelfen. Handelte man jedoch zu Petersburg nach seinem Willen, so spannte er seine Forderungen doch wieder höher, so daß Fürst Gortschakow bei einem solchen Anlasse ungehalten ausrief: „Wir sind keine Kinder, denen man sagt, es geschehe zu ihrem Besten, wenn man sie schlägt."

Das Ziel, das man sich in Wien setzte, war lockend genug: Rußland sollte zur Annahme der vier Punkte genötigt werden und Österreich beim Friedensschlusse die Hoheit über die ganze

[1]) Heß an Bruck, 20. September 1854. — Die Briefstelle ist für den kernigen und dabei altfränkischen Stil Heß' bezeichnend: „Ihren speziellen Chef, den Erben des Fürsten Schwarzenberg, kennen Sie. Bei ausgezeichneter von selbem selbst empfohlener Persönlichkeit ist doch nicht die Furcht vor ihm zu Hause, wie es bei dem Fürsten war, und dennoch wenigstens ebensoviel Schroffheit wie bei selbem. Sein Verstand ist für einen Augenblick wohl klar, doch ohne Konsequenz — keine Vernunftspolitik — sowie die Formen des Lebens wie des Schreibens nicht geschmeidig genug für listige Gegner wie die Russen."

untere Donau bis an das Schwarze Meer gewinnen. Nicht auf die Einverleibung der Donaufürstentümer war es abgesehen, wohl aber auf ein durch Europa übertragenes Protektorat mit starken Besatzungsrechten; unter österreichischer Hoheit konnten dann Hospodare auch fernerhin die innere Verwaltung besorgen [1]). „Wir haben dann,“ so äußerte sich damals Bach [2]), „nichts zu tun, als möglichst Ordnung in diese zerrütteten Länder zu bringen, Wege, Eisenbahnen, Stromschiffahrt dahin zu beleben und zu schaffen, wo es nötig ist, und in entfernteren Zeiten werden jene Gegenden ein Markt für unsere und Deutschlands Fabrikate sein und Vieh und Cerealien liefern, und so uns zurückzahlen, was wir jetzt und in den ersten Dezennien dafür geopfert.“ Gleichzeitig sollte noch etwas anderes erreicht werden: da Rußland seine Eigenschaft als Anrainer der Donaumündungen mißbraucht hatte, so sollte es aus diesen Gebieten hinausgeworfen werden. „Was uns und Deutschlands Interessen betrifft,“ sagte Bach in demselben Zusammenhange, „so scheint es unerläßlich, den einzigen schiffbaren Arm des Donaudeltas von russischer Botmäßigkeit frei zu machen; der südlichste Arm würde mit zwanzig Millionen nicht schiffbar zu machen sein; der nördlichste, durch zwei russische Festungen geschlossen, scheint weniger wichtig; die Sulinamündung aber muß frei werden, wenn unsere und Deutschlands Ausfuhr nach dem Schwarzen Meere gesichert sein soll. Folglich kommt es darauf an, das Deltaland von russischer Botmäßigkeit frei zu machen. Schon jetzt ist dieser Landstrich traktatmäßig unbewohnt, hat an sich gar keinen Wert und keine Kulturfähigkeit, kommt also als Territorialfrage gar nicht in Rechnung. Man mag russischerseits sagen und

---

[1]) Pfordten an Manteuffel, 9. November, nach einer Unterredung mit Kaiser Franz Joseph: „Seine Majestät will den Frieden ernstlich, wird, wenn es sein muß, den Krieg machen, jedoch darüber tief betrübt sein und es für ein großes Unglück halten. Als Friedensbedingungen betrachtet der Kaiser: die Annahme der Punkte als Verhandlungsgrundlagen und definitiv den entsprechenden Einfluß Österreichs in dem gesamten Donaugebiete. Erobern will der Kaiser ganz entschieden nicht und sagte mir noch gestern wörtlich: ‚Ich will die Donaufürstentümer nicht behalten, Gott bewahre mich davor, es sind schlechte Länder!‘“

[2]) Bericht des preußischen Diplomaten Brassier de St. Simon an Manteuffel vom 6. November 1854.

schreiben, was man will, die Sulinamündung ist systematisch und vorsätzlich unfahrbar gemacht worden. Wir sind im Besitze der allergenauesten Tatsachen darüber. . . ."

In keiner der zahlreichen Unterredungen Buols mit fremden Diplomaten, so weit deren Berichte vorliegen, sind die Dinge in solcher Einfachheit und Bestimmtheit vorgetragen wie vom Minister des Innern; Buols Neigung zu diplomatischen Hüllen war wohl die Ursache hiefür. Doch erkannte er wie Bach mit voller Klarheit, daß so große Dinge nur nach einer ansehnlichen Anstrengung und mit Hilfe der Westmächte zu erreichen seien. Da die strittigen Gebiete das Durchzugsland der Russen gegen Konstantinopel sind, so wären sie Österreich von dem Zaren nie freiwillig überlassen worden. Auf der anderen Seite war es in Wien bekannt, daß Napoleon III. sich mit dem Plane trug, man könne das Wiener Kabinett zur Preisgabe der Lombardei dadurch bestimmen, daß man ihm die Moldau und die Walachei überlasse. So verstand sich Buol mit den Gesandten der Seemächte aufs beste, wie er überhaupt der Ansicht war, kein Bündnis wäre für Österreich so vorteilhaft wie das französische[1]).

Lag es nun in der Absicht des Grafen Buol, den Krieg mit Rußland zu führen? Er selbst hat dies stets in Abrede gestellt und immer den Wunsch nach friedlicher Entwirrung des Knotens geäußert; in diesem Sinne richtete er einmal an Gortschakow die Frage: „Glauben Sie, daß der Vorwurf feiger Undankbarkeit für mich nicht drückend ist?" Und ebenso sagte er zu Pfordten: „Wir haben jetzt alle Drangsale und Lasten des Krieges, jedoch gottlob haben wir noch kein Menschenleben zu beklagen, und es wird mich freuen, wenn Blutvergießen zu vermeiden ist. Ein solches herbeizuführen müßte jedem seine Sterbestunde vergiften." Der bayrische Minister fügte jedoch hinzu, ihm scheine, Buol wäre über die Aussicht auf einen Krieg nicht so betrübt wie sein kaiserlicher Herr; auch erhielt Pfordten den Eindruck, das Wiener Kabinett verstehe unter einem guten

[1]) Bismarck schrieb am 13. Oktober nach Berlin: „Um ein paar stinkende Walachen zu ergaunern, tragen sie (in Wien) kein Bedenken, alles in Deutschland mühsam erworbene Vertrauen aufs Spiel zu setzen und den deutschen Bundesgenossen mit französischen Bajonetten zu drohen."

Frieden einen solchen, durch den feste Schutzwehren geschaffen würden wider schlimme Absichten des beleidigten Nachbars.

Für Österreich nun wäre es das günstigste gewesen, wenn es im Herbste 1854 oder überhaupt vor dem Falle Sebastopols den Frieden hätte diktieren können. Jetzt zerbissen sich Frankreich und England noch die Zähne an der von General Totleben verteidigten Festung und sie hätten Österreich gerne einen hohen Preis gezahlt, um Rußland mit dessen Hilfe zu demütigen. Unter diesen Umständen würden sie sich wohl zur Überlassung der Fürstentümer an Österreich verstanden haben — das war jedoch ausgeschlossen, wenn das Wiener Kabinett ihnen nicht kräftigen Beistand bis zur Waffenhilfe leistete. Eine baldige Lösung war auch deshalb für Österreich von großer Wichtigkeit, weil die schon ein halbes Jahr dauernden Rüstungen eine schier unerträgliche Last bildeten. Man mußte so oder so zur Entscheidung gelangen.

Unter diesen Umständen war es ganz berechtigt, wenn man Buol und Bach für Männer der Kriegspartei nahm. Denn da sie sich für ein Programm einsetzten, das ohne einen Waffengang kaum je hätte durchgeführt werden können, so waren ihre Friedensversicherungen belanglos. Daß sie es vorgezogen hätten, die Moldau und die Walachei ohne Blutvergießen zu gewinnen, konnte man ihnen übrigens aufs Wort glauben.

Mehr als einmal hat sich Buol über den ihm vorschwebenden Plan ausgesprochen. Er wünschte einen Vierbund gegen Rußland zu stande zu bringen, um diese Macht zur Vernunft und zum Aufgeben ihrer Eroberungspläne zu nötigen. Hiebei war Österreich mit Preußen und dem Deutschen Bunde die gebietende Rolle vorbehalten; ganz Deutschland sollte wie Österreich in Waffen starren und durch diese Mobilisierung aller Kräfte Rußland auch ohne Krieg eingeschüchtert werden. Daher seine unaufhörlichen Bemühungen, die Bundesversammlung zu Frankfurt zu ernsten Rüstungen zu bestimmen. Aber statt diese Unterstützung durch kluge und geschmeidige Behandlung Preußens und der anderen deutschen Höfe zu gewinnen, wollte Buol ihnen den Willen Österreichs aufzwingen. Ihr Sträuben beirrte ihn nicht; er war überzeugt, daß, wenn sich nur Österreich mit den West-

mächten zu Schutz und Trutz verbände, Deutschland doch nicht neutral und tatenlos bleiben könnte. Der Bund mit England und Frankreich war die Karte, von der er das Größte erwartete.

Es war, wie sich zeigen wird, Buol nicht vergönnt, seinen Plan bis zum Ende zu verfolgen, weil Kaiser Franz Joseph sich zuletzt nicht entschließen konnte, sich so weit von den ererbten politischen Grundsätzen zu entfernen und es auf einen Krieg mit Rußland ankommen zu lassen. Das ist bei der Beurteilung seines Ministers mit in Rechnung zu ziehen; unterläßt man es, so erscheint sein Verfahren unklarer und zweideutiger als billig. Als er sich dann zur Umkehr genötigt sah, behalf er sich im Verkehr mit den Westmächten mit dem Argument, sie hätten an Rußland im Verlaufe des Krieges so hohe Forderungen gestellt, daß Österreich sich nicht mehr für sie einsetzen könne. Das war aber von ihm nicht aufrichtig gemeint und wurde in London wie in Paris als Schulmeisterei aufgenommen. Der Schluß war, daß sich alle Kabinette Europas von Österreich für getäuscht erklärten. Ein schlichter Verstand, ein fester Wille genügt, um den geraden Weg zu erkennen und ihn zu gehen; um aber Menschen hinzuhalten und auszunützen, dazu bedarf es mehr Geist und Witz, als dem Grafen Buol zu Gebote stand. Sieht man gerechterweise auch davon ab, daß er sich im Handeln nicht selten durch einen höheren Willen gehemmt sah; ist auch zuzugestehen, daß das allgemeine Urteil über ihn durch seine weit überlegenen Widersacher Gortschakow, Bismarck und Cavour geformt worden ist — so bleibt doch als Ergebnis, daß er unter seiner Aufgabe stand.

* * *

In den Entwürfen der Männer, die Österreich in den Kampf mit Rußland hineinziehen und zu dessen Erben auf der Balkanhalbinsel einsetzen wollten, liegt ein offenkundiger Rechnungsfehler. Sie alle, Buol wie Bach, Hübner wie Prokesch, haben ihrem Staate etwas Erstaunliches zugemutet: sie wollten nicht bloß dessen Herrschaft in Italien aufrechterhalten, nicht bloß, unter fortgesetzter Demütigung Preußens, in Deutschland tonangebend bleiben, sondern noch dazu auf der Balkanhalbinsel

große Eroberungen machen, zunächst in der Walachei und der Moldau, weiter aber auch, wie Hübners Tagebücher beweisen, in Bosnien und Serbien, und so alles Land bis an den Balkan unterwerfen. Das sollte im Gegensatze zu Rußland, wenn notwendig, nach einem Kriege mit dieser Macht errungen werden. Da daneben auch Ungarn niederzuhalten war, so war das Ziel mit fast abenteuerlicher Kühnheit gesteckt. Denn die Träger dieser Politik mußten doch daran denken, daß sich eines Tages alle Nachbarn der habsburgischen Monarchie, Russen und Preußen, Italiener und Südslawen, zur Abschüttelung ihrer Herrschaft vereinigen würden. Dann aber mußte Österreich, aller menschlichen Voraussicht nach, militärisch wie wirtschaftlich zusammenbrechen. Schon jetzt versagten die finanziellen Mittel vollständig. Um die Rüstung gegen Rußland anlegen zu können, mußte man nicht bloß ein Zwangsanlehen bei den Bürgern des Staates ausschreiben, sondern, da die Gelder nicht rasch genug einliefen, die Staatsbahnen zu einem niedrigen Preise an eine französische Gesellschaft verschleudern. Die Überschätzung der Kräfte Österreichs war auch die Hauptursache der 1859 und 1866 erfolgenden Niederlagen und Verluste.

Das waren die Gründe, weshalb die Friedenspartei alle Kräfte anspannte, um den Krieg mit Rußland zu verhindern; Windisch-Grätz und seine aristokratischen Freunde haben darin mit Heß und den anderen Generalen, wie auch mit Bruck, Colloredo und Thun, den Gesandten in Konstantinopel, London und Berlin, zusammengearbeitet. In erster Linie standen Heß und Bruck, die nach vorherigem Einvernehmen den Kampf nachdrücklich aufnahmen.

Dabei ist jedoch festzuhalten, daß wenigstens die beiden letztgenannten Männer gleichfalls die Erwerbung der Donaufürstentümer im Auge hatten, nur verwarfen sie die von Buol angewandten Mittel. Bruck insbesondere kam immer wieder auf seinen Grundgedanken zurück, Österreich aufs festeste mit Preußen und dem Deutschen Bunde zu verbinden, um so die Machtmittel zu einer großdeutschen Orientpolitik zu gewinnen; gleichzeitig sollte mit Rußland eine Aussprache und ein Ausgleich versucht werden, während man sich von Frankreich und

England als unsicheren Gefährten so viel wie möglich fernhalten müsse. Brucks Stellung in Konstantinopel wurde ihm bei seinem Gegensatze zu Buol ganz unerträglich. Mit den Gesandten Englands und Frankreichs am Goldenen Horn stand er auf schlechtem Fuße, und die Westmächte beschwerten sich beim Grafen Buol, er treibe gegen die offenkundigen Absichten seiner Regierung eine ihnen feindselige Politik.

Der Minister forderte ihn zur Rechtfertigung auf, worauf Bruck den Fehdehandschuh aufnahm und nach Wien im Oktober einen Brief schickte, der nicht sowohl seine Verteidigung führte, als die schwersten Anklagen gegen Buol selbst enthielt. Dieses sein Programm schickte er in Abschrift auch an Heß und an Windisch-Grätz, sich damit selbst den Rückzug abschneidend. Darin sagte er von der Beschuldigung der Westmächte einfach, daß sie der Wahrheit frech ins Gesicht schlügen, dann aber ließ er das Sündenregister der Buolschen Politik folgen. Er erinnerte den Minister stolzen Tones daran, daß die österreichische Neutralitätserklärung im Oktober 1853 auf einem Irrtum beruht und daß er es damals versäumt habe, durch einen Bund mit Preußen und Deutschland den Frieden in Europa zu erhalten.

„Ich hebe diesen Umstand hervor," fährt er fort, „weil ich dadurch den Beweis liefern will, daß man an Deutschland nicht erst dann denken darf, wenn die politischen Verhältnisse schon verwickelt sind, sondern daß man dies tun muß, wenn die Kraft, welche dem mitteleuropäischen Bündnisse innewohnt, als entscheidender Faktor bei den Verhandlungen geltend gemacht werden kann. — So lange die deutschen Gesandten in den Vorzimmern warten müssen oder gar hinausbegleitet werden, wenn der Engländer, Franzose oder Russe erscheint, so lange darf man mir nicht sagen, daß man die deutsche Politik zu behandeln verstehe, denn in dieser Äußerlichkeit spiegelt sich drastisch der falsche Standpunkt ab, den man Deutschland gegenüber einnimmt. Dann freilich ist der Gedanke einer großen Einigung mit Deutschland, um nach Osten und nach Westen hin den Ausschlag zu geben, ein leerer Traum; dann freilich vermehrt man das Gewicht Preußens und klagt mit Unrecht über Haß und Mißgunst, von welcher Gesinnung ich übrigens im Winter 1852 nichts in Berlin wahrnehmen konnte, so schwierig auch die zu lösende Aufgabe war; dann freilich muß man zum Zwange gegen die anderen deutschen Staaten seine Zuflucht nehmen, das heißt man muß sich mit der Revolution gegen die Regierungen verbünden."

Der Brief liest sich so, als ob Bruck der Chef und Buol sein Untergebener gewesen wäre. Weiter hält er diesem vor, er hätte noch nach dem Abzuge der Russen von der Donau an Ver-

söhnung mit ihnen denken sollen; sie wäre möglich gewesen, wenn man die von ihnen verlangte Bürgschaft geleistet hätte, daß die Verbündeten ihnen nicht in ihr eigenes Land folgen dürften. Er fährt dann fort:

„Sind die Gefahren etwa geringer, welche diese Weigerung und jener Notenwechsel (vom 8. August) erzeugen mußten? Mit Rußland fast im Kriege, mit Preußen und Deutschland entzweit, bleibt nur die lügenhafte Freundschaft Englands und Frankreichs, die jetzt schon einen solchen Druck ausüben, daß Eure Exzellenz sogar genötigt sind, mich zu ermahnen, meinen Einfluß bei der Pforte aufzugeben, weil es die Westmächte erzürnen könnte, die selbst aber nicht einmal in den Fürstentümern den unerläßlichen Einfluß Österreichs dulden wollen, obgleich sie in der ganzen Türkei den Herrn spielen und ganz Europa Beifall dazu klatscht. Darin vermag ich allerdings nicht die Machtstellung und Selbständigkeit Österreichs zu erkennen."

Aus dem Verhalten und dem Briefwechsel Brucks und Heß' ergeben sich die von ihnen festgehaltenen Gesichtspunkte. Jetzt, nach der Räumung der Donaufürstentümer durch Rußland gab es, wie sie glaubten, keinen stichhaltigen Grund mehr für einen Bruch mit dieser Macht. Wenn man Rußland noch tiefer demütigen wollte, so wäre dies zu viel des grausamen Spiels. Am allerwenigsten sei es Österreichs Sache, den Seemächten in dem Kampfe um das Schwarze Meer beizuspringen. Vielmehr sollten sich die Staaten der Mitte zwischen Rußland und seine Feinde breit hinlegen und sie auseinanderhalten; wollten die Seemächte trotzdem nicht Frieden schließen, so hätten sie ihre Fehde in der Krim selbst auszufechten. Gehe man so vor, so würde sich Rußland mit dem, was ihm bisher vom Wiener Hof angetan worden war, abfinden können, zumal da Österreich an der unteren Donau unleugbar seine eigenen Lebensinteressen hatte verteidigen müssen. Anders, wenn das Wiener Kabinett an der Bekämpfung des Zaren auch auf einem ihm fernliegenden Felde mitwirke — dann wäre dessen Groll vollkommen berechtigt. Heß riet also, man solle jetzt einlenken und sich auf die Verteidigung des Errungenen beschränken. In Petersburg mußte man doch einsehen, daß Österreich dem Zarenreiche einen Dienst damit leistete, daß es sich dem Angriffe der Verbündeten gegen dessen Landgrenze vorlegte. Es lag im Plane Frankreichs und Englands, im Falle der Mitwirkung Österreichs

die Polen zum Aufstande zu ermutigen und so Rußland eine tödliche Wunde zuzufügen. Wenn Österreich erklärte, es lehne alle diese verderbenatmenden Pläne ab, so könnte man den russischen Hof bestimmen, sich mit Österreich wieder in ein gutes Verhältnis zu setzen.

Mochten auch die Einwendungen Brucks in Wien nicht ohne Wirkung geblieben sein, so waren es doch vorwiegend Heß und die Generale, die den Krieg verhinderten. In diesem Kreise war der Widerwille gegen einen Waffengang mit dem nördlichen Nachbar so groß, daß die Grafen Schlick und Clam-Gallas, wie wenigstens der preußische Gesandte nach Berlin meldete, offen erklärten, lieber den Abschied nehmen als ein Kommando gegen Rußland führen zu wollen[1]). Als Heß im August zum zweiten Male zur Armee nach Galizien abging, besuchte er Gortschakow, versicherte ihn seiner friedlichen Stimmung und versprach ihm, in entscheidender Stunde hervorzutreten und bei Kaiser Franz Joseph in gleichem Sinne seine Stimme zu erheben[2]). Dieser Augenblick schien dem Feldzeugmeister jetzt gekommen. Pünktlich hatte er den Auftrag des Herrschers erfüllt und alles für den Krieg vorbereitet; um so nachdrücklicher konnte er jetzt seinem Ausbruche widerraten. Er ging hiebei, obwohl Soldat, anders und diplomatischer vor als Bruck, der es sich unmöglich machte, länger unter Buol im auswärtigen Dienste zu bleiben. Überaus wirkungsvoll war die Denkschrift, die, von Heß am 10. November eingereicht, für den Kaiser wie für seine Minister bestimmt war[3]).

Die Einleitung der Denkschrift erinnert mit einer gewissen Feierlichkeit daran, daß er hiemit das Ergebnis einer langen

---

[1]) Arnim an Manteuffel, 12. Dezember 1854.

[2]) Étude diplomatique, II, S. 174.

[3]) Die Denkschrift befindet sich in zwei verschiedenen Fassungen im Wiener Kriegsarchiv; dem Inhalt nach sind sie identisch, doch ist die eine mehr persönlich gehalten, die andere läßt ausschließlich die politischen Gesichtspunkte hervortreten. Vermutlich war die erste für den Kaiser, die zweite für die Minister bestimmt. — Prinz Hohenlohe befand sich als preußischer Militärattaché in dem unglaublichen Irrtum, Heß für einen Mann der Aktionspartei zu halten: „Er war, wie seine körperliche Figur die eines Fähnrichs bewahrt hatte, auch geistig ein Wagehals und Fähnrich geblieben.“

Erfahrung, von sieben im Dienste des Kaisers durchgekämpften Feldzügen vorlege. In seiner methodischen Art geht er hiebei auf die Grundsätze der Politik und des Krieges zurück und wendet sie lehrhaften Tones auf den gegenwärtigen Fall an. — Was dann über die militärische Seite der Frage gesagt wird, ist verhältnismäßig kurz und nicht einwandfrei. Denn die Ziffer von 820 000 Streitern, über die nach seiner Angabe der Zar zum Kriege verfüge, entsprach zwar der russischen Heeresorganisation, aber man konnte schon damals gewahren, daß diese Massen nur auf dem Papier standen. Heß führt nun aus, eine so gewaltige Macht könne, da Österreich nur 350 000 Mann gegen Rußland aufzubieten im stande sei, nur durch eine Koalition aller anderen vier Großmächte niedergerungen werden. Die Gegner des Feldzeugmeisters, so Hübner, haben denn auch gesagt, er habe auf diese Weise die Gefahren des Krieges übertreibend geschildert. Doch wollte Heß nicht den Glauben aufkommen lassen, daß er dem Zusammenstoße zaghaft entgegensehe; daher seine fast prahlerisch klingende Behauptung, das österreichische Heer sei durch seine gediegene Organisation wie durch seine Tapferkeit in einer so guten Verfassung, daß es gegen einen gleich zahlreichen Feind auch von einem mittelmäßigen Feldherrn zum Siege geführt werden könne.

Überzeugender sind die politischen Ausführungen der Denkschrift. Rußlands Stellung vor dem Kriege, so legt er dar, beruhte auf dem Besitze der Donaumündungen und des Weichselgebietes. Nun seien die ersteren der Ostmacht bereits abgenommen, so daß auf dem Balkan durch einen Krieg nichts mehr zu erfechten wäre. Als Ziel eines Angriffskrieges bliebe also nur die Eroberung Polens. Dieser Erfolg aber könne nur im Bunde mit Preußen errungen werden, und dann stünde man vor der Wahl, Russisch-Polen entweder mit diesem Alliierten zu teilen oder aber das Königreich Polen wieder herzustellen. Beide Möglichkeiten böten für Österreich nur Nachteile. Gebe man den Polen die Freiheit, so wäre ein Staat geschaffen, der ein Verbündeter Frankreichs, ja ein zweites Frankreich werden würde. Wenn sich aber Österreich und Preußen vergrößerten, so würde Kaiser Napoleon auch für sich einen Anteil an der Beute fordern

und die Entschädigung naturgemäß am Rhein suchen. Nun aber habe Österreich alle Aussicht, die „moralische Oberherrschaft in Mitteleuropa" allmählich in die Hand zu bekommen; durch die Einmischung Frankreichs aber werde die Lage dunkel und gefährlich. Wer aber rate, an Stelle des Bundes mit Rußland den mit dem demokratischen Frankreich zu suchen, setze zu viel aufs Spiel. Es sei die große Aufgabe Kaiser Franz Josephs, Europa vor den Verwüstungen durch den Radikalismus zu schützen und ein neues konservatives Zeitalter zu begründen; das aber sei unmöglich, wenn die Grundlagen der Gesellschaft durch große Gebietsveränderungen verrückt würden.

So kommt Heß zu dem Schlusse, daß man ein Verteidigungsbündnis der vier Mächte Österreich, Preußen, Frankreich und England betreiben solle, um die bisherigen Erfolge zu sichern; eine offensive Allianz gegen Rußland dagegen verwirft er, wobei ihn der Gedanke leitet, es könne später wieder das frühere Verhältnis zu dem Zarenreiche hergestellt werden. Er bittet den Kaiser, einen Ministerrat einzuberufen, um durch ihn seine Vorschläge einer reiflichen Erwägung unterziehen zu lassen.

Der Kaiser willigte ein, und die Beratung fand am 17. und 19. November statt.

Hier nun verteidigte der Minister des Äußern seine Politik und fand nachdrückliche Unterstützung bei Bach, der seinen Standpunkt in einer ausführlichen Rede begründete[1]). Der Minister des Innern knüpfte an die Beschlüsse der Ministerkonferenz vom Januar an und legte mit stolzer Genugtuung dar, daß das damals beschlossene Programm zu schönen Erfolgen, vor allem zur Besetzung der Donaufürstentümer geführt habe. Bachs Streben war nun, den Kaiser bei den Konsequenzen festzuhalten; er führte aus, daß nur durch Bildung einer mächtigen, zum Angriffe auf Rußland bereiten Koalition der wieder gewonnene Einfluß im Orient verteidigt und befestigt werden könne. Mit der Wiederherstellung des Zustandes vor dem Kriege dürfe man sich nicht begnügen, vielmehr

---

[1]) Im Nachlasse Bachs findet sich das „Votum des Ministers des Innern zum Konferenzprotokoll vom 17. und 19. November 1854".

müsse man die Gelegenheit benützen zur Herstellung einer dauernden Ordnung im Südosten. Dazu gehöre in erster Linie, daß die Türkei und ihr Gebiet unter den Schutz des europäischen Areopags gestellt und dem ausschließlichen Einflusse Rußlands entzogen werde. Bach verhehlte nicht, daß dieses Verfahren zum Kriege mit Rußland führen könne, doch dürfe man sich durch diese Aussicht nicht von vornherein abschrecken lassen. Denn wenn Österreich einem solchen Zusammenstoße unter allen Umständen ausweichen müsse, dann seien ihm überhaupt die Hände gebunden und Rußland gewissermaßen als Großmacht höherer Ordnung anerkannt.

Es stand also zur Entscheidung des Kaisers, ob Österreich mit dem Westen ein Offensivbündnis schließen wollte. Gegen die Dialektik Bachs ließ sich nichts einwenden; ließ man nur die Gesetze der Logik gelten, so folgte aus dem bisherigen Handeln nur der von ihm gezogene Schluß. Doch liegt die Annahme nahe, Kaiser Franz Joseph habe, wenn er auch seit dem Januar Rußland mit wachsender Entschiedenheit entgegengetreten war, den Gegensatz nicht konsequent zu Ende gedacht und sich stets vorbehalten, den letzten Schritt zu vermeiden. Jetzt, da ihm Heß die Tiefe des Abgrundes zeigte, trat er aufs bestimmteste zurück. Er gab den Gedanken der Vergrößerung Österreichs im Südosten nicht auf, aber er lehnte es ab, zu diesem Zwecke die Waffen gegen den Zaren zu kehren. So viel aus den zur Verfügung stehenden Aktenstücken entnommen werden kann, hat keiner seiner Ratgeber hiebei die Dankesschuld gegen Nikolaus I. als Argument gebraucht oder bekämpft. Sie gingen alle offenbar von der Ansicht aus, daß solche Pflicht im Leben der Völker nicht ewig dauere und daß der Staatsvorteil der Leitstern des Handelns bleiben müsse. Dennoch waren es, so viel wir beurteilen können, ebenso Motive des Gewissens wie politische Gründe, die den Kaiser zur Umkehr bestimmten. Er war schon der Absicht Schwarzenbergs entgegengetreten, Preußen 1850 mit Krieg zu überziehen, und noch stärkere Beweggründe sprachen in seinem Herzen gegen einen Angriffskrieg wider den Zaren, dem er so viel schuldete. In der ganzen Krise trat das innerste Wesen des Herrschers zu Tage: seine

Gewissenhaftigkeit und doch auch seine Neigung, sich gleichzeitig des Rates von einander gegenüberstehenden Männern zu bedienen. Das hat sich in seinem Verhältnisse zu Bach und Kübeck, Buol und Heß, später zu Schmerling und Rechberg, zu Beust und Andrassy stets wiederholt. Spielte hiebei etwa der Wunsch mit, die Mittel der Regierung gewissermaßen zu verdoppeln? Daraus ergab sich aber doch der Nachteil, daß der Gang der österreichischen Politik nicht selten zwiespältig wurde. Es ist jedoch zu bemerken, daß in der Regierung von Staaten nicht zahlreiche, sondern besser weniger und große Gesichtspunkte festzuhalten sind, diese aber ganz und unerschütterlich.

Geschieht dies nicht, so tritt nicht bloß Unsicherheit in der Führung der Geschäfte ein, sondern noch ein anderes: um dem Selbstvorwurfe des Schwankens zu entgehen, werden mitunter wichtige Entschlüsse plötzlich und rascher gefaßt, als die ausführenden Organe vermuten konnten. Das ist während der Regierung Kaiser Franz Josephs mehr als einmal eingetreten.

Die Schuld an den sich damals ergebenden Mißständen trug übrigens in erster Linie Graf Buol. War es schon vollständig unstatthaft gewesen, daß er die Mobilisierung der gesamten Armee ohne und selbst gegen den Rat der Generale betrieb, so kann es noch weniger gebilligt werden, daß er den 24jährigen jungen Herrscher zu dem Kriege gegen Rußland gewissermaßen überreden oder fortreißen wollte. Es war seine Pflicht, mit voller Offenheit vorzugehen, die ihm wohlbekannten Empfindungen des Kaisers in Rechnung zu ziehen und ihm den Konflikt zwischen der Pflicht der Dankbarkeit und dem vermeintlichen Staatsinteresse zu ersparen. Die Kunst der Ratgeber absoluter Monarchen besteht darin, daß sie den Herrscher gewinnen und ganz mit ihren Ideen erfüllen; er muß unter dem Eindrucke handeln, daß seine Minister die Vollstrecker seines Willens sind. Sonst tritt der Bruch in dem ungünstigsten Zeitpunkte ein. So auch hier, indem der Kaiser nach Abschluß der Beratungen am 21. November den Befehl zurücknahm, den er einen Monat vorher zur Mobilisierung der gesamten Armee erlassen hatte. Alle Truppen, die

noch nicht, wie die unter Heß stehende Armee, auf den Kriegsfuß gesetzt waren, sollten in ihrer bisherigen Verfassung bleiben; von der Bildung neuer Heereskörper, so der Grenadierbataillone, wurde Abstand genommen. An die bereits mobil gemachten Truppenabteilungen erging der Befehl, in ihren Quartieren zu bleiben.

Doch wurde deshalb die von Buol befolgte antirussische Politik nicht verlassen und das in Verhandlung stehende Bündnis mit dem Westen blieb in Schwebe. Eigentlich behielten beide, Heß wie Buol, jeder auf seinem Gebiete Recht, der eine auf militärischem, der andere auf politischem. Das klingt seltsam, doch geht dies schon aus dem Umstande hervor, daß Buol um Neujahr die Abberufung der beiden österreichischen Gesandten durchsetzte, mit denen er unzufrieden war. Der eine war Graf Friedrich Thun, der in Berlin in konservativem Sinne gewirkt und deshalb bei Männern wie Gerlach warme Anerkennung gefunden hatte; man gab ihm im Wiener auswärtigen Amte Schuld, nicht im Sinne der ihm gewordenen Aufträge gehandelt zu haben, was Thun jedoch bestimmt in Abrede stellte. Der andere war Bruck, dessen Rücktritt fast unvermeidlich war, wenn Buol im Amte blieb. Doch war seine Abberufung zugleich eine Beförderung. Galt er doch für den einzigen Mann, der in die trostlosen Finanzverhältnisse Ordnung bringen konnte; die liberale öffentliche Meinung trug ihn ebenso empor, wie Fürst Windisch-Grätz, der immer in enger Verbindung mit ihm stand, wie endlich der Bruder des Kaisers, Erzherzog Ferdinand Max, der zu seinen warmen Fürsprechern gehörte. Schon Mitte Januar war seine Berufung zum Finanzminister entschieden, doch konnte er Konstantinopel erst verlassen, als sein Stellvertreter Baron Koller angelangt war; am 10. März wurde seine Ernennung vollzogen, worauf er in Wien die Seele der Friedenspartei wurde. Buol wird von dieser Wendung nicht erbaut gewesen sein; er mußte sich übrigens sagen, daß mit der Rücknahme der Mobilisierung, mit dem Verzicht auf militärische Zwangsmittel seiner Politik das Rückgrat gebrochen war. Das Mißliche war, daß das Ringen zwischen den Ratgebern des Kaisers fortdauerte und daß die nächsten Maßregeln bald

die eine Farbe, bald die andere trugen. Da die beiden widersprechenden Befehle vom 22. Oktober und 21. November — zur Rüstung und Abrüstung der Armee — ganz vertraulich erlassen waren, da die Diplomatie von den geheimen Vorgängen keine genauere Kenntnis haben konnte, so blieb sie auch weiterhin unter dem Eindrucke, Buol lenke den Staat bewußt zum Zusammenstoße mit Rußland. Tatsächlich gab er seine Partie noch nicht für verloren, sondern spielte sie nur, wie sich zeigen wird, etwas vorsichtiger weiter.

VIII

Bündnis Österreichs mit den Westmächten vom 2. Dezember 1854

Nach den Konferenzen vom 17. und 19. November befand sich Graf Buol in einer nicht eben beneidenswerten Lage. Denn da er vorher alles auf den Bruch mit Rußland angelegt hatte und nun innehalten mußte, kam in seine Verhandlungen mit dem Auslande ein Schwanken, eine Unsicherheit, die ihm von allen Seiten als Untreue vorgeworfen wurde. Um diese Zeit sind die über ihn von den Diplomaten gefällten Urteile besonders ungünstig, ebenso durch seine eigene Schuld wie durch die der Verhältnisse.

Zum näheren Verständnisse muß auf die durch die österreichischen Rüstungen geschaffene Lage zurückgegriffen werden. Der Zar machte sich zum Kriege bereit und König Friedrich Wilhelm sah das nach seinem Gefühle Schlimmste kommen: die konservativen Mächte würden sich zerfleischen und die unausweichliche Folge wäre der Sturz der monarchischen Gewalt in Europa, die Lösung aller gesellschaftlichen Bande. Hielt er zu Rußland, so ging der Riß durch Deutschland und es drohte ihm der Krieg mit Österreich, Frankreich und England, so zwar, daß die Last des Kampfes auf Preußen fiel; und schon drangen über den Kanal herüber Drohungen, England werde ihn durch Blockierung der preußischen Küsten zur Heeresfolge gegen Rußland zwingen. Er suchte also wieder Fühlung mit dem österreichischen Kabinett, wobei ihm die ängstlich gewordenen deutschen Mittelstaaten behilflich waren; das Ergebnis war,

wie bereits erzählt wurde, die Erfüllung des neuen Verlangens Österreichs, so daß die in den Donaufürstentümern stehenden Truppen des Kaiserstaates unter den Schutz des Aprilbündnisses gestellt wurden. Doch gab der König seine Einwilligung erst, als ihm das Wiener Kabinett am 9. November die Zusage machte, es werde nicht abermals ohne sein Wissen mit den Westmächten paktieren, ihn also nicht wieder vor eine fertige Tatsache stellen. Danach wurde am 26. November der von Österreich gewünschte Zusatz zum Aprilbündnis in aller Form vereinbart.

Gleichzeitig drang der König in seinen Schwager, den Zaren, dem Wiener Kabinett einen Schritt entgegenzukommen und dadurch die Friedenspartei in Wien zu stärken. Die Hauptbeschwerde Österreichs war, daß der Zar die vier Punkte unbedingt abgelehnt hatte, was darauf schließen ließ, Rußland werde bei guter Gelegenheit doch wieder die Hand auf die Moldau und die Walachei legen. Nun waren die verständigsten Ratgeber des Zars, sein Kanzler Nesselrode wie Gortschakow in Wien, der Ansicht, die russische Regierung könne den vier Punkten ohne weiteres beitreten, weil bei der Kriegslage die Donaufürstentümer und das Protektorat über die Christen der Türkei doch nicht zu gewinnen wären; auch war die Fassung der betreffenden Note so verschwommen — und das galt besonders von der Bestimmung über das Schwarze Meer — daß Rußland sich durch die Annahme fast gar nicht band. Gortschakow konnte bei den wechselnden Stimmungen in Wien nicht mit Sicherheit vorher wissen, ob hier die Würfel nicht doch für den Angriffskrieg fallen würden; es war also Vorsicht geboten. Seine Berichte spiegeln seine Verlegenheit, sich über den Ausgang des Kampfes im Rate des Kaisers Franz Joseph klar zu werden; so meldete er am 7. Oktober am selben Tage, der Kaiser werde fest bleiben, und gleich darauf, es sei nicht abzusehen, ob nicht doch Buol und Bach durchdringen würden[1]).

[1]) Auszüge aus seinen Berichten bei Petrow: Der Donaufeldzug, S. 292 bis 295. Ähnlich schwankten die Urteile nahezu der meisten Diplomaten mit Ausnahme Bismarcks und Palmerstons. Besonders der erstere sprach in jeder Phase die Zuversicht aus, Österreich werde ohne die bestimmte Mithilfe Preußens nicht anzugreifen wagen. Die Étude diplomatique, sonst im Tone sehr

Besondere Beunruhigung verursachten ihm die Nachrichten, die er von Berlin her über die Rüstungen Österreichs erhielt. Nun hatte er vom Zaren den Auftrag, in Wien stolz und selbst schroff aufzutreten; aber wenn er auch danach verfuhr, so riet er in Petersburg doch klüglich zum Nachgeben. Damit wagte er nicht wenig, wohl wissend, daß Nikolaus I. in seinem Stolze tief verletzt war. Indessen nahm er die Verantwortung auf sich und hatte die Genugtuung, daß die Annahme der vier Punkte als Grundlage für die Friedensverhandlungen dem österreichischen Gesandten in Petersburg am 16. November angekündigt wurde und zwölf Tage später in aller Form in Wien eintraf.

Dadurch hätte das Wiener Kabinett die beste Gelegenheit gehabt, nun auch seinerseits einzulenken. Man beachte die Aufeinanderfolge der Daten: am 21. November Rücknahme des Mobilisierungsbefehls in Wien, am 26. November Erweiterung des Aprilbündnisses mit Preußen, am 28. November Annahme der vier Punkte seitens Rußlands — man hatte also die besten Gründe, sich auf die Friedensseite zu legen.

Damit wäre das Wiener Kabinett glücklich aus der Sackgasse herausgekommen, wenn sich nicht ein unübersteigliches Hindernis in den Weg gestellt hätte. Man hatte sich nämlich, wie oben erzählt wurde, so tief mit den Westmächten eingelassen, daß das Loskommen jetzt schier unmöglich wurde. Am 13. November, also unglücklicher- oder ungeschickterweise unmittelbar *vor* den entscheidenden Ministerkonferenzen, war von Buol nach Paris die Mitteilung erfolgt, Österreich sei zum Abschlusse des Bundes auf den von Hübner vereinbarten Grundlagen bereit. Das war

---

scharf (II, S. 143, 164 u. s. w.), gibt die Ansicht Gortschakows wieder, indem sie schreibt: „Der Kaiser von Österreich schien zwischen dem Geist des Guten und Bösen zu schwanken, treu zwar seinen freundschaftlichen Gefühlen für Rußland und seinen erhabenen Alliierten, aber niedergedrückt durch das Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit als Souverän; er war entschlossen, seinem Herzen Schweigen aufzuerlegen vor den Interessen seines Landes und den Ministern Gehör zu schenken. Graf Buol wiegte ihn in der Hoffnung, ein entscheidendes Übergewicht im Orient zu gewinnen, ohne einen Schlag zu führen, ohne gegen uns zu kämpfen, bloß durch politisch-strategische Manöver; welcher Triumph für Österreich, wie hätte ein junger Souverän der Aussicht widerstehen können, sein Land auf diese Stufe der Macht und der Größe zu erheben?"

nach wochenlangem Feilschen endlich die von Hübner ersehnte und seit langem betriebene Einigung.

Großes Erstaunen also zu Paris, als im Gegensatz hiezu am 18. November ein Brief des Kaisers von Österreich an Napoleon III. eintraf, der alles wieder in Frage stellte und einen Rückzug des Wiener Kabinetts voraussehen ließ. War schon Napoleon ungehalten, so wurde er in dieser Stimmung noch durch Palmerston bestärkt, der in diesen Tagen in Paris eintraf und hier Klage über die Unzuverlässigkeit Österreichs führte. Als Hübner bei ihrer ersten Begegnung an ihn die Frage richtete: „Man sagt, Mylord, daß Sie uns nicht lieben," sagte er ihm trocken ins Gesicht: „Es ist die Politik Österreichs, die ich nicht liebe," und er begründete das damit, daß das Wiener Kabinett sich mit einem Flickwerk auf der Balkanhalbinsel begnügen wolle, statt auf einen guten Frieden hinzuarbeiten[1]). Palmerston ging eben gerade auf das Ziel los, Rußland aus der Reihe der Seemächte zu streichen. Wohl unter seinem Einflusse geschah es, daß Napoleon am 23. November den Brief Kaiser Franz Josephs in scharfem Tone beantwortete und ihn vor die Wahl stellte, entweder den Bündnisvertrag zu unterzeichnen oder aber ganz mit den Westmächten zu brechen. In Paris und in London fragte man sich, ob denn Österreich, von dem der Antrag auf einen Dreibund nun schon zweimal ausgegangen war, es darauf abgesehen habe, Frankreich und England zum besten zu halten. Umsonst die Ausflüchte Buols und Hübners — das Wiener Kabinett wurde von den beiden Mächten mit eisernem Griffe festgehalten. Schließlich stellten sie ein förmliches Ultimatum, das die Isolierung Österreichs besiegelt hätte: die Gesandten Frankreichs und Englands, Baron Bourqueney und Lord Westmoreland, drohten ihre Pässe zu verlangen und abzureisen, wenn die Unterzeichnung nicht endlich erfolge[2]).

---

[1]) Vergl. übrigens das ungünstige Urteil, das Palmerston um diese Zeit über Kaiser Franz Joseph fällte. (Geffcken, S. 142.)

[2]) Der Sachverhalt, der früher nur im allgemeinen bekannt war (so Bismarck an Manteuffel am 5. Dezember 1854), ist jetzt durch Hübner klargelegt, wie auch durch die Berichte Arnims und Gortschakows bei H. v. Lucius, Rôle politique de la Prusse pendant la guerre de Crimée, S. 61.

Das Seltsame war, daß der Vertragsentwurf, der unter diesen Drohungen vorgelegt wurde, aus der Werkstätte des Grafen Buol hervorgegangen war; danach fehlte ihm Bestimmtheit und verpflichtende Kraft, er glich einem Fuchsbau, aus dem es mehr als einen Ausweg gab. Österreich sicherte sich darin die Waffenhilfe der Westmächte, falls die Russen einen Angriff auf die Fürstentümer unternehmen wollten, und versprach seinerseits, dem Vordringen der türkischen Truppen gegen Bessarabien nichts mehr in den Weg zu legen. Als Absicht des Vertrags war die Wiederherstellung des Friedens angegeben, über dessen Bedingungen sich die drei Mächte allerdings erst einigen wollten. Sollte auf dieser Grundlage nicht bis zum 1. Januar 1855 der allgemeine Friede zu stande kommen, so „würde man unmittelbar zum Abschlusse von Abmachungen schreiten", um „die zur Erzielung des Zwecks der Allianz geeigneten Mittel zu ergreifen". Das alles war vieldeutig; den Westmächten war es aber doch wichtig, das ihnen immer wieder entgleitende Wiener Kabinett endlich in ein offenes Bündnis hineinzuziehen. Ihr nächster Vorteil bestand darin, daß Österreich dann seine Rüstung nicht ablegen durfte, so daß 200 000 Russen in Kongreßpolen und in Bessarabien zu seiner Beobachtung festgehalten wurden und die Krim nur schwer verteidigt werden konnte.

Tage schwerer Bedrängnis brachen nach dem Ultimatum der Westmächte über das Wiener Kabinett herein. Graf Buol war in seine eigenen Zusagen verstrickt und sah, wenn der Kaiser den Vertrag nicht unterzeichnete, nur einen Ausweg: seinen Rücktritt. Er würde seinem Herrscher den besten Dienst geleistet haben, wenn er ihn nicht vor eine solche Wahl gestellt, sondern lieber gleich und ohne alle Winkelzüge seine Entlassung genommen hätte. Damit war den Westmächten doch eine gewisse Genugtuung gewährt und sein Nachfolger besaß größere Freiheit des Entschlusses. Es war sinnlos, Waffenhilfe gegen Rußland, und sei es auch nur bedingungsweise, zu versprechen, wenn der Kaiser doch nie dazu zu bringen war, seine Truppen marschieren zu lassen. Das hätte Buol endlich doch fühlen und einem Manne des Ausgleiches mit Rußland den Platz räumen sollen.

In einem parlamentarisch regierten Lande wäre in einer ähnlichen Lage der Rücktritt Buols unvermeidlich gewesen. Man hat oft behauptet, die äußere Politik solcher Staaten könne nicht so einheitlich und geschlossen geführt werden wie die absolutistischer Reiche, obwohl das Beispiel Englands wie Nordamerikas das Gegenteil beweist. Gewiß aber ist, daß sich vor einem Parlament ein Minister nicht behaupten könnte, dessen Politik sich in solchen Widersprüchen bewegen würde, wie die des Grafen Buol-Schauenstein.

Kaiser Franz Joseph gab, wenn auch widerstrebend, der von Buol für sein Verbleiben gestellten Bedingung nach, und der Vertrag wurde am 2. Dezember unterschrieben. Allem Anscheine nach hat der Minister die Bedenken des Herrschers damit beschwichtigt, daß ihm angesichts der biegsamen Wenn und Aber des Entwurfes der Entschluß zum Kriege wie zum Frieden doch frei bleibe. Bestimmend war aber wohl die Erwägung, wie bedenklich es war, es nach der Entfremdung mit Rußland jetzt zum Bruche auch mit den Westmächten kommen zu lassen.

Kaiser Napoleon hatte mit schwerer Besorgnis dem Ausgange der Verhandlungen entgegengesehen; bangte ihm doch für das französische Heer in der Krim, das weniger für das Wohl Frankreichs kämpfte als für die Erhaltung seines Thrones; seine Herrschaft stand und fiel mit dem Siege oder der Niederlage auf den russischen Schlachtfeldern. Es war zudem, als die Entscheidung aus Wien eintraf, für ihn ein persönlicher Triumph, daß nun auch das Haus Habsburg wie früher Königin Viktoria mit ihm in ein Bündnis trat. Am 3. Dezember, bevor die Sache entschieden schien, war er, wie Hübner berichtet, bei der Mahlzeit gedankenvoll und griesgrämig; als aber beim Verlassen der Tafel die mit großer Ungeduld erwartete Depesche eintraf, verlor er jede Fassung, lief auf die Kaiserin zu, umarmte sie und preßte sie ans Herz. Ganz anders als er faßte das englische Kabinett und besonders Palmerston die Sache auf. Er stand damals etwas abseits und war nicht Staatssekretär des Äußern, sondern des Innern; er besaß aber volle Kenntnis der Geschäfte und mit gewohntem Scharfsinn durchblickte er die unerquicklichen Vorgänge am Wiener Hofe. Am 27. November sagte

er zu Hübner: „Wir werden nun einen Allianzvertrag unterzeichnen. Er wird ein totgeborenes Kind sein. Wenn wir uns dazu hergeben, so geschieht es gegen unseren Willen und wir geben nur dem Drängen des Kaisers Napoleon nach. Unter Allianz verstehe ich Ihre Beteiligung am Kriege. Nun aber werden Sie nie gegen Rußland Krieg führen und das einzige Resultat dieses Vertrages wird eine Spannung zwischen Österreich und den Westmächten sein." Diese Voraussage des staatsklugen Engländers sollte Wort für Wort zutreffen[1]).

Indessen war der Eindruck des Bündnisses in Europa tief und nachhaltig. Denn seine Vorgeschichte war nur im engsten Kreise bekannt und so hielt man die Frist vom 1. Januar 1855, die in dem Vertrage festgesetzt war, fast überall für entscheidender als sie war; an vielen Orten erwartete man für Neujahr den Eintritt Österreichs in den Krieg. Dazu kam, daß die französische Diplomatie und ihre Presse die Bedeutung des Vertrags teils selbst überschätzten, teils absichtlich übertrieben, um den Erfolg Napoleons in helles Licht zu setzen[2]). Aber auch abgesehen davon, war es in der Tat ein tiefer Einschnitt in der diplomatischen Geschichte Europas, als Österreich mit den Gegnern des Zaren ein, wenn auch nur bedingungsweises Offensiv- und Defensivbündnis abschloß; tatsächlich bedeutete der Vertrag vom 2. Dezember 1854, obwohl er nicht zur Ausführung gelangte,

---

[1]) Hübners Tagebücher spiegeln dieselbe Ansicht wider, sie sind aber an dieser Stelle, wie auch sonst, zum Zwecke der Veröffentlichung umgearbeitet worden. Sonst wäre es unbegreiflich, daß er auf die Parteikämpfe in Wien nur vorsichtig und nur obenhin eingeht. Der ganze Rückblick Hübners auf das Jahr 1854 ist offenbar erst später eingefügt worden. Denn anfangs Januar 1854 hätte er nicht im Imperfekt schreiben können (S. 176): „So endete das Jahr 1854. Es schien, daß die Eröffnung der Friedensunterhandlungen nahe bevorstehend sei. Ich war fest überzeugt, daß sie zu nichts führen würden. Die Sachen waren nicht reif genug u. s. w." Durch diese Umarbeitung haben die Tagebücher an ihrem Quellenwert etwas verloren.

[2]) Der französische Geschäftsträger Benedetti feierte den Vertrag in einem Briefe an Thouvenel, den Direktor im Ministerium des Äußern zu Paris, überschwenglich als einen Triumph der französischen Diplomatie, und Thouvenel bestärkte ihn in dieser Auffassung. Lord Stratford war scharfsichtiger und anderer Ansicht. Vergl. L. Thouvenel: Pages de l'histoire du second empire, S. 26 und 29.

die Grabschrift für das von Metternich begründete System der Heiligen Allianz.

So wurde das Ereignis auch in Berlin und in Petersburg aufgefaßt. Man empfand den Vertrag hier wie dort als einen Schlag ins Gesicht und erhob die Anklage, von Österreich gröblich getäuscht worden zu sein. Erst am 1. Dezember wurde das Berliner Kabinett durch den österreichischen Gesandten Grafen Georg Esterhazy von der nicht mehr abzuändernden Tatsache in Kenntnis gesetzt, und das widersprach dem Geiste des Aprilbündnisses, bestimmter aber noch der am 9. November vom Grafen Buol förmlich gegebenen Zusage, nichts ohne Wissen der preußischen Regierung zu unternehmen. Der König, der im Vertrauen darauf den Zusatzvertrag vom 26. November mit Österreich geschlossen hatte, wollte in der ersten Erbitterung einige Divisionen gegen Österreich auf Kriegsfuß setzen lassen. Seine Aufregung war um so größer, als er seit längerer Zeit von der krankhaften Sorge erfüllt war, eine Allianz der katholischen Mächte — Frankreich, Österreich und der Papst — gegen England und Preußen sei im Zuge. Die widerspruchsvollen Berichte Arnims aus Wien erhöhten die Unruhe; der Gesandte besaß nicht den Scharfblick, um das Spiel der Kräfte am österreichischen Hofe zu überschauen, und noch nach dem 2. Dezember meldete er nach Berlin, Buol sei ganz obenauf und werde den Kaiser doch zum Kriege treiben; seine auch sonst schwankenden Schilderungen legten den Gedanken nahe, ihn abzuberufen[1]). Zunächst wurde wiederum Edwin v. Manteuffel nach Wien geschickt, um beim Kaiser selbst Beschwerde über die Unzuverlässigkeit seines Kabinetts zu erheben. Kurze Zeit darauf, am 27. Januar 1855, schrieb der König an den Herzog von Koburg die bitteren Worte: „Nach dem frechen Hintergehen durch Österreich (28. November und 2. Dezember) unterhandle ich mit der Macht nicht mehr, die Lehre war zu stark". Ebenso großer Unwille herrschte an den anderen deutschen Höfen, und Pfordten sagte Hübner später auf den Kopf zu,

[1]) Das, was Hohenlohe an dieser Stelle vom Verhalten Arnims erzählt, ist doch mit Vorsicht aufzunehmen. Arnim soll Buol gesagt haben, Preußen sei eigentlich verpflichtet, Österreich den Krieg zu erklären.

daß er von seinem Chef, dem Grafen Buol, hintergangen worden sei.

Tiefer noch und nachhaltiger war der Unwille Rußlands. Der Zar gab seiner Erbitterung dadurch Ausdruck, daß er die Statue und das Bildnis des Kaisers Franz Joseph aus seinem Arbeitszimmer entfernen ließ; er schenkte die erstere, wie sein Neffe, der Großherzog von Sachsen-Weimar, später öfters im vertrauten Kreise erzählt hat, seinem Kammerdiener. Bekannt ist, daß der Zar um diese Zeit dem österreichischen Gesandten sagte, er und Sobieski seien, indem sie Österreich gerettet hätten, die dümmsten Könige von Polen gewesen. Gortschakow war, als ihm Buol persönlich die Mitteilung vom Abschlusse machte, wie vom Donner gerührt. Nach dem Berichte, den der österreichische Minister von dieser Unterredung gegeben hat, rief er erregt aus[1]): „Ich bin ausgespielt, meine Rolle ist zu Ende; ich kann nichts tun als zurücktreten. . . . Erst gestern nahm ein von mir nach Petersburg abgefertigter Kurier den Bericht über eine vollständig verschiedene Lage mit sich. Ihr fügt meinem Kabinett eine tödliche Wunde zu, ich muß meine Pässe nehmen." Auch Gortschakow hat Sorge getragen, daß das leidenschaftlich geführte Gespräch eine Schilderung fand[2]). Danach befand sich Buol in arger Verlegenheit und versuchte Entschuldigungen: er ließ sich zu dem bedenklichen Zugeständnisse herbei, er habe nicht anders handeln können, da er vor die Wahl zwischen dem sofortigen Bruche mit den Westmächten und dem Allianzvertrage mit ihnen gestellt worden sei. Er mußte darauf die scharfe Antwort des russischen Gesandten hören: er könne dem Wiener Kabinett nicht in einem Gedankengange folgen, der seinen Ausgangspunkt bei dem Gefühl der Furcht nehme. Die Haltung des Grafen Buol sei bemitleidenswert gewesen, sagt der allerdings nicht unbefangene Bericht, den er über diese Vorgänge später veröffentlichen ließ.

Niemals vergaß Gortschakow die Bitterkeit dieser Stunden

---

[1]) Harcourt: Les quatre ministères de M. Drouyn de l'Huys, Paris 1882.
[2]) Étude diplomatique, II, S. 191.

und er hat die Vergeltung in vollen Zügen genossen, als er 1859 und 1866 Österreich seinem Schicksal überließ. Im Winter auf 1855 ließ er sich von einer Leidenschaftlichkeit gegen Österreich beherrschen, die seinen Blick dafür trübte, daß das Schwanken des Wiener Kabinetts ein Ergebnis der Schwäche und der Unentschlossenheit war. Statt also dem Zaren zu raten, sich demgemäß einzurichten und die Hauptkraft des Reiches an die Bekämpfung des in die Krim eingedrungenen Feindes zu setzen, verschärfte er zeitweilig durch seine Berichte den Zwiespalt; russische wie französische Stimmen haben dies für die schwache Seite seiner Diplomatie erklärt[1]). Dies geschah, obwohl Gortschakow unmittelbar nach dem 2. Dezember vom Kaiser Franz Joseph empfangen wurde und ebenso wie Edwin v. Manteuffel aus dessen Munde hörte, er wolle durch seine Haltung den Abschluß des allgemeinen Friedens erleichtern. Der russische wie der preußische Unterhändler erhoben beim Kaiser ernste Vorstellungen über die österreichische Politik; der Herrscher hörte sie ruhig an und blieb dabei, daß er durch seinen Beitritt zur Allianz der Westmächte deren übertriebene Ansprüche mäßigen und gleichzeitig Rußland bestimmen wolle, sich den billigen Forderungen Europas zu fügen.

Die Verwirrung in der Leitung des Staates war auf einen bedenklichen Grad gestiegen. Die liberale öffentliche Meinung in Österreich wie in Deutschland war mit der antirussischen Haltung des Wiener Kabinetts wohl zufrieden, weil Rußland immer der Hort der Reaktion gewesen war; es bedurfte nicht erst österreichischen Geldes, um in der Presse Stimmung für den Kaiserstaat zu machen. Dagegen war alles, was sich an den Höfen und in den Kanzleien Deutschlands konservativ nannte, über das Abschwenken Buols ins französische Lager im höchsten Grade ungehalten. Metternich mißbilligte laut diese Wendung und tadelte den Vertrag vom 2. Dezember, weil Österreich dadurch für die Aktion der Westmächte im Schwarzen Meere eingespannt werde. In einem Gespräche mit Buol wiederholte er

---

[1]) Petrow und Rothan. Ebenso der badische Gesandte in Wien, Andlaw, in seinem Buche: Mein Tagebuch, S. 213.

den Kernsatz, Österreich hätte nicht im ersten, sondern erst im letzten Akte des Kriegsdramas seine Kräfte einsetzen sollen. Buol machte die Einwendung: wir stehen ja im letzten Akte, blieb jedoch die Antwort schuldig, als der Staatskanzler feststellte, daß der Kampf in der Krim noch nicht zur Entscheidung gekommen sei[1]).

Am kräftigsten wurde der Vertrag vom 2. Dezember von der militärischen Umgebung des Kaisers Franz Joseph angefochten; Heß und Grünne, sonst in vielen Punkten Widersacher, gingen jetzt Hand in Hand, während der Generaladjutant noch im Sommer den Generalstabschef wegen seiner Feldzugspläne gegen die Russen beargwohnt hatte. Heß war, wie es scheint, vor dem Abschlusse des Vertrags gar nicht zu Rate gezogen worden; in einem ausführlichen Briefe an Buol vom 14. Dezember spricht er die Befürchtung aus, nun sei der Offensivkrieg gegen Rußland mit allen seinen Folgen unvermeidlich. Wie er den Nachrichten aus Paris entnehme, sei es der Plan der Westmächte, Rußland nicht bloß von den Donaumündungen abzudrängen, sondern auch seine Seemacht auf dem Schwarzen Meere auf ein Minimum herabzumindern und endlich die Schleifung von Sebastopol zu erzwingen; das aber seien Bedingungen, die der Ehre des Zarenreiches nahe träten und deshalb von ihm nicht angenommen werden würden. Tatsächlich setzte Rußland den Krieg darob noch ein Jahr lang fort — und in dem Briefe sagte Heß auch richtig voraus, Rußland werde sich, wenn auch besiegt, das Verbot der Anlegung von Festungen am Schwarzen Meere auf die Dauer doch nicht gefallen lassen.

Diesem Meinungskampfe zwischen den Ministern und den Generalen des Kaisers fiel in tragikomischer Weise der von Warrens herausgegebene „Lloyd" zum Opfer. Der in allen Sätteln gerechte Journalist stritt für die Bach-Buolsche Politik, daß die Funken und die Fetzen flogen, und da er damals, dank seinen glücklichen Börsenspekulationen, außer über die Gunst der Minister auch über viel Geld verfügte, so wagte er sich weiter

[1]) Metternich an Kübeck am 12. Dezember 1854 in seinen Nachgelassenen Papieren, 8. Bd.

vor als gewöhnlich. Der „Lloyd“ war von einer Gruppe von Gönnern im Hochadel und unter den Finanzleuten gegründet worden; reich geworden, kaufte ihnen Warrens ihre Anteile ab und wurde so Eigentümer des Blattes. Damit erklomm er die Höhe seines Glücks, knapp bevor sich ihm das Verhängnis nahte. Denn die Freunde Rußlands waren über die rücksichtslose Sprache des „Lloyd“ ungehalten und fanden in dem Chef der Polizeibehörde, General Kempen, den Helfer und Rächer. Über das in jeder Beziehung sündige Haupt Warrens' waren bereits zwei Verwarnungen hinweggegangen, und Kempen lag schon deshalb auf der Lauer gegen ihn, weil Warrens durch Jahre im Dienste und Solde Bachs gestanden hatte, dem der Chef der Polizeibehörde spinnefeind war. Da brachte der „Lloyd“ im Dezember einen Artikel gegen Rußland, in dem die in einem absolutistisch regierten Staate bedenkliche Wendung vorkam, es sei unmöglich, in die Zukunft eines Reiches zu blicken, in dem die ganze Macht in den Händen eines einzelnen liege. Das genügte, um für den „Lloyd“ den Strick zu drehen; der zweite Generaladjutant des Kaisers, Kellner, legte dem Herrscher diese angeblich antimonarchische Stelle vor und meldete Kempen, der Kaiser habe die Bemerkung fallen gelassen, diese Aufregungen müßten endlich ein Ende nehmen. Flugs sprach Kempen darauf die Unterdrückung des Blattes aus, erfreut darüber, daß ihm der Leibjournalist seines Amtsgenossen Bach als Prügelknabe in die Hände gefallen war. Die österreichische Presse erfreute sich, wie man sieht, zu jener Zeit eines paradiesischen Glückes; wenn man gegen die Politik der Regierung schrieb, so drohten die Festungen Kufstein und Theresienstadt; aber man mußte sich auch bei ihrer Verteidigung mit Klugheit und Vorsicht wappnen[1]).

[1]) Warrens wollte darauf die ihm zur Herausgabe des Blattes erteilte Konzession auf einen Stellvertreter übertragen, was Kempen jedoch nicht gestattete. Darauf reichte Warrens ein Gesuch um Entschädigung ein und ging zu Kübeck, dem Präsidenten des Reichsrats, um dessen Verwendung zu erbitten. Ihm erzählte er den Hergang, den Kübeck in sein Tagebuch eintrug. — Es ist charakteristisch, daß die Beschützer Warrens' in der Regierung ihm im Februar 1855, nachdem der erste Sturm verbraust war, doch wieder die Bewilligung zur Herausgabe eines Blattes mit einem neuen Titel bewilligten.

Diese seltsamen Widersprüche forderten die Kritik heraus — ein Zustand, den Fürst Metternich am 7. Januar Kübeck gegenüber in einem vertraulichen Gespräche also kennzeichnete[1]):

„Während Graf Buol mit den Westmächten über die Entwicklung des Allianzvertrages vom 2. Dezember unterhandelt, während Bach mit den französischen Geldschwindlern Verträge zum Verkaufe unserer Staatsbesitzungen abschließt, läßt der Kaiser den russischen Gesandten Gortschakow zu sich (Einfluß des Baron Heß) entbieten, um ihm zu erklären, er möge den russischen Kaiser beruhigen, da der österreichische Kaiser nie zugeben werde, daß Rußland von seinem Gebiete etwas verliere, und erklärt der Kaiser dem preußischen Obersten Manteuffel, daß er mit dem Gange der preußischen Politik ganz einverstanden sei."

Die österreichischen Diplomaten im Auslande verloren infolge des ewigen Schwankens die Orientierung, und Prokesch klagte in einem Briefe vom 1. März an Hübner: „Was man bei uns in Wahrheit will, habe ich noch zu erfahren." Da es also an den Höfen zu Wien und Berlin kraus genug herging, stieg das Ansehen des Emporkömmlings, der von den Tuilerien aus die Geschicke Frankreichs vorurteilslos und mit ruhigem Bedachte lenkte; es bedurfte nur noch eines entscheidenden Erfolges auf dem Kriegsschauplatze, um Napoleon III. die erste Rolle im Rate der Herrscher Europas zuzuweisen.

[1]) Nach einer handschriftlichen Aufzeichnung.

IX

Niederlage der Buolschen Politik

Noch aber kam es, bevor der Mißerfolg des Wiener Kabinetts offenkundig wurde, zu den letzten Flügelschlägen der Buolschen Kriegspolitik; doch war das eher ein nervöses Flattern zu nennen, um sich selbst Mut und Anderen Furcht einzuflößen. Zuerst erkannten bloß die eingeweihten Beobachter der Dinge, doch allgemach auch die Fernestehenden, daß die Kugel in Wien zwar noch fortrollte, aber schon die Durchschlagskraft verloren hatte.

Die Offensiv- und Defensivallianz zwischen Österreich, Frankreich und England bestimmte, daß sich Rußland bis zum 1. Januar den ihm gestellten Friedensbedingungen zu fügen habe, bei Strafe des Zornes des Wiener Kabinetts. Sonach veranstaltete Graf Buol eine Konferenz mit den Gesandten der Westmächte und Rußlands, um über Krieg oder Frieden ins reine zu kommen. Gortschakow hatte hiebei, einer gegen drei, einen schweren Stand, da er durch unzeitige Hartnäckigkeit die österreichische Regierung doch vielleicht ganz ins feindliche Lager trieb. Indessen kam ihm zugute, daß Buol, entsprechend der Stimmung im kaiserlichen Kabinett, die Dinge nicht auf die Spitze treiben durfte. Unzufrieden mit diesen Bedenken, schrieb Hübner am 7. Januar in sein Tagebuch: „Nachdem man alles getan hat, um sich auf immer mit Rußland zu verfeinden, hat man jetzt Ohnmachtsanfälle." Für Gortschakow war es Hauptsache, über die gefährliche Frist des 1. Januar hinwegzukommen, und hiebei entwickelte er nach dem Zeugnisse des französischen Bevollmächtigten bemerkenswerte Klugheit und Gewandt-

heit[1]). Die drei verbündeten Mächte einigten sich auf die Forderung, Rußland habe auf sein Übergewicht im Schwarzen Meere zu verzichten, und es ist wohl auf den Rat Gortschakows zurückzuführen, daß das Petersburger Kabinett einlenkte und sich unterwarf; das geschah am 7. Januar, jedoch mit der vieldeutigen Einschränkung, daß dadurch den souveränen Rechten des Zars kein Eintrag geschehen dürfe. Damit war der Friedenspartei in Wien Genüge getan, und auf dieser Grundlage wollte man darauf einen förmlichen Friedenskongreß nach Wien einberufen. Sieht man nun schärfer zu, so war mit dem Zugeständnisse Rußlands nur eine neue schielende Phrase an Stelle der früheren gesetzt; als das Petersburger Kabinett im November den vier Punkten beigetreten war, hatte es eigentlich schon etwas ähnliches versprochen. Man war deshalb besonders in London von der neuen Formel ganz unbefriedigt, und der Prinz-Gemahl fällte das Urteil, der französische und der englische Gesandte in Wien hätten sich von Buol übertölpeln lassen. Übrigens waren alle diese Winkelzüge der Diplomatie bedeutungs- und ergebnislos, so lange der Kampf um Sebastopol unentschieden war; erst wenn die Festung fiel oder aber wenn die Verbündeten aus der Krim hinausgeworfen waren, konnte davon gesprochen werden, wer die Herrschaft über das Schwarze Meer besitze; solche Dinge werden nicht im Ratszimmer, sondern auf dem Schlachtfelde entschieden. Das fühlten auch alle Beteiligten; und da nun für Napoleon III. Kriegsruhm unentbehrlich war, wie er auch stets auf die Stimmung der Armee Rücksicht nehmen mußte, so hatte Marschall Canrobert, der Oberbefehlshaber in der Krim, Recht, wenn er an Bourqueney nach Wien schrieb: „Man sagt, daß ihr euch zu einer Konferenz versammeln werdet; aber was ihr auch tun möget, wir werden nichtsdestoweniger fortfahren, uns zu schlagen. Die Armee hat ihre Rechte und Forderungen, mit denen man rechnen muß."

Während dieser Vorgänge suchten die Westmächte Öster-

---

[1]) So Bourqueney in seinem anziehenden Berichte nach Paris bei Harcourt, S. 82 ff.

reich beim Bündnisse festzuhalten, und dafür zahlten sie auch den ausbedungenen Preis. Die Freunde der französischen Allianz in Wien hatten stets darauf hingewiesen, daß die Herrschaft Österreichs in Italien nur durch die Freundschaft mit Napoleon III. gesichert werden könne. Dies schien erreicht zu sein, als am 22. Dezember zwischen Österreich, Frankreich und England ein Vertrag zu stande kam, durch den sich die drei Mächte verpflichteten, während des Krieges alle Versuche zur Revolutionierung Italiens zu verhindern; und noch mehr, sie bestimmten, daß die Integrität der Staaten der Halbinsel durch ihre Truppen gemeinsam aufrechterhalten werden solle. Man sieht, worauf das Absehen Buols gerichtet war und wodurch er die Richtigkeit seiner Politik erweisen wollte: er schuf für die durch die Heilige Allianz Österreich gebotenen Bürgschaften einen entsprechenden Ersatz; man sollte ihm nicht nachsagen, daß er das Werk Metternichs zerschlug und nichts an dessen Stelle setzte. Das war ganz gut, so lange Österreich den Vertrag vom 2. Dezember einhalten zu wollen schien. Als es aber auswich, erwiderten die Westmächte mit einem dem Wiener Kabinett sehr unliebsamen Gegenzug. Da Österreich ihnen militärische Hilfe versagte, nahmen sie das von Sardinien gestellte Angebot an und vereinbarten mit König Viktor Emanuel im Februar einen Vertrag, durch den ihnen 15000 Piemontesen für die Krim zur Verfügung gestellt wurden. Also trat das kleine Königreich nach dem kühnen Gedanken Cavours in die von dem mächtigen Nebenbuhler offen gelassene Lücke. Cavour rechnete damit, daß Napoleons Sympathien für die Sache Italiens unendlich wichtig waren, während das ferne Rußland der heißersehnten Einheit der Halbinsel nicht gefährlich werden konnte. Auch sollte durch die Teilnahme an der großen europäischen Politik die Lebenskraft Sardiniens erwiesen und durch seine Tatenfreudigkeit gezeigt werden, es sei zur Führung der Halbinsel berufen. So war die Freude in Wien über den mit den Westmächten geschlossenen Vertrag vom 22. Dezember nur kurz, und wenn er auch weiter in Geltung blieb, so war das Mißtrauen in die guten Absichten Napoleons reger denn je; für uns, so sagte Buol zu Bourqueney, können die Fahnen

Piemonts, auch wenn sie an der Seite der französischen wehen, niemals etwas anderes als feindliche Feldzeichen sein.

Es gab außer den italienischen noch andere Verhältnisse, aus denen sich für Österreich der Wert eines engen Bündnisses mit Frankreich ergab. Je länger die österreichischen Truppen in den Donaufürstentümern blieben, desto mehr befestigte sich in Wien der Wunsch, die fruchtbaren und strategisch wichtigen Lande dauernd für die Monarchie zu gewinnen. Napoleon III. ging durch gelegentliche Äußerungen willig auf diesen Gedankengang ein, und ohne seinen Beistand war das Ziel auch gar nicht zu erreichen. Die Dinge ließen sich um so günstiger an, als die Türken um diese Zeit die Moldau und die Walachei vollständig räumten. Im November traf Omer Pascha noch Anstalten, als wollte er über den Pruth in Südrußland einbrechen; aber er war zu klug, um seine Haut gegen die russische Übermacht in Bessarabien zu Markte zu tragen; er hielt also den Feind an der Grenze bloß in Atem, ohne den Lufthieb zu versuchen. Die Westmächte beschwerten sich über diese Untätigkeit, während sie selbst in der Krim schwere Verluste erlitten. Es wurde deshalb vereinbart, das türkische Heer aus den Donaufürstentümern herauszuziehen, um es nach der Krim zu versetzen; am 7. Dezember begann der Abmarsch zum Zwecke der Einschiffung. Seitdem waren die Österreicher in den Donaufürstentümern Alleinherrscher und deren Bewohner machten sich mit dem Gedanken vertraut, auch fernerhin von Wien aus regiert zu werden[1]).

Aus allen diesen Gründen empfahl sich für Österreich die Anlehnung an die Westmächte — und im Zuge dieser Politik gab sich das Wiener Kabinett auch viel Mühe, die deutschen Höfe zu Erklärungen in gleichem Sinne zu gewinnen. Darauf war Buols nächste Aktion gerichtet: Österreich und seine zwei Alliierten richteten am 16. Dezember an Preußen die Einladung, auch seinerseits dem Bunde vom 2. Dezember beizutreten. König Friedrich Wilhelm war jedoch über die soeben erduldete Mißachtung so ärgerlich, daß er nicht darauf einging;

---

[1]) Die Einzelheiten der Vorgänge in den Donaufürstentümern bei Wimpffen: Erinnerungen aus der Walachei.

da er anderseits aber doch Scheu hegte, sich die Feindschaft aller seiner Nachbarn in West und Süd auf den Hals zu ziehen, so verfiel er auf einen seltsamen Ausweg. Insgeheim, selbst ohne Wissen Manteuffels und Gerlachs, schickte er nach Paris und London Abgesandte mit dem Angebote, Preußen sei bereit, einen besonderen Vertrag mit den Westmächten zu schließen, kraft dessen es Truppen gegen Rußland aufstellen wollte wie Österreich; doch müsse er die Bedingung stellen, daß Polen nicht wiederhergestellt werde und daß französische Truppen preußisches Gebiet nicht durchziehen dürften. Als Gerlach später erfuhr, der König wolle sich allen seinen früheren Vorsätzen entgegen dennoch mit „Bonaparte" gegen das heilige Rußland verbünden, war er tief betroffen; doch schwand seine Besorgnis, da die Kabinette von Paris und London zu den mit unzureichenden Vollmachten ausgerüsteten Unterhändlern kein Vertrauen fassen konnten, so daß es dem König erspart blieb, sich mit dem Zaren zu verfeinden. Anders als Friedrich Wilhelm IV. und Gerlach dachten der Prinz von Preußen und Manteuffel, die bei ihren uns bekannten Gesinnungen nichts dagegen gehabt hätten, wenn Preußen sofort dem Vertrage vom 2. Dezember beigetreten wäre[1]). Man müsse den Krieg zeigen, um den Frieden zu erhalten, schrieb der Thronfolger an Gerlach. Auch er tadelte die österreichische Politik wegen ihrer Unzuverlässigkeit, aber er war gerecht genug, an den Herzog von Koburg am 26. Januar zu schreiben: „Wir haben empfangen, was wir uns selbst seit drei Vierteljahren bereitet haben."

Die verworrenen Verhältnisse in Berlin erweckten in dem Grafen Buol die Hoffnung, die militärischen Kräfte Deutschlands für Österreich nutzbar zu machen, dadurch dessen Gewicht zu vergrößern und also ganz Europa zur Anerkennung der Vormacht Österreichs an den Donaumündungen zu bestimmen. Es war das der letzte von ihm angestellte Versuch, seiner Auffassung des orientalischen Problems Geltung zu verschaffen

---

[1]) Poschinger: Preußens auswärtige Politik, II, S. 582. Gerlach: Denkwürdigkeiten, II, S. 278.

und seine Gegner in Wien zum Verstummen zu bringen. Heß wendete ihm stets ein, der völlige Bruch mit Rußland sei ein Abenteuer, wenn Preußen und der Deutsche Bund nicht an Österreichs Seite aufmarschierten. Nun war das Berliner Kabinett schrittweise für das Aprilbündnis, dann, unter Seufzen und Widerstreben, für die Besetzung der Moldau und der Walachei, hierauf sogar für die vier Punkte eingefangen worden. Wir erinnern uns, daß Buol an Prokesch geschrieben hatte, Preußen werde sich noch ein Übriges gefallen lassen, und in diesem Sinne glaubte er etwas wagen zu können.

So forderte er kurzweg und ohne sich um die durch den Vertrag vom 2. Dezember erregten Empfindlichkeiten zu kümmern, Preußen am 24. Dezember auf, mit dem Aprilbündnisse Ernst zu machen und an die darin vorgesehene Aufstellung eines Heeres von 200 000 Mann gegen Rußland zu schreiten. Als darauf eine Ablehnung erfolgte, traf er eine Art Zwangsmaßregel gegen das unbotmäßige Preußen: er teilte am 14. Januar 1854 den deutschen Höfen mit, Österreich beantrage zu Frankfurt in aller Form die Mobilisierung der Bundeskontingente und die Wahl eines Bundesfeldherrn, für welche Würde natürlich der Kaiser von Österreich in Aussicht genommen war. So sollte Preußen durch einen Beschluß des Deutschen Bundes genötigt werden, auch seine militärischen Kräfte zu einer Drohung gegen Rußland, am letzten Ende zu einem Kriege mit dieser Macht bereit zu halten. Am selben Tage wurde an die deutschen Staaten auch ein geheimes, Preußen vorenthaltenes Rundschreiben gerichtet mit der Anfrage, ob sie, falls in Frankfurt kein Beschluß im österreichischen Sinne zu erzielen sei, geneigt wären, ihre Truppen auf eigene Hand Österreich zur Verfügung zu stellen; zum Lohne dafür wurde ihnen ein Anteil an den durch den Krieg etwa zu erlangenden Vorteilen in Aussicht gestellt.

Die österreichischen Depeschen vom 14. Januar 1855 wurden von Bismarck später ein für die Westmächte berechnetes Blendwerk genannt. Das waren sie wohl auch, aber sie waren im Sinne Buols noch mehr. Denn wenn er in Frankfurt die Wahl Kaiser Franz Josephs zum Oberfeldherrn der deutschen Kontingente

durchsetzen konnte, so lag der Vorteil für Österreichs Machtstellung auf der Hand und der Kaiser ließ sich dann von Buol eher zu einem Vorstoße gegen Rußland bestimmen. Vielleicht genügte schon die Waffenrüstung von ganz Mitteleuropa, um Rußland zu einem Frieden zu bestimmen, bei dem Österreich die Bedingungen diktieren konnte. So lange Sebastopol aufrecht stand, hielten sich die Kräfte der kriegführenden Mächte die Wage und dem durch Deutschland verstärkten Österreich fiel die Schiedsrichterrolle zu. Für solche Aussichten ließ sich der Kaiser von Österreich gerne gewinnen, wobei er nach wie vor den Angriffskrieg gegen Rußland ablehnte.

Hiebei gab sich Graf Buol der Hoffnung hin, der Einfluß Österreichs in Frankfurt werde stark genug sein, um die Bedenken der Mittelstaaten gegen die kostspielige Rüstung zum Schweigen zu bringen. Dem bayrischen Minister Pfordten sagte er einmal bei dessen Besuche in Wien, Österreich verfüge in Frankfurt über die Mehrheit, selbst wenn Preußen und Bayern entgegenstünden; er habe diese Mehrheit in der Schublade und könne sie ihm zeigen. Später gewann Buol sogar den Eindruck, Bayern werde sich zu einem Österreich günstigen Votum in der Mobilisierungssache bestimmen lassen, und teilte das auch Prokesch nach Frankfurt mit; das hob wieder den Mut des Bundestagspräsidenten und er antwortete freudig, jetzt werde das Berliner Kabinett die gerechte Strafe erleiden; wenn man Bayern heranziehe und als dritte deutsche Macht betrachte, könne man auf die Mehrheit rechnen; „ich müßte mich sehr irren, oder Preußen gibt unserem Schritte gegenüber zuletzt doch nach".

Es kam aber anders. Österreich hatte die deutschen Staaten auch in früheren Zeiten nur dann im Kriege und im Frieden zu führen vermocht, wenn es eine klare, großzügige Politik trieb und dabei das Selbstgefühl der Höfe schonte. Jede dieser beiden Regeln war vom Wiener Kabinett in den letzten Jahren verletzt worden. Triumphierend schrieb Bismarck am 3. Januar: „Das Vertrauen zu Österreich, schon mächtig erschüttert, hat durch den 2. Dezember einen Stoß erhalten, und es gibt kaum einen gefährlichen und bundesbrüchigen Plan, dessen man das öster-

reichische Kabinett demnächst nicht fähig hielte." Zieht man davon auch ab, was die Erbitterung dem preußischen Gesandten eingab, so lagen die Dinge doch wirklich so, daß die österreichische Politik auch zu Frankfurt Schiffbruch litt; für das Wiener Kabinett zu rüsten, ohne daß man wußte, wohin es trieb, dazu fehlte die Bereitwilligkeit. Schon in der Militärkommission des Bundestags zeigte sich Widerstand; und wenn auch Prokesch am 22. Januar nach Wien meldete, er hoffe trotzdem im Plenum durchzudringen, so mußte er vier Tage später eingestehen, diese Erwartung werde nicht in Erfüllung gehen. Da nun das Wiener Kabinett sich einer offenen Niederlage nicht aussetzen wollte, so war es noch zufrieden damit, daß der höfliche und nichtssagende Beschluß der Militärkommission ihm einen Rückzug offen ließ. Hier wurde die Mobilisierung der Bundestruppen abgelehnt, jedoch die Bereitwilligkeit zu ihrer „Kriegsbereitschaft" ausgesprochen. Man versteht zwar nicht recht, weshalb eine stehende Armee es erst notwendig hätte, sich kriegsbereit zu machen; aber da Österreich zustimmte, war die Sache mit dem gleichlautenden Beschlusse des Bundestags vom 8. Februar glücklich zu den Akten gelegt. Von der Wahl eines Bundesfeldherrn war unter diesen Umständen keine Rede mehr.

Es würde nicht die Mühe verlohnen, bei dem ganzen ergebnislosen Intrigenspiel länger zu verweilen, wären diese Vorgänge nicht für die staatsmännische Entwicklung Bismarcks entscheidend geworden. Wohl hatte er sich in den beiden vorhergehenden Jahren immer mehr von Österreich abgewendet, er hielt jedoch, wie wir wissen, zur Zeit des Aprilvertrages 1854 eine Einigung mit dieser Macht noch immer für möglich und wünschenswert. Damit aber war es seit dem 2. Dezember zu Ende. Er urteilte über diesen Vertrag ebenso scharf wie König Friedrich Wilhelm, aber anders als er schritt er bis zu der letzten Konsequenz vor und warf sich in die offene und unerbittliche Gegnerschaft wider Österreich. Er strengte alle Fibern an, um dem Wiener Kabinett bei diesem Anlasse eine Niederlage zu bereiten. Unermüdlich wirkte er nicht bloß bei den Gesandten, sondern durch persönliches Erscheinen auch auf die Monarchen der Mittel- und Kleinstaaten. Besonderen Ein-

druck erzielte er bei dem sonst Österreich zugetanen Großherzog von Hessen, als er ihm die Bedeutung eines österreichischen Oberbefehls über seine Truppen auseinandersetzte. Das Gespräch wurde zufällig unter dem Bildnisse des Kaisers Franz Joseph geführt, da brach der Großherzog mit einer Verbeugung gegen das Bild in die Worte aus: „Kaiserliche Majestät, nehmen's nicht übel, das könnte Ihnen gefallen, mit 25 Jahren eine Million Soldaten zu kommandieren; wenn aber meine guten Hessen erst über die Grenze sind, wann würde ich sie wiedersehen? In Spanien waren sie vier Jahre zur Zeit des Rheinbunds." So schmiedete Bismarck die gegen Österreich gerichtete Mehrheit am Bunde zurecht — für ihn eine persönliche Genugtuung nach den Jahren der Zurücksetzung Preußens am Bunde. Die Abstimmung vom 8. Februar war der erste in der langen Reihe seiner diplomatischen Erfolge.

In Wien lernte man ihn kennen und fürchten; als nun Prokesch für einige Zeit Frankfurt verließ, hätte nach früherem Brauche Bismarck als preußischer Gesandter seine Stellvertretung im Vorsitze des Bundestages übernehmen sollen, dies wurde aber von Österreich schlankweg abgelehnt. Es wurde Bismarck immer klarer, daß Preußen Verbindungen mit den außerdeutschen Mächten anknüpfen müsse, um das dann isolierte Österreich überwältigen zu können; und Prokesch berichtete über ihn, er habe zu dem französischen Gesandten in Berlin, Marquis v. Moustier, geradezu gesagt, für Preußen empfehle sich der Bund mit Frankreich und Rußland gegen Österreich[1]). Diese und andere feindselige Reden bestimmten das Wiener Kabinett, über Bismarck in Berlin Klage zu führen, wogegen ihn Manteuffel in Schutz nahm. Damals schrieb Bismarck an seinen Minister die vielberufenen Worte: „Ich war gewiß kein prinzipieller Gegner Österreichs, als ich hieher kam vor vier Jahren, aber ich hätte jeden Tropfen preußischen Blutes verleugnen müssen, wenn ich mir eine auch nur mäßige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren wollen."

---

[1]) Papiere des Grafen Prokesch-Osten, S. 423.

Der erbitterte politische Kleinkrieg am Bundestage, wo man Ellbogen an Ellbogen am Ratstische saß, trug dazu bei, daß die Vertreter der beiden Großmächte gegen einander ungerecht wurden. Liest man die Berichte Bismarcks, so würde man glauben, Prokesch-Osten sei ein Ausbund von Treulosigkeit gewesen; zum Schlusse aber, als dieser nach Wien abreiste und seine Rückkehr fraglich wurde, äußerte sich Bismarck über ihn in einem Briefe nach Berlin sehr freundlich und sprach die Vermutung aus, man wolle ihn durch einen anderen Gesandten ersetzen, weil man in Wien Dinge plane, „für deren Ausführung man eines minder wohlwollenden und gewissenhaften Charakters als des Herrn v. Prokesch bedürfe[1])". Man weiß, daß Bismarck auch den Nachfolger Prokeschs, Rechberg, anfangs mißtrauisch und ungünstig beurteilte, bis er sich von der Loyalität seines Charakters überzeugte. Bei der steigenden Feindseligkeit Bismarcks gegen das Wiener Kabinett erhebt er nicht selten Anklagen, die mit mehr Grund gegen seine eigene Regierung zu richten waren. Wenn Preußens Stellung als Großmacht nicht berücksichtigt wurde, so lag die Schuld an dem König von Preußen und an dessen Räten, denen es oblag, die Würde ihres Staates zu wahren. Bismarck konnte diese Vorhaltungen jedoch nicht an seinen König und an seinen Chef richten, die gerade damals wieder eine Schwenkung zu Österreich und zu den Westmächten hin machten. Nach langem Sträuben trat nämlich Preußen schließlich doch dem Vertrage vom 2. Dezember bei, allerdings zu einer Zeit, da der Pakt infolge des Zurückweichens Österreichs seine Schärfe verloren hatte. Man hielt aber in Berlin die neutrale Stellung Preußens zwischen den beiden Heerlagern für unhaltbar und so legten sich in Friedrich Wilhelm IV. die ersten Wallungen des gekränkten Ehrgefühls. Es war also vergeblich, daß Bismarck immer aufs neue den preußischen Stolz wachrief und einmal in einem Berichte den König darauf aufmerksam machte, jetzt zum ersten Male seit 1849 habe er die deutschen Höfe um sich gegen Österreich geschart;

---

[1]) Vergl. auch Gerlach an Bismarck am 28. Januar 1853. Gerlach nimmt Prokesch an dieser Stelle und auch sonst in Schutz.

nach diesem Erfolge müsse es möglich sein, die hegemonische Stellung Preußens festzuhalten. Dazu hätte Friedrich Wilhelm IV. ein anderer Mann sein müssen — auch stellten sich vom April 1855 an die ersten Anzeichen des Gehirnleidens ein, das diesen sprühenden Geist mit seinem reichen Wissen und seinen allzu rasch sich drängenden Gedankenblitzen zuletzt völlig zerstören sollte. Er, der nach Rankes Urteil an Ideenfülle sein und aller Anderen Meister war, versank wenige Jahre danach in geistige Umnachtung.

* * *

Rascher als Friedrich Wilhelm IV. wurde ein anderer Mächtiger der Erde, sein Schwager Nikolaus, vom Todesengel heimgesucht: am 2. März 1855 raffte ihn nach kurzem Krankenlager eine Lungenentzündung hinweg.

Der Zar war durch den unglücklichen Fortgang des Krieges tief getroffen und auffallend gealtert; nach einem Leben reich an Glück und Erfolgen fühlte er die Hand des Schicksals schwer auf sich lasten. Man hat damals wohl gesagt, Österreichs Undank habe ihm das Herz gebrochen. Um so höher wußte er es zu schätzen, daß nicht auch Preußen sich gegen ihn kehrte; den Tod vor Augen, ließ er seinem Schwager sagen, er möge Rußland gegenüber derselbe bleiben wie bisher und darin die Mahnung seines Vaters nicht vergessen. Kaiser Franz Joseph, der sich bewußt war, die Rußland abträglichen Anschläge seiner Minister vereitelt zu haben, ließ es nicht gelten, daß Österreich und Rußland Feinde geworden seien. Unmittelbar nach dem Tode des Zaren erschien er bei dem russischen Gesandten, gab in tiefer Ergriffenheit seiner Trauer darüber Ausdruck, „einen erprobten Freund in dem Augenblicke verloren zu haben, in dem er ihm Beweise seiner Dankbarkeit und der aufrichtigen Rückkehr zu der früheren Richtung zu geben hoffte“.

Diese Versicherungen der Freundschaft waren wohl noch nicht nach Petersburg gelangt, als der junge Zar Alexander II. gegen Österreich Vorwürfe aussprach, die wie eine Antwort und zugleich wie eine Abweisung klangen. Wenige Tage nach dem Tode des Kaisers Nikolaus und bevor seine Leiche noch in das

Grab gebettet war, empfing sein Sohn das diplomatische Korps und hielt mit Tränen in den Augen eine eindrucksvolle Ansprache. Er erklärte, es sei nicht Rußlands Schuld, daß die Heilige Allianz gebrochen wurde. Er sei zum Frieden bereit, aber nicht zu entehrenden Bedingungen; bevor er in sie willige, wolle er sich lieber an der Spitze seiner Getreuen nach Sibirien zurückziehen, ja eher sterben als sich ergeben. Dann wandte er sich zum Vertreter Österreichs, dem Grafen Esterhazy, wies mit äußerster Schärfe auf die Undankbarkeit Österreichs hin und sprach von Rußlands Recht auf Wiedervergeltung. So erzählt der damals anwesende amerikanische Diplomat White, später Gesandter in Berlin. Nach einem anderen Berichte sagte der Zar zu Esterhazy auf dessen Glückwünsche zu seiner Thronbesteigung: er habe genug der Worte gehört, er wolle endlich Taten sehen. Jene Worte im Thronsaale wurden für die Anwesenden vernehmlich gesprochen. Der österreichische Gesandte hielt die scharf auf ihn gerichteten Blicke des Kaisers, ohne das geringste Zeichen der Erregung, ruhig aus; hierauf, so fügt White hinzu, verbeugte er sich feierlich und respektvoll und stand dann anscheinend so teilnahmslos da, als ob er nicht Empfänger einer der wichtigsten Botschaften seines Jahrhunderts gewesen wäre [1]).

So begreiflich auch die Verbitterung des russischen Hofes war, so ist er doch darin fehlgegangen, daß er der Aufrichtigkeit der Versicherungen des Kaisers von Österreich nicht vertraute oder dem jungen Herrscher nicht die Selbständigkeit zumutete, in ihrem Sinne zu handeln. Wäre die russische Politik von kühnem Geiste beseelt gewesen, so hätte der Zar vom Herbst 1854 an überlegene Massen in die Krim geworfen; Friedrich der Große und Napoleon haben mehr als einmal, unter Nichtachtung der entfernteren Gefahr, auf dem nächsten Felde entscheidende Schläge geführt. Im Winter befand sich das französisch-englische Heer in der Krim in einer mißlichen Lage, so daß die Belagerung von Sebastopol nicht von statten ging und Kälte wie Krankheiten zahlreiche Opfer forderten, besonders unter den Engländern, für die von der

---

[1]) Andrew D. White: Aus meinem Diplomatenleben. S. 5.

Kriegsverwaltung nur unzureichend gesorgt war. Die Unfruchtbarkeit und lange Dauer des Krieges erregte in Frankreich so große Unzufriedenheit, daß bei einer Niederlage des Heeres Ausbrüche des Volksunwillens gegen den Kaiser erwartet wurden. Deshalb wußte man es in Paris wohl zu schätzen, daß Österreich noch immer unter Waffen blieb.

Es gehört zu den Widersprüchen der Politik Österreichs, daß von Wien im Winter die Anregung ausging, die Verbündeten vom 2. Dezember sollten auch eine Militärkonvention für den Fall schließen, daß es zu einem gemeinsamen Feldzuge komme. Wollte Buol dadurch auf die Ungeduld der französischen und englischen Regierung beschwichtigend wirken?[1])

Tatsächlich wurde General Graf Crenneville nach Paris geschickt und brachte hier einen Vertragsentwurf zuwege. Wenn Rußland nämlich auf dem in Aussicht stehenden Friedenskongresse die gemäßigten Anträge des Wiener Kabinetts zurückweisen sollte, wenn Österreich dann zu den Waffen griffe — für diese entfernte Möglichkeit galt die Abmachung, die Crenneville nach Wien zurückbrachte, die jedoch niemals die Unterschrift des Kaisers von Österreich erhalten sollte. Ebensowenig Eindruck machte ein Feldzugsplan, den Kaiser Napoleon selbst dem österreichischen Bevollmächtigten einhändigte. Im nächsten Frühjahr, so war darin auseinandergesetzt, werde eine englisch-französische Flotte in der Ostsee erscheinen und voraussichtlich gemeinsam mit Schweden Kronstadt angreifen, ebenso werde der Krieg in der Krim mit Macht fortgesetzt werden. Falls nun Österreich gleichzeitig mit 350 000 Mann losschlage, so könne Rußland ihm nur 200 000 Mann entgegenstellen und werde voraussichtlich in der Gegend von Lublin eine sichere Niederlage erleiden. Dann sollten 200 000 Mann Österreicher in Kongreßpolen stehen bleiben; 150 000 Mann aber könnten sich nach Südrußland wenden, wo ihnen nahezu kein Feind entgegenstehe, und dann werde die drohende Vernichtung des russischen Heeres in der Krim den Zaren zum Frieden bestimmen. Diesem

[1]) Hübner berichtet (zum 11. Januar), Österreich habe auch eine solche Militärkonvention gewünscht, später aber (S. 197) erwähnt er, die Anregung sei von Drouyn de l'Huys ausgegangen.

luftigen Kriegsplane Napoleons zufolge wäre man in einem Monat mit Rußland fertig geworden. Das von Heß darüber abgegebene Gutachten zeigte die Dinge jedoch von einer anderen Seite[1]). Heß war dem Kriege mit Rußland abhold und daher kam es wohl, daß er in seiner Denkschrift die militärischen Kräfte dieses Reiches ebenso gewaltig erscheinen ließ, als Napoleon sie herabsetzte. Die Heere des gemeinsamen Gegners wurden von Heß in auffallender Übertreibung noch immer auf 850 000 Mann veranschlagt; ohne Frage, so meinte er, würde ihr größerer Teil gegen Österreich gesendet werden, wenn es als der Hauptfeind von Westen her in Rußland eindringe. Daraus gehe hervor, daß der Krieg weder kurz noch leicht wäre. Diese Folgerung hätte in Paris überzeugender gewirkt, wenn Heß den Vordersatz vorsichtiger gefaßt hätte; so aber erregte seine Denkschrift lebhaften Widerspruch.

Die schlimmste Folge dieser Verhältnisse war die steigende Zerrüttung der österreichischen Finanzen. Denn die Kriegsrüstungen verschlangen viele Millionen und die Ausgabe war fruchtlos, da man in Wien doch nicht daran dachte, die in Galizien und Siebenbürgen aufgehäuften Truppenmassen in Bewegung zu setzen. Der Geldaufwand war so groß, daß man in Europa nicht glauben wollte, Österreich werde bis zuletzt vollständig stillehalten; und so schrieb man dem Wiener Kabinett Absichten zu, die an maßgebender Stelle nicht gehegt wurden.

Schon nach der Rücknahme des Mobilisierungserlasses, also seit dem 21. November 1854, war es wenig wahrscheinlich gewesen, daß Österreich sich am Kriege beteiligen werde. Doch rechnete man selbst in den Kanzleien der Großmächte bis in den Februar hinein vielfach mit dieser Möglichkeit. Erst als der Deutsche Bund die Mobilisierung ablehnte, war ein Zweifel nicht mehr möglich[2]). Von da ab erlahmte auch der Eifer Buols und voll Unwillen über die deutschen Höfe schrieb er

---

[1]) Wiener Kriegsarchiv.

[2]) Adolf Beer geht in seiner Darstellung: Die orientalische Politik Österreichs seit 1774 (S. 526) von der Ansicht aus, man sei im Dezember zum Kriege entschlossen gewesen und sei erst seit der Niederlage in der Bundesversammlung davon abgekommen.

an Prokesch: „Ich werde des ewigen Kampfes mit so elenden Bundesgenossen herzlich müde." Unter diesen Umständen hätte das Wiener Kabinett am klügsten getan, sich nicht weiter einzumischen und den Ausgang des Krieges abzuwarten. Bach, der Minister des Innern, schlug dieses Verfahren für seine Person auch ein, indem er sich seit Januar 1855 von der äußeren Politik vorsichtig fernhielt und so leise wie möglich auftrat, um nicht wie sein Schützling Warrens anzustoßen. Graf Buol aber suchte mit nervöser Unruhe immer wieder einen Ausweg aus der mißlichen Lage; er befand sich, wie der Herzog von Koburg treffend bemerkt, recht eigentlich im steten Kreislauf einer geschäftigen Aktion, wie das vorwärtsschreitende Pferd in der Tretmühle. Daher die im Grunde überflüssige Sendung Crennevilles nach Paris. Aber seit der Abstimmung zu Frankfurt war sein Kredit auch bei Kaiser Franz Joseph gesunken und er erhielt, wie wir sehen werden, nicht einmal mehr Einblick in alle wichtigen, auf sein Amt bezüglichen Aktenstücke.

Im März 1855 wurde Bruck, der sich als Internuntius mit ihm zerschlagen hatte, Finanzminister und er wirkte schon im Interesse des Staatsschatzes für Abrüstung und eine klare Friedenspolitik. Er ging darin mit seinem Freunde Heß Hand in Hand, und Fürst Windisch-Grätz arbeitete mit ihnen zu gleichem Zwecke zusammen. Die Logik der Tatsachen hätte erfordert, daß Buol wenigstens jetzt einem Manne Platz gemacht hätte, der, ganz den Absichten Kaiser Franz Josephs gemäß, ein besseres Verhältnis zu Rußland anbahnte. Offenbar aber scheute man sich in Wien, von den beiden Verträgen mit Frankreich und England (2. und 22. Dezember) abzubiegen und klar und deutlich in eine neutrale Politik einzulenken. Das entscheidende Motiv hiezu war, wie Gortschakow treffend hervorhob, die Annahme eines unversöhnlichen Grolles des beleidigten Rußland, gegen den man sich durch die Verbindung mit Frankreich schützen müsse. „Die französische Regierung," so heißt es in der amtlichen russischen Darstellung, „spannte alle Kräfte an, um Buols Einfluß auf das Wiener Kabinett wieder aufleben zu lassen, wobei sie Drohungen und Schmeicheleien in Bewegung setzte. Sie hielt

den Schlüssel zu Italien in der Hand und zeigte mittelst des Vertrages mit Sardinien den Gebrauch, den sie nötigenfalls davon machen konnte.“ Frankreich stellte Österreich auch durch seine Bankiers die Geldmittel zur Verfügung, um die Okkupation der Walachei und seine Kriegsrüstung zu bestreiten; das geschah noch zu Neujahr 1855 beim Verkaufe der zweiten Hälfte der österreichischen Staatsbahnen an eine Pariser Finanzgruppe. So hielt sich also Graf Buol im Amte, gewissermaßen als Pfand der Vertragstreue Österreichs. Aber diese Verbindung sollte nach dem Plane Kaiser Franz Josephs nicht fester werden und nicht zu einem Angriffsbündnisse gegen Rußland führen. Buol blieb als Dekoration auf seinem Platze, während der Kaiser von jetzt ab die wichtigeren Geschäfte und Verhandlungen selbst führte, so daß bald jeder Zweifel an den friedlichen Absichten seines Kabinetts schwand.

X

Entfremdung Österreichs und Frankreichs. Abrüstung in Österreich

Am 15. März 1855 trat endlich der schon seit dem Januar vorbereitete Friedenskongreß der Mächte in Wien zusammen. Es hatte lange gedauert, bis man sich über die zur Teilnahme berufenen Staaten einigte. Preußen wurde auf Verlangen Englands wegen seiner unklaren Haltung ausgeschlossen, ebenso infolge des bestimmten Wunsches Österreichs auch Piemont, obwohl dieser kriegführende Staat das Recht auf einen Sitz im Rate besaß. Es blieben also Österreich, Frankreich, England, die Pforte und Rußland. Große Erwartungen wurden dadurch erregt, daß die vier erstgenannten Mächte sich durch ihre Minister des Äußern vertreten ließen; für Frankreich kam Drouyn de l'Huys, für England Lord Russel, für die Türkei der kluge Ali Pascha, jeder von dem betreffenden Gesandten am Wiener Hofe unterstützt. An der Seite des Grafen Buol erschien als zweiter Bevollmächtigter Freiherr v. Prokesch, der wegen seiner genauen Kenntnis der Orientdinge gewählt wurde. Während seiner Abwesenheit von Frankfurt führte nicht, wie Preußen gewünscht hatte, Bismarck den Vorsitz der Bundesversammlung, sondern der von Wien zur Stellvertretung abgesandte Graf Rechberg.

Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Herrschaft auf dem Schwarzen Meere. Wie wir wissen, hatte Rußland schon am 7. Januar förmlich auf sie vrezichtet, so daß festzustellen war, durch welche Maßregeln sein Übergewicht für alle Zeiten zu

brechen war. Der Dardanellenvertrag von 1841, der abgeändert werden mußte, bot Rußland zwar nicht alles Erwünschte, der Vorteil war aber sichtbar auf seiner Seite. Nach diesem europäischen Pakte war die Durchfahrt durch die Meerengen den Kriegsschiffen aller Nationen mit Ausnahme der Türkei verschlossen; im Schwarzen Meere konnten also nur Rußland und die Türkei als Kriegsmacht auftreten. Dieser Zustand verbot zwar den Kriegsschiffen des Zars die Ausfahrt, brachte aber, wie dies auch in unseren Tagen der Fall ist, Rußland dafür den Vorteil, daß keine der Seemächte seine Küsten am Schwarzen Meere zu bedrohen vermag, so lange es mit der Türkei in Frieden lebt. Die Herrschaft auf dem Pontus Euxinus selbst fiel ihm von selbst zu, da die Pforte als Nebenbuhlerin nicht zu rechnen war.

Zwei Mittel boten sich, um dieses Übergewicht zu brechen. Es konnte den Russen entweder eine Beschränkung der Zahl der von ihnen zu haltenden Kriegsschiffe oder aber ein vollständiges Verbot auferlegt werden. Bekanntlich mußte Rußland im Pariser Frieden 1856 in die zweite dieser Bedingungen, also in die völlige Neutralisation des Schwarzen Meeres willigen. In diesem Zeitpunkte aber, so lange sich Sebastopol hielt, war es zur Unterwerfung nicht bereit und wollte sich nur eine Beschränkung gefallen lassen, die auch für die Türkei gelten müsse. Wohl war Rußland dann im Süden wehrlos, aber ausreichender Schutz war ihm geboten, wenn die Durchfahrt durch die Meerengen auch den Kriegsschiffen anderer Nationen verwehrt blieb.

Im Rate Kaiser Franz Josephs erhob sich nun eine gewichtige Stimme, die alle diese Vorsichtsmaßregeln als künstlich und am letzten Ende als wirkungslos verwarf. Das war Feldzeugmeister Heß, der darüber eine zusammenfassende Denkschrift ausarbeitete. Er war der Ansicht, Rußland werde sich einem solchen Traktat auf die Dauer doch nicht unterwerfen und Kriegshäfen wie Flotten bauen, sobald es nur zu Kräften käme. Darin hat Heß, wie aus der schon 1870 erfolgten Lossagung Rußlands von der übernommenen Verpflichtung hervorgeht, richtig vorausgesehen. Rücksichten gewöhnlicher Besonnenheit und staats-

männischer Klugheit, so heißt es in seiner Denkschrift, müßten doch erkennen lassen, daß jeder derartige Eingriff in die Souveränetät eines mächtigen Staates Rückschläge hervorrufe. „Jede Kraft papierner Traktate schwindet in Augenblicken der Krisis," sagt er kurz und treffend. Er empfiehlt deshalb eine ganz andere Methode, er will den Russen im Schwarzen Meere sowohl wie an ihren Landgrenzen die Streitkräfte Europas auf den Nacken setzen und sie statt durch Traktate lieber durch Kriegsschiffe und Festungen im Zaume halten. Die Russen könnten also, wie er meint, im Schwarzen Meere eine beliebig große Flotte halten, dafür aber sollten die Mächte daselbst einen starken Kriegshafen für türkische wie für ihre eigenen Kriegsschiffe anlegen. Das wäre ein ausreichendes Bollwerk zum Schutze Konstantinopels; der Hafen sei entweder an der bulgarischen Küste oder besser am Ausgange des Bosporus zu erbauen[1]). Ähnlich solle es an der Landgrenze gehalten werden: durch eine Kette von Befestigungen sei das eroberungslustige Reich in Schranken zu halten. Und dabei kommt der Wunsch Österreichs auf den militärischen Besitz der Donaufürstentümer zum bestimmten Ausdruck. Diese Befestigungen hätten nach dem Vorschlage Heß' in der Moldau zu beginnen, wo österreichische Truppen neben den heimischen die Besatzung bilden würden — das war also die österreichische Oberhoheit. Daran reihten sich die Schanzwerke, an denen seinem Rate gemäß in Galizien und der Bukowina (Krakau, Przemysl, Zaleszczyki, Gura-Humora) bereits gebaut wurde. Das sei ein besserer Schutz als „alle Traktatsbedingnisse, die, theoretisch vielversprechend, dennoch lange vor dem ersten Kanonenschusse bereits gebrochen sind und somit zu nichts werden". Die von Heß vorgeschlagene Lösung war vom österreichischen Standpunkte aus die denkbar beste: es befanden sich dann kaiserliche Truppen in den Donaufürstentümern und als ihre Reserve eine französisch-englische Flotte im Schwarzen

---

[1]) Auch in diesen Dingen teilte der preußische Thronfolger den österreichischen Standpunkt. Er meinte, daß feste, von den Alliierten im Schwarzen Meere zu besetzende Punkte, „Nasenquetscher", die Russen am besten im Zaume halten würden. Die Kosten wären nicht so groß wie die eines einjährigen Feldzuges (Herzog von Koburg, II, S. 264).

Meere. Bruck war im wesentlichen derselben Meinung: eine russische Flotte sei für Konstantinopel so lange keine Gefahr, als der Landweg ihrer Armee versperrt sei; durch eine starke Befestigung am Ausgange der Meerengen könne jede Seemacht von Stambul ferngehalten werden[1]).

Es war aber die Frage, ob die Seemächte sich Österreich so weit zur Verfügung stellen würden, nachdem dieses Reich so wenig für sie getan hatte. Das Wiener Kabinett eröffnete nämlich beiden streitenden Teilen vor und zu Beginn der Konferenz, es wünsche die Eindämmung der russischen Macht, doch werde es in der Ablehnung seiner Vorschläge durch den Zaren keinen Kriegsfall erblicken. Palmerstons alter Grimm gegen Österreich erhielt dadurch neue Nahrung, und mit offenkundiger Übertreibung schrieb er am 28. März an Russel nach Wien: „Das verräterische Spiel Österreichs mit Rußland ist klar und mit Händen zu greifen.“[2])

Der österreichische Minister, der die Dinge im Sinne Palmerstons zu lenken bereit gewesen wäre, war kaltgestellt, und es ist bezeichnend, daß Buol nicht einmal Kenntnis von der Denkschrift des Feldzeugmeisters Heß erhielt[3]). Sie war auch gar nicht für ihn berechnet, da sie mit folgendem bösen Ausfall auf ihn beginnt: „Wenn man heute den Grafen Buol oder einen der Gesandten der Großmächte fragt, was sie unter den vier Punkten verstehen, so zeigt sich, daß sie sich, auch das österreichische Kabinett, nicht klar gemacht haben, was sie wollen.“ Dagegen wurde das Schriftstück dem zweiten österreichischen Bevollmäch-

---

1) Geffcken, S. 179.

2) Ashley: Life of Palmerston, II, S. 87.

3) Über den Sachverhalt belehrt eine Stelle im Tagebuche Baron Kübecks vom 16. März 1855: „Besuch bei F. M. (Fürst Metternich). Das Mémoire des Baron Heß über die Auslegung der vier Punkte im Rücken des Grafen Buol dem Baron Prokesch mitgeteilt.“ Tatsächlich trägt die Denkschrift folgenden Titel: „Militärisch-politische Betrachtungen, zum Behufe der Konferenzen mit allerhöchster Genehmigung dem Feldmarschallleutenant Baron Prokesch zugesendet“, dto. Wien, 13. März 1855. (Wiener Kriegsarchiv.) Am 8. Mai schrieb Prokesch an seine Frau: „Die Verhältnisse sind schwieriger, als man ahnen kann. Das Grundübel ist der Mangel an Einheit in den Bestrebungen und das daraus hervorgehende Mißtrauen der Freunde wie die gesteigerte Zuversicht der Gegner.“

tigten, Prokesch-Osten, als Grundlage für die von ihm zu führenden Verhandlungen vorgelegt. Diese von Mißtrauen eingegebene Verteilung der Staatsgeschäfte mußte auf deren Führung schädlichen Einfluß üben, umsomehr als diese verworrenen Verhältnisse den fremden Ministern und Gesandten nicht ganz unbekannt blieben. Wenige Monate darauf, im Juli 1855, sagte Gortschakow zu Bismarck, Prokesch habe für die Konferenzen direkt vom Kaiser Instruktionen erhalten über den Kopf des Ministers hinweg und Buol überhaupt in Schatten gestellt; dieser sei deshalb die morganatische Frau Prokeschs genannt worden. Überhaupt, so fügte der russische Diplomat bissig hinzu, habe das von Buol Gesagte stets erst durch die protokollarische Redaktion seines Rates Biegeleben Sinn und Verstand bekommen[1]). In demselben Sinne vermerkt Hübner am 27. März in seinem Tagebuche: „Heute morgen vom Grafen Buol ein Telegramm erhalten, das mich befürchten läßt, er sei nicht mehr Herr der Lage."

Unter diesen Umständen waren die mühevollen und zuletzt ergebnislosen Beratungen des Friedenskongresses von geringer Bedeutung; um so wichtiger aber die geheime Verhandlung, die unterdessen unmittelbar zwischen Kaiser Franz Joseph und dem französischen Minister Drouyn de l'Huys einherlief. Der Kaiser war jetzt sein eigener Minister des Äußern und es sollte für die Geschichte der nächsten Jahre von einschneidender Wichtigkeit werden, daß er persönlich den letzten Vorschlag der französischen Regierung ablehnte, mit Napoleon III. ein festes Einverständnis und eine Allianz zustande zu bringen, die auf besserem Grunde ruhte als die vom 2. Dezember.

Es ist uns bereits bekannt, daß die Diplomaten Napoleons III., die Männer der älteren Schule, seine unruhige Politik nicht ohne Besorgnis mitmachten, daß sie insbesondere mit Sorge beobachteten, wie der Gedanke der Befreiung Italiens und Polens in seiner Seele weiterarbeitete. Drouyn de l'Huys war schon mit dem Kriege gegen Rußland nicht ganz einverstanden und wünschte dessen baldige ehrenvolle Beendigung. Er fand,

---

[1]) Poschinger: Preußen im Bundestag, II, S. 258.

daß Frankreich das Blut seiner Söhne hiebei mehr für Englands Zwecke opfere; einen Krieg für die Einheit Italiens hielt er für unfranzösisch, er wollte den Kaiser ganz von diesen Ideen abziehen und ihn auf ein Verständnis mit Österreich hinlenken. Er mißtraute den Engländern und fürchtete, Frankreich werde von ihnen ausgenützt. Dagegen war ihm das katholische Österreich sympathisch und er wünschte den Frieden Europas durch ein Bündnis Napoleons mit der alten Kaisermacht herzustellen und zu sichern. Deshalb legte er Wert auf seine Reise nach Wien, und da er nicht sicher war, ob Napoleon die Erlaubnis dazu geben werde, bat er Hübner, ihm diese Idee bei der nächsten Audienz zu suggerieren.

Napoleon war zu klug, um nicht einzusehen, daß für ihn das wichtigste die Beendigung des schweren Krieges in der Krim war, so daß die ferneren, phantastischen Pläne inzwischen zurückstehen mußten. Er war also damit einverstanden, daß sein Minister Österreich noch einmal eine Allianz anbiete. Wenn Drouyn de l'Huys ihm aus Wien die Waffenhilfe Österreichs mitbrachte, so ließ sich über das andere sprechen. Auch hätte der Kaiser, um seine noch unsichere persönliche Stellung zu befestigen, gerne mit dem Hause Habsburg nähere Beziehungen angeknüpft. Er galt unter den europäischen Monarchen noch nicht für voll, und seine Zusammenkunft mit Königin Viktoria von England stand erst in Sicht. Er brannte danach, nach Wien als Gast geladen zu werden, worauf ihm ein Gegenbesuch in Paris sicher gewesen wäre. Damals trug er sich mit dem Gedanken, nach Wien und von da über Triest nach der Krim zu reisen, um durch seine Anwesenheit bei der Armee ihren zögernden Operationen den richtigen Schwung zu verleihen[1]). Die Idee war etwas abenteuerlich und seine Minister gaben sich alle Mühe, ihn davon abzubringen. Doch war der Besuch in Wien unabhängig von weiteren Entwürfen und lag ihm besonders am Herzen. Mochte also Drouyn de l'Huys in allen diesen Dingen sein Glück versuchen.

---

[1]) Napoleon sagte, seine Reise nach Wien wäre zweckmäßig „pour faire marcher mon jeune empereur d'Autriche".

Es galt nun, den Kaiser Franz Joseph für diese Pläne zu gewinnen, denn es war nichts weniger als entscheidend, daß Graf Buol ihnen innerlich ohnedies beistimmte. Buol dachte wohl wie Bach, der die Reise Napoleons nach Wien für ein glückliches Ereignis gehalten hätte; alsdann mußten die Hoffnungen der Italiener, der Magyaren und Polen auf den Beistand des französischen Kaisers von selbst zusammenbrechen. Kaiser Franz Joseph aber war, wie wir wissen, nicht willens, sich von Rußland weiter zu entfernen, und hatte gleich zu Beginn der Konferenzen den französischen wie den russischen Vertretern seine bestimmte Absicht ausgesprochen, seinem Reiche die Neutralität und den Frieden zu bewahren. Ebensowenig war er geneigt, sich tiefer mit dem Franzosenkaiser einzulassen, den man damals an den Höfen doch nur als Abenteurer gelten ließ. Von dem Bündnisse mit Frankreich hielt ihn übrigens nicht bloß die Scheu vor dem Ungewissen und dem Ungewohnten zurück, sondern auch das dem Zaren Alexander II. gegebene Versprechen, sich nicht in ein gegen ihn gerichtetes Kriegsbündnis einzulassen.

Alle diese Dinge kamen in der Audienz zur Sprache, die der französische Minister am 8. April beim Kaiser hatte[1]). Dieser ließ ihn nicht im Zweifel darüber, daß er mit Rußland keinen Krieg zu führen gedenke und daß er sich deshalb auch nicht für das unbedingte Verbot des Haltens russischer Kriegsschiffe im Schwarzen Meere einsetzen werde. Die Gründe für die völlige Neutralisation dieses Meeres, die der französische Minister anführte, vermochten ihn nicht umzustimmen. Darauf ging Drouyn de l'Huys auf das über, was für ihn die Hauptsache war. In wohlgesetzter Rede empfahl er dem Kaiser die französische Allianz, alles vorbringend, was für sie sprechen mochte: die sich für Österreich ergebende Möglichkeit, in aller Ruhe auch weiterhin an der Verschmelzung der Teile des Reiches zu arbeiten; der Ge-

[1]) Der ausführliche Bericht in dem Buche Harcourts: Les quatre ministères de Mr. Drouyn de l'Huys. Über die Reise des französischen Ministers nach Wien siehe auch das Buch von L. Thouvenel: Pages de l'histoire du second empire, 1. Kapitel. Für die Charakteristik Drouyn de l'Huys ist die von Vandal geschriebene Einleitung zu diesem Buche zu vergleichen. Sie weicht von Thouvenel, S. 70, zum Teil ab.

danke, dadurch die Vorherrschaft in Deutschland festzuhalten; gemeinsamer Widerstand gegen das Vordringen Rußlands; Entwicklung des Wohlstandes unter den Bewohnern Österreichs. Dann rührte er an die monarchische Empfindung des Herrschers und zeigte ihm, wie er im Vereine mit Napoleon die Revolution endgiltig niederhalten könne, ohne sich doch wie bisher Rußlands Übergewicht gefallen lassen zu müssen.

Der Kaiser hörte ihm aufmerksam zu, lenkte aber das Gespräch von diesem Gedankengange ab und bemerkte ausweichend: er sei von zwei Pflichten beherrscht, von der Treue gegen seine Alliierten vom 2. Dezember und von der Sorge um das Wohl seiner Völker; diesen aber diene er am besten, wenn er darauf dringe, daß Europa in seinen Rußland aufzuerlegenden Friedensbedingungen Maß halte. Damit ging er, alles übrige vermeidend, auf die Besprechung der beiden Systeme der Neutralisation und der Beschränkung über; und er blieb auch bei diesem mit Sicherheit ergriffenen Gesprächsstoffe. Drouyn de l'Huys glaubte nur einen Augenblick lang eine gewisse Verlegenheit bei dem Kaiser zu bemerken, als er hinwarf, es sei nun an der Zeit, die von dem Grafen Crenneville vereinbarte Militärkonvention zu unterzeichnen. Aber der Kaiser wich gleich wieder mit der zutreffenden Bemerkung aus, zuvor müsse man doch über die Friedensbedingungen einig werden; dann erst könne sich's entscheiden, ob Österreich am Kriege teilnehmen werde. Alles in allem zeigte sich, daß Drouyn de l'Huys' Allianzantrag, so geschickt er auch vorgebracht, so vortrefflich er begründet war, ein Fehlschlag blieb. Der Kaiser lehnte nicht geradezu ab, aber er wußte das Gespräch so geschickt zu führen, daß diese Dinge hübsch abseits blieben. Das war eigentlich schlimmer als eine gründliche, wenn auch ergebnislose Erörterung. Denn eine solche konnte später fortgesetzt werden, um die Zweifel zu überwinden; da sich der Kaiser aber nicht einmal auf den ihm gemachten Vorschlag einließ, so war er platt zu Boden gefallen.

Der französische Minister fiel trotzdem nicht aus der Rolle, sondern setzte die Verhandlungen in der Friedenskonferenz in demselben Geiste fort. Er ging, was er schon Hübner in Paris in Aussicht gestellt hatte, willig auf den Gedankengang der

österreichischen Unterhändler ein, und so kam es, daß der Vorschlag Heß' bezüglich des Schwarzen Meeres in gewissem Sinne zu Ehren kam. Doch nur von dem Ponteuxin war die Rede und nicht von den Donaufürstentümern; das Schwarze Meer aber sollte den Kriegsschiffen aller Nationen geöffnet werden. Drouyn de l'Huys ließ dem Wiener Kabinett zuliebe den Vorschlag auf völlige Ausschließung der russischen Kriegsflotte vom Schwarzen Meere fallen und entwarf mit dem Grafen Buol einen Friedensvertrag auf Grund des Gleichgewichtes der militärischen Kräfte in jenen Gewässern. Das angenommene System war ziemlich verwickelt: gleiche Stärke der russischen und der türkischen Flotte, doch so, daß die Zahl der russischen Schiffe nicht größer sein dürfe als zur Zeit des Vertragsabschlusses; außerdem solle jede der anderen vertragschließenden Mächte, England, Frankreich und Österreich, zwei Fregatten im Schwarzen Meere halten dürfen. Den Russen blieb die Ausfahrt aus dem Bosporus verboten, den anderen Mächten dagegen die Durchfahrt gestattet. Die Vergrößerung der russischen Schlachtflotte sollte als Kriegsfall gelten. Nach der Einigung Österreichs und Frankreichs eröffneten sich für diese Vorschläge anfangs günstige Aussichten. Denn es gelang dem französischen Minister, seinen englischen Kollegen Russel für eben diese Lösung zu gewinnen, und auch das Petersburger Kabinett verhielt sich nicht ganz ablehnend, da es auf den Rat des Fürsten Gortschakow bemüht war, die österreichische Regierung in ihren Friedenswünschen zu bestärken[1]).

Drouyn de l'Huys kehrte nach Paris mit der Hoffnung zurück, den Faden weiterspinnen und die Beendigung des Krieges herbeiführen zu können. Voraussetzung war, daß Kaiser Napoleon die ihm überbrachten Friedensvorschläge auch annahm; mit diesem Vorbehalt hatte sein Minister sich an ihrer Ausarbeitung beteiligt. In Paris aber fand er die Lage vollständig verändert. Denn unterdessen hatte das von Napoleon und seiner Gemahlin lange ersehnte Ereignis stattgefunden: sie waren in London die Gäste

[1]) Der ganze Verlauf der Dinge steht mit der Behauptung der Étude diplomatique (II, S. 321), Österreich sei während der Konferenzen die Rußland am meisten übelwollende Macht gewesen, in starkem Widerspruch.

der Königin Viktoria gewesen und mit Liebenswürdigkeiten überschüttet worden. Der Hof Napoleons befand sich in einem Freudentaumel und die englische Allianz war fester geknüpft als je.

Die Seele der englischen Politik war jetzt nach manchen Schwankungen der letzten zwei Jahre Lord Palmerston. Das Kabinett Aberdeen, dem er als Staatssekretär angehörte, hatte zuletzt durch die Schwäche der Kriegführung wie durch die Mängel der Militärorganisation allen Kredit verloren, und die Stimme der Nation berief Palmerston an die Spitze der Geschäfte, weil man dem „Lord Feuerbrand" die Gabe zutraute, den Krieg rühmlich weiterzuführen und zu beendigen. So wurde er mit 71 Jahren im Februar 1855 zum ersten Male Premierminister, nachdem er schon als junger Mann (1809) als Kriegsminister und später oft genug einen Sitz im Kabinett eingenommen hatte; Lord Russel war an seiner Seite Staatssekretär für die äußeren Angelegenheiten. Endlich am Ziele seines Ehrgeizes angelangt, dürstete es Palmerston nach kräftigen Taten; er wollte seine Hand nicht zu halber Arbeit hergeben, wie sie auf der Wiener Konferenz abgemacht war. Ihm stand es fest, daß Sebastopol fallen und das Schwarze Meer von der russischen Kriegsflagge vollständig reingefegt werden müsse. Für die Seeherrschaft Englands war und ist es eben immer ein Vorteil, wenn irgend eine fremde Flotte vom Meere verschwindet. Dagegen erklärte Palmerston es für einen schlechten Scherz, England zuzumuten, zur Bewachung Rußlands in jenen Gewässern für alle Zeiten Kriegsschiffe halten zu müssen; Drouyn de l'Huys und Russel hatten nach seiner Ansicht in Wien schlechte Geschäfte gemacht. Bei der Konferenz vom 18. April, die die englischen Minister zu London mit Kaiser Napoleon abhielten, gewannen sie ihn vollständig für ihre Auffassung. Sie bestimmten ihn, die beabsichtigte Reise in die Krim fallen zu lassen, doch erklärte er sich bereit, den Krieg mit allen Kräften weiterzuführen.

Was brachte dem gegenüber Drouyn de l'Huys aus Wien zurück? Weder die gesicherte österreichische Allianz, noch auch die gewünschte Einladung in die Wiener Hofburg. Nichts als eine kahle Friedensformel, von der seine englischen Bundesgenossen

nichts wissen wollten; der Gemahl der Königin riet Napoleon in einem Briefe vom 27. April dringend, sich auf einen faulen Frieden nicht einzulassen. Für Napoleon wog es leicht, daß er seinem Lande weitere Opfer an Blut und Geld ersparen konnte; es machte keinen Eindruck auf ihn, daß nicht bloß sein Minister, sondern, wie glaubhaft versichert wird, auch seine beiden Getreuen, Graf Walewski — der Sohn Napoleons I. von seiner schönen polnischen Geliebten — wie Persigny, dem Frieden das Wort redeten; sicher ist, daß Thouvenel, der während der Abwesenheit des Ministers die auswärtigen Angelegenheiten leitete, in diesem Sinne wirkte[1]). Die Ruhmsucht der Franzosen und damit Napoleons dynastisches Interesse standen auf der einen, der Frieden Europas auf der anderen Seite. Nach einigem Schwanken, während dessen Drouyn de l'Huys doch Sieger zu bleiben vermeinte, entschied sich der Kaiser für die Ablehnung der Wiener Abmachungen. Dies eröffnete er am 29. April persönlich dem österreichischen Gesandten, und seine schlechte Laune wegen der ihm widerfahrenen Abweisung zeigte sich darin, daß er Hübner nicht verhehlte, er würde es vorziehen, sich geradezu von Österreich zu trennen.

Am Tage darauf kehrte Drouyn de l'Huys aus Wien zurück. Es war für seine Stellung entscheidend, ob es ihm gelang, den Kaiser umzustimmen und für die Wiener Abmachungen zu gewinnen. In einer eingehenden Unterredung am 1. Mai zeigte sich Napoleon schwankend und noch nicht ganz entschlossen; er erteilte seinem Minister die Erlaubnis, sich in London für die Friedensbedingungen einzusetzen. Sei es, daß Napoleon darauf die Gewährung bereute, oder daß Drouyn de l'Huys das halbe, ihm gemachte Zugeständnis überschätzte — genug, am 4. Mai entschied sich der Kaiser in einer Unterredung mit ihm und dem englischen Gesandten Lord Cowley für die englische Auffassung und für die Fortsetzung des Krieges. Drouyn de l'Huys war tief betroffen. Er fand, daß er vor den Kabinetten von London und Wien bloßgestellt sei und gab am 5. Mai seine

[1]) So Vitzthum: Petersburg und London, S. 151, 156 und 173. Über Thouvenel vgl. das Buch seines Sohnes: Pages de l'histoire du second empire.

Entlassung. In einem ungewöhnlich schroffen Briefe an den Kaiser stellte er ihm vor, daß er sich um seiner Ehre willen nicht derart hin und her schieben lassen könne. Den begütigenden Worten Napoleons gegenüber beharrte er auf seinem Rücktritt, der ihm dann auch gewährt wurde[1]). Ein ähnlicher Vorgang spielte sich in London ab. Lord Russel, der gleich ihm für den Frieden stimmte, geriet mit Palmerston und der Stimmung des Parlaments in Widerspruch, auch er trat von seinem Amte zurück, das Lord Clarendon anvertraut wurde.

Drouyn de l'Huys war der Meinung, der Kaiser habe ihn fallen gelassen, weil er auf die von ihm errungenen Erfolge eifersüchtig gewesen sei; Napoleon habe es nicht vertragen können, daß sein Minister in Wien mit Kaiser Franz Joseph die Herstellung des Friedens erzielt habe. Das klingt nicht sehr überzeugend. Waren doch die Erfolge Drouyn de l'Huys' in Wien nicht so groß, wie er sie Hübner darstellte; es scheint, daß dieser über die geheime Unterhandlung, die Allianz betreffend, überhaupt nicht unterrichtet wurde; der abtretende Staatsmann erzählte Hübner nur von den festgestellten Friedensbedingungen, nicht von der widerfahrenen Abweisung. Der französische Minister befand sich in derselben Lage wie Graf Buol: sie waren die Fürsprecher der österreichisch-französischen Allianz und konnten damit bei ihren Monarchen nicht durchdringen. Übrigens berief Kaiser Napoleon den erfahrenen Diplomaten trotzdem noch einmal, im Jahre 1862, ins Amt. Es geschah dies, nachdem der Kaiser über seine ursprüngliche Absicht hinweggeführt worden war, indem Italien nicht nur befreit wurde, sondern seine Einigung errang. In dieser Lage sollte Drouyn de l'Huys ihm behilflich sein, wieder in eine konservative Politik zurückzulenken. Da trat unversehens der Zusammenstoß von 1866 ein, Sadowa und das Emporkommen Preußens. Und wieder riet Drouyn de l'Huys dem Kaiser, sich an Österreich zu halten und den Zusammenbruch dieser Macht zu verhindern; er wollte in den Wochen nach der Schlacht von Königgrätz

---

[1]) Die näheren Umstände bei Thouvenel: Pages de l'histoire du second empire, und bei Hübner, Mai 1855, Februar 1856.

Napoleon zu Rüstungen gegen Preußen und zur Forderung eines Preises für die Neutralität Frankreichs bestimmen. Als er auch diesmal mit seinen Bemühungen scheiterte, forderte er wie 1855 stolzen Tones seine Entlassung. Er ist sich in der Verteidigung des alten Europa treu geblieben.

Äußerlich trat auch unter dem neuen französischen Minister des Äußern, Grafen Walewski, in den Beziehungen zwischen Wien und Paris keine Änderung ein. Indessen war das nur ein durchsichtiger Schein, und von hier aus ist die Entfremdung Österreichs und Frankreichs zu datieren, die, wenn auch zeitweise verdeckt, zu den Ereignissen von 1859 führte. Napoleon war durch die Zurückweisung seiner Werbung tief in seiner Eigenliebe verletzt, und da seine innersten Neigungen ihn zu den Gegnern Österreichs zogen, so gab er sich seiner natürlichen Empfindung immer mehr hin.

In Wien empfand man, wie mißlich es war, daß mit Drouyn de l'Huys ein aufrichtiger Freund Österreichs von der Schaubühne abtrat. Man gab sich daher Mühe, ihn im Amte zu halten; wenige Tage vor seinem Sturze gab Buol auf eine Anfrage des französischen Gesandten die Antwort, Österreich stehe fest zu den jüngsten Abmachungen und fordere von Rußland bestimmt den Beitritt; eine Ablehnung würde die Teilnahme Österreichs am Kriege zur Folge haben. Aber dieses Aufflackern der Energie machte auf Napoleon III. keinen Eindruck. Denn man wußte, daß Rußland nicht ablehnen werde; der französische Kaiser aber war für die englische Auffassung gewonnen und verwarf die allzu mild erscheinenden Friedensbedingungen.

Von da ab nahm die österreichische Regierung den Standpunkt ein, sie habe alles getan, was der Vertrag vom 2. Dezember ihr auferlegte. Darin war festgestellt, daß die drei verbündeten Mächte über die Friedensbasis sich einigen und sie, wenn notwendig, Rußland mit bewaffneter Hand aufzwingen wollten. Nun denn — diese Einigung war zwischen Buol, Drouyn de l'Huys und Russel erfolgt und Rußland wollte sich fügen; es war nicht Schuld des Wiener Kabinetts, daß die Regierungen zu London und Paris das Werk ihrer Unterhändler verwarfen.

Besonders Kaiser Franz Joseph sagte sich, daß er sein Versprechen erfüllt habe; er sei nicht verpflichtet, für übertriebene Forderungen der Westmächte das Schwert zu ziehen. Wenn der französische und der englische Minister des Äußern seine Vorschläge für billig fanden, so war dies der beste Beweis, daß er den Vertrag vom 2. Dezember redlich und ernstlich hatte erfüllen wollen. Er war darin so fest, daß er sich von jetzt ab mit Rußland wieder in ein besseres Verhältnis zu setzen gedachte. Dies geschah in der Art, daß er — ohne Wissen des Grafen Buol — den Fürsten Windisch-Grätz zum russischen Gesandten schickte, um ihm zu eröffnen: da die Westmächte die vereinbarten Bedingungen ablehnten, fühle er sich nicht mehr zu der im Dezembervertrage in Aussicht gestellten Waffenhilfe verpflichtet[1]).

Gegen diese Auslegung des Dezembervertrages läßt sich formell nichts einwenden, besonders wenn man die bekannten Verhältnisse in Betracht zieht, unter denen er zu stande kam. Indessen kommt es bei den Beziehungen unter den Staaten nur wenig auf die feineren Schattierungen von Recht und Vertragstreue an. Die Westmächte behaupteten, die abgeschlossene Offensiv- und Defensivallianz habe eine tiefere Bedeutung und gelte dem Sinne nach bis zur Beendigung des Krieges. Sie erklärten sich für getäuscht und warfen dem Wiener Kabinett vor, es ziehe sich bloß deshalb zurück, weil es die Früchte der Niederlagen Rußlands mitgenießen wolle, ohne selbst seine Kräfte ernstlich eingesetzt zu haben. Das Ergebnis war also, daß, während Österreich sich mit Rußland bis zur Unversöhnlichkeit verfeindet hatte, die Beziehungen zu Frankreich und England kälter, zeitweise feindselig wurden. Die ersten Anzeichen hievon zeigten sich schon während der Wiener Konferenzen und Hübner verzeichnet anfangs April mißmutig die Tatsache, Rothschild wittere mit der ihm eigenen Spürnase die Entfremdung Österreichs und Frankreichs. Der österreichische Gesandte in Paris gab sich alle Mühe, Schlimmeres abzuwenden, und Graf Buol berief Ende Mai nochmals die Konferenz der Ge-

[1]) So im ungedruckten Tagebuche Kübecks zum 22. Mai 1855. Vergl. Étude diplomatique, 2. Bd., S. 346.

sandten, um doch eine Friedensformel zurechtzuklittern, die den Westmächten genehmer wäre als die frühere. Aber auch dieses neue diplomatische Kunstwerk — es zeichnete sich leider wieder durch Unklarheit aus — fand bei ihnen ungünstige Aufnahme und so wurde die Friedenskonferenz in den ersten Tagen des Juni sang- und klanglos zu Grabe getragen[1]). Um den Schein zu retten, wurde Graf Crenneville nochmals zur Verhandlung über die wunderbare Militärkonvention nach Paris geschickt; man wollte den Glauben an die Allianz zwischen Frankreich und Österreich vor der Welt wieder auffrischen. „Ich glaube aber," bemerkt Hübner seufzend, „daß niemand außer dem tapferen General, der übrigens auch sehr bald zur Einsicht kam, aufgesessen ist."

Die in Paris herrschende Verstimmung entlud sich in unangenehmen Unterredungen zwischen Walewski und Hübner, bei denen der französische Minister, im Juni 1855, die peinliche Frage aufwarf, ob denn die österreichischen Truppen noch lange in den Donaufürstentümern bleiben würden. Das war das erste Memento dafür, daß Frankreich beim Friedensschlusse die Räumung der Moldau und der Walachei fordern werde; man stand also vor dem Erwachen aus dem schönen Traume der Erwerbung der Donaumündungen. Walewski ließ die Sache zwar vorerst fallen, um aber später auf dem Pariser Kongresse Hand in Hand mit Rußland mit entscheidendem Ernste aufzutreten.

Der von Österreich gehütete Schein der Bundesfreundschaft gab Lord Palmerston Anlaß zu sarkastischen Bemerkungen. In einer Rede vor dem Parlament sagte er einmal gewissermaßen harmlos: „Österreich geht mit uns bis zu einem gewissen Punkte," — dann nach einer Pause: „es geht mit uns — aber nur moralisch," worauf die Zuhörer in laute Heiterkeit

[1]) Graf Buol war über den Gang der Dinge sehr niedergeschlagen und am 9. Juni erhielt Hübner von ihm einen Privatbrief, der ihm den peinlichsten Eindruck machte. Er schreibt darüber: „Buol ist außer Rand und Band und weiß nicht, welchen Heiligen er anrufen soll, aber im Grunde genommen ist alles nur Geschwätz. Es ist zum Verzweifeln. Seine Lage ist jedoch so peinlich, daß man nicht noch Steine auf ihn werfen soll."

ausbrachen. In gleichem Sinne schrieb er am 28. Mai an Napoleon: „Sind wir in der Krim siegreich, so werden wir über die Freundschaft, vielleicht über den Degen Österreichs verfügen. Wenn der Erfolg ausbleibt, werden wir nicht einmal seinen Degen für uns haben."

Kaiser Napoleon sorgte in anderer Weise dafür, daß die Welt von seinem Unmute Kunde erhielt. Am 2. Juli hielt er eine Thronrede mit einem schlimmen Ausfall auf das Wiener Kabinett: „Noch immer," so heißt es darin, „befinden wir uns in der Erwartung, daß Österreich seinen Verpflichtungen nachkomme, die darin gipfeln, unsere Offensiv- und Defensivallianz zur Tat zu machen, falls die Verhandlungen nicht zum Ziele führen." Die Auffassung der Westmächte war also die, daß der Dezembervertrag Österreich zur Teilnahme am Kriege unter allen Umständen verpflichte, sobald die Friedensunterhandlungen nicht zum Ziele führten. Das war eine mehr als gewagte Auslegung: Österreich mußte sich dann so lange schlagen, bis Palmerston und Napoleon III. das russische Reich für genug gedemütigt erklärten. Im Privatgespräche kam Kaiser Napoleon immer wieder auf die Behauptung zurück, Österreich sei vertragsbrüchig geworden. Hübner war durch diese Wendung der Dinge ebenso niedergeschlagen wie Buol. Ihre Politik hatte Schiffbruch gelitten und die Stellung des österreichischen Gesandten in Paris wurde immer unbehaglicher. Er wurde nicht müde, seiner Regierung Einlenken zu empfehlen und zu raten, Napoleon durch irgend eine dem Westen freundliche Maßregel zu begütigen. Doch besaß er nicht die volle Empfindung für die Tiefe des Gegensatzes; er glaubte noch immer an eine Interessengemeinschaft der Höfe von Wien und Paris, die sich stärker erweisen werde als die augenblickliche Verstimmung. Das aber war ein Irrtum. Wenn Napoleon III. mit seinem vollen Unwillen gegen Österreich noch zurückhielt, so lag dies nur daran, daß es in der Orientkrisis ein wichtiger Faktor war und daher nicht gereizt werden durfte. Auch war er kein Mann der raschen Tat, eher verschlossen und phlegmatisch; langsam formten sich in seiner träumerischen Natur die Bilder der Zukunft. Schon während des Krieges hatte er mitunter daran gedacht, seine Rolle

als Befreier der unterdrückten Nationalitäten damit anzutreten, daß er die Polen gegen Rußland zu den Waffen rief. Drouyn de l'Huys war nur ungern auf solche Pläne eingegangen, sein Nachfolger Walewski, als Sohn einer Polin, brachte im September die Sache in London ernstlich zur Sprache [1]), doch erfolgte von hier aus eine dringende Abmahnung; denn Österreich und Preußen hätten dies mit Rücksicht auf ihre polnischen Untertanen nicht zulassen dürfen. So wendeten sich Napoleons Gedanken Italien zu, dem seine Sympathien von Jugend auf gehörten, und er fühlte sich darin durch die sardinische Waffenhilfe wie durch die Gewandtheit und Unterwürfigkeit des Grafen Cavour noch bestärkt. Als daher König Viktor Emanuel im Herbste Paris besuchte, wurde er mit allen Ehren empfangen. Doch zunächst mußte der Krimkrieg beendigt werden: Napoleon barg also jene Pläne jetzt noch in seinem Innern, um mit ihnen zu rechter Zeit hervorzutreten.

* * *

Die Friedenspartei in Wien ließ sich durch die üble Laune des französischen Kaisers nicht anfechten und setzte ihre Bemühungen fort, schon um der kostspieligen Kriegsrüstung Österreichs ein Ende zu machen. Seitdem Kaiser Franz Joseph die Beteiligung am Kriege abgelehnt hatte, war es überflüssig, im Nordosten eine Armee von 250 000 Mann auf den Beinen zu halten. Schon waren gegen 100 Millionen Gulden über das gewöhnliche Heeresbudget ausgegeben worden; Finanzminister Bruck erlag beinahe der Aufgabe, weitere Summen herbeizuschaffen. Bei einem Festmahle, das er einigen Generalen zu Ehren gab, soll er den Trinkspruch ausgebracht haben: „Gott erhalte die österreichische Armee, ich, der Finanzminister, kann's nicht mehr!"

Die Auffassung dieser Kreise geht aus einer Denkschrift hervor, die Heß Anfangs Mai einreichte, und es scheint, daß sie auch zur Vorlage in Paris bestimmt war, da sie Napoleon III. mit Lob und Anerkennung überhäuft [2]). Heß will zeigen, wie man zur

[1]) Geffcken, S. 196; Hübner zum 13. Oktober 1854.

[2]) Die Denkschrift führt den Titel: Considérations politiques. (Wiener Kriegsarchiv.)

Begründung eines lange währenden, vielleicht fünfzigjährigen Friedens in Europa gelangen könne. Österreich wolle die Erhaltung des Bestehenden und sei darin einig mit dem Deutschen Bunde; Preußen täte am besten, seine ehrgeizigen Pläne aufzugeben, durch die es in die größten Gefahren geraten könnte, und sich der Aufrichtung einer großen Friedensmacht anzuschließen zum Schutze gegen Ost wie gegen West. Rußland würde für die Wohlfahrt seiner Völker unendlich mehr durch einen langen Frieden gewinnen, als durch Vergrößerung seines Landgebietes. Ebenso Napoleon III.: die Eroberung Sebastopols sei zur Sicherung seiner Herrschaft nicht notwendig, wie vielfach behauptet werde; sein Heer fände nach dem Friedensschlusse genügende Beschäftigung in der völligen Unterwerfung Algeriens, wo durch Gründung von Militärkolonien zur Bebauung und Hebung des Landes viel geschehen könnte. Das was sodann über Großbritannien gesagt ist, spiegelt zum Teile die Ideen Brucks wider, der an dem Entwurfe der Denkschrift wohl mitbeteiligt war; das englische Kabinett und in erster Linie Palmerston werden als großes Hindernis des Friedens bezeichnet. Die Gefahr von jenseits des Kanals her sei eine doppelte: England unterstütze alle liberalen und revolutionären Bewegungen auf dem Festlande, und es strebe außerdem danach, den Handel der übrigen Völker niederzuhalten, was in der Türkei, in Portugal, in Süditalien zur wirtschaftlichen Verödung geführt habe. Um nun auch England für den Friedensschluß im Osten zu gewinnen, empfehle es sich, einen österreichischen Staatsmann von Autorität und Intelligenz, etwa Finanzminister Bruck, nach London zu schicken, um einen Handelsvertrag zwischen England und Österreich zustande zu bringen. Großbritannien würde sich den daraus erwachsenden Vorteilen nicht verschließen; auch sei anzunehmen, daß andere Staaten dem Beispiele Österreichs folgen würden, worauf man einen Kongreß berufen könnte, auf dem eine allgemeine Basis für eine europäische Handels- und Finanzpolitik festzustellen sei[1]). Man sieht, daß Bruck und

---

[1]) „Ich hege die sichere Überzeugung, daß das Ergebnis eines solchen Schrittes der Erwartung von ganz Europa entspräche und ebenso jedes Staates im besonderen; daß es ein Glück wäre, könnte man von jetzt ab die Prinzipien

Heß den Weg gehen wollten, den Napoleon III. im Jahre 1860 bei dem Abschlusse des Handelsvertrages mit England beschritt. Bruck hatte 1849 das meiste zur Begründung eines einheitlichen, Österreich und Ungarn umfassenden Zollgebietes beigetragen, dann auf die Zolleinigung von ganz Mitteleuropa hingearbeitet und faßte jetzt eine gesamteuropäische Verständigung ins Auge. Dagegen ist es unmittelbar auf Heß zurückzuführen, wenn in der Denkschrift wieder von der Notwendigkeit einer Kette von Befestigungen zur Abwehr Rußlands die Rede ist, von Krakau über Galizien und Siebenbürgen bis an die untere Donau, wo eine starke Festung bei Galatz beide Ufer des Stromes zu sperren hätte; weiter wären der Hafen von Varna und eine Seefestung an der Mündung des Bosporus geeignet, als maritime Stützpunkte dieses Verteidigungssystems gegen die Eroberungspläne Rußlands zu dienen.

Mit dem Rücktritte Drouyn de l'Huys' waren diese Entwürfe aussichtslos geworden; in England stand die öffentliche Meinung ganz auf seiten Palmerstons, und die dem Frieden das Wort sprechenden Führer der Freihandelspartei, Cobden und Bright, sahen sich genötigt, auf ihre Sitze im Parlament zu verzichten. So ging Österreich mit der Abrüstung allein vor, die im Juni auch gründlich in Angriff genommen wurde.

Dafür sprach auch der schlechte Gesundheitszustand bei der in Galizien aufgestellten IV. Armee. Die gleichzeitig mobilisierte III. Armee war in Ungarn verteilt und ihr Befehlshaber Erzherzog Albrecht bezeichnete in einem Berichte vom 5. März 1855 ihre sanitären Verhältnisse als normal. Sie zählte am 1. Januar 3400 Offiziere und 150 079 Mann, hatte gegen die Sollstärke einen Abgang von 14 000 Mann, darunter etwa 10 000 Kranke; im Sommer (Bericht vom 1. Juli) trat dann eine kleine Besserung ein. Anders in Galizien. Die IV. Armee zählte (8. Juni 1855) 3004 Offiziere und 114 356 Mann, und dabei doch ebensoviel Kranke wie die Armee Erzherzog Albrechts. Schlimmer war,

der politischen Ökonomie auf einer soliden und festen Basis begründen, die ein- für allemal von allen Nationen angenommen würde und die alle notwendigen Bedingungen in sich schlösse, das Wohlbefinden und Gedeihen im Innern der Völker zu sichern."

daß der dort wütende Typhus fast immer tödlich endigte. Das Steigen der Todesfälle — alle Krankheiten zusammengenommen — war erschreckend; im August 1854 starben in der Armee 183 Menschen, und dann jeden Monat mehr, im März 1855 bereits 1128 Mann, 5 Offiziere und 1 Arzt, im April 2 Ärzte und 1154 Mann, so daß vom 1. August 1854 bis Ende Mai des nächsten Jahres 29 Offiziere, 13 Ärzte und 7198 Mann gestorben waren. Am härtesten wurde hiebei das in Galizien stehende 2. Kavalleriekorps mitgenommen. Es verlor bis März von der Zahl von 15000 nicht weniger als 6 Offiziere und 1535 Mann, und hiebei war besonders das Regiment Bayernkürassiere heimgesucht, das binnen acht Monaten fast ein Drittel seiner Mannschaft, 256 Menschen, an Typhus, Lungenentzündung und anderen Krankheiten verlor; man ließ das Regiment, um es nicht ganz wegraffen zu lassen, am 26. März 1855 aus Galizien in gesunde mährische Quartiere abmarschieren.

Das waren schlimme Zustände, die von dem eiligen Gerücht noch ins Ungemessene übertrieben wurden. Denn der orientalische Krieg brachte die Cholera ins Land, die sich auch in Galizien und dann weiter nach Westen verbreitete; der preußische Militärattaché Prinz Hohenlohe weiß zu erzählen, die österreichische Armee habe etwa 30000 Mann an jener Krankheit verloren, was, wie man sieht, mit den amtlichen Berichten nicht stimmt. Er behauptet, der Oberst der Bayernkürassiere, Prinz Solms, habe ihm erzählt, sein Regiment habe 10 Tote mehr gehabt als der Mannschaftsstand regelmäßig betrug — es seien eben immer Ergänzungen eingerückt, um die entsetzlichen Lücken zu füllen[1]); aber der Prinz ist auch in den Angaben, bei denen er sich auf eine Quelle beruft, so unzuverlässig, daß man sich eher an die obige, in der Geschichte des Regiments enthaltene Ziffer halten wird.

Überhaupt war der Krimkrieg, was die Krankheiten in den

[1]) Hohenlohe-Ingelfingen, I, S. 317, dann S. 333. Die Annahme des Prinzen von Preußen (Ernst von Koburg, Denkwürdigkeiten, II, S. 272), die Österreicher hätten ein Dritteil ihrer Armee durch Krankheiten verloren, beruht vielleicht auf den irrigen Berichten Hohenlohes.

Armeen betrifft, wohl der mörderischeste unter allen Kriegen des Jahrhunderts. Die Franzosen verloren von 309 268 Mann, die nach und nach auf den Kriegsschauplatz gesendet worden, im ganzen 70 071 Mann, davon 49 815 an Krankheiten; die Engländer von etwa 100 000 Soldaten zusammen 22 000, davon über 17 000 Mann an Krankheiten; die Russen über 73 000, davon die Hälfte auf dieselbe Weise. Die Cholera wütete in den kämpfenden Heeren ärger als Kugeln und Schwerter; sie war von den Franzosen aus den verseuchten Häfen Südfrankreichs nach Varna, Gallipoli und in die Krim eingeschleppt worden und machte von da ihren Rundgang wieder über Galizien nach Österreich und Deutschland [1]).

Überall war es die schlechte Verpflegung, die das Unheil vergrößerte, wenn nicht hervorrief. Am schlimmsten war es damit im englischen Lager vor Sebastopol bestellt, was in der Heimat einen Sturm des Unwillens erregte. Beschämend war es, daß auch in Österreich die Militäradministration versagte, obwohl man im eigenen Lande und im Frieden Fürsorge zu treffen hatte. In dem Berichte Heß' an den Kaiser über die zahlreichen Todesfälle in Galizien ist zwar gesagt, daß sie nicht in mangelhafter Ernährung oder in dem Klima ihren Grund hatten, sondern in den schlechten und unsauberen Unterkünften; die Truppen waren bei enger Kantonierung in den elenden, in tiefer Armut schmachtenden galizischen Bauerndörfern untergebracht [2]). Die Wahrheit aber war, daß auch die Verpflegung viel zu wünschen übrig ließ; in dem Briefwechsel zwischen Heß und Erzherzog Albrecht findet sich die übereinstimmende Klage, daß die dritte Sektion des allerhöchsten Oberkommandos unter der Leitung des Generals Bamberg, der die Militäradministration übertragen war, ihrer Aufgabe nicht im

[1]) Paul Myrdacz, Sanitätsgeschichte des Krimkrieges. P. de la Gorce, **Histoire du second empire I**, S. 472, gibt noch höhere Ziffern an; an Toten 95 000 Franzosen, 20 000 Engländer und 110 000 Russen.

[2]) Über die traurigen Verhältnisse in Galizien, wo damals stellenweise der Hungertyphus grassierte, siehe auch „53 Jahre aus einem bewegten Leben" (Wien 1903), I. Band, S. 53. Der anonyme Verfasser, Oberst Ludwig Freiherr v. Wattmann, diente 1854 als Offizier im Generalstab des 2. Kavalleriekorps.

entferntesten gewachsen sei[1]). Zu der Nachlässigkeit gesellten sich, zumal in Galizien, große Unterschleife; es wird allgemein behauptet, daß, als Heß zur Besichtigung im Lande eintraf, die ungetreue Verwaltung die Entdeckung befürchten mußte, weshalb man das größte der Militärmagazine, weil daselbst die angeblich aufgehäuften Vorräte fehlten, unmittelbar vor der Ankunft des Oberbefehlshabers in Flammen aufgehen ließ. Die Regierung besorgte, daß, wenn man das Getreide für die IV. Armee ausschließlich aus Galizien bezog, alle Reserven im Lande aufgezehrt würden; das sollte mit Rücksicht auf die Bewohner wie auf den möglichen Krieg vermieden werden. Die Getreidelieferanten mußten deshalb die Verpflichtung eingehen, die Lebensmittel von auswärts herbeizuschaffen. Viele Lieferanten kauften trotzdem die Vorräte im Lande auf und ersparten so die Transportkosten, was dann eine beträchtliche Steigerung der Preise in Galizien zur Folge hatte. Der Betrug wurde entdeckt und ein großer Prozeß war die Folge, der den Titel „der Lufttransport“ erhielt; mit diesen „Luftprozessen“ waren die galizischen Gerichte noch durch Jahre beschäftigt.

Es war also in jedem Sinne eine Wohltat, daß der kaiserliche Befehl vom 12. Juni 1855 — kurze Zeit nach einer Besichtigung der Armee in Galizien durch den Herrscher — die Versetzung der mobilisierten Armee auf den Friedensfuß verfügte. Das Oberkommando, mit Heß an der Spitze, wurde aufgelöst, ebenso einige andere Kommandos, so das neu formierte 2. Kavalleriekorps. Die Standesherabsetzung war in der Infanterie durchgreifend; die Kompagnien wurden auf eine Stärke von 80 bis 90 Mann reduziert, die Regimenter auf 2835 Mann, während der Kriegsstand um etwa die Hälfte mehr betrug. Bis Ende Juli waren die Truppen in ihre Friedensgarnisonen abgerückt, so daß in Galizien wie früher nur mehr zwei Korps blieben.

So erwies sich die Waffenrüstung als überflüssig; das Verfahren des Grafen Andrassy, der 1878 nicht zu Beginn des russisch-türkischen Krieges, sondern erst unmittelbar vor den

[1]) Das „allerhöchste Oberkommando“ hatte damals die Obliegenheiten des aufgehobenen Kriegsministeriums.

Friedensverhandlungen Gelder für Rüstungszwecke verlangte, war ohne Zweifel weit angemessener; auf diese Art wurde den Ansprüchen Österreich-Ungarns besser Nachdruck verliehen. Wenn das Wiener Kabinett indessen 1854 glaubte, den Abzug der Russen aus den Donaufürstentümern durch eine Armee erzwingen zu müssen, so war dieses Ziel im Herbste bereits erreicht, und es empfahl sich, dem Zaren gleich darauf durch Abrüstung ein Pfand der Friedensliebe zu geben. Graf Buol hatte es verhindert, und nur die Friedensliebe Kaiser Franz Josephs ersparte seinem Reiche den Eintritt in einen Krieg, der den Verlegenheiten der Monarchie eine neue und vielleicht die größte hinzugefügt haben würde. Auch wenn der Krieg glücklich ausfiel, war die Lage immer noch gefährlich. Hätte sich einige Jahre später eine Konstellation ähnlich wie 1866 eingestellt, so mußte Österreich auf einen Krieg nicht bloß mit zwei, sondern mit drei Fronten, gegen Preußen, Italien und Rußland, gefaßt sein.

In Paris und in London freilich war man von der Abrüstung Österreichs wenig erbaut und fand, den Russen sei damit ein Dienst geleistet, der im Widerspruche stehe mit dem Vertrage vom 2. Dezember. Dennoch wurde der Krieg, obwohl Rußland jetzt gegen die Westmächte freie Hand hatte, mit Macht fortgesetzt; doch waren Frankreich und England einig darin, daß beim Friedensschlusse auf Österreich keine Rücksicht zu nehmen wäre und daß insbesondere seine Ansprüche auf die Donaumündungen unbedingt abzuweisen seien.

XI

Friedensschluß. — Ergebnisse

Die Entlastung, welche Rußland durch die Abrüstung Österreichs zu teil wurde, kam für die Entscheidung in der Krim zu spät. Denn die Verbündeten hatten unterdessen hier eine Armee von 200000 Mann aufgestellt, so daß das russische Entsatzheer, das am 16. August 1855 an der Tschernaja den letzten seiner Angriffe unternahm, geschlagen wurde. Und dies geschah, obwohl Rußland alle verfügbaren Truppen nach dem Süden in Bewegung gesetzt hatte; sein Ruf als Militärmacht erlitt dadurch einen harten Stoß. So konnten die Belagerer von Sebastopol am 8. September den entscheidenden Sturm unternehmen, bei dem die Franzosen den Schlüssel der Festung, den Malokowturm, eroberten, wenn auch die Engländer gleichzeitig vom Redan zurückgeworfen wurden. Damit war das Bollwerk des Schwarzen Meeres gefallen, nach furchtbaren Opfern, da die Verbündeten in den Kämpfen und durch Krankheiten gegen 100000 Mann eingebüßt hatten.

Der Kriegsruhm, der nun das Heer und die Krone Napoleons umstrahlte, erfüllte ihn mit erhöhtem Selbstbewußtsein, und er fühlte sich dadurch verletzt, daß der Kaiser von Österreich ihm keine Glückwünsche zu seinem Siege sandte; gelegentlich einer Audienz Hübners am 23. September drückte er sein Befremden darüber aus. Wie es scheint, hängt diese Unterlassung damit zusammen, daß Graf Buol zu jener Zeit auf einer Erholungsreise in den Alpen weilte; bei einem zufälligen Zusammentreffen mit dem sächsischen Minister Beust — so dessen Erzählung — erfuhr Buol von ihm die Nachricht vom Falle Sebastopols. Ver-

spätet wurde das Versäumnis nachgeholt, in einer Form, die Napoleons Wunsche nicht ganz entsprach. Als Herzog Ernst von Koburg im September Paris besuchte, fragte ihn Napoleon, ob er noch an die Ehrlichkeit der österreichischen Politik glaube, und als der Herzog das Wiener Kabinett in Schutz nahm, warf der Kaiser hin: Also ein Mangel an Mut — und er fügte hinzu, ein Bündnis mit Preußen wäre dem mit Österreich weit vorzuziehen. Auch bei dem Herzog beklagte er sich über den Etikettefehler nach der Einnahme Sebastopols; das sei um so stärker, so sagte er, da man ihn doch im September des Vorjahrs auf Grund eines leeren Gerüchtes zum Falle der Festung beglückwünscht habe. Das Versäumnis sei allerdings damit entschuldigt worden, daß man erst die Bekanntgabe der Größe der Verluste habe abwarten wollen; „eine Entschuldigung," fügte der Kaiser hinzu, „fast schlimmer als die Unterlassung selbst" [1]). Auch die Kaiserin Eugenie gab dem österreichischen Gesandten gelegentlich eines Diners am 21. Oktober ihre Unzufriedenheit zu erkennen. „Nun also, was haben Sie mit Ihrer Politik erreicht?" rief sie aus. „Sie haben sich mit Rußland nicht versöhnt, Sie haben Ihren Einfluß in Deutschland nicht wieder erlangt und Sie können nicht auf die Dankbarkeit Frankreichs und Englands rechnen." Die Kaiserin bat ihn zwar, ihrem Gatten nichts von dieser Strafpredigt zu sagen, da er sie sonst wegen ihrer Einmischung in die Staatsgeschäfte schelten würde; aber Hübner machte in seinem Tagebuch die Bemerkung: „Dieser kleine Ausfall beweist mir, wie richtig meine Annahme ist, daß die Aussöhnung nur oberflächlich sei, in der Tiefe aber Ärger und Mißtrauen herrschen."

Mit Hinblick auf diese widrigen Umstände tat Buol alles, um wieder eine Annäherung zwischen Wien und Paris zu stande zu bringen. Mit gutem Grunde und mit allem Nachdrucke stellte er seinem Herrscher vor, daß Österreich sich in einer bedenklichen Lage befinde. Daran änderte auch die Meinungsverschiedenheit nichts, die sich zwischen den Siegern einstellte.

---

1) Herzog von Koburg, II, S. 282. Vergl. Hübner, zum 23. September, 15. Oktober.

Denn Napoleon III. wünschte das Ende des Krieges und widerstand dem Drängen Englands nach einem neuen Feldzug, durch den die russische Macht gänzlich niedergeworfen werden sollte; von London aus empfahl man die Landung eines Korps im Kaukasus, um die kaum unterworfenen Bergvölker zum Aufstande zu bestimmen, sodann einen nachdrücklichen Schlag in der Ostsee und endlich die völlige Eroberung der Krim, wo sich das russische Heer dank der Zähigkeit seines Feldherrn, des Fürsten Gortschakow, in einer guten Stellung hielt.

Der französische Kaiser fand mit Recht, daß er sich hiebei immer mehr vom französischen Interesse entferne; es war zudem bedenklich, die errungenen Kriegslorbeeren aufs Spiel zu setzen. Er ließ deshalb Äußerungen fallen, für deren Bekanntgabe in Petersburg er sorgte und die dahin gingen, daß er als Sieger Großmut üben und den Russen die Hand zur Versöhnung reichen wolle; nur müßten sie in einen Frieden willigen, der den Wünschen Europas und den Erwartungen seines Volkes entspräche.

Indem er so in den Augen von Freund und Feind immer höher stieg, mußte seine Gegnerschaft Österreich gefährlich werden, und besonders dann, wenn er, über Wien hinwegschreitend, sich unmittelbar mit Rußland verglich. Dann geriet die habsburgische Monarchie zwischen zwei Feuer und mochte sehen, wie sie sich gegen die nationalen Kräfte in Deutschland, Italien und Ungarn behauptete. Sie hatte es glücklich zuwege gebracht, in Europa ganz vereinsamt zu stehen. Jene Gefahr aber war augenscheinlich, da das Wiener Kabinett zur Kenntnis von geheimen Verhandlungen kam, deren Fäden sich von Petersburg nach Paris spannen. So erfuhr man von Botschaften, die Baron Seebach hinüber- und herübertrug, der Schwiegersohn des russischen Kanzlers Grafen Nesselrode, der als sächsischer Gesandter in Paris mit dem Hofe Napoleons unauffälligen Verkehr pflegen konnte. Außerdem aber bestand eine Verbindung zwischen dem Herzog von Morny, dem Vertrauten Napoleons III., und Gortschakow in Wien. Morny, stets in großen Börsenspekulationen steckend, wünschte durch die von ihm ausgehende Anbahnung des Friedens den Schlüssel zu gewaltigen Gewinnsten zu erwerben, und Fürst Gortschakow hätte es für den Triumph

seiner Staatskunst angesehen, Rußland mit Frankreich zu versöhnen, um das bekämpfte Österreich, um besonders diesen Grafen Buol, der ihm die bittersten Stunden seines Lebens bereitet hatte, unter die Füße zu bringen. Er brachte es so weit, daß zwischen ihm und Morny bereits eine Zusammenkunft, und zwar in Dresden, in Aussicht stand.

An dieser Wendung der Ereignisse angelangt, zollt die von Gortschakow veranlaßte Studie über den Krimkrieg dem Grafen Buol das unfreiwillige Lob, er habe dieses Netz zu zerreißen und mit nicht geringer Geschicklichkeit Österreich wieder in den Mittelpunkt zu rücken verstanden[1]). Er sei durch eine Indiskretion Beusts zur Kenntnis jener geheimen Verhandlungen gekommen — es ist mehr als wahrscheinlich, daß der sächsische Minister, der durch Baron Seebach Kenntnis von ihnen erhalten haben wird, sich scheute, sich zu der gegen Österreich gerichteten Intrige herzugeben; diese Bekanntgabe ist einer der Dienste, durch die Beust sich früher und später dem Wiener Hof aufs beste empfahl. Buol parierte den Streich, indem er den Westmächten die Unterstützung Österreichs zu einem Friedensschlusse anbot, der ihnen mehr brachte, als Nesselrode und Gortschakow vorschlagen konnten. Der österreichische Minister setzte sich mit dem französischen Gesandten in Wien ins Einvernehmen und vereinbarte mit ihm die Bedingungen eines künftigen Friedens; diesmal aber machte man in Wien vollen Ernst, und nicht bloß Buol, auch Kaiser Franz Joseph verpfändete sein Wort, daß Österreich daraufhin nach Petersburg ein Ultimatum senden und, falls Rußland ablehne, die diplomatischen Beziehungen mit dieser Macht abbrechen werde.

Der Kaiser von Österreich blieb sich darin treu, daß er auch jetzt erklärte, darüber hinaus werde er nicht gehen und von seiner Teilnahme am Kriege könne nicht die Rede sein. Aber schon der von ihm beabsichtigte Schritt zwang den Zaren zu abermaligen Truppenanhäufungen an der Westgrenze, und so konnten die neuen Unternehmungen der Alliierten, die zu dieser Zeit auch eine Allianz mit Schweden schlossen, auch weiter vom Glück

[1]) Étude diplomatique, II, S. 377, 380.

begünstigt werden. Es war nicht wenig, was das Wiener Kabinett den Westmächten bot, die doch mit ansehnlicher Siegesbeute aus dem Kriege heimkehren wollten. Die ersten zwei Punkte waren selbstverständlich: der Zar mußte auf das Protektorat über die christlichen Untertanen des Sultans verzichten, was die Aufhebung des russisch-türkischen Vertrages von 1774 in sich schloß. Ebenso wurde den Donaufürstentümern volle Unabhängigkeit von Rußland gewährleistet. Außerdem aber ging Österreich weit über alle seine früheren Vorschläge hinaus: das Schwarze Meer sollte neutral erklärt, also russische wie türkische Kriegsschiffe vollständig ausgeschlossen werden; zugleich war jede militärische Befestigung der Häfen verboten und die Schleifung der vorhandenen angeordnet: das war der Leckerbissen für das seebeherrschende England. Endlich formulierte das Wiener Kabinett noch eine Bedingung, die für Rußland fast noch demütigender war wie die eben erwähnte. Es wurde nicht bloß die Freiheit der Donauschiffahrt verbürgt, sondern Rußland durch einen ihm auferlegten Gebietsverlust von den Mündungen des Stromes ganz abgedrängt; man verlangte von ihm die Abtretung des an die Donau grenzenden Stückes von Bessarabien. Das sollte, wie Buol zu verstehen gab, Rußlands Lösegeld für die ihm abgenommenen und im Frieden zurückzugebenden Gebiete in der Krim sein. In Wirklichkeit jedoch lag darin nicht eine Genugtuung für die Westmächte, denen die Donaumündungen ferne genug lagen, sondern ein Erfolg für Österreich, besonders dann, wenn das Ziel seines Ehrgeizes, die Schutzhoheit über die Moldau und die Walachei, zu erreichen war; denn das abzutretende Stück Bessarabiens sollte zur Moldau geschlagen werden. Aber auch abgesehen davon mußte Österreich Wert darauf legen, die Mündungen seines größten Stromes vom Übelwollen des Petersburger Kabinetts unabhängig zu machen. War doch Rußland immer der Vorwurf gemacht worden, daß es sie versanden lasse, um Odessas Bedeutung als Handelsplatz zu heben.

Als Bourqueney mit diesen Vorschlägen des Wiener Kabinetts nach Paris kam, wollte Hübner, der schon so viele Enttäuschungen erlitten hatte, nicht recht glauben, es werde jetzt endlich mit einem österreichischen Ultimatum Ernst werden;

nur langsam lernte er an den Umschlag glauben. Napoleon war mit der Wendung wohl zufrieden, weil die englische Regierung mildere Bedingungen als die österreichischen doch nicht angenommen hätte, und er wollte dem Vertrage nicht untreu werden, der ihn an Großbritannien band. Doch kamen von London her noch Schwierigkeiten. Man wünschte Verschärfungen, die Bourqueney wieder nach Wien überbrachte, insbesondere das Versprechen einer österreichischen Kriegserklärung, falls der Zar nicht nachgebe, sodann für Rußland das Verbot, die Alandsinseln zu befestigen, und endlich einen Vorbehalt, daß die Seemächte für sich (ohne Österreich) bei den Friedensverhandlungen noch härtere Bedingungen stellen könnten. Aber Napoleon fand, es sei des bösen Spiels genug, und als Buol mit Bourqueney am 14. November ein Memorandum feststellte, das Österreich wie Frankreich genügte, mußte England nachgeben. Durch die Sendung Sir Hamilton Seymours, des Nachfolgers Lord Westmorelands in Wien, erzielte England noch einige, jedoch nicht wesentliche Verschärfungen, und Mitte Dezember wurde volles Einvernehmen zwischen den drei Mächten erreicht.

Es lag an dem Inhalt der gestellten Bedingungen, wie auch an der schroffen Form, in der sie zur Kenntnis Rußlands gebracht wurden, daß man sich in Petersburg durch Österreich aufs neue tief verletzt fühlte. Offenbar glaubte Buol, den etwas verblichenen Glanz seiner Politik vor den Augen Europas wieder auffrischen zu müssen. In diesem Sinne wurde der Vertreter Österreichs in Petersburg am 16. Dezember beauftragt, die Friedensvorschläge als das Ultimatum Österreichs zu überreichen und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen anzukündigen, falls sie nicht angenommen würden. Nach einigen Verhandlungen, und nachdem Rußland anfangs versucht hatte, durch teilweises Gewähren auszuweichen, wurde der 17. Januar als Endfrist bestimmt — an diesem Tage würde Graf Valentin Esterhazy im Falle der Ablehnung der Vorschläge mit seinem Gefolge die russische Hauptstadt verlassen. Nun ist wohl gesagt worden, das Ultimatum habe dem Kaiser Alexander im Grunde einen Dienst geleistet, da Rußland zur Fortsetzung des Krieges doch nicht mehr fähig war und der Zar jetzt vor seinem Volke die beste

Rechtfertigung dafür fand, daß er sich der sichtbaren Überlegenheit seiner Gegner beugte und einen verlustvollen Frieden schloß. Gortschakow hat jedoch behauptet, er habe in einer eindringlichen Depesche dem russischen Kanzler geraten, es lieber auf den diplomatischen Bruch mit Österreich ankommen zu lassen; denn an eine tätige Teilnahme Österreichs an dem Kriege glaubte man damals überhaupt nicht mehr[1]). In Petersburg jedoch überwog die Erkenntnis, daß ein neuer Feldzug bei den Mängeln des Heerwesens zu weiteren Mißerfolgen führen werde; schon war Schweden der westlichen Allianz am 21. November beigetreten und Österreich unter allen Umständen ein zu fürchtender Nachbar. So unterwarf sich Rußland am 17. Januar den Forderungen Europas.

Zu dieser Zeit stellte Gortschakow dem Grafen Buol vor, das was er getan habe, führe zu ewiger Verfeindung der beiden Reiche; doch der Minister erwiderte kühl: seine Erfahrung lehre ihn, nicht viel von Rachepolitik zu erwarten; im Frieden werde Österreich seine Finanzen ordnen, seine Industrie entwickeln, Rußland seine Wunden heilen können; zu diesem Zwecke würden beide Reiche gute Nachbarschaft pflegen.

Es war für Napoleon III. wie für Frankreich ein großer Erfolg, daß der Friedenskongreß nach Paris berufen wurde; Paris, so verkündigte ein Blatt des Kaiserreichs, sei der Mittelpunkt der Verhandlungen über den Orient geworden, Frankreich wieder der Eckstein der Politik der europäischen Regierungen. Eine zeitlang dachte der Kaiser daran, durch den Kongreß die Zurücknahme der 1815 zu Wien dekretierten Ausschließung des Hauses Bonaparte vom französischen Throne verkündigen zu lassen; aber er stand davon mit gutem Grund ab, da er es nicht notwendig hatte, sich die Tatsache seiner Herrschaft erst durch die Mächte bescheinigen zu lassen.

An der englischen Allianz hielt er fest, da sie ihn so hoch emporgetragen hatte und durch keine andere zu ersetzen war. Aber er mäßigte die weit ausgreifenden Ansprüche Albions, das von seiner

[1]) So nach der Étude diplomatique. Die gegenteilige Angabe Geffckens, S. 215, hält dagegen nicht Stich.

gesicherten Inselstellung aus auf die vollständige Demütigung Rußlands drang. Mochte Palmerston mit dem Hinweise auf die kriegerische Stimmung seines Landes dem Friedenswerke Schwierigkeiten bereiten; mochte Österreich durch seine unfreundliche Haltung den Unwillen Rußlands steigern — um so leichter konnte Kaiser Napoleon als Schiedsrichter auftreten und der Welt das Schauspiel geben, wie sich der Neffe des Eroberers im Siege mäßigte. Übrigens wendete sich England gegen Preußen ebenso herrisch wie gegen den Zaren, weil es durch seine konsequent neutrale Haltung Rußland große Dienste geleistet hatte; der englische Bevollmächtigte Lord Clarendon wollte lange nichts von der Teilnahme Preußens am Kongresse wissen, da es nichts zur Herstellung des Friedens beigetragen habe und bei den Beratungen auf seiten Rußlands stehen werde. Napoleon war anfangs derselben Meinung, und es bedurfte des dringenden und entschiedenen Einspruches des Wiener Kabinetts, um ihn davon abzubringen. Es war ein großer Dienst, den Österreich damit der anderen deutschen Macht leistete; man hatte von Wien aus Preußen in den zwei letzten Jahren so schlecht behandelt, daß man ihm eine Genugtuung schuldig war, was auch loyal geschah. Man fühlte in Österreich, daß es bei dem Übelwollen von Ost und West notwendig sei, wenigstens einen Bundesgenossen auf dem Kongresse zu haben. Für den Tiefstand der Schätzung Preußens in den Augen Europas ist es bezeichnend, daß seine Zuziehung zum Kongresse nur mit Mühe durchzusetzen war und erst dann, als der Kongreß zur Abänderung des Dardanellenvertrages von 1841 schritt, unter dem auch die Unterschrift des Königs von Preußen stand. Die Vertreter Preußens, Manteuffel und Hatzfeldt, wurden demnach erst in einem fortgeschrittenen Stadium der Verhandlungen beim Kongresse eingeführt.

Der Vertreter Rußlands, Orlow, dem Brunnow als Gehilfe zur Seite stand, stellte sich von vornherein zu Napoleon III. in ein ehrerbietiges, fast demütiges Verhältnis und erklärte, er erwarte alles von seiner Großmut; er ließ durchblicken, daß Rußland als Entgelt für solche Unterstützung anderweitigen Plänen Napoleons kein Hindernis entgegensetzen werde. Das

war die richtige Taktik; es machte mitunter den Eindruck, als ob der französische Minister des Äußern, Walewski, der Präsident des Kongresses, mit Orlow unter einer Decke spielte. Walewski befolgte mit der Parteinahme für Rußland die vom Kaiser gegebenen Weisungen; er ging darin jedoch — schon wegen seiner mangelnden Kenntnis der Geschäfte, die durch weltmännische Formen nicht zu ersetzen war — so weit, daß Lord Clarendon über ihn beim Kaiser förmlich Klage erhob; Hübner seufzte mehr als einmal, Walewski sei russischer als Orlow. Es zeigte sich immer deutlicher, daß Napoleon sich von Drouyn de l'Huys getrennt hatte, um neue Wege einzuschlagen. Der Kaiser bedurfte eines Ministers, der gefügiger auf seine Pläne einging und ihm behilflich war, die beabsichtigte Änderung der Karte Europas vorzubereiten.

Der erste Dienst, den Napoleon den Russen leistete, war die bestimmte Abweisung der englischen Forderung, man solle die Gelegenheit benützen, um den noch nicht ganz unterworfenen Kaukasus wieder unabhängig zu machen. Da die Bergvölker wider Erwarten keine neue Erhebung gewagt hatten, so sprach die Kriegslage gegen dieses Verlangen. Auch in Bezug auf Polen ging Napoleon behutsamer vor, als die Führer der Emigration, Fürst Czartoryski voran, nach manchen Anzeichen hatten erwarten dürfen. Er äußerte zwar dem Grafen Orlow gegenüber Sympathien für Polen und deutete an, es wäre billig, für sie den Stand der Dinge von 1815 wiederherzustellen; Orlow erwiderte jedoch, daß bei allem Wohlwollen des Zars für seine polnischen Untertanen es mit dessen Würde unverträglich wäre, diese Frage auf dem Kongresse zu erörtern. So ließ Napoleon die Sache fallen. Ähnlich war die Haltung des Kaisers, als die Abdrängung Rußlands von den Donaumündungen zur Sprache kam. Österreich, von England unterstützt, wollte fast die Hälfte Bessarabiens von Rußland losreißen und zu den Donaufürstentümern schlagen. Man war in Petersburg aufs tiefste verletzt, als Buol schroff und herausfordernd die Führung in dieser Sache übernahm; er ging darin selbst über die Bedingungen hinaus, die Österreich nach dem Urteile Kaiser Franz Josephs in seinem Interesse stellen

mußte. Da wendete sich Orlow an Napoleons persönliche Vermittlung und dieser erzielte bei dem Londoner und dem Wiener Kabinett eine gewisse Milderung, so daß Rußland zuletzt nur 205 Quadratmeilen abtreten mußte.

Man hätte denken sollen, daß Buol in Paris gute Aufnahme fand; kämpfte er doch seit zwei Jahren in Wien für die französische Allianz und brachte ihr manches Opfer seiner persönlichen Stellung, wie ihm Bourqueney oft bezeugte. Auch stand ihm Hübner zur Seite, der bei Hofe wohl gelitten war und von der Kaiserin Eugenie oft ausgezeichnet wurde, wenn sie ihn auch mitunter mit bezaubernder Anmut und Liebenswürdigkeit ausschalt. Buol hatte sich jedoch in Paris über vieles zu beklagen. Die Engländer zwar, mit denen er Hand in Hand ging, überschütteten ihn mit Lob; aber der französische Hof schien seine guten Dienste vergessen zu haben und erinnerte sich nur daran, daß er bei den Herrschern von Rußland und Preußen die Anregung gegeben hatte, Napoleon III. den Brudertitel zu verweigern; auch legte man ihm zur Last, daß er die Heirat Kaiser Napoleons mit einer Prinzessin von Geblüt, Karoline von Wasa, der Enkelin Gustavs IV. von Schweden, vereitelt habe[1]). Viel trug zu den Verstimmungen das wenig geschmeidige Auftreten Buols bei, der in einer Kongreßsitzung mit Walewski hart zusammenstieß. Im ganzen standen die Dinge jedoch so, daß er auslöffeln mußte, was die Gegner der französischen Allianz in Wien eingebrockt hatten. Hübner, den er in dieser Zeit vielfach zu Dank verpflichtete, fällt über seine Tätigkeit in Paris im ganzen ein günstiges Urteil: Buol habe, so schreibt er, so viel als möglich seinen reizbaren Charakter beherrscht, er trachtete, ohne daß es ihm immer gelungen wäre, nicht allzu schroff zu sein, und bei mehreren Gelegenheiten imponierte er dem Kongreß durch eine Anmaßung, die ihm angeboren war und die in gewissen Momenten für den ersten Vertreter Österreichs passend schien. Er kehrte aber mit üblen Eindrücken nach Wien zurück, und als über die Auslegung des Pariser Vertrags,

[1]) Die Prinzessin wurde die Gemahlin des nachmaligen Königs Albert von Sachsen.

Bessarabien betreffend, Mißhelligkeiten entstanden, bei denen sich Frankreich wieder an die Seite Rußlands stellte, schädigte seine üble Laune nicht selten die Sache Österreichs, so daß Hübner bemerkte: „Das sind die Folgen der Art, Geschäfte zu betreiben, die darin besteht, alle Welt zu verletzen, dieser wahren und fingierten Zornesausbrüche, dieser unglückseligen Witze, die reizen, ohne zu überzeugen!“ [1]).

So kam der Friedensvertrag vom 30. März 1856 zu stande, der Rußland zwar namhafte Opfer auferlegte, ohne jedoch den Kern seiner Macht zu treffen. Seine Ansprüche auf das Protektorat über die Christen der Balkanhalbinsel wurden allerdings vollständig abgewiesen und die Donaufürstentümer seinem Einflusse entzogen. Die Türkei wurde in aller Form in den europäischen Staatenverband aufgenommen und ihre Grenzen genossen den Schutz Europas. Rußland war keine Donaumacht mehr und die Freiheit der Schiffahrt auf dem Strome wurde freigegeben. Es mußte alle seine Befestigungen am Schwarzen und Asowschen Meere schleifen und auf das Halten von Kriegsschiffen in diesen Gewässern verzichten. Die Meerengen blieben nach wie vor den Kriegsfahrzeugen aller Nationen, mit Ausnahme der Türkei, verschlossen. In einem besonderen Übereinkommen mit Frankreich und England verzichtete der Zar außerdem auf das Recht, die Alandsinseln zu befestigen. Dem seit Peter dem Großen ununterbrochenen Vordringen Rußlands in Europa wurde demnach halt geboten, ebenso auch an der türkischen Grenze in Asien, wo es die im Herbste 1855 nach harten Mühen eroberte Festung Kars zurückgeben mußte.

Der Friedensvertrag vom 30. März 1856 erhielt eine eigentümliche Ergänzung durch einen zwischen Österreich, Frankreich und England abgeschlossenen Traktat. In dem Memorandum vom 14. November 1855, das von Buol und Bourqueney zu Wien vereinbart worden war, hatte man ausgemacht, daß die drei Mächte sich nach Schluß des Krieges enge zum Schutze der Türkei wider Rußland verbinden würden; das beruhte auf einem vom Wiener Kabinett vorgebrachten Wunsche,

---

[1]) Hübner zum 28. November und 2. Dezember 1856.

da es sich gegen einen Rückschlag von seiten des tief beleidigten Rußland sichern wollte. Auf dem Kongresse nun hätte sich Kaiser Napoleon gerne dieser Verpflichtung entzogen, da er keine Lust hegte, den Waffengang mit dem Zaren zu wiederholen. Aber Österreich und England hielten ihn fest, und am 15. April 1856 kam der merkwürdige Ergänzungsvertrag zu stande. Man sollte glauben, daß alle Unterzeichner des Pariser Friedens ohnedies zu seiner Verteidigung bereit waren; durch jene Abmachung aber verpflichteten sich Österreich, Frankreich und England noch ausdrücklich, daß sie einen Angriff Rußlands auf die Türkei als Kriegsfall ansehen würden. Man faßte dies in Wien als Erfolg auf, als Verstärkung des Bollwerkes gegen Rußland. Doch blieb das Übereinkommen, als es Ernst wurde, unerfüllt; es ist bekannt, daß, als Rußland 1870 sich vom Pariser Vertrage lossagte und als es 1878 zur Eroberung der europäischen Türkei auszog, sich ihm keine europäische Macht auf dem Vormarsch über den Balkan entgegenstellte. Auch gab Napoleon seine Unterschrift nur um Englands willen, auf dessen Allianz er großen Wert legte. Das war seine Art, sich halb gewährend, halb versagend zwischen Großbritannien und Rußland zu stellen. Sein Glück stand auf dem Gipfel, als ihm seine Gemahlin gerade während der Tagung des Kongresses am 15. März den ersehnten Thronerben schenkte; seine Herrschaft war von da ab für das nächste Jahrzehnt gesichert.

* * *

Der Pariser Friede begrub die Hoffnungen Österreichs auf Erwerbung der Donaufürstentümer. Schon in der Sitzung vom 27. März befragte Walewski den Grafen Buol über den Zeitpunkt der Räumung, unter dem Vorgeben, daß die Anwesenheit der österreichischen Truppen der Freiheit des Votums der rumänischen Nation über ihr künftiges Schicksal hinderlich wäre. Buol, der dies als Beleidigung nahm, wurde „feuerrot vor Zorn und stieg wie eine Rakete in die Höhe". Walewski, der in der Form gefehlt hatte, lenkte ein, aber in der Sache mußte Österreich nachgeben. Buol und Hübner sahen die Unmöglichkeit der Behauptung der Fürstentümer ein und rieten

ihrem Herrscher, in die Räumung zu willigen — sehr zur Unzufriedenheit der militärischen Kreise, die von dem Abzuge der Truppen nichts wissen wollten. Da sich Österreich aber nicht mit ganz Europa in Widerspruch setzen konnte, so wurde im Artikel 31 des Friedensvertrages festgesetzt, daß der Abzug nach Austausch der Ratifikationen zu beginnen habe[1]). So sehr hatten sich die internationalen Verhältnisse zu Ungunsten Österreichs verschoben, während Graf Buol noch im September 1855 zu Beust gesagt hatte: „Wir haben die Donaufürstentümer in der Tasche!"

Das war eine vollständige Niederlage der österreichischen Politik, da Österreich seit dem Abzuge der türkischen Truppen im Januar 1854, bei dem nur eine kleine türkische Besatzung in Bukarest zurückblieb, in den Fürstentümern Herr der Lage war; auch alle polnischen, ungarischen und italienischen Emigranten hatten damals das Land verlassen müssen; Türr, der sich später an der Seite Garibaldis rühmlich hervortat, wurde von den österreichischen Behörden verhaftet und erst auf Fürsprache der französischen Regierung freigelassen. Doch befanden sich noch geheime Emissäre der Revolutionspartei im Lande, die versuchten, österreichische Soldaten zum Treubruche zu verleiten, so daß Graf Coronini sich veranlaßt sah, das Standrecht gegen diejenigen zu verhängen, die bei einem solchen Versuche betroffen wurden. Allgemeiner Widerspruch dagegen im liberalen Europa, pathetische Reden im englischen Parlament; da aber das Unwesen schon auf die Drohung hin ein Ende nahm, blieb die Sache ohne Folgen[2]). Sonst ließen die kaiserlichen Militärbehörden die Administration durch die von der Türkei eingesetzten

[1]) Für die österreichische Okkupation ist außer der Hauptarbeit: Erinnerungen aus der Walachei von Alfons Grafen Wimpffen auch die lebendige Schilderung des österreichisch-ungarischen Obersten Moriz Edlen von Angeli zu beachten in seinem Buche: Altes Eisen, dann Hauptmann Criste: Die Okkupation der Donaufürstentümer, im Organ der militärwissenschaftlichen Vereine Wiens, 59. Band.

[2]) Felix Orsini, der Freund Mazzinis, wurde, bevor er den Boden der Moldau betrat, im Februar 1854 in Hermannstadt verhaftet und nach Mantua gebracht, um hier abgeurteilt zu werden. In Wien verhört, erklärte er, er habe den Weg in die Krim eingeschlagen, in der Hoffnung, Kaiser Napoleon werde die Truppen besuchen und es werde ihm möglich sein, dort ein Attentat auf das Leben des Kaisers zu verüben.

Hospodare bestehen; lag es doch in der Absicht der österreichischen Regierung, die Fürstentümer allmählich von der Türkei loszulösen und sie unter Belassung der Selbstverwaltung militärisch und wirtschaftlich der Monarchie anzugliedern.

Wenn Österreich seine Absicht durchsetzen wollte, mußte es den Wünschen der Rumänen nach nationaler Unabhängigkeit entgegentreten, dagegen ließ es den wirtschaftlichen Interessen des Landes alle Förderung angedeihen. Die Verbesserung der Kommunikationen zu Wasser und zu Lande, die zur Sicherung der Okkupation nötig waren, kam auch den Bewohnern zugute. Die Österreicher verbanden Bukarest und Jassy mit dem europäischen Telegraphennetz; sie bauten die Straßen aus, die über die Karpathen ins Land führten, und veranlaßten die Behörden zum Baue und zur Verbesserung der Brücken; sie führten die Vermessung und geographische Aufnahme der Fürstentümer und auch der Dobrutscha durch, die damals unter türkischer Herrschaft stand; mit starker Hand machten sie aller Unordnung ein Ende, und der Verkehr erfreute sich einer lange nicht gekannten Sicherheit. Es besteht vielfach die Ansicht, der österreichische Handel nach der europäischen Türkei sei damals lebhafter gewesen als jetzt; das ist ein Irrtum, wenn auch das Monopol der österreichischen Ausfuhr nach Rumänien und Bulgarien seither gebrochen wurde. Doch waren die eingeführten Warenmengen nicht bedeutend, wenn sich auch zwischen 1845 und 1851 die Ausfuhr aus Österreich nach der Türkei über die Landgrenze von 10 auf 15 Millionen Gulden hob. Dieser Handel wurde aber nicht von österreichischen Kaufleuten, sondern von Griechen und türkischen Juden besorgt, und da Graf Coronini in Bukarest kein einziges Wiener Handelshaus antraf — nur die nahen Siebenbürger Sachsen waren vertreten — so beantragte er in Wien die Entsendung von Handelsagenten zur Hebung des österreichischen Exports. Der Bau von Eisenbahnen durch die Moldau und Walachei wurde konzessioniert, ohne daß diese Vorbereitungen damals zum Ziele führten.

Dagegen zog der Handel auf dem Donaustrome reichen Gewinn aus der Kulturarbeit Österreichs. Das Donaudelta befand sich seit dem Frieden von Adrianopel 1829 unter der

Oberhoheit der Russen, die für die mittlere der drei Mündungen, die Sulina, gerade nur so viel taten, um sie nicht vollständig versanden zu lassen. Doch war die Förderung absichtlich gering, weil Rußland bemüht war, Odessa und die anderen Häfen des Schwarzen Meeres auf Kosten der Städte an der unteren Donau zu heben. Während des Krieges hörte dann aller Handel an der unteren Donau auf; die Mündungen waren von französischen und englischen Kriegsschiffen blockiert; außerdem starrten auf dem nördlichen Ufer russische, auf dem südlichen türkische Batterien. Nach langwierigen Verhandlungen erzielte Österreich die Aufhebung der Blockade und schuf in dem wüsten und von räuberischem Gesindel heimgesuchten Donauhafen Sulina durch seine Kriegsdampfer erwünschte Ordnung. Diese Dampfer kamen teils die Donau herab, teils von Triest her, und Tegetthoff errang sich als Kapitän und Stationskommandant von Sulina durch kräftige Maßnahmen hier die ersten Sporen. Der Leuchtturm wurde hergestellt, der Versandung der Mündung Einhalt getan, eine geordnete Strompolizei eingeführt, und der Handel erlebte darnach vom Sommer 1855 an eine nie dagewesene Blüte. Die Donaufürstentümer, bisher in ihrem Fett erstickend, führten ihre Landesprodukte mit Gewinn aus und jetzt kam ihnen die Blockierung von Odessa zugute. Die besten Abnehmer fanden sie an den verbündeten Heeren in der Krim, deren Verproviantierung dadurch erleichtert wurde. Während das Land sich wirtschaftlich hob, legten die Österreicher den Bewohnern keine Opfer auf, da sie ihre Truppen selbst bezahlten; die Gesamtleistung der Walachei und der Moldau für österreichische Zwecke bis zum Pariser Frieden betrug nur wenig über eine Million Franken, während die russische Okkupation das Land fünfzehn Millionen, die türkische sechs Millionen gekostet hatte[1]). Tatsächlich waren die erwerbenden Klassen, Bauern und Handelsleute, mit der österreichischen Herrschaft zufrieden, ja das Landvolk hoffte sogar, die kaiserliche Regierung werde auch die Befreiung von den Frohnden bringen, in der Art, wie es in

[1]) Die Russen bemächtigten sich in den Fürstentümern der öffentlichen Kassen, nahmen die Vorräte in Beschlag, schrieben hohe Steuern aus und stellten die Miliz unter ihren Oberbefehl.

Österreich und in Ungarn durch die Revolution von 1848 und die Reformen der nächsten Jahre geschehen war.

Anders war die Stimmung in den herrschenden Klassen, besonders bei den Bojaren, die ihr Übergewicht im Lande bedroht sahen, wie in der aufstrebenden Intelligenz, welche Freiheit nach westlichem Muster und die Vereinigung der Fürstentümer anstrebte. Doch standen die österreichischen Behörden mit dem Hospodar der Walachei, Stirbey, in gutem Verhältnisse, während Ghika in der Moldau sich auf die nationale Seite schlug. Nicht die Türkei, sondern Österreich galt der nationalen Partei als Hauptgegner, und ihre Führer, wie Bratianu, Rosetti, Cogolniceanu, später die besten Mitarbeiter des Fürsten Karl, wirkten teils in der Heimat, teils in Paris mit leidenschaftlichem Eifer wider den mächtigen Nachbar. Kaiser Napoleon, ihren Bestrebungen günstig, förderte auch hier den Sieg des nationalen Gedankens; die Sympathien für Frankreich überwogen im Lande, wozu der Umstand beitrug, daß die wohlhabende Jugend zumeist in Paris erzogen war.

Die vollständige Räumung der Fürstentümer zog sich hinaus, weil sich über die Führung der neuen Grenzen in Bessarabien ein langer Streit entspann, der erst am 7. Januar 1857 durch die Pariser Nachkonferenz geschlichtet wurde. Dann verließen gleichzeitig am 30. März die englischen Kriegsschiffe das Schwarze Meer und auch die letzten Österreicher den Boden der Donaufürstentümer. Ihr Abmarsch vollzog sich unter Äußerungen des Dankes der Einwohner für das, was sie für die Sicherheit und die Wohlfahrt des Landes getan hatten.

In den nächsten Jahren gehörte es zu den Streitfragen der europäischen Kabinette, ob die Vereinigung der beiden Fürstentümer zu einem einheitlichen Staatswesen zu gestatten sei. Napoleon III., der immer bestimmter für das Recht der Nationalitäten auf Selbstbestimmung eintrat, war der Fürsprecher der Rumänen; Rußland, Preußen, Sardinien schlossen sich ihm an. Die Pforte widerstrebte aufs lebhafteste, die völlige Losreißung der beiden Länder befürchtend, und sie wurde hiebei von Österreich unterstützt, wo man annahm, das selbständige Rumänien werde ein Auge auf Siebenbürgen werfen.

England schwankte zwischen dem Wunsche, an der unteren Donau ein Bollwerk gegen Rußland wie gegen Österreich aufzurichten, und der Rücksicht auf die Integrität der von ihm beschützten Türkei; doch überwog der Rat des früheren Botschafters Lord Stratford im Sinne der Pforte. Endlich einigte man sich 1858 auf einen Mittelweg; die beiden Fürstentümer erhielten dieselben Institutionen, sollten jedoch von getrennten Ministerien und besonderen Legislativen regiert werden; bloß der oberste Gerichtshof und eine Kommission zur Revision der Gesetze war gemeinsam. Aber die Fürstentümer durchbrachen diese Vorschrift, indem sie sich auf die Wahl desselben Fürsten, Alexander Cusa, einigten; und da sie fest blieben, wurde Cusa das gemeinsame Oberhaupt der beiden Gemeinwesen, die sich dann 1862 zu einem anfangs noch von der Pforte abhängigen Staate vereinigten. So schritt Rumänien zu voller Einheit und Selbstständigkeit vor, die sich für das Land wie für den europäischen Frieden als segensreich erwies.

* * *

Der Kampf im Schwarzen Meere war der letzte um das europäische Gleichgewicht geführte Krieg; Siegespreis war nicht ein unmittelbarer Vorteil, sondern die Abwehr der russischen Übermacht. Dieser Zweck wurde auch erreicht, und die Prophezeiung des ersten Napoleon: in fünfzig Jahren sei Europa republikanisch oder kosakisch, blieb unerfüllt. Der englischen Politik gelang es auch diesmal, einen großen Staat des Festlandes für einen Krieg zu gewinnen, der diesem geringen Vorteil brachte, dagegen die Seeherrschaft Albions befestigte. Österreich ließ Frankreich hiebei den Vortritt, und sein Gewinn dabei wäre offenkundig gewesen, wenn es sich nicht in überflüssige Ausgaben gestürzt und in den Donaufürstentümern einen Mißerfolg geholt hätte.

In unseren Tagen ist man geneigt, das Ergebnis des Krimkrieges zu unterschätzen, weil Rußland sich seit 1870 wieder in den militärischen Besitz des Schwarzen Meeres setzte und nach dem siegreichen Kriege von 1878 abermals die Donaugrenze erreichte. Tatsächlich aber verhinderte der Krieg die Schutzhoheit des Zars über die Türkei, und Rußland hat seitdem

nicht mehr den offenen Anspruch auf Konstantinopel zu erheben gewagt. Es ergriff 1877 die Waffen, um die Befreiung der Balkanslawen durchzusetzen, und Europa nahm den Zar-Befreier beim Worte, so daß seine Truppen schon 1880 die Halbinsel vollständig räumen mußten. Es zeigte sich übrigens, daß die Erhaltung der türkischen Herrschaft nicht erforderlich ist, um das Vordringen Rußlands zu verhindern. Die Pforte mußte sich in den nächsten Jahrzehnten die völlige Loslösung der Donaufürstentümer und Serbiens, sie mußte sich den Verlust Bulgariens, Ostrumeliens, Bosniens, Thessaliens und Kretas gefallen lassen; Rußland jedoch zog aus der Zerstückelung des Osmanenreichs keinen nennenswerten Vorteil.

Dies alles kam in erster Linie Österreich zu statten. Der Krimkrieg demütigte den übermächtigen Nachbar und befreite Österreich von der Vormundschaft, unter der es seit dem Einmarsche der Russen in Ungarn 1849 stand. Sah man aber selbst davon ab, so war die Befreiung der unteren Donau an sich ein glücklicher Umstand; das war nach dem Ausdrucke Hübners die Trophäe, die die österreichischen Bevollmächtigten vom Pariser Kongresse heimbrachten.

Aber die Kehrseite war schlimm genug. Das Glück hatte viel für Österreich getan, seine Staatslenker jedoch dessen Gaben unklug ausgeschüttet. Die habsburgische Monarchie stand nach dem Kriege einsam in Europa da und im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden erhoben sich erbitterte Gegner oder sprungbereite Nebenbuhler. Die alten Allianzen waren zerrissen, es fehlte selbst an Ansätzen zu neuen.

Das war ein größerer Übelstand als das Scheitern der österreichischen Anschläge auf die Moldau und die Walachei. Denn diese Länder hätten in den Krisen des nächsten Jahrzehnts doch schwerlich festgehalten werden können, ihr Besitz eher noch die Katastrophen des Reiches beschleunigt. Österreich war von unzufriedenen Nationalitäten übersättigt, ein Mehr würde seine Gesundheit nicht verbessert haben.

Darin lag der Fehler der Politik, die zum Bunde mit Frankreich drängte, um auf Kosten Rußlands die Herrschaft an der unteren Donau an sich zu reißen. Sobald das russische Heer die

Moldau und die Walachei geräumt hatte, mußte man an einen Ausgleich mit dem Nordreiche denken; dies versäumt und verhindert zu haben war das Verschulden des Grafen Buol. Seine Methode drängte, ob er es sich selbst eingestand oder nicht, zum Kriege mit Rußland — zu einem gefährlichen, unnützen und selbst wenn er glücklich ausfiel, neue Verwicklungen schaffenden Zusammenstoße.

Kaiser Franz Joseph besaß hiefür die richtige Empfindung, und wenn es auch nicht verständlich ist, weshalb er dem Grafen Buol trotzdem längere Zeit freie Hand ließ, so bleibt es doch sein Verdienst, seinem Reiche diese verhängnisvolle Waffenprobe erspart zu haben.

Napoleon III. wäre übrigens, selbst wenn Österreich sein Heer in das Innere Rußlands gesendet hätte, kaum ein verläßlicher Freund der habsburgischen Monarchie geworden. Er war zwar in jedem Augenblicke bereit, seine Neigungen seinen Interessen unterzuordnen, aber Abstammung, Erziehung, Jugendeindrücke, die Einsicht in den großen Zug der Nationalitätenbewegung zogen ihn nach der entgegengesetzten Seite. Er dachte darin nach dem Krimkriege nicht anders als zuvor, und es war für ihn nur eine Frage der Taktik, ob er den Hebel in Polen, in Italien, in Ungarn oder in Rumänien ansetzen solle. Dabei erwog er nicht eindringend genug, daß durch die Aufrollung der Nationalitätenfrage auch die Kräfte Deutschlands aufgerufen würden und dessen Einigung vorbereitet werde. An diesem Irrtum aber ist seine Herrschaft wie die seiner Dynastie gescheitert.

Schon als ihn König Viktor Emanuel in Begleitung Cavours im November 1855 in Paris besuchte, fragte der Kaiser den sardinischen Minister bei Tische: „Was kann man für Italien tun?" Damals nun, so fühlte der kluge Italiener, waren die Dinge noch nicht reif, denn Napoleon bedurfte Österreichs bei der Ordnung der orientalischen Angelegenheiten. Cavour machte deshalb in einer im Februar 1856 eingereichten Denkschrift, in der er sich auf jene Frage Napoleons bezog, einen Vorschlag, der für Österreich ebenso vorteilhaft war wie für Italien. Er verlangte Reformen im Kirchenstaate und in Neapel,

sowie einen Zollverein der italienischen Staaten; Österreich solle auf seine Besatzungsrechte in Piacenza und Ferrara verzichten; Modena und Parma wären mit Sardinien zu vereinigen; dafür aber sei der Herzog von Modena, ein Habsburger aus dem Esteschen Zweige, so zu entschädigen, daß man ihn zum Fürsten der Moldau und der Walachei erhebe. Es scheint, daß Napoleon diesen Plänen nicht abhold war, weil dadurch die Bildung eines rumänischen Staates beschleunigt worden wäre. Welch günstige Aussichten eröffneten sich doch für Österreich, wenn in Bukarest ein habsburgischer Vasall saß, während Sardinien nur die unwichtige Vergrößerung durch Parma und Modena erfuhr! Es war allerdings mehr als fraglich, ob Rußland eingewilligt hätte. Doch kam es nicht einmal zu Verhandlungen über den merkwürdigen Plan, da man in Wien den Gedanken eines solchen Ausgleichs mit Sardinien von der Schwelle wies; man befürchtete als notwendige Folge auch den Verlust der Lombardei und Venetiens. Napoleon steckte bezüglich der Donaufürstentümer beim Grafen Buol einen Fühler aus, aber dieser wollte von ihrer Vereinigung auch unter Österreich günstigen Verhältnissen nicht sprechen hören[1]).

Überall also schieden sich die Wege Napoleons und Österreichs. Das sollte in der Sitzung des Kongresses vom 8. April 1856 offenkundig werden, in der Walewski zu einem Gedankenaustausche über mehrere noch ungelöste Fragen einlud; darunter befand sich auch die Frage über das Schicksal Italiens, insbesondere die Räumung des Kirchenstaates von fremden Truppen. Rom war seit 1849 zum Schutze des Papstes von den Franzosen besetzt, die Legationen von den Österreichern; aber während Frankreich klugerweise den Abzug seiner Truppen in Aussicht stellte und während Lord Clarendon sich kräftig gegen die päpstliche Mißwirtschaft aussprach, lehnte Buol die Erörterung dieser Dinge schroff ab mit der Begründung, daß der Kongreß sich nur mit dem Orient zu befassen habe; er seinerseits habe keinen Auftrag, sich in die Angelegenheiten fremder Staaten, so Neapels und des Kirchenstaates, zu mischen.

---

[1]) Hübner, zum 6., 7. und 8. März 1856.

Da nun ergriff Cavour die Gelegenheit, um in klugen und gemessenen Worten die Leiden Italiens zu schildern und insbesondere die österreichische Okkupation in den Legationen anzugreifen. Walewski aber erwies Italien den Dienst, die Aufnahme der Diskussion in das Protokoll zu beantragen. Alle Mächte stimmten zu, mit Ausnahme Österreichs; es mußte sich aber fügen, wenn es nicht geradezu aus dem Kongresse scheiden wollte. Seine Vertreter wurden von allen anderen Bevollmächtigten im Stiche gelassen, so daß seine Niederlage und Isolierung offenkundig ward.

Für Napoleon war jedoch noch nicht die Zeit gekommen, das Feuer an die Lunte zu legen. Die Finanzen Frankreichs waren durch den Krieg angegriffen, seine Zeughäuser geleert, die Verluste der Armee mußten ersetzt werden. Einige Jahre sollten verfließen, bis er das italienische Problem in Angriff nahm. So lange verwies er Sardinien zur Ruhe, wenn er ihm auch kleine Gefälligkeiten erwies. Auch war der Kaiser eine bedächtige, schwer in Bewegung zu setzende Natur; die Anregung zur Tat mußte ihm von außen kommen; tatsächlich nahm Cavour von 1858 ab die Führung an sich und riß den zögernden Franzosenkaiser durch sein rastloses, wagekühnes Vorgehen weiter mit sich fort, als diesem lieb war.

Hübner ist sich doch nicht darüber klar gewesen, was in Napoleons Seele vorging. Wohl hegte der österreichische Botschafter stets Besorgnisse vor weiteren Plänen Napoleons, aber so oft der Kaiser oder einer seiner Vertrauten ein beruhigendes Wort fallen ließ, überwogen bei ihm gute Hoffnungen. Im Mai 1856 sagte ihm Napoleon bezüglich Italiens tröstend: „Ich fürchte von der Strömung mitgerissen zu werden, ich habe schrecklich Angst davor.“ Und am 8. Juni darauf schreibt Hübner in auffallender Selbsttäuschung die Bemerkung nieder, Napoleon wünsche die intime Allianz mit Österreich. Der Botschafter verkehrte eben vertraulich nur mit Männern, die die italienischen Pläne Napoleons mißbilligten, mit Drouyn de l'Huys, Bourqueney, mit dem Finanzminister Fould; der letztere erweckte in ihm im Oktober 1856 die Hoffnung, Napoleon werde sich die Erinnerungen daran, daß er 1831 in der Romagna für Italien

die Waffen geführt hatte, aus dem Kopfe schlagen, da er sich doch auch sonst seit seiner Thronbesteigung stark geändert habe. Hübner hätte dadurch gewarnt sein sollen, daß Walewski als Minister des Äußern bei mehr als einer Gelegenheit die Wege Österreichs kreuzte, was doch nur mit Wissen und Willen Napoleons geschehen konnte; die Taten des französischen Kabinetts widersprachen nicht selten den versöhnlichen Worten des Kaisers. Nun schätzte aber Hübner die geistigen Fähigkeiten Walewskis so gering, daß er seinem Vorgehen nicht die gebührende Bedeutung beimaß, während er sich doch hätte sagen müssen, daß gerade ein wenig hervorragender Minister sich nicht von der ihm seitens seines Herrschers gezogenen Linie entfernen durfte. Dazu kam, daß Hübner bei seinen konservativen Auffassungen keine Beziehungen zu dem „roten Prinzen" Napoleon Jerôme und seinem Kreise besaß, der mit Wissen des Kaisers die Verbindung mit den italienischen und ungarischen Emigranten unterhielt; in diesen Wetterwinkel hatte er, wie seine Tagebücher beweisen, keinen Einblick, obwohl ihm kraft seiner Stellung die Aufgabe oblag, auch in dem feindlichen Lager Vorposten zu unterhalten. So konnte er anläßlich eines Konflikts über die Auslegung des Pariser Vertrages zu dem irrigen Endurteile gelangen: Kaiser Napoleon begreife, daß die Trennung von England und Österreich seinen Ruin bedeuten würde[1]. Er war ein Mann von Geist und reichen Kenntnissen, aber so eingesponnen in legitimistische Vorstellungen, so erfüllt von den Lehren der Metternichschen Schule, daß er eine Politik nicht begriff, die sich der nationalen Wünsche als Herrschaftsmittel bediente.

Das waren überhaupt die in Wien herrschenden Vorstellungen. Graf Buol sagte darüber einmal einem Abgesandten Napoleons: „Ihr seid eine junge Regierung, wir hier sind alte Leute. Nun wohl, mäßigt euch, nehmt Rücksichten auf uns, und erinnert euch, daß die Reputation der jungen Leute in der Welt das Werk der alten Damen ist"[2]. Prokesch, der wie Hübner

[1] Hübner zum 12. Dezember 1856.

[2] So Vandal in der Einleitung zu L. Thouvenels Pages de l'histoire du second empire, S. IX.

eine der besten Federn unter den politischen Schriftstellern Deutschlands führte, unterschätzte gleich ihm die lebendigen Volkskräfte und ging darin so weit, daß er einmal in einem Briefe an Buol (22. März 1854), die Möglichkeit des Zusammenbruches des Deutschen Bundes erwägend, zu dem Schlusse kam: „Ich würde es für kein Unglück halten, durch das Selbstausscheiden Preußens entstünde nur ein besserer Bund." Als ob die Nation nicht mitzusprechen gehabt hätte, wenn die deutschen Höfe es für gut fanden, sich um Österreich zu scharen und den nordisch-protestantischen Kern Deutschlands abzustoßen! Die Erhaltung des gesamten Machterbes war unmöglich geworden, aber durch richtige Abschätzung der eigenen und der feindlichen Kräfte konnte der Verlust verringert und Ersatz geschaffen werden. Solch ein vorteilhafter Ausgleich bot sich zur Zeit des Krimkriegs, da Cavour für Italien bloß eine gewisse Erleichterung und für Sardinien eine geringe Vergrößerung vorschlug, wogegen einem Sprossen des habsburgischen Hauses die Hut der Donaumündungen anvertraut werden sollte. Aber in Wien verstand man die Zeichen der Zeit nicht und glaubte, man könne Preußen wie Rußland schulmeistern und dabei die Herrschaft in Italien im bisherigen Ausmaße aufrechterhalten. Die Männer der alten Schule sollten bald aus diesem Traume geweckt werden.

Preußen trieb übrigens während des Krimkrieges eine Politik, fast ebenso seltsam wie Österreich. Doch hielt König Friedrich Wilhelm IV. wenigstens eine bestimmte Richtlinie ein: wenn er sich auch mitunter an diplomatischen Schritten gegen Rußland beteiligte, so gab er doch nie seine Zustimmung zu einer dem Nachbarn positiv feindlichen Maßregel. So lähmte er die Kriegspartei in Wien und verhinderte die Bildung des von ihr betriebenen Vierbundes gegen Rußland. Zar Alexander II. fühlte sich von da ab in seiner Schuld und trug sie 1866 durch seine Neutralität, 1870 aber damit ab, daß er durch seine Drohungen die in Wien erwachende Lust zur Teilnahme an dem Kriege im Keime erstickte.

Indessen lag es nicht an den größeren oder geringeren Kunstfehlern der Wiener und der Berliner Diplomatie, daß die

entscheidende Fehde um Deutschland zuletzt zu Gunsten der Hohenzollern ausfiel. Aus tieferen Gründen waren die Lose zwischen Österreich und seinem rüstigeren Nebenbuhler ungleich verteilt; Menschenwitz und Menschenweisheit hätten daran einiges ausgleichen, den Ausgang aber nicht wesentlich ändern können. Deshalb schnitten die von der österreichischen Diplomatie während des Krimkrieges begangenen Fehler tiefer ins Fleisch und die Wunden wollten nicht ausheilen. Der geschwächte Organismus Österreichs vermochte die Krankheit nicht zu überwinden, die das kräftigere Preußen ohne Schwierigkeiten überstand.

Register

A

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger
Stuttgart und Berlin

Der Kampf
um die
Vorherrschaft in Deutschland
1859 bis 1866
Von Heinrich Friedjung

Sechste Auflage

Zwei Bände. Mit 9 Karten
Geheftet M. 24.— In Halbfranz gebunden M. 28.—

„... Heinrich Friedjung hat mit seinem Buch sich sofort in die Reihe der bedeutenden Historiker gestellt und über der eindringenden Kritik nicht den Wert der geschmackvollen Darstellung vergessen. Von großen Gesichtspunkten ausgehend, würdigt er die Bedeutung der Einzelheiten, lebhaft schreitet die gut gegliederte Erzählung fort, die nichts aus dem Auge läßt, was bedeutsam ist ..."

Kölnische Zeitung

„... Das Buch ist eine wertvolle Bereicherung unserer zeitgenössischen Literatur. ... Die Quellen sind mit Umsicht benutzt, neue und interessante Aufschlüsse werden hier zum erstenmal mitgeteilt. ... Sehr belehrend ist die Charakteristik der österreichischen Armee, ihrer Kampfestradition, Organisation und Taktik: Vorzüge und Fehler werden mit gleicher Gerechtigkeit gewogen ..."

Nationalzeitung, Berlin

„... Meisterhaft ist die Schilderung, die Friedjung von Benedek entwirft. ... Glänzend sind die Schilderungen, die der Verfasser vom Erzherzoge Albrecht und seinem Generalstabschef John, den Siegern von Custoza, entwirft; ebenso vortrefflich wird diese Schlacht selbst und La Marmora geschildert, wie denn Friedjung überhaupt ein reifes historisches Urteil mit völliger Unparteilichkeit und der Gabe lebhafter Schilderung zu vereinigen versteht. ..."

Hamburger Nachrichten

„... Das vorliegende Werk darf als eine der hervorragendsten Leistungen der neueren historischen Literatur bezeichnet werden. Es ist gleich ausgezeichnet durch Reichhaltigkeit des Quellenmaterials, durch das Bestreben, den wahren Verlauf und Zusammenhang der Dinge so tief wie möglich zu ergründen. ... Der Verfasser versteht es ebensogut, die verwickelten diplomatischen Verhandlungen klarzulegen, wie ein anschauliches Bild der kriegerischen Vorgänge zu entrollen. Namentlich tritt diese Kunst in der sehr ausführlichen Schilderung der Schlacht bei Königgrätz hervor ..."

Mitteilungen aus der historischen Literatur, Berlin

„... Dieses in mancher Beziehung geradezu epochemachende Werk muß alle Gebildeten aufs höchste interessieren. ... Den Glanzpunkt des Buches bildet die oft geradezu hinreißende Schilderung der Kämpfe in Böhmen. Es ist einem, als erlebe man die Ereignisse persönlich mit. ... Viele Einzelheiten hat erst unser Verfasser gehörig aufgeklärt, eine ganze Anzahl von Rätseln glücklich gelöst. ... Mit seinen Ausführungen über die preußische Taktik seit 1861 trifft F. den Nagel auf den Kopf. ... Hauptsache für den Verfasser ist die Darstellung der Charaktere der leitenden Männer, und auch in dieser Beziehung ist ihm oft das Höchste gelungen. ... Was den Größten unter all den Großen jener Zeit anlangt, Bismarck, so hatte F. mit ihm am 13. Juni 1890 in Friedrichsruh eine Unterredung und berichtet ausführlich über sie. ..."

Zeitschrift für das Gymnasialwesen

